



10. Juni 1930

FRANZ JOSEF FURTWÄNGLER · INDIEN UND DIE ARBEITERPARTEI

FIN sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter älterer Generation, der zu den außenpolitisch kenntnisreichsten und instinkt-sichersten Persönlichkeiten der Partei gehört, erzählte mir einst, wie, lange vor dem Krieg, in einer süddeutschen Stadt ein Inder in einer Parteiversammlung über die englische Herrschaft in seiner Heimat sprach. Die sozialdemokratischen Zuhörer, daran gewöhnt von England als der Heimat demokratischer Freiheit zu hören und zu lesen, schenkten den Darlegungen des Inders wenig Glauben; ihre Enttäuschung war so groß, daß man den Vortrag in anderen Städten nicht zu wiederholen wagte.

Das war vor mehr als 30 Jahren. Seitdem ist der Globus vor den modernen Verkehrs- und Informationsmitteln zu einem übersehbaren Gegenstand zusammengeschrumpft. Indien aber, das mächtige Mittelstück im Bau des Britischen Weltreichs, ist noch ganz wie ehemals eine vor der Öffentlichkeit des kontinentalen Europas ängstlich verhüllte und verschlossene Geheimkammer. Den Deutschen insbesondere wurde in den Friedensbedingungen von Versailles sein Betreten zunächst für 5 Jahre völlig untersagt und später im deutsch-englischen Handelsvertrag aufs äußerste erschwert.

Als wenn sie für diese Absperrung des Riesenkontinents gegen die Deutschen ihren Dank an England zum Ausdruck bringen wollten, holten sich vor einiger Zeit geschäftige Schausteller aus den Wäldern Ceylons ein Häufchen der ärmsten Teufel von Eingeborenen, die sie zusammen mit Elefanten und anderm Getier im Terrain des Zoologischen Gartens dem Publikum der deutschen Reichshauptstadt als Indische Völkerschau präsentierten. So simpel und scheinbar nichtig diese Angelegenheit ist, so lehrreich sollte sie sich in politischer Beziehung erweisen. Während deutsche Harmlosigkeit die schwarzen Waldbewohner (die für Indien nicht repräsentativer sind als ein Lappländer für Europa) anstaunte und bei dem Gedanken gelacht haben mag, daß ein Gandhi oder ein Das ihnen politische Freiheit zur Wiedergestaltung nationaler

Eigenkultur erkämpfen will, drahtete das Reuterbureau an die indische Presse, daß man in Berlin »indische Bürger des Weltreichs« neben wilden Bestien hinter den Gitterstäben des Zoologischen Gartens zeige, und erreichte damit bei den Indern eine solche Siedehitze begreiflicher Empörung, daß eine indische Zeitung in Kalkutta schrieb, diese unverschämte Beleidigung des indischen Volks käme von den selben Deutschen, die im Krieg die Leichen der gefallenen Soldaten aufgegessen hätten. Leider haben oft genug in gleicher Weise deutsche Reiseschriftsteller durch ihr unermüdliches Gerede und Gespött über heilige Kühe, sich kasteiende Fakire, tanzende und kletternde Gaukler dazu beigetragen den Blick unseres Volks von dem Bild des politischen Indiens abzulenken und so England einen Nervenchock zu ersparen, der sich immer dann auf der britischen Insel einstellt, wenn die Aufmerksamkeit Kontinentaleuropas sich zeitweilig auf Vorgänge in Indien konzentriert. In den politisch leitenden Kreisen Englands weiß man sehr wohl, daß diese Aufmerksamkeit allein schon eine Gefahr bedeutet; denn sie erschüttert allgemach das mühsam und planmäßig zusammengetragene Mosaikbild ihrer Propaganda, in dem Indien als das Land religiöser Phantasten und Fanatiker erscheint, dem erst die englische Herrschaft einige Kultur und die Sicherheit vor innerer Selbstzerfleischung brachte. Wie tief dieses Bild sich selbst politisch tätigen Sozialisten hierzulande eingepägt hat, muß derjenige nur allzu oft erfahren, der, wie ich, über Indien politische Erörterungen anstellt.

Während Deutsche sich überflüssigerweise den Kopf darüber zerbrechen, was wohl Indiens Schicksal einst sein wird, wenn England dies Land räumt, habe ich noch kaum erlebt, daß jemand sich über die viel wichtigere Frage Gedanken machte, wieweit die Herrschaft über Indien Englands Politik in Europa bestimmt, und welches wahrscheinlich viel bessere Schicksal für Europa auf den Tag wartet, da Indien aufhört das ängstlich bewachte Eigentum Englands und dessen lebenswichtigste Ausbeutungsdomäne und damit der Gegenstand der Unfriedensstiftung in der europäischen Welt zu sein. Wie viele in Deutschland wissen oder ahnen auch nur, wie oft, vom Siebenjährigen Krieg bis zur jüngsten großen Weltkatastrophe, Indien und die Wege und Stützpunkte der englischen Route nach Indien Grund der Entfesselung, der Verlängerung und Ausdehnung blutiger Kriege durch die englische Diplomatie gewesen sind? Wie viele kennen die Rolle des indischen Ausbeutungsobjekts in den Napoleonischen Kriegen, im Opiumkrieg von 1840 bis 1842, im Krimkrieg, im Krieg zwischen Rußland und Japan? Und wieviel Blut floß in den zahlreichen Raubzügen Englands nach Beludschistan, Afghanistan, Tibet, Birma, um den einen großen Grundsatz der imperialen britischen Politik zu verwirklichen, der lautet: So wie rund um die britische Insel der Friede des Ozeans, so muß entlang den Grenzen Indiens sich der Friede der Leichenfelder ausdehnen.

Wie sich der Friedensfreund außerhalb Englands um diese historischen Tatsachen seltsamerweise keine Sorgen macht, so macht sich der kontinentale Wirtschaftler kaum mehr Gedanken darüber, was der Welt des Handels und des stets von England verkündeten freien Wettbewerbs in dem Indien unter dem englischen "economic drain", der wirtschaftlichen Ausplünderung durch England verloren geht. Wenig bekannt ist, in welchem Ausmaß und mit welchen (nach außen oft kaum sichtbar werdenden) Mitteln Indien heute noch als Monopol des englischen Absatzgeschäfts organisiert und behandelt wird. Daß über Indiens eigentliche Tribute an England keine Kenntnis außer-

halb des "Mutterlands" und des ausgebeuteten isolierten Indiens besteht, ist weiter nicht verwunderlich; würde es doch mehr als eine gute Dissertation erfordern, um auch nur einigermaßen die Röhren und Kanäle bloßzulegen, durch die ein jährlicher Reichtum von 3 bis 4 Milliarden der großen Ausbeutungskolonie abgezapft und nach England übergeleitet wird. Die landläufige Vorstellung ist, daß England Indien durch Anlage von Bewässerungssystemen und ähnliche mühsame Kulturarbeiten "kolonisiert". In welchem mikroskopischen Verhältnis solche (tatsächlich vorkommende) Leistungen nicht nur zu der Größe des Landes sondern auch zu den indischen Tributleistungen für den englischen Heeresetat usw. stehen, haben Karl Schrader und ich in unserm Buch über das werktätige Indien ausführlich gezeigt. Aber in England spricht man gern von den Opfern, die man der Kolonisierung Indiens gebracht habe, und freut sich, wenn kontinentale Ahnungslosigkeit dies wiederkaut, nebst dem Humbug, daß Indien allgemach von England zur Freiheit und Unabhängigkeit "reif gemacht" und "erzogen" werde.

Einen besonders gefährlichen Ton, das soll hier mit aller Aufrichtigkeit klargelegt werden, bekommt diese Missionsphrase in den Kreisen der englischen Arbeiterpartei, namentlich seit diese an der Regierung ist. Dort wird zwar die bisherige hemmungslose Ausbeutung Indiens zugegeben. Sie muß schließlich zugegeben werden, nachdem Lord Rothermere in der Daily Mail vom 2. Juni 1930, um dem ganzen Volk zu zeigen, was für das britische Wohlergehen im indischen Unabhängigkeitskampf auf dem Spiel steht, nachgewiesen hat, daß von je 20 Mark vom Einkommen eines jeden Engländers 4 Mark, also ein volles Fünftel, direkt oder indirekt aus der indischen Beute stammen, und daß nach dem Verlust Indiens die gesamte englische Sozialpolitik zusammenbrechen müßte. Diese Feststellung, mit der der konservative Lord in ungewöhnlicher Offenheit die Katze aus dem Sack ließ, zeigt also, daß das praktische Handelsmonopol Englands in Indien, zusammen mit den verschiedenartigen aus diesem Land herausgeholt Tributen nebst den Währungsmanipulationen der Londoner City mit der indischen Rupie, England allein ein jährliches Einkommen von rund 18 Milliarden Mark sichern. Diese Tatsachen kennt und bewertet man nur allzu gut in den Reihen der Arbeiterpartei, die keineswegs gewillt ist mit Zugeständnissen an den indischen Freiheitswillen weiter zu gehen als die anderen Regierungen Englands.

Aber dann wird folgendermaßen argumentiert: Wir, die Labourleute, wollen gern zugeben, daß englische kapitalistische Firmen und Regierungen mehr denn 100 Jahre lang Indien rücksichtslos ausbeuteten. Daher hatten wir auch stets Verständnis für die Freiheitsregungen des indischen Volkes. Jetzt aber nahen wir, die Arbeiterpartei und deren Regierung, um dem indischen Volk brüderlich die Hand zu reichen, um ihm Ordnung und soziale Gerechtigkeit zu bringen, um es langsam (sehr langsam, das ist notwendig und kann nicht genug betont werden) seiner Freiheit und gleichzeitig dem Sozialismus entgegenzuführen. Und jetzt, in diesem erhabenen Augenblick der Weltgeschichte, ist das indische Volk so verblendet, um in seinem Freiheitskampf eine Hauptoffensive zu beginnen, wie es dies unter einer konservativen Regierung vor einem Jahr angekündigt hat, und bereitet uns so Schwierigkeiten. Und da sollen wir nicht mit der ganzen Wucht unserer Machtmittel dazwischenhauen? Wie sagten doch die Kreuzfahrer, die singend durchs Morgenland zogen? Deus lo volt. Gott will es. Und so will es heute der Sozialismus. Den indi-

schen Arbeitern wird dabei noch im besondern die Rechnung entgegengehalten: Ausbeuter sei Ausbeuter, ganz gleichgültig, welche Hautfarbe der Kapitalist habe, deshalb sei für sie die Beteiligung am nationalen Freiheitskampf ihres Landes besonders töricht. (Fürs indische Proletariat lautet die Rechnung aber anders, nämlich: Zwei Ausbeuter sind eine schwerere Bürde als einer.)

Die "langsame" Entwicklung zur Freiheit wurde Indien nicht zum erstenmal von einer Arbeiterregierung versprochen sondern bisher von jeder Regierung. Es ist also lediglich die Frage, wieweit es der Labourregierung damit mehr Ernst ist als ihren innenpolitisch andersgerichteten Vorgängern. Zunächst unterscheiden sich ihre Handlungen Indien gegenüber von denen der anderen Regierungen nur dadurch, daß unter der Labourregierung jede Opposition fehlt, und die Regierung MacDonald, die jetzt die indische Freiheitsbewegung unterdrückt, außerdem noch in der Lage ist die Solidarität des internationalen Sozialismus für ihr Verfahren zu fordern. Dadurch wird die indische Politik der englischen Arbeiterpartei für den Sozialismus und dessen Ansehen so gefährlich und muß wie kein anderer Faktor auf die Bolschewisierung Indiens hinwirken. So sinnlos es wäre hier dozieren zu wollen, was die Labourregierung in ihrer jetzigen Lage "tun sollte", da ihr einziges Ziel erklärtermaßen die Fortführung der traditionellen britischen Weltreichspolitik ist, so läßt sich doch sagen, daß das Verhalten der Labour Party in der Indischen Frage den Grund zu den jetzigen Schwierigkeiten im Jahr 1928 legte, ehe sie an der Regierung war, damals, als sie trotz den scharfen indischen Protesten sich an der Verfassungsreformkommission (Simonkommission) beteiligte, in die, wie zum Hohn, kein indisches Mitglied hineingenommen wurde.

Für gläubige Gemüter aller Länder bliebe nichtsdestoweniger die Hoffnung, eines Tages, nach Überwindung innerer Schwierigkeiten, werde eine Labourregierung die Hände frei haben, um auch das Problem Indien im Sinn und Interesse des indischen Volks in Angriff zu nehmen. Wer so denkt und hofft, verkennt gründlich alle wirtschaftlichen und psychischen Voraussetzungen. Haben nicht die schwer belehrbaren Deutschen in ihrer eigenen Sache den Präzedenzfall, wie der Labourschatzkanzler Philip Snowden alle Prinzipien der Gerechtigkeit sowohl wie der internationalen Solidarität über Bord warf, um für seinen Etat 300 Millionen Mark mehr aus den Reparationen herauszuholen? Wird der selbe Snowden auf den indischen Milliardenseggen verzichten, ohne den nach Rothermere der britische Sozialetat zusammenbricht?

Als im Jahr 1845 Friedrich Engels seine Schrift über die Lage der arbeitenden Klassen in England verfaßte, schilderte er, wie das unterste und erbarmungswürdigste Proletariat jenes englischen Frühkapitalismus aus Irland mit dem Mittel der Bodenenteignung und der Überbesteuerung rekrutiert wurde. Für das Werden der Psyche des englischen Proletariats war diese Tatsache von grundlegender Bedeutung. Das Bewußtsein unterhalb des letzten Engländers einen proletarischen Kulturdünger aus politisch unterworfenen Völkern zu haben und als gehobenes Proletariat Nutznießer dessen zu sein, wurzelte sich dadurch in der Gedankenwelt des Engländeriums fest und war es nicht zuletzt, das jenen bis in die tiefsten Niederungen reichenden Britenstolz schuf, auf Grund dessen der prominente Labourabgeordnete Colonel Wedgwood, der auch bei den jetzigen Unterhausdebatten hörbar hervortrat, in seinem Buch *The Indo-British Commonwealth* feststellen kann: für den durchschnittlichen englischen Arbeiter sei der Ausländer kaum etwas anderes als eine

mehr oder weniger interessante Affenart. Diese Denkart hat die wirtschafts-politische Funktion Indiens, als deren Nutznießer sich auch der letzte Engländer heute fühlt, ungemein vertieft. Mit den gleichen Druckmitteln der Überbesteuerung und Landenteignung wie seinerzeit in Irland schuf sich der britische Imperialkapitalismus in Indien ein industrielles Millionenproletariat, das zwar mit eine wesentliche Ursache der heimischen englischen Arbeitslosigkeit ist, gleichzeitig aber durch eine gewaltige Mehrung des britischen Nationalreichtums den relativ hohen Lebensstandard der Briteninsel und deren Sozialpolitik, wie es Lord Rothermere konstatierte, wesentlich finanziert. Man klammert sich an diese parasitären Einkommensformen um so krampfhafter, je mehr die industrielle Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes in Bedrängnis gerät. Es ist ein merkwürdiger historischer Schicksalsweg, daß das selbe Imperium, das im Friedensschluß von Versailles, in konsequenter Fortführung seiner Politik des Wiener Kongresses, die letzten Bausteine in sein territoriales Machtsystem in Gestalt der deutschen Kolonien, namentlich Ostafrikas, einfügen konnte, zu gleicher Zeit in mancher Beziehung auf eine absteigende Bahn geriet. Dies kommt in den weltwirtschaftlichen Relationszahlen nicht minder klar zum Ausdruck als in den indischen und sonstigen Freiheitskämpfen der britischen Herrschaftsgebiete. Nur in Deutschland scheinen traditionelle Ehrfurcht und Bewunderungsbedürfnis dergleichen historische Prozesse nicht zu bemerken.

Nur in Deutschland erkennt man, wie es scheint, nicht, welche Rolle der Labourregierung in dem Kampf des Britischen Imperiums um die Macht zugefallen ist. Was aber die Funktion, die sie dabei ausübt, mit Sozialismus und internationaler Solidarität zu schaffen haben soll, ist auch beim besten Willen nicht möglich einzusehen.



JULIUS KALISKI · DURCH POLITISCHE ZUSAMMENFASSUNG ZUR WIRTSCHAFTSENTFALTUNG

BRIANDS Entwurf eines kontinentaleuropäischen Aufbaus, den er am 17. Mai 27 europäischen Regierungen überreichen ließ, erweist sich als ein Werk des schöpferischen Geistes konstruktiver Politik. Er ging aus der Beherrschung der Materie und dem Willen zur Tat hervor, umfaßt alle Gebiete einer Föderation Europas und ist doch bei aller Gebundenheit und Unverrückbarkeit des Ziels elastisch in der Führung, zur Ausgestaltung einladend und unbelastet mit organisatorischen Einzelheiten. Die Folge dieser Leistung erweist sich in der Tatsache, daß eine sachliche Kritik des Manifests bisher, in Deutschland wenigstens, nicht zutage getreten ist. Alle Bemühungen Gegenargumente zu finden sind bis jetzt mißglückt. So äußert man denn allgemeine Bedenken, die sich zwar nicht auf den Inhalt, wohl aber auf die vorausgesetzten oder behaupteten Motive des Manifests beziehen. Sie sind im Ton verschieden, stimmen in der Gesamttendenz überein: Es mißfällt eben die ganze Richtung. Dieses Mißfallen führt, ob rechts oder links, zu dem vermeintlich entscheidenden Urteil, daß das Manifest Briands sich nicht verwirklichen läßt, weil Großbritannien außerhalb eines kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses bleiben werde. Die Tonleiter erstreckt sich von versteckter Freude über Englands Kritik an dem Entwurf Briands bis zu dem offenen Triumph, daß England

eine kontinentaleuropäische Politik stören, und so die Unterbindung einer Sammlung der europäischen Festlandsstaaten höchst einfach betrieben werden könnte, wenn man englischer Weisung folgt. Solche Gefolgschaft widerstrebt offenbar nicht dem nationalen Selbstbewußtsein, von dem man bei anderen Gelegenheiten so viel und so oft zu hören bekommt. Aber niemand, vom Vorwärts bis zur Deutschen Tageszeitung, wo man das Fernbleiben Großbritanniens zum Mittel- oder Ausgangspunkt der Erwägungen macht, denkt etwa daran, daß der Panamerikanischen Union weder England noch Frankreich angehört, von Deutschland ganz zu schweigen. Und niemand hat von der Panamerikanischen Union die Aufnahme europäischer Länder verlangt. In Verbundenheit mit England stehen noch immer Canada, Australien und die anderen Dominions, und diese Gebiete des Britischen Weltreichs haben noch nicht die Absicht bekundet sich einer kontinentaleuropäischen Staatengemeinschaft einzugliedern. Soll es deutscher Auffassung vorbehalten bleiben eine Verständigung mit seinen Nachbarn von der Beteiligung eines außer-europäischen Imperiums abhängig zu machen? Auch wo ein Verlangen nach Englands Beitritt zu einer kontinentalen Föderation nur Vorwand ist einer sachlichen Stellungnahme auszuweichen, bleibt es charakteristisch für die geistigen Kräfte, die schließlich das Schicksal Deutschlands bestimmen.

Man darf wohl daran erinnern, daß die bedeutendsten Industrien Deutschlands seit Jahr und Tag in enger Gemeinschaft mit den entsprechenden Wirtschaftszweigen Frankreichs stehen. Um die bekanntesten Gruppen zu nennen: die Kaliindustrie, die Eisenindustrie, die Chemische Industrie. Die deutsch-französischen Gemeinschaften dieser Industrien sind ohne Zweifel lebenswichtig, nicht zuletzt für unsere Volkswirtschaft, sie sind von der deutschen Seite nach langen Überlegungen und Kämpfen geschlossen worden und haben ihre Probe bestanden. Wie nur ist es möglich, daß die daran beteiligten Gesellschaften und Persönlichkeiten ihr Werk in der deutschen Öffentlichkeit nicht verteidigen, daß einzelne sogar die Verkleinerung und Verdächtigung der Folgen ihrer eigenen Politik unterstützen? Offenbar rechnet man auch hier mit dem Verständnis der Franzosen für den Mangel an Zivilkurage, für den der Landsmann Bismarck, der ihn so klassisch enthüllte, niemals Respekt aufgebracht hat. Außer Deutschland gibt es in der ganzen Welt kein Land, in dem die Zwiespältigkeit in der Wahrnehmung eigener Interessen und der der Volksgemeinschaft in einer so sinnfälligen Weise sich äußern darf. Weder durch Verträge der deutschen Großindustrie mit der französischen noch durch andere Wirtschaftspakte allein wird der Vereinigte Europäische Kontinent geschaffen, wird der europäische Friede gesichert. Es hat keinen Sinn als Voraussetzung des Versuchs einer Verständigung mit Frankreich von der französischen Politik die Erfüllung aller möglichen Forderungen im Westen und Osten zu verlangen (auch solcher, über die Frankreich gar nicht zu entscheiden vermag) und für den Fall, daß man ihnen nicht nachkommt, mit antifranzösischen Bündnissen und Revanchekriegen zu drohen. Dafür bringt man sicher jenseits des Rheins kein Verständnis auf, auch dann nicht, wenn damit Bündnisbereitschaft verbunden ist. Ein deutsch-französisches Offensivbündnis gegen eine dritte Macht kann Frankreich nicht brauchen. Was es für die Sicherung seiner Zukunft braucht, ist der Friede für alle europäischen Völker. Daß dabei die Wirtschaft Deutschlands und Frankreichs eine außerordentlich große Rolle spielt, wer wollte es leugnen?

Es wird Briand, der in seinem Entwurf ausdrücklich die Errichtung einer Hegemonie ablehnt, immer wieder vorgeworfen, das sei nur der Deckmantel für eine wirklich angestrebte Hegemonie, der Deutschland sich in keinem Fall unterwerfen könne. Zur Stärkung seiner Versicherung schlägt Briand formale Mittel gegen eine Hegemonie vor, und er tut damit, was er kann. Wie soll denn anders die Hegemonie Frankreichs innerhalb einer kontinental-europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden? Ein Anspruch auf Hegemonie kann überhaupt nicht gestellt und nicht erfüllt werden. Die Hegemonie fällt vielmehr von selber jeweilig der Nation zu, die die höchste Leistung hervorbringt. Und diese liegt auf die Dauer in der Art, wie die Produktivkräfte der Nation entfaltet und geleitet werden. Nun muß man leider feststellen, daß die Führung der deutschen Wirtschaft keineswegs der Welt die Bewunderung abringt, die man bei uns selbst ihr zuerkennt. Die deutsche Industrie konnte mit den deutschen Banken die Erweiterung der industriellen Basis mit den zusammengerafften Mitteln der Nation durchführen und Kräfte markieren, die nicht bestehen. Es sind ungeheure zusätzliche Produktionsmöglichkeiten geschaffen worden, die nun brach liegen müssen und die Gestehungskosten belasten. Dafür gäbe es überhaupt nur eine Begründung: nämlich die Erwartung durch den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß eine außerordentliche Erweiterung und Sicherung des Absatzgebiets zu schaffen. Eine Lösung dieser Aufgabe liegt durchaus im Bereich des politischen und wirtschaftlichen Wollens, dessen Unterbindung Europa in eine Dauerkrise versetzen muß. Und da sind gerade die Entschlüsse Deutschlands für die Ruhe oder Unruhe Europas entscheidend und verantwortlich.

»Eine organische Vereinigung kann niemals von mehreren Dutzenden von Mitgliedern beschlossen werden, sie kann nach aller Erfahrung nur von den 2 jeweils stärksten Faktoren ausgehen, denen sich die anderen automatisch anschließen müssen. Bei der gegenwärtigen Situation Europas sind die 2 wirtschaftlich stärksten Staaten Frankreich und Deutschland. Nur durch ihre Zusammenfassung kann das wirtschaftliche Problem Europas gelöst werden. Und wenn sich auch bei vielen der Eindruck von Phantasterei oder Utopie verstärken mag, so sehe ich keine andere Möglichkeit der Herausarbeitung des Kontinents aus dem Zwergstaatssystem als die organische Wirtschaftsvereinigung seiner 2 stärksten Reiche.«

Diese Sätze schrieb Felix Somary in einem sehr beachtenswerten Buch, das im vorigen Jahr erschien¹. Sie bestätigen lediglich, was sich als unabweislige Tatsache erwiesen hat und sich immer von neuem ergeben wird. Ein paar weitere Sätze Somarys über Frankreichs Lage seien noch angeführt: »Frankreich war von 1870 bis zum Weltkrieg gegenüber Deutschland in der Defensive. Heute ist es in weitem Vorsprung und zum erstenmal seit 2 Jahrhunderten auch innerlich konsolidierter und innerlich stärker als selbst England... Mit seiner blühenden Landwirtschaft, seiner ausgebildeten Mittelindustrie und seiner durch Elsaß-Lothringen im Wesen veränderten, in Unternehmungsgestalt emporstrebenden Großindustrie ist Frankreich das sozial ausgeglichene unter den Ländern Europas. Die Sparkraft seines Mittelstandes, des städtischen wie des ländlichen, wird von keinem andern Land der Erde erreicht, seine Verkehrsbilanz dem Ausland gegenüber ist kerngesund, der Geld- und Auslandsguthabenbestand seiner Notenbank erreicht volle 80% des amerikanischen und übertrifft ihn relativ erheblich. In den afrikanischen Kolonien ist die Assimilierung der Bevölkerung sehr weit vorgeschritten... Durch eine überlegen ausgerüstete Armee, eine beispiellose Luftflotte und ein Netz von Bündnissen jeder anderen möglichen Koalition militärisch überlegen, scheint Frankreich heute saturiert und einer ökonomischen Ausdehnung nicht zu bedürfen. Aber die Kehrseite hat sich schon jetzt deutlich gezeigt. Je rascher

¹) Siehe Somary Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Kriege /Tübingen 1929/ Seite 83; die späteren Zitate Seite 85, 91, 89 und folgende.

die Entwicklung vorwärts geht, desto stärker wird das Mißverhältnis zwischen den weißen Franzosen und der gesamten ökonomisch notwendigen Bevölkerung... Durch die rasche Entwicklung in der Nachkriegszeit ist Frankreich das größte Einwanderungsland der Erde geworden... Heute steht Frankreich vor der Alternative entweder den Aufstieg der Wirtschaft verlangsamen zu lassen oder den Einwanderungsstrom weiter sich fortsetzen zu sehen. Die ökonomische Entwicklung muß die Begünstigung der Einwanderung sowohl landwirtschaftlicher als auch industrieller Arbeiter fördern.«

Dieses Frankreich will die Verständigung und Zusammenarbeit mit Deutschland als Kernpunkt des zu bildenden Vereinigten Europäischen Kontinents. Daß Deutschland einen parallelen Willen bekundet, kann leider nicht behauptet werden. Keine Partei trägt ihn, und das immer wieder aus der falschen Einschätzung der Schaffenskräfte und der Tatrührung Englands auf der einen, Frankreichs auf der andern Seite.

Der frühere englische Kolonialminister Henry Crosby Amery hat in dem Vortrag, den er am 18. Mai in Berlin hielt, die Bildung eines kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses als Ergebnis einer Entwicklung hingestellt, wie sie zur Gestaltung des Britischen Weltreichs geführt hat. Auch er betonte die Selbstverständlichkeit, daß England außerhalb einer Europäischen Union bleiben würde, versicherte aber, daß sein Land mit Interesse das Werden Kontinentaleuropas verfolgen werde. Auch die überzeugten Anhänger einer kontinentaleuropäischen Orientierung wünschen eine wohlwollende Haltung Englands. Diese wird jedoch nur durch die Tatsache der deutsch-französischen Verständigung erzielt werden, und zwar wird England der kontinentaleuropäischen Zusammenarbeit um so wohlwollender gegenüberstehen, je klarer und fester Kontinentaleuropa als Faktum besteht. Mit Unabänderlichem findet sich die britische Politik stets ab, von Prestigeangst wird sie nicht geplagt. Das Londoner Staatsarchiv birgt nach einem Bericht des Professors Friedrich Lenz, in den Mitteilungen der Friedrich-List-Gesellschaft, eine handschriftliche Instruktion Palmerstons für John Bowring, den britischen Agenten beim Deutschen Zollverein, vom 18. Juli 1839. Bowring hat, als Lists Gegenspieler, wesentlich zur Konzeption des Nationalen Systems beigetragen. Palmerstons Instruktion begründet Lists Vermutungen: Bowring soll die Deutschen von jeder Verbesserung, insbesondere von einer Vereinheitlichung ihres Maß- und Gewichtsystems zurückhalten, um das System des Zollvereins nicht »noch schädlicher (even more injurious) für Großbritannien« zu gestalten als es jetzt schon sei. Ein paar politische Lehren für den deutschen Alltag ließen sich aus dem Brief Palmerstons schon ziehen. Aber was machen für unsere Politiker oder Staatsmänner die Erfahrungen eines Jahrhunderts aus! Was gegen die Vorkämpfer des Deutschen Zollvereins unternommen wurde, läßt an Brutalität und Dummheit immer noch alles weit hinter sich, was bisher gegen die Vorhut des Kampfs für Kontinentaleuropa getan wurde. Die vollzogene Gründung des Zollvereins aber machte alle vormalige Gegnerschaft schweigen, die heißen Gegner von einst wandelten sich in glühende Verteidiger, die schon immer für diesen Gedanken gewesen sein wollten.

Einen Tag nach Amery hielt Friedrich Aereboe einen wertvollen Vortrag über die wirtschaftlichen Zusammenhänge der kontinentaleuropäischen Vereinigung. Er schloß ihn mit den Worten:

»Europa muß allerdings seine gemeinsamen Interessen bald erkennen und diese Erkenntnis bald in die Tat umsetzen. Dann wird es nicht untergehen sondern seine alte hohe Kultur erhalten.«

Vornehmlich wies er auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika hin, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerade bei uns in ihren Gründen oft so falsch beurteilt wird. Aereboe betonte:

»Man hat viel über die Ursachen des ungeahnten Aufstiegs der Vereinigten Staaten von Amerika geredet. Die Natur soll davon die Ursache sein. Wer die Vereinigten Staaten kennt, weiß, daß das nicht richtig ist. Das Klima der Vereinigten Staaten zeigt größte Extreme. Große Trockengebiete trennen die Kulturzonen. Der Boden wechselt sehr. Europa ist hiergegen das landwirtschaftliche Paradies. Länder wie Frankreich, England, Westdeutschland gibt es zum zweitenmal auf der Erde nicht. Dann sagte man, die amerikanischen Bodenschätze sollten es machen. Ich stimme dem nicht bei. Man bedenkt nämlich nicht, wie weit die amerikanischen Bodenschätze auseinanderliegen. Liegen nicht Kohle und Eisen 2000 Meilen auseinander? Nein, der amerikanische Wirtschaftsaufstieg hat 2 Ursachen: einmal Abraham Lincolns Heimstättengesetz; dann aber besonders die Zollfreiheit und die Sicherheit, daß sie bleibt... Die Einheitlichkeit der agrarischen Produktion forderte einheitliche Produktionsmittel, die sich den Betriebsgrößen anpassen mußten... Große Produktionszentren sorgten für die Verkehrswege und Absatzeinrichtungen.«

Alles, was die Vereinigten Staaten von Amerika vor Europa voraushaben, ist eben, wie in den Sozialistischen Monatsheften oft auseinandergesetzt wurde, das geschlossene Produktions- und Absatzgebiet, zu dem unser Kontinent durch Föderation werden kann. In allem andern, namentlich in der Kraft originaler Erfindung, ist Europa Nordamerika weit überlegen; es konnte nur wegen seiner Zersplitterung von seinem Eigenen nicht selber Gebrauch machen, mußte seine Ausbeutung Amerika überlassen, das dann bei uns um so heftiger bewundert wurde, je mehr es von uns nahm.

Bei der begründet hohen Bewertung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftssystems befürchtet Aereboe, daß ein Europa, das sich gegen die ganze Welt durch hohe Getreidezölle abschließen könnte, in der Konkurrenzfähigkeit seiner Industrieerzeugnisse leiden würde. Dabei nimmt er wohl als selbstverständlich das nur für gewisse überseeische Länder an, die aber längst schon von unseren Industrieprodukten nur das Allernotwendigste aufnehmen, während Europa die von ihm vorgetragene Möglichkeit einer enorm gesteigerten Kaufkraft nicht zuletzt für unsere Industrieprodukte erhält. Er meint: »Es kommt hinzu, daß die Vereinigten Staaten von Amerika den europäischen Markt für ihren Absatz von Agrarprodukten immer weniger brauchen, weil sie einen rasch ansteigenden Teil derselben selbst verbrauchen. Dabei spielt der steigende Konsum an Edelprodukten, von Fett, Vieh, Milch, Creme, Butter, Käse und Eiern, die Hauptrolle. Immer größere Mengen von Getreidekörnern werden für deren Herstellung im Lande verfüttert. Der Autoexport der Vereinigten Staaten hat heute dem Werte nach den Weizenexport erreicht. Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten in der ganzen Welt, besonders aber in Canada, Argentinien und Australien, durch Verkauf ihrer neuartigen vollkommeneren Erntemaschinen die Weizenproduktion ungeheuer steigern, also noch indirekt den europäischen Markt mit Weizen überschwemmen. Beizukommen ist dem Problem lediglich durch Wiedergewinnung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie auf dem Weltmarkt. Wir müssen billiger und besser produzieren lernen als die Vereinigten Staaten von Amerika.«

Wenn Nordamerika die europäischen Märkte für seine Agrarprodukte immer weniger braucht, so wird das von Europa sicherlich begrüßt werden. Es erleichterte sicherlich die Wirtschafts- und Zollpolitik eines Vereinigten Europäischen Kontinents, der vor allem auf die eigene Produktion zurückgreifen muß, am wenigsten sich aber mit der Überschüttung seiner Märkte mit überseeischen Agrarprodukten abfinden wird. Auch innerhalb Europas wird jedes Land darauf bedächt sein müssen und können die relative Autarkie in der Versorgung mit den wesentlichsten Nahrungsmitteln unter Billigung der an-

deren europäischen Länder aufrechtzuerhalten. Dazu bedarf es an sich keiner Zölle unter den europäischen Staaten, der Ausgleich kann durch den korporativen Aufbau des Handels und Vertriebs bewirkt werden, in der Richtung, die man auch unter den heutigen Verhältnissen längst hätte einschlagen sollen². Somary kommt bei seiner Untersuchung über die Bedingungen französisch-deutscher Wirtschaftseinigung zu einem diese Auffassung bestätigenden Schluß:

»Auf ökonomischem Gebiet liegen die Gemeinsamkeitsmomente. Frankreich hat Überschub an Kapital und Deutschland an Arbeitskräften, und Deutschland braucht das französische Kapital ebenso notwendig wie Frankreich die deutschen Arbeitskräfte. Die wirtschaftliche Vereinigung beider Gebiete würde einen Absatzmarkt von über 100 Millionen Europäern schaffen und breite Möglichkeit neuer industrieller Arbeitsteilung geben, ohne daß ernsthafte Störungen eines wichtigen Produktionszweiges zu befürchten wären. Weder die deutsche noch die französische Landwirtschaft würden einander so ernste Konkurrenz bereiten, daß dadurch auf wichtigsten Produktionsgebieten Störungen eintreten würden... Bei eingehender Betrachtung der einzelnen Industriegruppen... bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß auch vollständige Zollfreiheit im zwischenstaatlichen Verkehr nirgendwo empfindliche Störungen hervorrufen würde, wohl aber in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Basis einer Umorganisation bieten könnte, die die Konkurrenzfähigkeit mit den anderen Kontinenten gewähren würde. Die volle Zollfreiheit muß aber, wenn man zu einer Organisation kommen will, ins Auge gefaßt werden, da Systeme von Präferenzzöllen, selbst als Übergangsmaßnahme, undurchführbar wären.«

Besondere Bedeutung legt Somary, genau wie das hier stets geschah, dem System der Sachlieferungen bei den Reparationsleistungen bei. Dieses schafft die organische Mitwirkung Deutschlands an öffentlichrechtlichen Unternehmungen in Frankreich und bildet dadurch einen (nach seiner Meinung unfreiwilligen und unbeabsichtigten) Ausgangspunkt für weitere Möglichkeiten. So ganz unfreiwillig und unbeabsichtigt war für die Vertreter der Forderung Sachlieferungen zum Kernstück der Reparationsleistungen zu machen ihre eben betonte Wirkung nicht. Um so schlimmer ist die Preisgabe der Sachlieferungen in dem Haager Abkommen auf Betreiben und zu alleinigen Gunsten Englands. Zur Frage, wie Deutschland sich die zur Belebung seiner (und damit der gesamteuropäischen) Wirtschaft notwendigen Kapitalien beschaffen könnte, meint Somary, genau so wie es hier dargelegt wurde, daß Frankreich die Mittel aufzubringen vermag, die Deutschland im Bann der Autosuggestion vergeblich von Amerika erwartet:

»Nur durch Sicherung langfristiger Kapitalien, die dauernd und verlässlich zur Verfügung stehen, kann dieser Bann von der deutschen Industrie und Landwirtschaft genommen werden. Den amerikanischen Geldern fehlt die Verlässlichkeit, es sind Gelder eines Kontinents, der mit einer durchschnittlich höhern Profitrate arbeitet als dies irgendeinem europäischen Staate möglich ist. England ist heute, wenn man ihm die Befriedigung des Kapitalbedarfs auch nur eines Teiles seiner Dominions zurechnet, kein Überschubland mehr. Und es bleibt nur ein einziges Land, welches ständige und verlässlich zur Verfügung stehende Überschüsse besitzt: Frankreich.«

Wie Kleinmütige und Ahnungslose im geeinten Deutschland den industriellen und landwirtschaftlichen Ausgleich nicht vor der Gestaltung zu erblicken vermochten, so bleibt der Weg dieses Ausgleichs in einem künftigen Kontinentaleuropa auch denen verborgen, die, aus Unverständnis, Verblendung oder in der Furcht eine (meist nur in ihrer Einbildung vorhandene) Position des Einflusses zu verlieren, sich dem Zusammenschluß zur Entfaltung neuer und mächtiger Schaffenskräfte auf europäischem Boden entgegenstellen.

2) Siehe *Kaliski* Beseitigung der Arbeitslosennot, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 322 und folgende.

RICHARD KLEINEIBST · EUROPÄISCHES ZWISCHENSPIEL



Im europäischen Theater steht die Hauptbühne leer. Versatzstücke werden hier und da noch geräuschvoll weggeräumt, aber die Akteure geben sich abgeschminkt bereits häuslichen Beschäftigungen hin, wenn sie nicht auf Gastspielreisen sind. Selbst die zünftigen Kritiker haben abgerüstet. (Sie sind die einzigen.) Inzwischen findet auf einer kleinern Versuchsbühne eine Stellprobe statt. Ein neues Drama ist eingereicht worden. Der Vorwurf ist nicht von heute, aber es ist der erste Gestaltungsversuch. Sagen wir es gleich: Das Thema ist nicht beliebt, die Kritiker wissen wenig mit diesem altneuen Stück anzufangen. Jedoch nichts ist beharrlicher als der Mensch in seinen Vorurteilen. Sie sind das Schneckenhaus, in dem er sich sicher fühlt. Nachdenken ist schwieriger als vorurteilen, bekanntes Schema anwenden bequemer als mit Neuem sich vertraut machen. So kommt die Kritik zu "ihrem Recht". Die deutsche Presse hat sich denn auch gar nicht angestrengt, als das langerwartete Memorandum Aristide Briands über die europäische Einigung zur Ausgabe gelangte. Die Leitartikel lagen fertig, wenn nicht in der Schublade des Schreibtisches, so doch in einem Fach des Gehirns, das automatisch auf alles Französische reagiert. Und zwar negativ. Soll der Ausschlag positiv sein, muß der Anreiz von weiter her kommen: aus Übersee oder wenigstens von jenseits des Kanals.

Was man gegen Briands Vorschlag, der nichts ist und nichts anderes sein will als die Ermutigung zu einer Diskussion (man kann kaum sagen: die Diskussionsbasis) anführt, sind durch die Bank olle Kamellen, die gerade in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahren wieder und wieder analysiert und, wie man glauben sollte, ein- für allemal von verschiedenen Mitarbeitern und von verschiedenen Seiten her widerlegt worden sind. Es erübrigt sich sie zu wiederholen, es dürfte genügen einige Stimmen wiederzugeben und zu ordnen.

Selbstverständlich will Briand, der in Deutschland ziemlich allgemein als der "schlaue Fuchs" bekannt ist, »mit schönen Worten Europa wieder betrügen«. Daß es im Völkischen Beobachter vom 21. Mai steht, wen sollte es wundern? Daß die deutschnationale Presse den »Wolf im Schafspelz« mit genialem Spürsinn »entlarvt«, gehört zu den "naturnotwendigen Zwangsläufigkeiten", mit denen man sich abfinden muß. Daß es aber sinngemäß nicht anders aus der "verständigungswilligen" republikanisch-bürgerlichen Presse und einem großen Teil der sozialistischen heraustönt, offenbart, daß in der einheitsfrontlich antifranzösischen Haltung in Deutschland noch immer keine Änderung eingetreten ist. »Da holte Briand den alten Schlagher hervor und propagierte die Idee der europäischen Zusammenarbeit«, heißt es, ein Beispiel für viele, in einem P. M. gezeichneten Leitartikel, der durch einen Teil der linkssozialistischen Presse ging. Gleichgültig, ob man in der deutschen Presse ein "Kompliment an die Tugend" machte oder nicht, ob man sich vor der Idee höflich korrekt verbeugte oder sie mit dieser oder jener Begründung auf den Schutthaufen der Geschichte verwies, darin war und ist man sich einig: Das Ganze ist natürlich nur ein französisches Manöver. Nicht um die Einigung und Befriedung des europäischen Kontinents geht es Briand, geht es Frankreich, sondern um die Lockerung der um die Französische Republik geschlagenen Bande. Die französische Parole ist: Heraus aus der Isolierung!

Über die Beliebtheit der These von Frankreichs Isolierung bei den deutschen politischen Schriftstellern ist hier bereits gesprochen worden¹. Was unter diesem Namen geht, ist in Wahrheit die gelungene Abwehr der Sonderentwaffnung Frankreichs und damit des europäischen Kontinents durch die angelsächsischen Seemächte. Jedoch es bleibt, vor allem im Hinblick auf Italien, bei der "Isolierung". Denn würde man die Position Frankreichs auf der Londoner Konferenz unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der europäischen Interessen (selbstverständlich, muß man es immer wieder sagen?, auch der besonderen französischen) betrachten, es wäre nicht mehr so einfach das Memorandum mit der Behauptung abzutun, sein Ziel sei die Stabilisierung der französischen Hegemonie über den Kontinent.

»Briands Paneuropa ist nichts anderes als die Verwirklichung des jahrhundertalten französischen Traumes: die Herrschaft Frankreichs über den europäischen Kontinent«, verkündet der Völkische Beobachter am 21. Mai. Von der »Hegemonie über Europa, die seit Ludwig XIV und Napoléon unverrückbares Ziel der französischen Politik ist,« spricht Graf Westarp am 28. Mai in der Kreuzzeitung. »Dahinter [hinter der Sicherheitsforderung] steht aber nicht das Wohl Paneuropas sondern einzig und allein die Untermauerung der Führerstellung Frankreichs in Europa«, meint der volksparteiliche Dresdener Anzeiger am 20. Mai. Nun steht freilich in Briands Memorandum das gerade Gegenteil. Es begründet den Primat der politischen Organisation mit der »Gefahr einer politischen Beherrschung, die sich aus einer industriellen Herrschaft der stärker organisierten Staaten [scilicet über die Agrarstaaten] ergeben könnte«, es empfiehlt den jährlichen Wechsel im Vorsitz bei der von ihm vorgeschlagenen Europäischen Konferenz »zur Vermeidung jedes Übergewichts eines europäischen Staates über die anderen«. Aber gegen Axiome kämpfen Götter selbst vergebens. Und in Deutschland macht man gern mit Axiomen Politik. Es erleichtert zwar nicht die Diskussion, aber man hat und behält immer recht. In der Presse der Linken wird die Furcht vor der Hegemonieabsicht Frankreichs nicht mit der Deutlichkeit ausgesprochen wie in den zitierten Beispielen sondern nur, wie etwa von Fritz Schotthöfer am 25. Mai in der Frankfurter Zeitung unter Hinweis auf Sully und Napoléon, angedeutet.

Je konkreter das Memorandum wird, um so energischer der Widerstand gegen die Gesamtkonzeption. Vor allem das Wort Sicherheit erregt sofort den furor teutonicus. Keine Lücke mehr in der Einheitsfront. Sicherheitsgarantien, Ausdehnung der Locarnoerträge bis zu einem umfassenden Ganzen, ein Ostlocarno und die Wiedererweckung des Genfer Protokolls, angewandt wenigstens auf Europa, was man alles mit Recht als ein Ziel der französischen Politik erkennt: nichts da! Einhellig ist das Nein. Fast überall wird dabei an die folgenden Sätze des Memorandums angeknüpft:

»Es ist logisch und normal, daß die der Gemeinschaft zu bringenden wirtschaftlichen Opfer ihre Berechtigung nur im Ausbau einer politischen Lage finden können, die auf den Verträgen zwischen den Völkern und der wirklichen Befriedung der Geister beruht. (Eine solche Auffassung könnte den allgemeinen Ausbau des Schiedsgerichts- und Sicherheitssystems in Europa, sowie die fortschreitende Ausdehnung der in Locarno begonnenen Politik der internationalen Garantien auf die ganze europäische Gemeinschaft bis zur Erfassung der Sonderabkommen oder Reihen von Sonderabkommen in einem allgemeinen System zur Folge haben.)«

1) Siehe *Kleineibst* London oder Genf?, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 124 und folgende.

Dazu donnert die Germania am 22. Mai:

»Also ein europäisches Locarno, ein allgemeines Garantieprotokoll für den Ausbau der bestehenden politischen Lage, für die Konsolidierung eines Status quo, an dem auch Briand Kritik üben muß, und welcher der Anlaß zu allen Verworrenheiten der Nachkriegszeit und zum Ruf nach einer paneuropäischen Einigung geworden ist! Alles, was sonst in Briands Entwurf steht, ist nur Beiwerk oder Lockmittel, in der Sicherheitsfrage liegt auch diesmal der springende Punkt der Briandschen Initiative.«
Und dann einige Zeilen später nach kurzem historischen Rückblick auf die französischen Garantiebemühungen die Schlußfolgerung:

»Deutschland, das im Völkerbund immerhin noch das englisch-italienische Gegengewicht gegen Frankreich ausspielen kann, würde also Frankreich und seinen zahlreichen Vasallenstaaten isoliert gegenüberstehen und bei jeder Entscheidung, in deren Mittelpunkt es stände, den kürzern ziehen müssen.«

Nach einer ganz ähnlichen historischen Exkursion schreibt Hans Zehrer in der Vossischen Zeitung vom 23. Mai 1930:

»Dieser Kampf der Macht um ihre Sicherheit und ihren Bestand hat sich nunmehr, da alle anderen Wege beschritten sind und das Ziel noch immer nicht erreicht ist, in die große moralische Idee geflüchtet... Durch das Memorandum Briands zieht sich das starke Bollwerk der französischen Sicherheitspolitik, die noch einmal den Versuch unternimmt sich der Zukunft zu bemächtigen. Dieses Bollwerk gilt es einzureißen.«
Die gleiche Stellung gegen ein »paneuropäisches Locarno«, gegen eine »gemeineuropäische Garantie« für den »Zustand der gegenwärtigen Ungleichheit in den Rüstungen, des unerfüllten Abrüstungsversprechens im Völkerbundspakt, den Zustand der politisch und wirtschaftlich unmöglichen Grenzen, die die Stümperarbeit nicht eines geeinigten sondern eines in Subjekte und Objekte diplomatischer Arbeit zerrissenen Europas geschaffen hat«, nimmt im Berliner Tageblatt vom 19. Mai 1930 Josef Schwab ein.

Den Reigen mag der Sozialdemokratische Pressedienst schließen. Was er sagt, klingt gegen diese und eigene frühere, sehr forsche Töne wesentlich abgemildert, ist aber dem Sinn nach davon kaum verschieden. Er beruft sich auf die Priorität der deutschen Sozialdemokratie im Heidelberger Programm und ist der Meinung, daß man »nicht allzu zaghaft an die Lösung dieser Frage« (nämlich der wirtschaftlichen) herangehen dürfe. Das aber sei es, was bei dem Memorandum Briands besonders auffalle:

»Die Betonung des Vorranges, der den politischen Lösungen vor den wirtschaftlichen gebühre, die ganz überflüssige, aber im französischen Munde nachgerade etwas verdächtig klingende Erwähnung der "Sicherheit" als der Voraussetzung eines jeden Fortschritts; das sind Hindernisse, die den Verwirklichungen im Wege stehen; es sei denn, daß diese Vorbehalte mehr als Konzessionen an die Mentalität der Militaristen und Diplomaten alten Stils gedacht sind, die jedem internationalen Fortschritt von vornherein mißtrauisch und mißbilligend im Wege stehen.«

Man sieht, daß der Sozialdemokratische Pressedienst Briand diesmal mit feinstem Verständnis anpackt; es geht doch nichts über psychologische Tiefgründigkeit. Sicherheit wird nur in Anführungszeichen gebracht, basta.

Aufrechterhaltung und Verewigung des Status quo: niemals! Im Gegenteil: Wiedergutmachung des Versailler Unrechts, Abrüstung Frankreichs und Aufrüstung Deutschlands, Wiederherstellung der Souveränität und Herstellung des wirklichen Gleichgewichts: so tönt es in wirren Stimmen aus dem politischen Chor. Dann, aber erst dann, können wir weiterreden über Europäische Union, wenn wir es dann noch nötig haben.

»Besteht die Gefahr, daß dieses Memorandum nur den letzten Stein zur Stabilisierung von Versailles darstellen soll, dann gilt es ihm in der Antwort das Gegenprinzip einer Lockerung der Versailler Zwangsbestimmungen entgegenzustellen. Auf

dem Wege der politischen Stabilisierung zur Einigung Europas!, das ist das Motto, das man an die Spitze des französischen Memorandums setzen kann. Auf dem Wege der politischen Revision zur Einigung Europas!, das ist das Motto, das man an die Spitze der Antwort setzen muß.«

So Hans Zehrer in seiner erwähnten Außenpolitischen Umschau, und in allen vorher angezogenen Meinungsäußerungen ist die gleiche Auffassung zu finden. Das macht: Man fühlt sich unter dem Schutz und den Fittichen Englands, flankiert von Italien, dem Führer des "revisionsbedürftigen Europas". Die Einheitlichkeit der englischen Presse bis zum Daily Herald wird mit Genugtuung von deutscher Seite festgestellt. So möge auch hier ein Zitat genügen. Der Observer gibt am 25. Mai folgenden Wink an die deutsche Adresse:

»Zum zweiten muß ein lebhaftes Gefühl der Gleichheit bei Bündnissen (in federations) bestehen: der Gleichheit, die aus dem Bewußtsein entspringt (comes from the feeling), daß alle Teile eines gemeinsamen Ganzen sind. Da ist kein Raum für Einschränkung und Übergewicht (checks and balances) innerhalb des Systems, für Allianzen und Kombinationen, die einer Gruppe ein ständiges Übergewicht geben sollen. Zu allerletzt ist da Raum für Ungleichheit der einzelstaatlichen Bewaffnung (internal armements). Die Staaten eines Bundes haben Anspruch auf den gleichen Maßstab (use the same yardstick). Ein vereinigtes Europa ist unmöglich, solange verschiedenes Richtmaß (different standards) auf beiden Seiten des Rheins herrscht.«

Und damit sind wir wieder an dem Punkt angelangt, an dem die politischen Wege Deutschlands seit 1918 zu enden pflegen. Man rechnet auf Englands Hilfe bei der "Revision". Man heischt nichts als Gerechtigkeit und strebt ein mitteleuropäisch-italienisches Bündnis gegen Frankreich an. Als pikante Einzelheit sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß Graf Westarp in seinem bereits zitierten Artikel im Eifer des Gefechts das Wort entschlüpft, das Memorandum stelle »ein politisches Abkommen über eine neue Gewähr für Frankreichs so schwer bedrohte Sicherheit und eine neue Garantie für die Grenzen namentlich seines polnischen Verbündeten« in den Vordergrund. »Schwer bedrohte Sicherheit«? Ja, ist sie denn nicht durch die verschiedenen "moralischen Verträge" so ausgezeichnet geschützt und garantiert?

Es bliebe, bevor dieser Faden zu Ende verfolgt wird, noch ein Wort über die Haltung der sozialdemokratischen Presse zu sagen. Sie ist so zwiespältig wie möglich. Es würde zu weit führen im einzelnen darauf einzugehen. Die einen befürchten die Gefahr »erhöhter Ausbeutung oder Umgehung der im Kapitalismus liegenden Möglichkeiten, die die Entwicklung der Produktivkräfte fördern«. So der erwähnte P. M. zum Beispiel in der Leipziger Volkszeitung vom 19. Mai 1930. Die Magdeburger Volksstimme, die sich positiv zu dem Memorandum stellt, ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, meint dagegen am 20. Mai, daß die Kapitalisten »eine Europäische Union verabscheuen, weil ihr Profit aus der Zerklüftung wächst, sie schließen sich national ab und plündern die eigenen Volksgenossen aus; ein europäischer Zusammenschluß erschwert dies Wegelagererhandwerk«. Ernst Reinhard /Bern/ wiederum erklärt kategorisch zum Beispiel in der Danziger Volksstimme vom 19. Mai 1930, die Arbeiterklasse könne unmöglich »irgendeine Besserung erhoffen aus einem hochkapitalistisch organisierten Europa«. Man kann also zwischen den verschiedensten Möglichkeiten wählen. Wobei man aber nicht aus den Augen lassen darf, daß Europa viel zu klein ist, als daß man in diesem engen Rahmen sozialistische Politik treiben könnte. Um die ganze Welt zu revolutionieren, bedarf es bekanntlich keiner Vorstufe. Trotz einer Fülle von Bedenken, die die Wiener Arbeiterzeitung am 18. Mai äußert, kommt doch auch sie zu dem Schluß (der wiederum das Gegenteil dessen besagt,

was hier aus P. M. zitiert wurde), daß »die europäische Staatenverfassung in Widerspruch mit der Entwicklung der Produktivkräfte geraten« sei, und daß diese »den Zusammenschluß Europas erzwingen werden«. Das Endziel sieht die Wiener Arbeiterzeitung in den Vereinigten Staaten von Europa als einer »Föderation der sozialistischen Gemeinwesen Europas«. Jedenfalls verkennt sie nicht, daß der Gedanke der Europäischen Union, dessen sich heute die Bourgeoisie bediene, »aus den Lebensbedürfnissen Europas erwachsend, sich doch schließlich zwangsläufig durchsetzen wird«. Das ist bis auf Nuancen der in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahrzehnten verfochtene Gedanke². Erfreulich, daß das Hamburger Echo am 19. Mai und die erwähnte Magdeburger Volksstimme sich durchaus im positiven Sinn äußern, wobei auch noch Genosse Heinrich Ströbel zu erwähnen wäre, der gerade über die Sicherheitsfrage, zum Beispiel im Andern Deutschland vom 24. Mai 1930, dem deutschen Liberalismus einige derbe Wahrheiten sagt. Soweit man es übersehen kann, darf man feststellen, daß im großen und ganzen die sozialdemokratische Presse sich weniger abweisend zur Initiative Briands verhalten hat als es noch vor 2 Jahren etwa zu erwarten gewesen wäre. Hoffentlich bleibt es auch dabei. Einige bedenkliche Symptome der letzten Tage lassen manchen Zweifel in die Festigkeit dieser Stellung aufkommen.

Europäische Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie wäre um so wichtiger und bedeutungsvoller, als umgekehrt die bürgerliche Presse an dem neuen Köder der Revision herumschnuppert. Sie stellt ihr kritisches Licht nicht unter den Scheffel und durchwühlt das Memorandum nach Schwächen, die es natürlich hat, haben muß (die aber weniger dem Absender als den Empfängern des Memorandums, dem Geist, mit dem es rechnen mußte, geschuldet sind). Im allgemeinen wird, so auch von der sozialistischen Presse, bemängelt, daß seine Formulierungen zu vag, zu unbestimmt seien. Der erwähnte Fritz Schottländer findet allerdings in der Frankfurter Zeitung, daß Briands Initiative zwar »voller Vorsicht, aber noch nicht vorsichtig genug« sei. Beide Meinungen lassen sich, o Wunder der Logik, halten; es kommt nur darauf an, auf welchen Standpunkt man sich placiert. Nicht zu bestreiten auch, daß zwischen Briands Versicherung, die Souveränität der einzelnen Staaten werde nicht angetastet, und der tatsächlichen Notwendigkeit der Souveränitätsbeschränkung bei einem intereuropäischen Abkommen ein Widerspruch besteht. Hier dürfte zur Erklärung genügen, was dazu Eduard Benesch in der Parlamentsdebatte über die Reparationsreglung sagte. Die Prager Presse berichtete am 23. Mai darüber wie folgt:

»Was die Zweifel anlangt, daß durch die Pariser Abmachungen über die Bodenreform unsere Souveränität verletzt werde, warnt der Minister sehr davor bei außenpolitischen Diskussionen das Wort Staatssouveränität überflüssigerweise in den Mund zu nehmen. Man darf keine Haarspaltereien treiben, man darf sich nicht über Worte streiten. Wir sind jetzt in die Weltkollaboration eingegliedert, derart, daß das Parlament sozusagen alltäglich durch seine Beschlüsse das Prinzip der sogenannten Staatssouveränität verletzt. Ebenso wie dies auch die übrigen Staaten tun. Große und kleine.«

Wenn auch Briand die Reglung dieses Problems unter gleichzeitiger Schonung aller nationalen Empfindlichkeiten getrost der spätern Praxis überläßt, so hat er als kluger Staatsmann gehandelt, dem es auf das Gelingen seines Plans ankommt. Was erst hätte er erlebt, wenn er sich auf die Begründung einer

²) Aber die Sozialdemokratie fand ihn anscheinend erst annehmbar, als er ihr von bürgerlicher Seite vorgeschützt wurde: siehe dazu *Kaliski* Weltsozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1924 Seite 607 und folgende.

notwendigen Beschränkung der Staatssouveränität eingelassen hätte? Muß er doch heute schon, sicher zu seinem eigenen Erstaunen, bemerken, in welcher Fülle die Verteidiger des von ihm angeblich attackierten Völkerbunds erstehen. Es ist manches Gesicht darunter, das bis dato tapferer auf das "Kasperletheater in Genf" schmälen konnte als je das jungfräuliche Gretchen auf den Mangel an Tugendhaftigkeit. So wandeln sich über Nacht die Gemüter.

Unwandelbar bleiben in Deutschland aber anscheinend der Haß gegen den "Erbfeind" und die schwärmerische Liebe für das gute England. Entsetzen faßt alle Stammtische, daß England außerhalb dieser "Kombination" bleiben könnte. Gewiß ist selten so klar wie bei dieser Debatte von den Engländern selbst ausgesprochen worden, daß England zum British Empire gehört und keine europäische Macht ist. Amery hat es in Berlin vor 3 Wochen unzweideutig erklärt: macht nichts, ohne den "englischen Vetter" betritt Deutschland die Höhle des europäischen Löwen nicht. Zwar druckt die Germania, deren Partei zurzeit den Reichskanzler stellt, am 28. Mai die Feststellung ihres Londoner Korrespondenten, daß es »keine Freiheit der Meere«, sondern »2 ozeanische Imperien« gibt, »die sich mit der Überlegenheit ihrer Seemacht zur Geltung bringen«, die (es ist nicht mit diesen Worten, aber dem Sinn nach gesagt) die Welt unter sich aufgeteilt haben. Aber die einzige Konsequenz, die daraus in Deutschland anscheinend gezogen wird, ist die Zufriedenheit unter der pax anglosaxonica weiter dienen zu dürfen. Die Germania wird weiter fordern, was sie am 22. Mai gefordert hat:

»Die Wilhelmstraße ist vor die Frage gestellt, um welchen Preis Deutschland bereit sein kann Frankreichs Wunsch nach Gemeinschaftsarbeit zu erfüllen. Denn Gemeinschaft, nicht Gefolgschaft ist die Voraussetzung für deutsche Mitarbeit. Und diese Gemeinschaft ist undenkbar ohne die Aufhebung der Ungleichheiten, die uns heute zu einem Staate minderen Rechtes machen.«

Das Weitere ist im Observer nachzulesen. Der Schluß des Artikels greift dann richtunggebend der deutschen Antwortnote vor:

»Briand wird Deutschlands Antwort erhalten, und wir zweifeln nicht daran, daß in ihr neben der grundsätzlichen Bereitschaft zur Diskussion die deutschen Vorbehalte und Bedenken einen unmißverständlichen Ausdruck finden.«

An der prophetischen Gabe der Germania ist diesmal in der Tat kaum zu zweifeln. Noch klingt uns der Entrüstungsschrei im Ohr, der in der deutschen Presse ausgestoßen wurde, als die <falsche> Nachricht auftauchte, die Räumung erfolge vielleicht nicht pünktlich, verzögere sich möglicherweise um ein paar Tage. Wo konnte man die Wahrheit über die Schwierigkeit lesen, die England bei der Regelung der letzten 22 Jahreszahlungen machte, und die die eigentliche Ursache zu dem Gerücht über die Verspätung der Räumung abgab? Wo sind die offenen und heimlichen Kämpfe um die Enteuropäisierung der Bank für Internationale Zahlungen wahrheitsgetreu geschildert? Alles das wird dem deutschen Zeitungsleser verschwiegen, wie es ihm verschwiegen wird, daß nicht die Vereinigung Kontinentaleuropas gegen England, wohl aber England gegen die Vereinigung des Kontinents gerichtet ist.

Die Initiative Briands ist ein erster vorsichtiger Schritt aus der Idee in die Realisation. »Die europäische Solidarität«, darin hat die Germania recht, »ist heute mehr denn je eine deutsch-französische Angelegenheit.« Deshalb aber, gerade deshalb hat das deutsche Volk zu fordern, daß die deutsche Regierung auf die Anregung Briands eingeht, daß sie sich im Kampf um den Frieden und die Zukunft Europas an die Seite Frankreichs stellt.



PAUL KAMPPMEYER · DIE INNERE ENTWICKLUNG DER SOZIALDEMOKRATIE



LEICHT ist es gerade nicht das Wesen der Sozialdemokratischen Partei zu erfassen. Seit der Begründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Mai 1863 hat sie die tiefstgehenden Wandlungen durchlebt. 12 Jahre rang sie mit sich selbst, um ihren Sektencharakter abzustreifen. Als sie endlich im Mai 1875 als geeinte Sozialistische Arbeiterpartei ins Leben trat, war sie in ihrer öffentlichen Wirksamkeit durch eine höchst parteiische und schikanöse Auslegung der Gesetze an Händen und Füßen gefesselt. Der halbausnahmegesetzliche Zustand, in dem sie sich vom Jahr 1875 bis zum Jahr 1878 befand, wurde durch das Sozialistengesetz zu einem ganzausnahmegesetzlichen gestaltet. Die Partei verlor zunächst die wesentlichsten Organe öffentlicher Betätigung: die Presse, die Versammlungen und Vereine. Erfreulicherweise schuf sie sich diese wieder im weitem Verlauf des Sozialistengesetzes. In Zürich erstand im Herbst 1879 der Sozialdemokrat. Er hatte selbstverständlich als Blatt der Geheimorganisationen nur eine begrenzte Öffentlichkeit. Er ist vor allem der Anwalt der verfolgten Sozialdemokratie. Der erbitterte und empörte sozialistische Ankläger kommt in dieser Zeitung zu Wort. Polizeiliche Übergriffe nähren in den ausgewiesenen und gehetzten Sozialdemokraten eine revolutionäre Grundstimmung. Diese wird durch die Fortschritte der sozialrevolutionären Bewegung in Rußland gehoben. Man rechnet 1881 mit dem Sturz des Zarentums und dem Sieg der Revolution in Rußland. Nach Friedrich Engels mußte diese Revolution auf Deutschland zurückwirken und sich Jahre hindurch wie die Revolution von 1789 bis 1794 fortsetzen. Überdies liegt wie ein atemraubender Alp eine schwere Wirtschaftskrise vom Ausgang der siebziger Jahre bis zur Mitte der achtziger über Deutschland. Die sogenannte Überproduktion scheint zu einem Dauerzustand geworden zu sein. Ist der Kapitalismus vielleicht schon am Ende seiner Kräfte, findet er in seiner eigenen engen Behausung keinen Lebensspielraum mehr? Diese Fragen drängen sich vielen Sozialdemokraten auf. In diesen Jahren der Krise und der Revolutionserwartung beginnt der Marxismus seinen Siegeslauf in dem Organ der sozialdemokratischen Geheimverbindungen: im Sozialdemokraten. Der Marxismus stützt die schon vorhandene Vorstellung von dem nahen Anbruch der sozialen Revolution. Die Produktivkräfte sind nach ihm dem Kapitalismus über den Kopf gewachsen, zersprengen die kapitalistische Eigentumsform. In einer sozialen Revolution erfüllt sich das Schicksal des Kapitalismus.

In diese Zeit eines heftigen revolutionären Wetterleuchtens fällt die erste bedeutendere politische Tätigkeit Georg von Vollmars. Als er im Herbst 1879 die Redaktion des Sozialdemokraten übernimmt, rechnet er mit dem baldigen Ausbruch der sozialen Revolution. Diese Überzeugung von der bevorstehenden sozialen Katastrophe wird in ihm durch mehrjährigen Verkehr mit den Führern, Verbannten und Ausgewiesenen des europäischen Sozialismus wesentlich verstärkt. Der sich ankündende Revolutionssturm muß nach seiner Ansicht auch den Sozialdemokraten durchbrausen. Vollmar sucht daher »die kommende welterschütternde Umwälzung samt deren gewaltsamen Äußerungsformen mit allen Kräften vorzubereiten«. In diesem Sinn redigiert er den Sozialdemokraten, in diesem Sinn verfaßt er

das Manifest der Auswärtigen Verkehrsstelle über den Wydener Kongreß. Auf der Sozialdemokratischen Konferenz in Zürich im August 1882 spricht er von dem bevorstehenden gewaltsamen Umsturz, er will die Leidenschaften fördern, aufspeichern und eventuell gebrauchen. Unter dem frischen Eindruck dieser Konferenz verwirft er in seinen später als Broschüre herausgegebenen Artikeln *Aufhebung des Sozialistengesetzes?* im Sozialdemokraten die landläufige sozialistische Vorstellung von der »allmählichen Umgestaltung«, von der »einzig wahren«, sozusagen »objektiven sachlichen Revolution«, in der »wir mitten inne leben«. Eine friedliche Umgestaltung ist nach Vollmar keine Revolution sondern Reform oder Evolution, ein örtlicher, unreifer, zufälliger Gewaltausbruch ist ein Putsch oder höchstens eine Revolte. Vollmar macht hier Front gegen den Revolutionsbegriff, der durch Lassalle in die Sozialdemokratie eingeführt war. Lassalle legte die Revolution in die objektiven tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse hinein. Die Baumwollmaschine Arkwrights war für Lassalle die »lebendig gewordene Revolution«, die in ihren Kämmen und Rädern den ganzen, auf die freie Konkurrenz gestellten neuen Zustand der Gesellschaft in sich trug. Der Mensch kann nach Lassalle nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, eine äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Nach Vollmar entsteht eine Revolution, wenn die im Schoß des Staats und der Gesellschaft bis zu einem bedeutenden Grad gediehene Umwälzung der bisherigen Ordnung der Gedanken und der Tatsachen an ihrer Weiterentwicklung gewaltsam gehindert wird, und wenn sich dann die in dem Werdeprozeß nach Geltung ringende Gesellschaftsschicht durch aufgeworfene Hindernisse nicht an der Durchführung der ihren Interessen dienenden Umwälzung hindern läßt sondern, der Gewalt mit der Gewalt begegnend, sie umzustürzen sucht. Vollmar unterstreicht stark die aktive Rolle der Revolution. Die Revolution ist eben nach ihm angestrebter gewalttätiger Staatsumsturz. Und über *diese* Revolution äußert er sich wörtlich:

»Diese Revolution, welche allerdings aus der Gewalt der Tatsachen und Machtverhältnisse ihren Ursprung nimmt, in die wir auch tätig, und zwar nicht allein mit moralischer sondern auch mit sehr materieller Gewalt eingreifen wollen, um den die brausenden Fluten immer höher stauenden Damm erst zu unterwühlen, ihn dann einreißen zu helfen und endlich dem verheerenden Wildstrom nach Möglichkeit die Richtung zu geben, in welcher er, vernichtend wie befruchtend, zum weitestgehenden Sieg des Sozialismus wirken kann, das ist die Revolution, die wir Sozialdemokraten meinen, die wir anstreben und vorbereiten. Demnach sind wir nicht nur im wissenschaftlichen sondern auch im politischen Sinne Revolutionäre, und wir dürfen vor diesem Namen ebensowenig zurückscheuen als ihm aus verwerflicher Rücksichtnerei eine gezwungene, unwahre Auslegung geben wollen.«

Vollmar wendet sich in seiner, unter dem Pseudonym Surtur veröffentlichten Broschüre gegen alles Vertuschen, Leugnen und Heucheln und bekennt sich als grundsätzlichen Feind des Eigentums, der Ehe, der Religion und der »ganzen Ordnung« des Bürgertums:

»Jawohl, wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl, wir werden der Gewalt mit der Gewalt begegnen. Jawohl, wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was eure "Gesetze" verbieten und uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor. Ihr habt die Machtfrage gestellt: gut, wir nehmen sie auf. Wir werden uns eines nicht fernen Tages schlagen, und der Sieger wird das Gesetz machen.«

August Bebel fuhr mit heftigster Leidenschaft gegen diese Ausführungen Vollmars los, sie bedeuteten nach seiner Ansicht die »Verlegung des Kampfes auf die Straße«. Bebel erkannte nicht die innere Folgerichtigkeit der Vollmar-

schen Darlegungen. Stand die Revolution vor der Tür, nun wohl, so mußte man sich unmittelbar auf sie einstellen. Vollmar lehnte deshalb auch auf dem Kopenhagener Kongreß 1883 jede gesetzgeberische Tätigkeit der Sozialdemokratie ab, da eine Revolution in absehbarer Zeit zu erwarten wäre. Die Aufgabe der Sozialdemokratie müßte daher sein die Revolution »vorzubereiten«, wenn auch nicht in der Weise Johann Mosts. In dem Kopf Vollmars tritt die Vorstellung einer schnell und katastrophal hereinbrechenden sozialen Revolution erst in dem Maß zurück, als er sich über die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Lage Deutschlands und speziell Bayerns unterrichtet.

Von großer Bedeutung für die geistige Wandlung Vollmars ist seine dauernde Niederlassung in Bayern, sein sorgfältiges soziales Studium von Land und Leuten seiner Heimat. Die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit seines engern Heimatlands belehrt ihn über den Mangel an Reife der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland. Er erkennt klar, wie fern ganze Gebiete des Reichs noch einer durch krankhafte kapitalistische Vollblütigkeit bedingten sozialen Revolution sind. Ihm trat nun ein anderer Typus Arbeiter entgegen als der, den er in Paris, Brüssel, Lüttich, Zürich, Genf und in den Industriezentren Sachsens gekannt hatte. Aus dem Konzept eines an Franz Mehring gerichteten Briefs Vollmars ersehen wir, wie liebevoll sich der Agitator Vollmar in die ganz eigenartigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Oberbayerns versenkt hatte. Die gründliche Erkenntnis der realen ökonomischen und sozialen Struktur Bayerns ließ Vollmar gegen die ökonomische Entwicklungsformel des landläufigen Marxismus rebellieren. Überall begegnete dem eifrigen, für den Sozialismus werbenden Vollmar noch der Bauer, dem durchaus nicht Tod und Untergang von einem wirtschaftlich übermächtigen Großgrundbesitzer drohten. Dieser Bauer war Arbeiter gerade wie der Industriearbeiter und lebte in engen proletarischen Verhältnissen. Vollmar fühlte sich als Vertreter aller der sozialen Gruppen, die sich in Oberbayern um die Fahne des Sozialismus geschart hatten. In dem Konzept seines Briefs an Mehring bekannte er sich unumwunden zu folgender Politik:

»Wir beschränken uns nicht auf eine bloße Industriearbeitervertretung sondern beteiligen uns an allen Fragen, welche irgendeinen wesentlichen Volksteil oder das Gemeinwesen als solches und die Kultur berühren.«

Vollmar vollzog den Bruch mit der marxistischen Entwicklungsformel, nach der die katastrophale Steigerung der Widersprüche einer Produktionsform der einzige geschichtliche Weg für ihre Auflösung und Neugestaltung ist, in seinen vielbefehdeten Münchener Eldoradoreden im Juni 1891. Den sich vollziehenden Prozeß der allmählichen Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus glaubte er in diese Worte fassen zu müssen:

»Wie die natürlichen Verhältnisse nicht in ruckweisen, plötzlich und unvermittelt einander folgenden Umwälzungen sich entwickeln, so lösen die gesellschaftlichen Ordnungen einander nicht als abgeschlossene Einheiten ab. Es gibt auch hier so wenig ein künstliches Machen als ein plötzliches Abreißen und Wiederbeginnen, sondern das Alte wächst allmählich, viel zu langsam für den hochfliegenden Sinn, in das Neue hinein. Dieses tausendfache Wurzeln des Heutigen im Gestrigen und des Morgen im Heute läßt nichts Absolutes aufkommen; alle politischen und gesellschaftlichen Zustände sind etwas Relatives, sind Übergangsformen. Die heutige Form zu benutzen, um auf die Gestaltung der morgigen Einfluß zu üben, das muß unsere Aufgabe sein.«

Mit diesen letzten Worten zeichnete Vollmar zugleich die Taktik auf, die von der Sozialdemokratischen Partei von dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 an bis zum Novemberumsturz 1918 stillschweigend befolgt wurde.

Wie Eduard Bernstein war Vollmar durch die klare Erfassung der realen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in seinem Glauben an die bereits vor der Tür stehende soziale Revolution erschüttert worden. In England sah Bernstein eine »Entwicklung im Werden«, die gegen eine »katastrophale Zuspitzung« sprach. Die gleiche Entdeckung machte der radikale, stark anti-parlamentarisch gesinnte Max Schippel, als er seine weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Studien aufnahm. Die wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen standen gegen eine Entwicklungstheorie auf, die im wesentlichen in einer zeitlich zurückliegenden Phase des Kapitalismus geistig empfangen worden war. In seiner Broschüre über den Staatssozialismus arbeitete Vollmar 1892 klar die Taktik der allmählichen sozialdemokratischen Machteroberung heraus. Diese Machteroberung erfolgt nach Vollmar nicht auf einen Schlag, nicht in einer gewaltsamen sozialen Revolution sondern in der Gestalt der allmählichen Gewinnung der wesentlichen Machtposten der Gesellschaft:

»Jeder unserer Erfolge als Partei, jede Vermehrung der Zahl unserer Anhänger und Wähler, jede Vermehrung unserer Vertretung im Reichstage und in den sonstigen Vertretungskörpern erwirbt uns ein neues Stück Macht.«

Von 1890 bis 1918 bildet die planvolle Erweiterung und Vertiefung der politischen und ökonomischen Macht der deutschen Sozialdemokratie den eigentlichen Inhalt der Geschichte dieser Partei. Sozialdemokratische Führer errichten in den Groß- und Fabrikstädten Genossenschaften, die sehr fühlbar auf die Preisgestaltung der Lebensmittel einwirken, sie fassen 2,4 Millionen Arbeiter in Gewerkschaften zusammen. In den Gemeinden gestalten sie den kommunalen Sozialismus beträchtlich aus. In der praktischen Lösung der Wohnungsfrage übernehmen sie teilweise die Führung. In den Einzellandtagen des Reichs, namentlich in denen Süddeutschlands, bilden sie den Konstitutionalismus systematisch fort. In Preußen setzen sie die Beteiligung an den Landtagswahlen durch. In den Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten bauen sie die Versicherungseinrichtungen sozial aus. Sie schaffen eine Arbeiterpresse, die 1,2 Millionen Leser umspannt, sie legen ein Riesennetz sozialdemokratischer Vereine über ganz Deutschland. Sie entreißen die aufstrebenden Elemente der Arbeiterjugend der staatlichen und kirchlichen Bevormundung und fügen sie zu festen Organisationen zusammen. Sie rufen eine Arbeitersportbewegung ins Leben, die sich auch sozial und politisch auswirkt. Einen erheblichen Einfluß auf die Arbeiterkulturbewegung gewinnen sie durch Arbeiterbildungsausschüsse, Arbeiterbildungsschulen, Volksbüchereien usw. In diesem unermüdlischen positiven Schaffen, das sich weit über ein Vierteljahrhundert erstreckt, offenbart sich in Deutschland das wirkliche Wesen der Sozialdemokratischen Partei.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer, sich auf den positiven wirtschaftlichen, politischen und sozialen Machtaufbau einstellenden Partei hat sich nicht ohne heftige theoretische Kämpfe vollzogen, die sich vor allem in den Sozialistischen Monatsheften abspielten. Gegen die Sozialistischen Monatshefte geht daher der Hauptsturm des althergebrachten "Radikalismus". Auf dem Münchener Parteitag 1902 wird ein Generalangriff gegen sie unternommen. Aber er kann ihr weiteres Wirken nicht aufhalten. Gerade Vollmar ist es, der auf diesem Parteitag den Grund der Feindschaft feststellt: die Furcht vor dem »blühenden Leben«, das sich ständig in diesem Organ regt. Und dieses Leben siegt. 1906 werden auf dem Mannheimer Parteitag die Gewerkschaften als unumgänglich notwendige Organisationen zur Hebung

der Arbeiterklasse befunden, nicht minder notwendig als die sozialdemokratischen Parteiorganisationen. Nach langwierigen Diskussionen verstand sich endlich der Magdeburger Parteitag 1910 dazu die Konsumgenossenschaften als eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfs zu betrachten. Er wertete sie als erfolgreiches Mittel zur Unterstützung des Klassenkampfes. In dieser Wertung war dem Magdeburger Parteitag der Internationale Kongreß in Kopenhagen 1909 vorangeschritten, der den Beruf der Konsumvereine anerkannte die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und sie dadurch zur Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorzubereiten. Im Jahr 1900 hatte sich bereits die Sozialdemokratie von der völlig negativen Wohnungspolitik Friedrich Engels' abgewandt: durch den Antrag der sozialdemokratischen Reichtagsfraktion, der die Einbringung eines Wohnungsgesetzentwurfs durch die verbündeten Regierungen verlangte. Für ein ausführliches Wohnungsreformprogramm entschied sich 1901 der Lübecker Parteitag. In den Jahren 1899 und 1900 stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag für die Novellen zum Invaliden- und Unfallversicherungsgesetz, und sie wichen dadurch von ihrer bisherigen Haltung zur sozialen Versicherung ab. Diesen Abstimmungen war eben eine lebhaftete Beteiligung der Massen an dem sozialen Ausbau der Krankenkassen, an der Erweiterung der sozialhygienischen Aufgaben der Landesversicherungsanstalten vorausgegangen. Ein Zentralverband Deutscher Ortskrankenkassen und eine Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen waren ins Leben getreten.

Man muß sich alle diese positiven Reformbestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vor Augen führen, wenn man den Geist der Epoche von 1890 bis 1918 richtig verstehen will. Man erinnere sich, daß der so stürmische Parteitag in Dresden 1903 gar keine Verschärfung der sozialdemokratischen Taktik im revolutionären Sinn brachte. Die Russische Revolution des Jahres 1905, von der selbst Karl Kautsky eine Ära europäischer Revolutionen erwartet hatte, die mit der Diktatur des Proletariats, mit der Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft endigen würde, verschob weder grundstürzend die Klassenverhältnisse Deutschlands, noch spitzte sie irgendwie revolutionär die Kampfweise der deutschen Sozialdemokratie zu. In Jena wurde 1905, nachdem Bebel die an den politischen Massenstreik geknüpften revolutionären Illusionen selbst niedergeschlagen hatte, dieser Streik unter der vollen Zustimmung der revisionistischen Führer Adolph von Elm und Eduard Bernstein als eine brauchbare, aber nur unter ganz bestimmten Umständen anwendbare Waffe den bisherigen Kampfmitteln der Sozialdemokratie eingeordnet. Um Anschläge gegen das allgemeine Wahlrecht und das Koalitionsrecht abzuwehren und um ein wichtiges Grundrecht für die Befreiung der Arbeiterschaft zu erobern, erklärte sich der Parteitag 1905 im gegebenen Fall für eine umfassende Anwendung des Massenstreiks. Man vergesse nicht, daß diesem Parteitagsbeschuß tiefgehende Wahlrechtseinschränkungen in Sachsen, Lübeck und Hamburg und sehr erhebliche Verkümmierungen des Gemeindewahlrechts in zahlreichen Städten vorausgegangen waren. Der politische Massenstreik selbst ist in Deutschland in keinem Fall angewandt worden. Seine Proklamierung war an die Zustimmung und Unterstützung der Generalkommission der Gewerkschaften gebunden.

Die Marschroute der Sozialdemokratie ist also von 1890 bis 1918 auf wachsenden politischen und ökonomischen Machtgewinn gerichtet, und in diesem

So berechtigt die Kritik an dem Reformentwurf im einzelnen ist, sie darf nicht ausschließlich von denen beherrscht werden, die reformiert werden sollen. Es fehlt an sachlichen und einheitlichen Maßstäben der Kritik. Überall sieht man nur Bedrohungen der Selbstverwaltung, auch dort, wo der Gedanke der Führerschaft auftaucht und verwirklicht werden soll. Daß Führerschaft der Demokratie nicht widerspricht, will immer noch nicht einleuchten. Bei dieser verwirrten Lage darf der vom Deutschen Städtetag nach langjähriger Arbeit vorgelegte Entwurf einer Reichsstädteordnung um so mehr Beachtung beanspruchen, als er sich darauf beschränkt die großen Leitgedanken für die Neugestaltung des kommunalen Verfassungsrechts festzulegen. Die Notwendigkeit der Reform ergibt sich vor allem aus der Tatsache, daß sich die Kommunen aus reinen Verwaltungsorganisationen zu großen wirtschaftlichen Organismen entwickelt haben. Ihr Arbeitskreis hat sich so erweitert, daß das lebendige Erfordernis selbstverwaltender Tätigkeit den bestehenden gesetzlichen Rahmen längst gesprengt hat oder durch ihn in unerträglicher Weise unter Druck gehalten wird. Wir brauchen ein kommunales Verfassungsrecht, das der neuen Entwicklung Rechnung trägt. Die eigentlichen Ursachen der Mängel in den städtischen Verwaltungen, die im Lauf der letzten Jahre der öffentlichen Meinung immer wieder Anlaß zur Kritik gegeben haben, liegen darin, daß den Städten von Reich und Ländern die schwere Bürde der inneren Lasten zugeschoben wurde, ohne daß auf der andern Seite die verwaltungsorganisatorischen und finanziellen Voraussetzungen vorhanden waren, die es den Städten ermöglichten der wachsenden Fülle ihrer Aufgaben im selbstverantwortlichen Handeln Herr zu werden. Die klare Verantwortung der Gemeinden für ihre Maßnahmen ist vielmehr weitgehend geschwächt worden: dadurch, daß man die verwaltungsmäßige Selbständigkeit der Städte durch schematische Vorschriften und durch die Einschaltung staatlicher Einwirkungsrechte immer wieder einschränkte. Die Zuständigkeiten sind heute ganz unklar abgegrenzt. Die Verantwortlichkeit läßt sich nicht eindeutig feststellen. Diese Mängel sind besonders im Fall Berlin deutlich geworden. Es wäre grundfalsch aus der Tatsache oder aus der Annahme, daß die Kommunen hier und da die Freiheit ihres Handelns mißbraucht hätten, die Konsequenz zu ziehen, eine verstärkte Staatskontrolle sei notwendig. Diesen Fehler begeht der Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Stadt Berlin.

Der Grundgedanke des Entwurfs einer Reichsstädteordnung ist richtig: in allen Beziehungen eine innige Verbindung von Selbstverwaltung und Selbstverantwortung auch auf dem organisatorischen Gebiet herzustellen. Die Freiheit des Handelns war bisher zum großen Teil formell, sie war nicht substantiell in der Verantwortung für die Folgen des Handelns begründet. Zuständigkeit und Verantwortung müssen deswegen in Verbindung gebracht werden. Das gilt sowohl für das Verhältnis der Kommunen zum Staat wie für die Abgrenzung der Zuständigkeiten innerhalb der städtischen Organe. Die Staatsaufsicht darf über eine Kontrolle der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung der Gemeinden nicht hinausgehen. Es widerspricht dem Gedanken einer Rationalisierung der städtischen Verwaltungsorganisation, daß die Staatsaufsicht zur Mitverwaltung wird, und so die Verantwortung in unorganischer Weise verlagert und zersplittert wird.

Solche weitgehende Beschränkung der Staatsaufsicht ist aber nur möglich, wenn die Kommunen Garantien dafür geben, daß sie auch wirklich in der

Lage sind die Verantwortung für ihre Maßnahmen selbst zu tragen. Dafür ist eine klare Festlegung der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der einzelnen gemeindlichen Organe notwendig. Aus diesem Grund fordert die Reichsstädteordnung ein Einkörpersystem, sie läßt das Zweikörpersystem, die Magistratsverfassung, fallen. In diesem Punkt sind sich alle 3 Verfassungsentwürfe einig. Auch der Berliner Gesetzentwurf, auch das preussische Selbstverwaltungsgesetz fordern, mehr oder weniger modifiziert, ein Einkörpersystem. Das Nebeneinander von Magistrat und Stadtvertretung hat seinen Sinn verloren. Die Politisierung hat nicht bei der Stadtverordnetenversammlung haltgemacht sondern auch den Magistrat erfaßt. Auf die Dauer bedeutet es Unwahrhaftigkeit, Leerlauf der kommunalen Verwaltung, wenn man die alte Hülle der Magistratsverfassung auf eine gänzlich neue Entwicklung anwendet. Die Verantwortung muß bei der gewählten Stadtvertretung zusammengefaßt werden. Die gleiche Körperschaft, die die entscheidenden Beschlüsse faßt, soll auch die Folgen dieser Beschlüsse allein tragen und vertreten dürfen. Die Kommunalskandale sind nicht zuletzt auf das Versteckspiel zurückzuführen, das in den letzten Jahren zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat gespielt wurde. Trotz den verschiedenen Gemeindeverfassungssystemen hat sich in der Praxis der Verwaltung eine weitgehende Übereinstimmung herausgebildet. Das Schwergewicht der Entscheidungsbefugnisse hat sich mehr und mehr nach der Seite der gewählten Stadtvertretung verschoben, auch im Bereich der Magistratsverfassung als Zweikörpersystem. Seitdem die Magistrate mehr und mehr nach der Stärke der Parteien gebildet werden, besteht die Magistratsverfassung im Entscheidenden nur noch der Form nach. Dem, was außerhalb der Gesetze organisch geworden ist, muß nun auch die Kodifikation folgen. Das fordert die Sicherung klarer Verantwortung. Die gewählte Stadtvertretung mit dem von ihr bestellten Bürgermeister an der Spitze soll allein die Beschlüsse fassen. Das Zweikörpersystem in der Gestalt der Magistratsverfassung hat heute deswegen seinen Sinn verloren, weil der Magistrat nicht mehr ein Kontrollorgan sondern lediglich ein Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung ist.

An sich ist das Zweikörpersystem, weit entfernt überholt zu sein, gerade eine Sache der reifenden Zukunft; wenn nämlich die Zweite Kammer wirklich eine andere Zusammensetzung zeigt. Wenn auch zurzeit nicht daran zu denken ist die Zweite Kammer in der Kommune in der Form einer Kammer der Arbeit einzuführen, so steht doch fest, daß heute die Interessentenwirtschaft das Bewußtsein unbedingter Verantwortlichkeit bei der Stadtverordnetenversammlung trübt. Auch jetzt schon muß alles getan werden, um die Verquickung von Politik und Geschäft zu verhindern. Die Skandalchronik der Weltstädte verzeichnet eine auffallende Zunahme der Fälle, in denen gerissene Interessentenvertreter mehr oder weniger gutgläubige Stadtverordnete zu ihren Zwecken benutzt haben. Ein großer Teil der Stadtverordneten steht heute unter dem Druck wirtschaftlicher Interessentengruppen. Wäre es nicht richtiger diesen von vornherein das zu geben, was sie sich heute hinten herum holen, nämlich die Vertretung in einer Wirtschaftskammer mit eigenen Befugnissen?

Solange keine Chancen bestehen diesen Plan zu verwirklichen, muß alles getan werden, um eine Beeinflussung der politischen Entscheidung durch wirtschaftliche Interessentengruppen zu verhindern. Der Entwurf einer Reichsstädteordnung verwirft ein Recht wirtschaftlicher Interessenverbände bei der

Festsetzung der gemeindlichen Steuern gehört zu werden, bei der Ausübung der öffentlichen Fürsorge mitzuwirken usw. Die Bestrebungen gesetzliche Vorschriften zu erlassen, die die Kommunen dazu zwingen Vertreter besonderer Interessentengruppen bei der Bildung städtischer Ämter, Verwaltungsausschüsse und dergleichen zu berücksichtigen, werden abgewehrt.

Mit einem klaren demokratischen Prinzip ist es auch nicht vereinbar, daß die der gesamten Allgemeinheit gegenüber verpflichtende Funktion des Stadtverordneten von Personen ausgeübt wird, die beruflich mit der Kommune in Geschäftsbeziehungen stehen. Wir brauchen eine Art von Unvereinbarkeitsgesetz, das heißt ein Gesetz, das die Unvereinbarkeit von öffentlichem Mandat und geschäftlichen Beziehungen mit dem Mandanten festlegt. Beamte sollen nicht Abgeordnete sein: diese hier ausgesprochene und begründete Forderung Hans Goslars¹ muß dahin ergänzt werden, daß Personen, die mit der Kommune Geschäftsbeziehungen unterhalten, nicht öffentliche Funktionäre sein dürfen. Die Aufträge sämtlicher kommunaler Körperschaften an die Privatwirtschaft belaufen sich nach den Haushaltsplänen 1928-1929 auf etwa 5 Milliarden Mark. Es handelt sich hier um gewaltige Summen, die innerhalb der deutschen Volkswirtschaft von großer Bedeutung sind. Die interessierten Wirtschaftskreise wollen sich ein Lieferungsmonopol dadurch verschaffen, daß sie Vertrauensleute in die Stadtverordnetenversammlung zu bringen suchen. Diesen Bestrebungen kann nur dadurch Einhalt geboten werden, daß die Stadt es prinzipiell ablehnt Lieferungen an Stadtverordnete zu vergeben. Es darf keine Einkaufs- und keine Lieferungsmonopole geben. Auf dem vielumstrittenen Gebiet der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden ist unbedingt und eindeutig an dem Prinzip der Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit festzuhalten. Alle Bestrebungen zu einer gesetzlichen Katalogisierung der "erlaubten" städtischen Betriebe sind abzuwehren. Im besondern ist die Beschränkung der Willensbildung der Stadtvertretung durch die Einführung qualifizierter Mehrheiten, wie sie verschiedentlich für Beschlüsse über eine Erweiterung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden gefordert wird, als undemokratisch abzulehnen.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Verwaltungsreform gehört die Reform der innern Struktur des kommunalen Verwaltungsapparats. In dem Fall Berlin ist es besonders notwendig das Verhältnis von Zentrale und Bezirk neu zu regeln. Die Verfassung Berlins muß stärker konzentriert, die Verwaltung Berlins muß stärker dezentralisiert werden. »Die ganze kommunale Selbstverwaltung«, sagte Hugo Preuß, »wurzelt in dem Organisationsprinzip der örtlichen Dezentralisation gegenüber dem Staate. Auf der Höhe ihrer Aufgabe vermag sich die großstädtische Selbstverwaltung nur zu halten, indem sie das ihr innewohnende Prinzip örtlicher Dezentralisation nunmehr auch in ihrer eigenen Organisation ausgestaltet.« Gerade wer auf die Einheit der Gemeinde Berlin bedacht ist, muß auf eine klare Gliederung und gegenseitige Abgrenzung der Kompetenzen von Zentrale und Bezirken dringen. Die Arbeit der Zentrale hat sich auf die Aufstellung der Grundsätze zu beschränken, in deren Rahmen die Bezirkskörperschaften über die Angelegenheiten des Bezirks zu beschließen haben. Ein alter Gedanke, der aber noch niemals verwirklicht wurde. Darüber hinaus ist es im Interesse einer möglichsten Vereinfachung der Verwaltung erforderlich, daß die Anzahl der Bezirke in

¹) Siehe Goslar Sollen Beamte Abgeordnete sein?, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 326 und folgende.

Berlin herabgesetzt wird. Der vorliegende Berliner Gesetzentwurf nimmt in der Frage der Regelung des Verhältnisses der Zentrale zum Bezirk keine klare Stellung ein. Zuständigkeitsabgrenzung und Aufgabenverteilung werden verwischt, da auf den durch Grundsätze und Richtlinien gebundenen Verwaltungsgebieten die Bezirke den Weisungen des Oberbürgermeisters unterliegen.

Verlangt das demokratische Prinzip auf der einen Seite die volle Übernahme der Verantwortung durch die gewählte Bürgerschaftsvertretung, so ist ebenso untrennbar davon der Gedanke der Führerschaft. Demokratie und Führerschaft sind keine Gegensätze. Die Demokratie verlangt auch einen verantwortungsbewußten und verantwortungstragenden Führer. Die Ideen der Selbstverwaltung vertragen aber keine Diktatoren und Präfekten. Der Entwurf eines Berliner Selbstverwaltungsgesetzes überspitzt vielleicht etwas den Gedanken der Führung der Gemeinde durch den Oberbürgermeister. Er gibt ihm auch das Recht an Stelle der Stadtvertretung oder des Stadtgemeindevorstandes dringende Maßnahmen zu treffen, die sofort ausgeführt werden müßten. Diese Bestimmung scheint auf ein geistiges Riesenmaß oberbürgermeisterlicher Leiber zugeschnitten. Man braucht aber darüber nicht allzu besorgt zu sein. Denn im allgemeinen wird, wie Ernst Reuter hier vor 2 Monaten ausführte, der einzelne nur »die Machtfülle besitzen, die ihm auf Grund seiner Leistungen zukommt«². Und grundsätzlich ist zu betonen, daß eine auf höchste Leistung gerichtete Verwaltungsorganisation und ein richtiges Funktionieren des Einkörpersystems nur durch aktive und zielklare Führung der Gemeindeverwaltung durch den Bürgermeister verbürgt werden.

Wie immer die endgültige gesetzliche Regelung aussehen mag, überall muß darauf geachtet werden, daß es in der Hauptsache darauf ankommt den Verwaltungsapparat zu vereinfachen. Ein Verwaltungssystem von höchster Wirtschaftlichkeit tut not. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip muß sich heute auch in der kommunalen Verwaltung durchsetzen. Wichtiger als alle Neugestaltung der Verfassung ist es, daß in die kommunale Verwaltung selbst ein neuer Geist einzieht. Immer wieder muß man sich vor Augen halten, daß die Kommunen heute nicht bloß Verwaltungen sondern große Wirtschaftskörper darstellen. In jedem einzelnen Funktionär der öffentlichen Verwaltung muß das Verantwortungsbewußtsein gestärkt werden. In letzter Zeit ist eine Reihe von Vorschlägen in der Richtung gemacht worden das Wirtschaftlichkeitsprinzip in dem bürokratischen Verwaltungsapparat dadurch zur Geltung zu bringen, daß man den Funktionären der öffentlichen Verwaltung die beamtenrechtlichen Sicherungen nimmt. Der Beamte soll zum Arbeitnehmer gemacht werden. Oskar Aust schlägt vor die unkündbare Anstellung der Beamten aufzuheben³. Er glaubt, daß der Beamte, wenn er seine jetzigen beruflichen Sicherungen verliert, mehr als bisher auf die Verteidigung seines Lebensraums bedacht sein wird. Er verspricht sich davon eine höhere Leistungsfähigkeit der Beamten. Aber es ist nicht richtig, daß die Leistungsfähigkeit des Beamten durch seine beruflichen Sicherungen geschwächt wird. Ebenso wenig stimmt es, daß die höhere Leistungsfähigkeit des kaufmännischen Betriebs lediglich darauf zurückzuführen ist, daß bei den Arbeitnehmern der Privatwirtschaft beamtenartige Sicherungen der Existenz nicht vorhanden sind. Das beweisen die Erfahrungen, die in den Zeiß-

2) Siehe Reuter Reform der Berliner Verwaltung, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 348.

3) Siehe Aust Die Reform der öffentlichen Verwaltung in Deutschland /Berlin 1929/.

betrieben in Jena gemacht worden sind, in denen seit Jahrzehnten die Arbeitnehmer über das übliche Maß hinaus Existenzsicherungen beamtenähnlicher Art genießen. Gerade von den Zeißwerken wird immer wieder betont, daß diese Sicherungen die Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter nicht etwa vermindert sondern gesteigert haben. Die Leistungsfähigkeit des kommunalen Verwaltungsapparats würde dadurch, daß man den unteren und mittleren Beamten ihre beruflichen Sicherungen nimmt, schwerlich steigen. Die Leistungsfähigkeit eines Verwaltungsapparats hängt viel mehr von den leitenden Beamten in den Ämtern ab. Der Postbote kann nicht mehr tun als seine Runde ableisten. Die Arbeit der unteren und mittleren Beamten wird durch den Betriebsgang meist automatisch reguliert. Im Rahmen der Bureaucratie sind Möglichkeiten zur Entfaltung schöpferischer Initiative meist nur in den leitenden Spitzen gegeben. Aber gerade für die leitenden höheren Beamten will Aust die "wohlerworbenen" Beamtenrechte aufrechterhalten wissen. Sinn hätte die Privatisierung des Beamten aber eigentlich nur bei dem leitenden Personal, das die organisatorische Verantwortung trägt. An die Verwirklichung solcher Forderung ist heute nicht zu denken. Um so wichtiger wäre es wenigstens in den kommunalen Betrieben damit aufzuhören, daß die leitenden Persönlichkeiten nicht nur enorm hohe Gehälter sondern auch Pensionsberechtigung besitzen. Es ist ein Unfug kommunalen Werksdirektoren neben einem Hunderttausendmarkgehalt noch die Pensionsberechtigung zu geben.

Der bürokratische Betrieb unterscheidet sich von dem kaufmännischen Betrieb hauptsächlich dadurch, daß in ihm jede Teilhandlung durch Vorschriften genau geregelt ist. Der Blick auf das Ergebnis der Arbeitsleistung fehlt ebenso wie die selbständige Beurteilung des richtigen Arbeitsvorgangs durch den Arbeiter. Im Gegensatz dazu wird in dem kaufmännischen Betrieb dem einzelnen bei der Durchführung eines geforderten Arbeitserfolgs und damit eines bestimmten Arbeitsziels ziemlich weit freie Hand gelassen. Im kaufmännischen Betrieb hat der einzelne die Möglichkeit seine spontane Intelligenz in Funktion treten zu lassen und sie im systematischen Gebrauch stetig zu entwickeln und auszubilden. Dem untern und mittlern Beamten in der Bureaucratie ist es kaum möglich eine Handlung nach eigenem Gutdünken durchzuführen. Er ist dazu gehalten seine Instruktionen strikt einzuhalten, ohne auch nur über deren Zweckmäßigkeit nachdenken zu dürfen. Hier ist eine Reform notwendig, hier ist die Möglichkeit vorhanden Erfahrungen des kaufmännischen Betriebs zu verwerten. Die Leistungsfähigkeit der Beamten wird sich am ehesten dadurch erhöhen lassen, daß man ihnen in ihrem Arbeitsbereich eigene Verantwortung gibt, und daß man ihre selbständigen Entscheidungsbefugnisse vermehrt. Die leitende Stelle soll dem Beamten das Arbeitsziel setzen. In der Wahl der Mittel zur Erreichung des Arbeitsziels soll aber dem einzelnen mehr als bisher freie Hand gelassen werden.

Kommt die Reform, so muß sie überall Stärkung der Selbstverantwortung bringen: Selbstverantwortung der Gemeinde gegenüber dem Staat, Selbstverantwortung der Stadtvertretung, Selbstverantwortung des einzelnen Beamten. Auf diese Weise wird sich am ehesten höchste Wirtschaftlichkeit in dem Verwaltungssystem erreichen lassen. Und an dem Grundgedanken der Erreichung einer höhern Wirtschaftlichkeit muß jede kommunale Verfassungs- und Verwaltungsreform orientiert sein.



BALTHASAR WEINGARTZ · WIRTSCHAFT UND POLITIK IN ENGLAND



IR sind zwar ein Volk der Dichter und Denker gewesen, aber wir sind heute die amerikanischste Nation Europas«, schrieb die Kölnische Zeitung am 14. August 1927. Rationalisierung wurde in Deutschland nach der Stabilisierung zur Parole. (Wie sie ausgeführt wurde, steht auf einem andern Blatt.) Die Amerikaner Ben Meyer und Sylvia Kopald Selekmán schreiben in ihrem sehr lesenswerten Buch über englische Wirtschaftsverhältnisse:

»Bei Besprechung der wirtschaftlichen Probleme in Europa steht ein Wort im Vordergrund, es heißt Rationalisierung. Eine genaue Definierung fand man für diesen Begriff bis jetzt nicht. Im besten Fall freilich soll damit nicht nur einer europäischen Anpassung an die amerikanische Betriebswissenschaft im Einzelbetrieb das Wort geredet werden, wie es in Wirklichkeit in Amerika geschieht, sondern die gesamte Produktion und der Austausch gehören in ihren Bannkreis. Was diese ganze Entwicklung besonders für England so interessant und bemerkenswert macht, ist die Tatsache, daß die Arbeitergruppe [die Trade Unions?] von den Unternehmern verlangt die Industrie leistungsfähiger zu machen. Das ist um so eigenartiger, als doch die Arbeiterbewegung in den meisten Ländern Europas durch und durch sozialistisch ist. Aber die Macht der Verhältnisse zwang nun einmal, auch in Rußland, zur Eingehung eines sonderbaren Kompromisses zwischen Karl Marx und Frederick William Taylor. Wird auch die Theorie des Taylorismus, wie sie genannt wird, vor allem ihre wissenschaftliche Anwendung, zunächst von den Arbeiterführern noch bekämpft, so findet sie doch mehr und mehr Anerkennung.«¹⁾

Lange bevor dieses geschrieben wurde, hatte Henry Noel Brailsford im New Leader vom 1. Oktober 1926 in einem Artikel ähnliche Schlüsse gezogen. Brailsford betitelte seinen Aufsatz Ford contra Marx? und sagte da:

»Das Phänomen, das Herr Bevin nun in Amerika untersuchen wird, ist zweifellos das interessanteste der Weltgeschichte. Wir alle kennen die marxistische Analyse des Kapitalismus sowie die Schlußfolgerung, die die Lehre zieht. Kapitalismus wird, wenn er sich nicht selbst aufgibt, die akkumulierten Profite aufhäufen, um damit die Produktivität der menschlichen Arbeit ins Riesenhafte zu steigern, gleichzeitig aber sich weigern die Kaufkraft der Lohnarbeiter durch gesteigerte Reallöhne zu heben, mit dem Ergebnis, daß er sich durch Hinabstoßung des Proletariats in immer größeres Elend sein eigenes Grab gräbt. Aber nun haben wir in Amerika das Gegenstück, das die Theorie Lügen straft.«

An der Hand des vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Buchs Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer fragte nun Brailsford: Wird Marx von Ford widerlegt? Als der Artikel erschien, lag der Bergarbeiterkampf in seinen letzten Zügen. Wie vorher die gesamte englische Arbeiterklasse im 12tägigen Generalstreik geschlagen wurde, unterlagen auch die Bergarbeiter nach 9monatigem Ringen. Die Arbeitszeit wurde verlängert, die Löhne wurden verkürzt, ohne daß der "Fordismus" gesiegt hätte.

Freilich kämpften die Bergarbeiter mit der Parole "Keine Minute zur Arbeitszeit, keinen Cent vom Lohn!", ohne sich um den Taylorismus zu kümmern. Den aber stellte die von der Regierung eingesetzte Kohlenkommission, deren Vorsitzender Sir Herbert Samuel war, in den Vordergrund. Ausgangspunkt des Berichts war: In ihrer jetzigen Lage sei die Industrie ohne vorherige Reorganisation und Syndizierung außerstande auskömmliche Löhne zu zahlen. Selbst in der Übergangsperiode ginge es nicht ohne Beschränkung der Lohnhöhe der bessergestellten Kohlenhauer, falls nicht zur Verewigung des 1926 angewandten Experiments staatlicher Lohnsubventionierung ge-

1). Siehe Selekmán British Industry to-day /London 1929/ Seite 3 und folgende.

schrritten würde, was die Kommission ablehnte. Freilich fehlt es unter den Vertretern des sogenannten Sozialismus in unserer Zeit nicht an Stimmen, die zur Erreichung ihrer Ziele vor einer Verallgemeinerung des Prinzips der Lohnsubventionierung nicht zurückschrecken. Außerdem griff man auch im Ruhrbergbau 1929 zu diesem Experiment. In England war es nicht möglich greifbaren Nutzen zu erzielen. Nach dem Zusammenbruch des Streiks beherrschte das Grubenkapital das Feld. Für $\frac{2}{3}$ aller Bergarbeiter wurde der Achtstundentag exklusive Ein- und Ausfahrt eingeführt. Der in jahrzehntelangem Kampf 1919 eroberte Reichstarif ging in die Brüche. Die Reorganisation der Industrie geriet in Vergessenheit, bis die Labourregierung den Stein wieder ins Rollen brachte. Unerklärlich freilich bleibt, warum die Regierung auf halbem Weg stehen blieb, nicht ganze Arbeit machte. An Wahlversprechungen fehlte es sicherlich nicht.



IN England, dem klassischen Land des Kapitalismus, wo die revolutionären Methoden des Chartismus bereits überlebt waren, als Karl Marx sie als Grundlage der Klassenkampftheorie entdeckte, bahnte sich die Industrie leichter einen Weg als anderswo. Im Siebenjährigen Krieg, noch mehr aber nachdem es England gelungen war durch seine europäischen Hilfsvölker Napoléon niederzuwerfen, wurde die englische Industrie zur Weltherrscherin, England nach dem Marx'schen Wort zum »Despoten des Weltmarkts«. An dem einzigartigen Aufschwung, der bis zum Weltkrieg anhielt, nahm auch die Arbeiterklasse teil. So befanden sich die Trade Unions in günstigster Lage. Im Kampf für den gerechten Lohn verstanden sie es in recht kleinbürgerlicher Art Trade-Unions-Rechte zu schaffen, die als restraint of trade gedacht waren und durch die Koalitions Gesetze von 1871 bis 1876 legalisiert wurden. Es gibt bestimmt kein Land, wo der Arbeitsweise so enge Grenzen gezogen sind wie in England. Als Lloyd George im Frühjahr 1915 Munitionsminister wurde, die Industrie zu einer Einheit zusammenfaßte, den Plan to win the war ausarbeitete, erging auch die Aufforderung an die Gewerkschaften alle produktionsbeschränkenden Gewerkschaftsbedingungen »für die Dauer des Krieges« außer Kraft zu setzen. Das gelang allerdings nie ganz. Trotzdem kam es zu vielen Vereinbarungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, die auf die zeitweilige Aufhebung der Restraint-of-trade-Bedingungen hinzielten.

Allgemein glaubte man, die Wiederkehr der aufgehobenen Bedingungen wäre unmöglich. Das Unmögliche aber geschah: Ohne große Mühe gelang es den Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen der Vorkriegszeit wieder einzuführen. Im Unternehmertum bestand keinerlei Drang zur Konzentrierung, Standardisierung, Typisierung, Normierung der Industrie. Die Prosperitätsperiode, die nach dem Krieg begann, war von zu kurzer Dauer. Als dann 1921 die Krise kam, dachten wenige Unternehmer an eine Modernisierung der Industrie. Man hielt am Althergebrachten fest, man "muddelte" sich durch. Die Unsicherheit auf den internationalen Märkten, die kontinentale Inflation waren Momente zur Konservierung der Vorkriegsgeistesverfassung. Gern ließ man sich zur Wiedereinführung der alten Trade-Union-Rules zwingen. G. D. H. Cole schreibt über diese Periode:

»Wären die Unternehmer willens gewesen eine Umwandlung der Produktionsbedingungen zu erzwingen, das Akkordsystem zu verallgemeinern, wissenschaftliche Betriebsführung anzuwenden, da war Gelegenheit hierzu. Tat man es nicht, so nicht deshalb, weil man es nicht konnte, sondern weil man zu diesen Dingen kein

Vertrauen hatte. Das beste Beispiel für die Richtigkeit dieser Behauptung liefert die Kohlenindustrie. Die Methoden in den neuen Gruben Südyorkshires sind ganz verschieden von denjenigen der anderen Kohlenbezirke. Der Unterschied in den Arbeitsverhältnissen ist so groß, daß ein Arbeiter, der, sagen wir, von Durham nach Doncaster wechselt, einfach zuerst wieder in die Lehre gehen muß, bevor er sich mit den neuen Arbeitsmethoden, den modernen Maschinen zurechtfindet. Aber trotz allen Hinweisen und Gutachten Königlicher Kommissionen hält die Mehrheit der Grubenbesitzer krampfhaft an den alten überlebten Methoden fest, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die Produktionsergiebigkeit bedeutend eingeschränkt wird. Freilich können viele der alten Gruben eine Modernisierung nicht vertragen. Wer aber wollte behaupten, für die Industrie sei alles getan, um sie in Einklang mit den Errungenschaften der modernen Technik zu bringen? Gewiß setzt Anpassung an die moderne Technik die Anlage neuer Kapitalien voraus. Sie erfordert Schleifung alter Maschinen, die durch neue zu ersetzen sind, wenn auch mit den alten, allerdings nicht ohne Verluste, gearbeitet werden kann. Neues Kapital muß angelegt werden; das wiederum setzt den Glauben voraus, es können gute Gewinne erzielt werden. Dieser Glaube war nicht vorhanden . . . Es ist nun Mode geworden nach Amerika zu blicken, woher angeblich alles Heil kommt. Während dort die Produktion sowie der Lebensstandard der Arbeiter gestiegen ist, herrscht in England Stillstand. Studienkommissionen fahren zu diesem Gelobten Land, kommen zurück mit der Kunde von erstaunlicher Prosperität. Jeder will das amerikanische "Geheimnis" kennen lernen, um es auch der Industrie des eigenen Landes zur Nachahmung empfehlen zu können.«²



OLE beschränkt hier den 1927 auf dem Gewerkschaftskongreß beschlossenen "neuen Weg". Der Drang zum Umlernen reifte bei den Gewerkschaften während des unheilvollen Streikjahrs 1926. Freilich wäre es falsch zu verschweigen, daß es Ansätze zum Umlernen auch schon früher gab. Darauf wies bereits Arthur Ben Swales in seiner Eröffnungsrede auf dem Gewerkschaftskongreß von 1925 hin, nachdem er vorher den nahe bevorstehenden völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verkündet hatte. Er sagte da: »Jetzt, wo die besitzende Klasse das furchtbare Durcheinander zuwege gebracht hat, in dem wir uns befinden, erschrickt sie vor der Lage und sagt zu den Gewerkschaftsvertretern: Laßt uns doch zusammenkommen, um in gemeinsamen Beratungen den Stand der Wirtschaft zu untersuchen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die verhindern, daß das ganze System zusammenbricht.«

Zur öffentlichen Diskussion stehen die Rationalisierungsbestrebungen aber erst seit 1927. Selbst der "kommunistische" Schriftsteller Eugen Varga spricht im Labour Monthly von der Unvermeidbarkeit der Rationalisierung:

»Unzweifelhaft bietet die technische Grundlage der alten britischen Industrien für die Rationalisierung größere Schwierigkeiten als der Stand der deutschen und amerikanischen Industrien. Die lange Periode, in der England als die "Werkstatt der Welt" galt, führte zu einer großen Spezialisierung und Lokalisierung bestimmter Artikel und Waren in verhältnismäßig kleinen Konzernen. Es gibt Baumwollspinnereien, die das ganze Jahr die selben Garne produzieren. Es gibt Klempnereibetriebe, die vollständig auf die Produktion eines bestimmten Artikels eingestellt sind. Die Möglichkeit die ganze Welt mit einer bestimmten Ware beliefern zu können führte zu einer horizontalen Spezialisierung, wobei die Vorteile einer vertikalen Konzentration übersehen wurden. So erklärt sich das Vorhandensein einer so großen Anzahl verhältnismäßig kleiner Betriebe in den alten Industrien. Auch der Umstand, daß der Produktionsapparat der britischen Industrie sich viel mehr auf Belieferung des Weltmarkts einstellte als das in Deutschland und Amerika der Fall ist, erklärt sich aus dem Dargelegten. Weil der britische Kapitalismus sich nicht auf Ausnutzung des innern Markts verlegte, brauchte er keine hohen Schutzzölle. Spezialisierung des Weltmarkts und das Fehlen, wenigstens bis in die neueste Zeit hinein, von Schutzzöllen sind die Ursache dafür, daß die Monopolisierung in England nicht so fortgeschritten ist wie in den Ländern, die weniger auf die Ausfuhr angewiesen sind; Deutschland und Amerika. Die ge-

2) Siehe Cole The Payment of Wages /London 1928/ Seite IX und folgende.

schilderten Verhältnisse haben sowohl organisatorische wie ideologische Begleiterscheinungen gezeitigt, und zwar in ökonomischer Hinsicht: Züchtung eines Individualismus, des Freihandels und des laissez faire, in der Gewerkschaftsbewegung die große Anzahl Verbände für eine und die selbe Industriegruppe, gleichzeitig aber das Bestreben der Mitglieder das alleinige Recht zu behalten einen bestimmten Artikel anfertigen zu können. Das alles erschwert die Durchführung der Rationalisierung... So kommt es, daß die englische Industrie im Vergleich zur deutschen rückständig ist, so daß, wie sich ein französischer Schriftsteller ausdrückte, »die britische Industrie immer noch die Umstellung vom 19. zum 20. Jahrhundert durchzuführen hat«. Aber die Rationalisierung ist eine Lebensnotwendigkeit für das britische Kapital. Sie ist schon notwendig, um die Konkurrenz der deutschen Industrie, die bereits rationalisiert ist, parieren zu können.«³

Im Gegensatz zu James Maxton erklärte Sir Oswald Mosley am 25. Februar in einer Sitzung der Englischen Völkerbundliga:

»Der Versuch die Rationalisierung zu verhindern bedeutet, daß man sich für Erhaltung veralteter Maschinerie und überlebter Methoden einsetzt. Er bedeutet, daß man der Wissenschaft und dem Fortschritt den Weg sperrt. Unter welchem Produktionssystem wir auch leben mögen, den Prozeß der Modernisierung und Rationalisierung können und dürfen wir nicht aufhalten... Wo sich die Übel der Arbeitslosigkeit nicht bemerkbar machen, sind Schutzmaßnahmen für die durch die Rationalisierung überflüssig gewordenen Arbeitskräfte nicht notwendig. In England freilich mit seinem Riesenheer von Arbeitslosen kann nach meiner Meinung Rationalisierung ohne bestimmte Schutzmaßregeln nicht durchgeführt werden. Mein Vorschlag ist: 1. Ausarbeitung eines Plans, wodurch die Rationalisierung in verschiedenen, auf Jahre bemessenen Etappen durchgeführt wird, 2. unverzügliche Inangriffnahme konstruktiver öffentlicher Arbeiten zur Aufsaugung eines großen Teils von Arbeitslosen; in der Übergangszeit müssen Notstandsarbeiten in größerem Maßstab begonnen werden.«

Das Bemerkenswerte an diesen Ausführungen ist: Mosley steht in bewußtem Gegensatz zu den vagen Ideologien Maxtons, der auf dem Parteitag der Independent Labour Party jede Art der Rationalisierung bekämpfte.

Purer Unsinn ist es alle Auswüchse des kapitalistischen Systems auf das Konto Rationalisierung zu setzen, jeden Fortschritt auf dem Gebiet der Technik als Rationalisierung schlechtweg zu bezeichnen. Diese Dinge streifte der Stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamts Henry Butler auf der erwähnten Zusammenkunft am 25. Februar. Er sagte:

»Ein Rückblick auf die technische Entwicklung Amerikas beweist, wie irrig es ist ohne weiteres alle Vermehrung der Arbeitslosigkeit der Rationalisierung an sich zuzuschreiben. Andererseits ist es auch unrichtig behaupten zu wollen, die deutsche Rationalisierung habe das Übel der vorherrschenden Arbeitslosigkeit vermehrt.«

Zu genau den selben Schlußfolgerungen kam auch Paul Hermberg auf der Tagung des Bundes Technischer Angestellten und Beamten. In einem Referat über Kapitalbildung und Sozialpolitik erklärte er dort unter anderm:

»Die Rationalisierung ist nur eine Teilursache der Arbeitslosigkeit, denn selbst im Sommer 1929 wurden mehr Menschen beschäftigt als 1914.«

Alles das lassen die englischen Gewerkschaftsführer außer acht. So gab das Problem der Rationalisierung in England Anlaß zu einer geistigen Verwirrung. Es fehlt an einem einheitlichen Plan, was sich nur zu häufig als Hemmschuh erweist. Die Labour Party gab in ihrem Wahlprogramm die verschiedensten Fingerzeige, die sich, als sie zur Regierung gelangte, von keinem praktischen Wert erwiesen. Da entsteht die Frage, die die Regierung auf jeden Schritt und Tritt verfolgt: Wie und wo soll vom sozialistischen Standpunkt aus in den Lauf der Dinge eingegriffen werden? Die englischen Ver-

3) Siehe Varga The Problem of Rationalising British Industry, im Labour Monthly 1928 Seite 218 und folgende.

treter des Sozialismus in unserer Zeit sind sicherlich bestrebt eine Form des konstruktiven Sozialismus im Gegensatz zum rein negativen Sozialismus der Vergangenheit zu finden. Bis jetzt haben sie nichts Rechtes gefunden. Es fehlt aber an Männern, die ein besseres System ausarbeiten. Und die gleiche Erscheinung zeigt sich in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung unserer Tage. Hier liegt die Ursache für die allgemeine Vertrauenskrise, an der die Arbeiterbewegung aller Länder krankt. Nicht zuletzt auch die deutsche. Bezeichnend war, daß Wilhelm Sollmann am 28. Mai in einer Kreisversammlung der Sozialdemokratischen Partei zu Aachen meinte, nicht nur die soziale Not, auch die allgemeine Vertrauenskrise begünstige in Deutschland das Anwachsen des Fascismus (das heißt dessen, was man bei uns so nennt).



JETZT wieder hatte die Labourregierung eine neue Vertrauenskrise zu bestehen. Sir Oswald Mosleys Austritt aus der Regierung zerriß neuerlich das kürzlich zustande gebrachte parlamentarische Gleichgewicht. Diese Vorgänge zeigen schlaglichtartig die Schwierigkeiten, in denen sich die Regierung MacDonalld befindet. Das begreift auch David Lloyd George, der neuerlich auf dem Kriegspfad ist. 2 Faktoren sind es, die das Regierungsschiff immer wieder an die Klippen bringen: die Empire Free Trade Party und die Rebellion in den eigenen Reihen. Wie die Dinge liegen, kann die Regierung schließlich an dem zweiten zugrunde gehen. Es bestimmt vor allem den Stärkegrad der Opposition. Der Rücktrittsentschluß Sir Oswalds bewirkte eine parlamentarische Krise hohen Ranges. Er zwang Baldwin zur Offensive, riß Lloyd George aus dem Schützengraben, in dem er sich verschanzt hatte.

Der von Sir Oswald Mosley aufgerollte Fragenkomplex ist für die gesamte internationale Arbeiterbewegung von größter Tragweite. Er zwingt zur Beantwortung der Frage, inwieweit der Sozialismus praktische soziale Staatspolitik treiben kann. Gibt es überhaupt eine sozialistische Staatspolitik? Gewiß kann darüber gestritten werden, inwieweit Sozialismus in unserer Zeit möglich ist. Damit ist jedoch die Frage, auf die es ankommt: nämlich, ob wir praktische Staatspolitik treiben können, nicht beantwortet. Sir Oswald mag ein Vertreter des Sozialismus in unserer Zeit sein; als Minister und Mitglied des Rats zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemühte er sich um die Ausarbeitung weitgehender Pläne praktischer produktiver Arbeitslosenfürsorge als Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Das James Harry Thomas als Arbeitsbeschaffungsminister unterstellte Dreimännerkollegium, bestehend aus den Ministern George Lansbury, Tom Jonson, Sir Oswald Mosley, unterbreitete am 23. Januar ein Memorandum, das Pläne zur sofortigen Behebung der großen Arbeitslosigkeit enthielt. Wußte man auch längst, daß die Regierung sich weigere diese Pläne zum Ausgangspunkt ihrer Politik zu machen, so fehlte doch die offizielle Bestätigung dieser Stellungnahme. Als Sir Oswald allerdings nicht aufhörte zu drängen, entschloß sich das Kabinett die Materie von einer kleinen Regierungskommission untersuchen zu lassen. Diese bestand aus den Ministern Philip Snowden, Arthur Greenwood, Tom Shaw, Margaret Bondfield, die das Memorandum einstimmig ablehnten. Ist auch der Inhalt des Memorandums bis jetzt geheim geblieben, so weiß man doch, daß ein Vorschlag darauf hinzielte alle über 60 Jahre alten Arbeiter aus der Industrie herauszuziehen und zu pensionieren, ein Vorschlag, der schon im Kohlenbericht enthalten und in Arbeiterkreisen sehr populär war.

In der deutschen sozialdemokratischen Presse wurde versucht Mosley als einen Streber hinzustellen, eine Behauptung, die in England niemand wagen würde. Der aus dem konservativen Lager kommende, sehr reiche Parteigenosse ist ein junger Feuerkopf, der in der praktischen Politik oder in der Politik der Praktiken noch unerfahren ist, sich gern bewundern läßt, als Untergebener des Gewerkschaftsführers James Harry Thomas sich nicht wohl fühlte und schließlich aus der Reihe tanzte. Das von ihm ausgearbeitete Memorandum enthält die sehr gesunde Idee: mit dem Auszahlen von Unterstützung allein sei die Arbeitslosenfrage nicht zu lösen. Sir Oswald mag zwischen 2 Extremen gestanden haben: den Vorschlägen des Sozialismus in unserer Zeit und dem echten Laissez-faire-Mann Thomas, der ruhig und gelassen den Dingen ihren Lauf ließ, im übrigen die durch Montagu Norman, den Bankgewaltigen, in Verbindung mit der City vorzubereitenden Rationalisierungsmaßnahmen abwartete. Der Rücktritt erinnerte die Gesamregierung in etwas roher Art an ihre Pflichten. Nicht mit Unrecht schrieb der Manchester Guardian am 23. Mai in seiner Wochenausgabe:

»Da er [Sir Oswald Mosley] glaubt, im Memorandum seien die von der Partei vor den Wahlen versprochenen Reformen enthalten, demissionierte er, um innerhalb der Partei und im Parlament für deren Verwirklichung zu kämpfen. Wahrscheinlich wird er sich mit den Rebellen nicht verbinden, wenn auch diese seine Unterstützung gern hätten. Wahrscheinlicher ist es, daß er die gemäßigten Unzufriedenen der Partei um sich scharen wird, so daß Herr MacDonald wohl oder übel seine Haltung zu revidieren, größere Energie zur Lösung des Problems aufzubringen haben wird.«

Die Konservativen nahmen die Situation wahr, um ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett einzubringen, das am 28. Mai zur Verhandlung kam und schließlich mit 270 gegen 241 Stimmen abgelehnt wurde. Die Liberalen enthielten sich der Stimme. Die Rebellengruppe, die am 20. Mai mit 15 Mann gegen die Regierung stimmte, war diesmal nicht so zielsicher; mit Maxton enthielten sich 5 Abgeordnete der Gruppe der Stimme. Um den Sieg zu erringen, mußte MacDonald allerlei Konzessionen an die Liberalen und an Mosley machen. Schon einige Tage vor Beratung des Mißtrauensvotums gab er bekannt, er werde sich nun selbst mit dem Arbeitslosenproblem befassen. Das genügte dem Parlament nicht. Großes Aufsehen erregte es, als Lloyd George die Regierung aufforderte den im Wahlprogramm versprochenen Wirtschaftsrat mit weitgehenden Vollmachten zu ernennen. Zweifellos hat auch in diesem Punkt die Regierung enttäuscht.

MITTLERWEILE hat die Labour Party durch Volkesstimme ihre erste Schlappe erlitten: in der am 6. Mai ausgefochtenen Nachwahl in West Fulham, einem Arbeiterviertel, wo bezeichnenderweise der Kandidat der neuen United Empire Party⁴ den Sieg davontrug. Der Arbeiterkandidat, der vor einem Jahr gegen den Konservativen mit einer Mehrheit von 2211 Stimmen gewählt wurde, blieb nun mit 240 Stimmen in der Minderheit. Was ist wohl die Ursache des Mißerfolgs? Nach der Feststellung des Wahlergebnisses sagte der siegreiche Schutzzollvertreter Sir Cyril Cobb: Empire Free Trade habe »die Wähler aufgerüttelt«; bei den nächsten Parlamentswahlen werde durch diesen Kampf die gesamte Volk aufgerüttelt werden. Der Sieg sei vor allem Lord Beaverbrook zu danken sowie der Hilfe der Outsiders, die gegen den Willen Stanley Baldwins die Wahlkampagne dirigierten und die Altkonservativen in den Hintergrund

4) Siehe darüber Weingartz Wandlungen im englischen Parteienleben, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 234 und folgende.

drängten. James Walter Banfield, der unterlegene Labourkandidat, gab seinerseits zu, daß die Frage "Schutzzoll oder Freihandel?" den Kampf schließlich beherrscht hätte. Schuld an der Niederlage sei auch, daß sich »viele liberale Freunde« der Stimme enthielten, »Labour aber apathisch zusah«. Zu bemerken wäre noch dies: Während bei den allgemeinen Wahlen auch der liberale Kandidat noch 5000 Stimmen auf sich vereinigte, hatte die Liberale Partei (wohl aus Rücksicht auf die bestehende Gentlemenvereinbarung) auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet, was wiederum den linken Flügel der Labour Party verschnupfte. Es müssen hier noch andere Momente mitgewirkt haben. Sicherlich blieb die drückende Wirtschaftslage nicht ohne Einfluß. In ihrer Agitation konnten die Konservativen auf die große Arbeitslosigkeit hinweisen, die jetzt noch höhere Zahlen aufweist als unter dem konservativen Regime. Die in Nottingham ausgetragene Nachwahl zeigt für die Regierung einen ähnlichen Mißerfolg. Diese Spitzenindustriestadt, die schwer darniederliegt, erwartet alles Heil von Industriezöllen. Ein Sieg der Labour Party war ausgeschlossen. Daß aber die Partei seit ihrer Regierungszeit mehr als 5000 Stimmen einbüßte, stimmt bedenklich.

Die Labour Party hat seit der Übernahme der Regierungsgewalt schon manches zugerlernt. Entscheidend für ihre Lebensdauer wird aber sein, ob sie es versteht sich auf den Produzentenstandpunkt zu stellen, der Wirtschaftsnot von der Produktionsseite her zu Leibe zu gehen.

ERNST UNTERMANN · DIETZGENS FORTSCHRITT IM DENKEN



ANFANG 1900 drängte sich mir die Frage auf, ob die taktischen und theoretischen Zwiste in der Sozialdemokratie nicht durch eine Klärung der marxistischen Wissenschaft überwunden werden könnten. Namentlich die Dialektik des sogenannten historischen Materialismus schien mir dazu berufen nach etwa 50 Jahren marxistischen Denkens diese Aufgabe zu lösen. Denn wenn einmal die Köpfe der leitenden sozialistischen Wissenschaftler und Praktiker eine der Entwicklung schärfer auf den Grund blickende Denkmethode handhaben konnten, mußten sie kommende Ereignisse besser voraussehen und mit größerer wissenschaftlicher Übereinstimmung meistern. Die dennoch unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten konnten dann sicherlich ohne große Spaltungen ausgeglichen werden. Schon die Tatsache, daß die selben Spaltungen sofort wieder in den abgespaltenen Sektionen eintraten, wies auf einen logischen Hiatus hin. Aber offenbar waren die philosophischen Ansätze der Marx-Engels und ihrer marxistischen Nachfolger nicht so weit durchgeführt worden, daß es zu einer gründlichen Klärung zwischen der Dialektik der Tatsachen und der Dialektik des Denkens bei den Führern unserer Bewegung gekommen war. Die selben Zwiste wiederholten sich bei allen sozialistischen Parteien in den selben typischen Formen, ohne je ganz überwunden zu werden. Bei jedem historischen Wendepunkt kam es unter uns zu bitteren Fehden, gerade wenn wir Einigkeit zur einheitlichen Aktion am nötigsten hatten. Man trieb Dialektik, ohne sich über ihre Zusammenhänge in den Köpfen und in der Wirklichkeit draußen zu informieren. Selbst in den engsten Kreisen des Marxismus war man uncinig, was Dialektik alles bedeuten kann, wozu sie

gut ist, und wie man sie am sichersten mit wissenschaftlicher Voraussicht des Erfolgs anwendet. Die Dialektik des historischen Materialismus war jedenfalls bisher dieser Aufgabe nicht gewachsen. Konnte sie nicht verbessert werden? Um mich zu informieren, ob und wie die Größen des Marxismus etwa diese Frage bisher angeschnitten und beantwortet hätten, wandte ich den besten Teil von 5 Jahren auf, um noch einmal die ganze marxistische Literatur aller Richtungen daraufhin durchzusehen. Als Resultat stellte sich heraus, daß nur Josef Dietzgen diese Frage nach dem praktischen Nutzen einer zur Wissenschaft entwickelten Philosophie gestellt und beantwortet hatte. Auch dieser hatte sich nach seiner eigenen Lösung des Erkenntnisproblems auf die logische Popularisierung des Erkenntnis-ABCs und der Marxschen Hauptthesen beschränkt, ohne sie weiter an der Entwicklung zu prüfen oder taktische Differenzen aufzuklären. Sonst waren Freund und Feind der Ansicht, daß erkenntniskritische Diskussionen oder Fragen der Dialektik in Verbindung damit keinen praktischen Lebenszweck hätten. Allenfalls mochten sie ein Zeitvertreib für Spezialisten sein. Die führenden Marxisten waren geneigt das Problem der Kopfarbeit und seiner philosophischen Hintergründe den naturwissenschaftlichen Psychologen zu überlassen. Solange sich diese noch herumstritten, wäre es einerlei, mit welcher Erkenntnistheorie man den historischen Materialismus verarbeitete. Trotzdem waren Marx-Engels und ihre Jünger stolz darauf philosophisch von Hegel und Feuerbach abzustammen. Auch klopfte man gelegentlich Josef Dietzgen freundlich auf die Schulter, nannte ihn öffentlich den Arbeiterphilosophen, schüttelte aber in Privatbriefen bedenklich die Köpfe, wenn seine Dialektik von der offiziell geeichten Parteimethode abwich. Allerdings fanden Marx und Engels auch an der Dialektik deutscher und anderer Parteiführer mehr als ein Haar. Aber das führte keinen Hauptmarxisten zum Ausgleich mit der Dietzgenschen Psychologie. Die von den historischen Materialisten ungeklärten Kopfprobleme gärten also weiter. Diese theoretische Unsicherheit schlug ihre Wellen bis an die äußerste Peripherie der Arbeiterbewegung. Hier mußte ich also beginnen, sollte das Problem ernst genommen werden.

Der richtigste Platz für eine solche Diskussion schien mir damals die Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. In Deutschland gab es, so meinte ich, genug vorgebildete Leser, die in der Neuen Zeit so etwas begrüßt hätten. Aber schon bei meinen ersten schüchternen Fühlern winkte Karl Kautsky ab: Zurzeit ständen zu wichtige Tagesfragen auf dem Tapet, man interessierte sich jetzt nicht für theoretische Auseinandersetzungen, und zudem wäre ich auch nur im Begriff Amerika aufs neue zu entdecken. Meine freundlichen Versuche Kautsky umzustimmen und seinen Irrtum zu korrigieren blieben erfolglos. In Amerika fehlte noch jede Grundlage für eine solche Diskussion. Nur deutsch lesende Genossen konnten unsere Klassiker im Zusammenhang studieren. Unter den hier Geborenen gab es nur sehr wenige, die genug deutsch lesen konnten, um ein wissenschaftliches Werk anzupacken. Auf englisch hatten wir nur aus England Geborgtes, wie das Kommunistische Manifest, den 1. Band Kapital, das Elend der Philosophie, die Lage der arbeitenden Klassen in England 1845, und die Kapitel aus dem Antidürring, die unter dem Titel Socialism, Utopian and Scientific bekannt waren. Von Josef Dietzgens Schriften existierte keine englische Übersetzung. Mit einem solchen Publikum konnte ich die quälende Frage nicht diskutieren. Sie kann erst für hochentwickelte sozialistische Parteien Bedeutung haben, die natio-

nale und internationale Einigkeit zum Leben so nötig brauchen wie die Luft, und die daher aus Not die letzten theoretischen Hintergründe der Spaltungen aufräumen müssen. In Amerika mußten zunächst die Hauptwerke unserer Klassiker für das Volk und die Gebildeten zugänglich gemacht werden. Auf Verlangen meines Verlegers hatte ich schon Wilhelm Liebknechts Memoiren und Engels' Ursprung der Familie in Angriff genommen. Ich drängte auch auf die Übersetzung von Josef Dietzgens Wesen der Kopfarbeit, um wenigstens diesseits des großen Wassers einen kleinen Anfang zu einem Fundament für die Diskussion philosophischer Probleme des Marxismus zu legen. Denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ich wollte unter günstigeren Verhältnissen die heikle Kopffrage wieder anschneiden. Mein Verleger holte also Eugen Dietzgens Erlaubnis zur Übersetzung des genannten Werks ein. Eugen wollte zunächst einmal eine Probe aus der Feder des ihm unbekanntem Übersetzers haben. So wurde ich mit ihm brieflich bekannt. Ich übersetzte die Hauptwerke seines Vaters, korrespondierte fleißig mit ihm und fand dabei, daß er schon längst auf der selben Fährte war wie ich. Schließlich kam er aus Wiesbaden nach Chicago, wo ich als Auslandsredakteur der International Socialist Review arbeitete. Wir trafen uns, sprachen uns gründlich aus, fanden Gefallen an einander, schlossen ein Arbeits- und Kampfbündnis und legten unsere Pläne übereinstimmend für die Zukunft fest.

Für Amerika wollten wir die 3 Bände Kapital in einer nach den deutschen Quellen durchgearbeiteten Übersetzung herausgeben. Für Deutschland wollten wir versuchen den praktischen Nutzen der Dietzgenschen Dialektik für die Arbeiterbewegung zu demonstrieren. Die amerikanische Aufgabe bot keine Schwierigkeiten, die deutsche dagegen mußte sehr vorsichtig angefaßt und zäh durchgeführt werden. Eugen war mit den deutschen Führern eng befreundet, hoffte durch seine Beziehungen mit ihnen bei unserer Arbeit gefördert zu werden und wollte so viel wie möglich jeden scharfen Gegensatz zu den leitenden deutschen Marxisten vermeiden, um so mehr, als wir unsere Aufgabe in der Ausmerzungen der Ursachen alter und neuer Zwiste sahen. Eugen schlug also vor, er wollte privatim mit Kautsky Fühlung nehmen, dann eventuell eine Einladung zur öffentlichen Diskussion ausgeben und mir die Aufgabe überlassen durch eine kleine einleitende Schrift den Anstoß zur Debatte zu geben. Er selbst wäre anderweitig zu sehr in Anspruch genommen, um regelmäßig zu schriftstellern, auch hätte er zu wenig Neigung zum öffentlichen Hervortreten. Ich hätte schon so viel Vorarbeit geleistet, daß ich leichter und schneller damit fertig werden könnte. Meine Stellung als amerikanischer Marxist schützte uns von vornherein gegen den Verdacht, wir wollten aus persönlichem Interesse in die deutschen Parteiverhältnisse eingreifen. Die Dietzgensche Dialektik wäre ja unvermeidlich auf Toleranz und Ausgleich aller Richtungen in der Sozialdemokratie eingestellt. Wenn wir diese Tendenz betonten, könnte uns niemand wissenschaftlich verargen, daß wir die Orthodoxen und die Revisionisten in einer höhern geistigen Einheit von ihren Gegensätzen befreien wollten. Eugen hatte auch keine Illusion über die Wunderkraft der Dietzgenschen Dialektik. Er hatte schon aus Erfahrung gelernt, daß sich jeder aus Josef Dietzgen holt, was ihm am nächsten liegt, und daß wir nicht auf mehr Entgegenkommen und Verständnis rechnen durften als sein Vater. Aber die Probe der Wissenschaft ist das fortgesetzte Experiment. Ich zweifelte, ob wir ohne scharfe Angriffe der Hauptmarxisten

auf unsere Stellung durchkommen würden. Eugen kannte seine Pappenheimer auch, meinte aber, in unserm Fall sei es richtiger Angriffe abzuschlagen als zu machen. Die Entwicklung sei immer wieder der beste Marxist und Dietzgenianer, sie würde erzwingen, was wir durch guten Rat oder deutlichere Sprache nicht erreichen könnten. Um so mehr, als auch unter den wenigen, die sich zu Josef Dietzgen bekannten, noch sehr viele unverdaute Gegensätze herrschten. Ich würde in dieser Hinsicht noch manche Enttäuschung erleben wie er selbst. Ich verstand, daß zwischen dem Erlernen und dem Anwenden wissenschaftlicher Kenntnisse mehr Entgleisungen liegen als zwischen Lipp' und Kelchesrand. Wir sahen also den Dingen munter und klaräugig entgegen.

Eugens freundliches Entgegenkommen fand drüben wenig Verständnis. Bebel und Singer waren wohl weitherzig und taktvoll genug, aber ein anderer Geist herrschte in der Redaktion der Neuen Zeit. Man hätte dort am liebsten gesehen, wenn Eugen sein ganzes Bestreben vergessen hätte. Seine Einladung zur öffentlichen Diskussion blieb unbeantwortet. So wurde er gezwungen zu sagen: »Amicus Plato, sed magis amica veritas.« Er schrieb mir nach Florida, wo ich auf meiner kleinen Hühnerfarm die nötige Abgeschlossenheit zur Übersetzung des Kapitals und zur Ausarbeitung unserer kleinen einleitenden Schrift fand: »Mach' Dich darauf gefaßt, daß uns der Versuch Orthodoxe und Revisionisten in einer höhern Einheit zu versöhnen als grobe Vertuschung des Klassenkampfes und als konfuse Verkleisterung prinzipieller Gegensätze angekreidet wird.« Trotzdem mahnte er mich suaviter in modo, fortiter in re zu bleiben. Selbst als er vor dem Rätsel stand, wie ein Brief von mir aus Orlando in Florida schneller an die Redaktion der Neuen Zeit gelangen konnte als sein in Wiesbaden zur selben Zeit auf die Post gegebener, meinte er lachend, man scheine in Friedenau zu glauben, ich hätte das dickere Fell, und er müßte geschont werden. Inzwischen trieben die Verhältnisse in Europa auf die Diskussion des Generalstreiks hin, wobei selbst Leute wie Anton Pannekoek und Henriette Roland Holst trotz ihrer Neigung zur Dietzgenschen Philosophie sich weit nach "links" streckten. In Amerika standen wir vor dem Experiment in der Western Federation of Miners' eine revolutionäre Gewerkschaft gegen die American Federation of Labor aufzubauen. Eugen war mit Sorge der Meinung, daß dieser Versuch schädlich für Gewerkschaft und Partei sein würde; ich mußte ihm nur recht geben, konnte mich aber auch nicht der Einsicht verschließen, daß dieser Schritt unter amerikanischen Verhältnissen und mit sehr oberflächlich sozialistisch gebildeten Führern unvermeidlich war. Ich suchte also die Vermittlerstelle einzunehmen, indem ich das Chicagoer Manifest der Industrial Workers of the World mit unterschrieb, mir aber vorbehielt mich von dem Experiment zu trennen, wenn dessen Leiter sich dem Ultraradikalismus verschrieben. So kam es auch. Meine kleine Schrift Dialektisches war kaum mit Bebels und Singers Hilfe bei Dietz aus der Wiege gehoben, als ich aus der Stille des Floridatannenwalds in das Toben des Prozesses gegen Haywood, Moyer und Pettibone geschleudert wurde, über den ich von Boise aus für Wilshire's Magazine berichten mußte. So ging die Entwicklung nach der Richtung, die sie mit solchen Köpfen nehmen mußte. Wir hatten mehr Grund als je eine gründliche Diskussion zur Erzielung von mehr Dialektik zu wünschen. Aber meine kleine Schrift konnte die Sache nicht in Fluß bringen. Fritz Adler blieb lange der einzige, der sympathisch davon Notiz nahm. Erst als Paul Dauge die

Todsünde beging neben Josef Dietzgens Acquisit der Philosophie mit einer Einleitung Eugens auch Dialektisches ins Russische zu übersetzen, konnte Plechanow nicht länger an sich halten und schlug wütend auf uns los. Das lockte auch Franz Mehring aus seiner Reserve. Eugen sah ein, daß wir nun schwereres Geschütz auffahren mußten, wenn wir die Diskussion auf eine höhere Stellung treiben wollten. Denn unsere Freunde, die nunmehr zu Gegnern geworden waren, wollten es dabei bewenden lassen sich als echte und uns als unechte Marxisten hinzustellen: als wäre dabei etwas Brauchbares für die Arbeiterbewegung und ihre Kampfmethoden herausgekommen. Ich hatte wieder Zeit zum Schreiben, denn ich steckte nach Beendigung des Boiseprozesses hoch im Gebirge des nördlichen Idaho, wo ich eine Goldmine leitete, die zwar nicht sehr viel edles Metall, aber desto mehr Muße für mich während des langen Winters produzierte und mich mit 20 Fuß hohem Schnee gegen Störenfriede schützte. Hier schrieb ich auf Eugens Anregung Marxismus und Logik und trug das Werk kapitelweise auf Schneeschuhen nach der 10 englische Meilen entfernten Blockhütte, die als Poststation diente. Eugen und Hepner ackerten jedes Kapitel sorgfältig durch, denn mein rauhes Leben hatte auf meinen Stil abgefärbt. Meine beiden Freunde hatten mehr Arbeit mit der Abglättung meiner Grobheiten als Goethes Verleger mit der Milderrung der garstigen Wörter im Götz von Berlichingen. Das Werk wurde 2 Jahre lang auf Eis gelegt, um es abzukühlen, und dann im Jahr 1910 von Eugen in München im Selbstverlag herausgegeben. Auch hierbei erwies sich Eugen wieder großzügiger als unsere Gegner. Er druckte unverkürzt mit ab, was Plechanow und Mehring über und gegen Josef Dietzgen und uns geschrieben hatten. Auch stellte er sich so entschieden auf meine Seite, daß er aus seiner Zurückgezogenheit heraustrat und selbst in einer Reihe fein abgewogener Artikel die Stilblüten Mehrings zerpflückte. Aber auch diese Arbeit griff nicht durch, obschon sie lebhaft in der deutschen Presse rezensiert wurde, größtenteils wohlwollend genug. Die Hauptmarxisten blieben hartnäckig und unversöhnlich, was besonders Eugen weh tat, denn er konnte wissenschaftlich polemisieren, ohne sein Freundschaftsgefühl zu verlieren. Andere konnten es offenbar nicht. Sie sahen in dem Versuch eine Synthese von Marx-Engels und Dietzgen zum Ausroden sozialistischer Spaltpilze zu benutzen und die Verständigung zwischen allen Richtungen der Sozialdemokratie zu fördern einen groben Mißbrauch der Philosophie und eine Verwirrung säende Attacke auf ihre eifersüchtig gehüteten Heiligtümer oder auf ihre Autorität in der Partei. Doch in der Feststellung, daß der Marxist Josef Dietzgen eine Wissenschaft aus der Philosophie gemacht, den Gegensatz zwischen Materialisten und Idealisten in einer höhern Einheit "aufgehoben" und dadurch auch den historischen Materialismus innerlich mehr abgerundet hatte, lag nichts Verletzendes für Marx und Engels, um so weniger, als ihre eigenen Jünger auch fortwährend an der Verbesserung ihrer Wissenschaft arbeiteten. Auch in dem Nachweis, daß die Hauptmarxisten an unbewußten Widersprüchen litten, die sie der ganzen Bewegung mitteilten, steckte keine Beleidigung, sondern die für sie sehr schmeichelhafte Annahme, daß sie, einmal dieser Widersprüche bewußt, ihre Autorität dazu benutzen würden die Bewegung davon zu befreien. So viel Sportsinn trauten wir ihnen zu, denn sie standen so hoch, daß eine Selbstüberwindung ihnen noch mehr Bewunderer gebracht hätte. Wenn wir Kleinen es wagen konnten uns als Schlachtopfer für ihre Autorität anzubieten, so lag es nahe von ihnen eine

Großtat zu erwarten, namentlich wenn sie dadurch unsere Einheit fördern konnten. Daß sie es vorzogen uns die Antwort schuldig zu bleiben oder uns als Bourgeois und unreife Kerlchen zu verdächtigen, hatte wenigstens Eugen nicht verdient. Er war ja unter seinem Vater in der Gedankenwelt des Marxismus aufgewachsen und wußte sicherlich besser als irgendein anderer, was dieser gewollt und vollbracht hatte. Auch hatte Eugen die Marxsche und Dietzgensche Dialektik am praktischen Leben des amerikanischen Kapitalismus in einer Weise erprobt, die eher Achtung als Hohn forderte, namentlich von Leuten, deren Welterfahrung meist aus Büchern kam. Zudem war Eugen ein stets bereiter und selbstloser Helfer der Partei, und wenn er auch keine Dankbarkeit erwartete, so konnte er doch wenigstens auf freundliche Rücksicht hoffen. Seine schwache Gesundheit litt sehr unter diesem Ausgang unseres Experiments. Er siedelte nach Locarno über. Aber er verlor weder seinen Mut noch seinen Willen die Wissenschaft hochzuhalten und der Bewegung als Ganzes zu dienen. Er schrieb mir, offenbar sei von den Hauptmarxisten keine Wandlung zu erwarten, bis die Verhältnisse mit Hammer schlägen eine Revision ihrer Ansichten erzwingen würden. Inzwischen könnten wir uns wohl leichter mit den Neukantianern und den vorwärtsblickenden Naturwissenschaftlern auseinandersetzen. Auch müßten wir unsere Erfahrung mit den Tendenzen der amerikanischen Wirtschaft zur Korrektur der Marxschen Entwicklungsprognose benutzen, um den noch überall in der Partei herrschenden Hoffnungen auf einen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus eine kühle Schilderung der Tatsachen gegenüberzustellen. Namentlich sei es nötig den Genossen klarzumachen, daß ein wirklicher Zusammenbruch ebenso fatal für den Sozialismus wie für den Kapitalismus sein müsse, weil es uns noch sehr an Fachleuten und Organisatoren fehle, die eine große moderne Industrie auf die Füße stellen und leiten können. Jedenfalls würde ein Zusammenbruch wahrscheinlich zu einer Schicksalsfrage der sozialistischen Bewegung werden, die ungeheure Opfer unter den arbeitenden Klassen fordern und die Organisation einer sozialdemokratischen Weltwirtschaft auf Generationen hinaus unmöglich machen würde. Darüber korrespondierten wir eine Weile hin und her. Wir tauschten Artikel aus, wobei ich Eugen auf die Unzuverlässigkeit der amerikanischen Statistik aufmerksam machte, die rein nach den Interessen der Beutepolitiker redigiert wird. Auch meinte ich, wir müßten nicht nur den Gang einer normalen sondern auch die Möglichkeiten einer abnormen Entwicklung im Auge behalten. Es könnte auch so kommen, daß die Sozialisten zur Macht berufen würden, noch ehe der Kapitalismus zum Sozialismus reif sei. Außerdem bestände auch unter uns selbst noch keine feste Übereinstimmung darüber, wann und wie diese "Reife" eintrete. Indessen wurden diese Anfänge zur erneuten ersten Arbeit nun fortwährend unterbrochen, weil die Ereignisse Forderungen stellten, deren Befriedigung vorging. Die Spaltungen in unserer Bewegung wirkten weiter, wurden hier und da eher gefördert als ausgeglichen. Und Europa trieb un-aufhaltsam auf die Klippen des großen Blutvergießens zu.

Beim Ausbruch des Krieges war Eugen mit der Herausgabe des Dietzgenbreviers beschäftigt. In seiner Vorrede besprach er das Verhältnis Dietzgens zu Kant und summierte unter Bezugnahme auf mein Buch Marxismus und Logik die Hauptpunkte unserer Stellung. Hier wies er auf die utopistische Taktik hin an die Einzelnation Forderungen zu stellen, die allein international zu verwirklichen sind. Auch sagte er voraus, daß wahrscheinlich »die

doktrinären Propheten der unmittelbar bevorstehenden proletarischen Revolution ein Fiasko erleben werden, obgleich die wirtschaftlich-politische Konstellation nie zuvor ihnen günstiger gewesen als gerade heute. Weil eben die genannten Bedingungen für die sozialistische Wirtschaftsform noch auf Generationen hinaus fehlen, daher kann auch die gegenwärtige, blutigernste Weltkrise nicht dazu verhelfen.« Eugen fürchtete auch, daß infolge des Krieges die Putsche Verblendeter viele unschuldige Opfer verlangen würden, und sprach die Hoffnung aus, daß vornehmlich die deutsche Sozialdemokratie leichter den Weg zu einer mehr dialektisch-realistischen Taktik finden möchte. Er hatte auf einen kurzen Krieg gehofft. Als dieser sich hinzog, und die deutsche Regierung zum Unterseeboot griff, fragte er mich, was man in Amerika davon dächte. Ich schrieb ihm, daß Wilson und sein Hintermann J. P. Morgan auf eine gute Gelegenheit lauerten, um die Öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzupeitschen, und daß Wilsons Kampagneruf »He kept us out of the war« eine Täuschung war. Wenn Deutschland genug Unterseeboote hätte, um die Verbindung zwischen Europa und Amerika vollständig abzuschneiden, dann immer zu; sonst lieber nicht. Eugen konnte kaum glauben, daß Wilson Krieg erklären würde. Ich stand aber schon 6 Monate vor der amerikanischen Kriegserklärung unter Polizeiaufsicht, und mein Verkehr mit Eugen wurde nun abgeschnitten.

Nach dem bolschewistischen Staatsstreich in Rußland und der Niederlage der Mittelmächte stellten sich prompt die Spaltungen der Sozialistischen Parteien ein, die aus den methodischen Differenzen folgen mußten. Selbst die deutsche Partei zerfiel in 3 Teile. Man sah das Unglaubliche, daß sich deutsche Sozialisten mit Maschinengewehren zu Leibe gingen, um taktische Differenzen zu entscheiden. Der Bolschewismus ging vom Grotesken zum Schauerlichen, von der Tragik zur Farce. Bei manchen amerikanischen Sozialisten, die auf Wilsons "Demokratie" hereingefallen waren, stellte sich der Katzenjammer ein, so bei dem Professor Herron, den Eugen in Locarno traf. »Ein Wirrkopf, dem nach seinem Kriegstaumel übel ist«, urteilte Eugen über ihn. Er nahm seine unterbrochene Arbeit nun wieder auf und verabredete mit mir seine Manuskripte über die wirkliche Entwicklung in Amerika für meinen Kommentar vor ihrer Veröffentlichung herüberzuschicken. Doch zunächst gab er die Gesammelten Werke seines Vaters heraus, zu deren 2. Band er eine Einführung in die Denklehre Josef Dietzgens schrieb, die er schon lange vorher durchgearbeitet hatte. Viktor Thomas und Karl Grünspan schrieben Werke, die Dietzgen gerecht wurden und Eugen aufmunterten. Fred Casey in England schrieb Thinking, worin ebenfalls die historische Leistung Josef Dietzgens und ihre Brauchbarkeit für die Praxis richtig gewürdigt wurden. Eugen ebnete in seiner Broschüre Materialismus oder Idealismus? den Neukantianern den Weg zu Dietzgen. Er wollte auch für England eine Gesamtausgabe der Werke seines Vaters veranstalten und ließ zu diesem Zweck meine Übersetzung durch W. W. Craik revidieren, um die Amerikanismen daraus zu entfernen und dem britischen Sprachgebrauch gerecht zu werden. An Craik selbst und an den amerikanischen Verlegern erlebte er indessen schwere Enttäuschungen. Er schrieb mir, Craik hätte aus dem 1. Band des Marxarchivs große Teile wörtlich abgeschrieben und in seinen Briefen als sein eigenes Fabrikat ausgegeben, um sich ihm als großer Denker vorzustellen. Zur Rede gestellt hätte sich Craik damit entschuldigt, er hätte aus

»Diplomatie« so gehandelt, weil er Eugens Abneigung gegen die Bolschewisten kannte. »Eine Illusion weniger«, meinte Eugen. Die amerikanischen Verleger wollten selbstherrliche Veränderungen an seinem Text vornehmen, wozu er seine Einwilligung verweigerte. Dabei war Eugen den "Kommunisten" gegenüber so tolerant wie möglich, weil er eben die historische Bedingtheit ihrer Denkform erkannte und einsah, daß diese erst mit ihren Ursachen verschwinden kann. Doch man kam ihm natürlich dort nicht mit der gleichen Toleranz und Ehrlichkeit entgegen.

Mehr Freude fand Eugen am Gang der Dinge in Deutschland. Unsere alten Widersacher, soweit sie noch lebten, waren durch die Erfahrungen in und nach dem Krieg geläutert. Ich riet Eugen sich, wenn möglich, mit Kautsky zu verständigen, denn rechts und links bedeutete in der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr, was es vor dem Krieg war. Für mich hatte der Streit nie persönlichen Charakter gehabt, und auch Eugen fühlte das Bedürfnis die alte Freundschaft wieder zu beleben. Er hätte es gern gesehen, wenn ich Dialektisches und Marxismus und Logik für eine Neuauflage so umgearbeitet hätte, daß die Schärpen und Unebenheiten daraus verschwänden, und alles Nebensächliche wegfiel. Mir lag nichts mehr an der alten Diskussion. Ich hätte lieber ein neues Werk geschrieben und die Richtigkeit unserer Dialektik an der Geschichte der letzten 20 Jahre praktisch dargestellt. Aber Eugen meinte, wir könnten Kautsky und Bernstein ganz ruhig sagen, daß wir damals übertrieben und unsere eigene Dialektik stümperhaft gehandhabt hätten. Ich überließ es seinem Urteil dies zu tun und Änderungen meines Textes vorzuschlagen. Wir tauschten noch Meinungen über neue Möglichkeiten der sozialen Entwicklung aus. Eugen erwartete eine ruhigere und vernünftige Zusammenarbeit der Klassen, namentlich in Mittel- und Westeuropa, erst recht in Amerika, dessen Verhältnis zwischen der American Federation of Labor und den Großkapitalisten ihm geradezu vorbildlich für die zukünftige Entwicklung in Europa erschien. Ich wandte ein, unter Hinweis auf meine frühere Korrespondenz, daß wir nicht sicher auf eine normale ruhige Entwicklung und Abflauung der Klassenkämpfe rechnen könnten. Wenn wir es auch vorzögen nach dieser Richtung hin zu arbeiten, könnte es doch anders kommen. Es seien jetzt mehr Ansätze zu Bürgerkriegen in Europa vorhanden als vor dem Krieg, es sähe mir so aus, als bewaffnete sich der Sozialismus, um gegen Überfälle geschützt zu sein, und auf der andern Seite triebe man nach der Diktatur hin, von der man eine endgültige Niederwerfung der sozialistischen Kräfte erwartet. Es wäre also wohl möglich, trotz dem schlechten russischen Beispiel, daß selbst die Sozialisten Europas zu den Waffen greifen müßten, weil die Reaktion es nicht anders wolle. Und wenn dann auch noch nicht alle Vorbedingungen für eine sozialistische Weltwirtschaft erfüllt wären, müßten die Sozialisten doch am Ruder bleiben und die Sozialisierung mindestens einleiten. Die Kapitalisten hätten bisher weniger guten Willen zur Abstellung des Klassenkampfes gezeigt als die Sozialisten. Und in fortgeschrittenen Ländern wie Deutschland und Frankreich würde eine gewaltsame Revolution doch anders wirken als in Rußland; auch in Amerika, wo die Kapitalisten noch sehr wenig Neigung zur Verständigung zeigen, obgleich die American Federation of Labor ihnen gewerkschaftlich und politisch sehr weit entgegenkomme. Gewiß wollte auch ich nicht nach einer gewaltsamen Umwälzung hinarbeiten, aber wir sollten doch damit als Möglichkeit rechnen.

bilder zu vereinigen, eine *accademia del nudo* den Künstlern zu schaffen. Die Aufstellung der Objekte geschah in der Weise, daß jedes einzelne, möglichst vom andern isoliert, gut betrachtet werden konnte. Daneben wurde antiquarisch gesammelt, die Geräte, die der Boden hergab, wurden aufgestellt, die Bronzen, die Vasen, die Gemmen, die Münzen. In einer solchen Umgebung hat Winckelmann gearbeitet, haben Goethe und Schiller diskutiert. Sie ist innig verbunden mit der Entstehung der normativen Ästhetik, ist nicht wegzudenken bei der Entfaltung der italienischen Renaissance, ebenso wie bei ihrer Auswirkung in den nordischen Ländern. Man steht einer Kultur gegenüber, die man als Vollendung des Menschengestes empfindet, man strebt eine solche an, für die man in dem Maß ein Ideal vor sich sieht, als sie jener sich annähert. In dem Antikenmuseum von heute findet man durchaus noch die Spuren seiner eben skizzierten Entstehung: auf der einen Seite die *accademia del nudo*, die isolierten Statuen, die durch die Kraft ihrer Existenz zu wirken haben, auf der andern das Antiquarium mit seiner langen Reihe gleichartiger Objekte, mit seiner Fülle von antiken Vasen, schlechthin unübersehbar in einzelnen Fällen wie etwa im Britischen Museum, wenn auch unter dem Einfluß der Historie im 19. Jahrhundert das Ganze nach Jahrhunderten gegliedert, so daß eine Entwicklung aufgezeigt werden kann. Die Beschränkung auf besondere Epochen ist weggefallen, aber gerade dadurch ist ein geistiger Dualismus entstanden, der dem ehemaligen Antikenmuseum der Renaissance oder auch noch des Klassizismus fremd war: auf der einen Seite die Isolierung des einzelnen Objekts im Sinn der Vorführung eines absolut Gültigen, Maßstäblichen, auf der andern aber doch eine wesentliche Verbreiterung des Vorgeführten, so daß der Grundsatz der normativen Ästhetik verlassen werden muß, denn zwischen der archaischen Kunst der Zeiten des Praxiteles und den barocken Produkten der Späte sind normativ nicht zu rechtfertigende Verschiedenheiten.

Auch die *Bildergalerie* ist im Grunde ein Kind der normativen Ästhetik. Beauftragt der Fürst nicht ausschließlich zeitgenössische Maler, um sie seine weitläufigen Räume schmücken zu lassen, und greift er auf die Vergangenheit zurück, so wählt er wiederum Kunstwerke aus, die er als vorbildlich empfindet. Diese aber entsprechen zumeist der herrschenden Ästhetik, die von der Antike ihre Maßstäbe empfangen hat. Durch das Zusammenwachsen solcher heterogenen Ankaufselemente sind viele große Galerien entstanden. Im 19. Jahrhundert hat man dann auch hier sich daran gemacht Entwicklungslinien aufzuzeigen, man hat fehlende Glieder hinzuerworben und sich bemüht, uneingeengt von normativen Gesichtspunkten im Geist der deutschen Romantik eine weite Anschauung von der Kunst in den einzelnen Ländern, den einzelnen Provinzen zu geben. Der Gedanke möglichste Vollständigkeit zu erreichen kam hinzu. So resultiert ein sehr ähnliches Bild bei der Gemädegalerie wie bei dem Antikenmuseum, das heißt die Isolierung des einzelnen Kunstobjekts im Sinn des schlechthin Gültigen, Vorbildlichen, aber dabei doch eine so ungeheure Summierung der Objekte, daß der erste Gesichtspunkt mit Notwendigkeit wieder aufgehoben wird, damit aber auch die Unterscheidungsmöglichkeit zwischen dem, was nur als Entwicklungszwischenglied eine dienende Aufgabe hat, und dem, was als großes Kunstwerk für sich allein wirken soll. Also genau wie beim Antikenmuseum eine Vermengung von normativ ästhetischen mit antiquarischen Leitgedanken.

Noch komplizierter liegen die Dinge bei den *Kunstgewerbemuseen*. Sie entstanden ursprünglich als Kunst- und Wunderkammern, also als Magazine jeglicher Art von Raritäten, angefangen bei Fossilien, seltsamen Steingebilden bis zu den raffinierten Produkten der Goldschmiedekunst und der Plastik. Solche Kunst- und Wunderkammern sind nicht nur im Besitz von großen Fürsten gewesen sondern auch von einfachen Bürgern, Gelehrten und Ärzten. Im Lauf des 19. Jahrhunderts, als man die divergierenden Elemente von einander trennte, die Walfischzähne, die Fossilien und Straußeneier in naturgeschichtlichen Sammlungen unterbrachte, die Gemälde und Plastiken in Sammlungen der hohen Kunst zusammenschloß, gründete man Kunstgewerbemuseen, jetzt aber mit der Nebenabsicht die zeitgenössische Kunstübung vorbildlich zu beeinflussen. Man kaufte besonders schöne Möbel der Vergangenheit zusammen, grupperte sie jedoch im Gegensatz zu den Antikemuseen und den Gemäldegalerieen unter kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten, indem man versuchte Zeitbilder zu rekonstruieren. Es sind die Jahre, als man bei uns die Renaissanceßzimmer, die Renaissanceschlafzimmer für den vermögenden Bürger anfertigte. Immer an dem Prinzip der Vorbildersammlung festhaltend war man jedoch bereit dem rein Historischen weitere Konzessionen zu machen, so etwa beim Germanischen Museum in Nürnberg, beim Bayrischen Nationalmuseum in München. Hier spricht dann der Geist, aus dem die *Monumenta Germaniae Historica* einst gegründet wurden: Man will die ruhmreichen Tage der Vergangenheit lebhaft den Zeitgenossen vor Augen führen. Diese Variationen hindern jedoch nicht nun auch die einzelnen kunstgewerblichen Sparten im besondern nach entwicklungsgeschichtlichen Gesichtspunkten lückenlos zu sammeln, das Porzellan, das Zinn, die Fayence, die Stickerei usw., wobei sich auch, wie schon in anderen Fällen, ästhetische und wissenschaftliche Gesichtspunkte kreuzen. In allerneuester Zeit sind die Kunstgewerbemuseen mehrfach in den Schlössern der bisher regierenden Fürsten untergebracht worden, wobei man von dem gesunden Gedanken ausging, daß gerade das Kunstgewerbe in so hohem Maß Produkt seiner Entstehungszeit sei, daß es am besten in seinem ursprünglichen Rahmen genossen werden könne. Den Gedanken der Vorbildlichkeit hat man aufgegeben. Praktisch ist der Effekt an den verschiedenen Stellen sehr verschieden gewesen. Hat man es dabei belassen die vorhandenen alten Räume so gut wie möglich mit Mobiliar der zugehörigen Zeit auszustatten, so ist der Eindruck erfreulich geworden, hat man geglaubt das museale Moment stärker unterstreichen zu müssen, hat man möglichst viele Vitrinen auch noch hereingeschoben, so ist wiederum die Diskrepanz der beiden Grundsätze in die Augen getreten. Das Antiquarische siegte, die Vasensammlung des Britischen Museums beherrschte durch ihre quantitative Kraft wiederum das Feld.

Viel jüngern Datums sind die Museen für *Vorgeschichte* und jene für *Völkerkunde*. Sie konnten eine wesentlich klarere Entwicklung nehmen, da bei ihnen jenes Störende von vornherein wegfiel, was fast alle bisher genannten Museen in ihren Anfängen bestimmte, nämlich das Normativ-Ästhetische. Waren die Antikemuseen, die Gemäldegalerieen davon ursprünglich schlechthin geleitet, sollte das Kunstgewerbemuseum in den ersten Jahrzehnten zweifellos eine Vorbildersammlung für das Handwerk sein, so wurde solches weder von den Sammlungen der Vorgeschichte noch der Völkerkunde verlangt. Sie entstanden rein aus dem Gedanken der Wunderkammer, es wurde gesammelt, was

seltensam oder historisch belangreich schien. Als dann die Wissenschaft sich der Dinge annahm, konnte genau in der Weise das Vorhandene entwickelt werden, wie die Wissenschaft fortschritt und neue Blickpunkte aufstellte. So fehlt hier jeder Dualismus, es sei denn, daß das antiquarisch Sammlerische die Zügel an sich riß, der Quantitätsgedanke überwog. In diesen Vorgeschichtemuseen hat man die Sachdenkmale unter leitenden Gesichtspunkten geordnet, um zeitlich und monographisch die Verbreitung von Einzeltypen und Typengruppen festzustellen, um die sie begleitenden körperlichen Reste auf die Rassenverhältnisse der Vorzeit zu untersuchen und durch die Gruppierung von Einzelheiten Kultur- und Zeitbilder zu gewinnen. Hierbei, so führte vor einigen Jahren der ausgezeichnete Prähistoriker Hans Hahne in Halle aus, ergeben sich einmal allgemeine Stufenfolgen der Kulturleistung des Menschen und innerhalb dieser Folgen zeitlich und örtlich verschiedene Kulturkreise, die neben einander und nach einander auftreten. Hier erscheinen zum erstenmal Gedanken, die uns heute als essentiell anmuten. Noch mehr ist dies in den Museen für Völkerkunde der Fall. »Sie dienen«, so formuliert Georg Thilenius ihren Zweck, »zur monographischen Darstellung des einzelnen Volkes, das sie hervorbrachte, oder zur Vergleichung mit denen anderer Völker, um daraus allgemeine Gesetzmäßigkeiten der Kulturgeschichte zu gewinnen.«

Dies ist etwas, was dem Menschen von heute endlich etwas zu sagen hat. Völlig abgeneigt jeder normativen Ästhetik, mißtrauisch gegenüber der rein anhäufenden Tätigkeit antiquarisch gerichteter Generationen, ist er jedoch durch die Erfahrungen der letzten 15 Jahre zum Nachdenken über die Gesetzmäßigkeit des *historischen* Geschehens gekommen. Eine neue Wissenschaft ist unter nicht geringen Kämpfen im Entstehen, die es unternommen hat eben jenen Gesetzmäßigkeiten nachzuspüren, denen das Miteinanderleben der Menschen unterliegt. Das historische Interesse, das heute herrscht, geht nach dieser Richtung hin. Denn, wie unhistorisch, obenhin gesehen, sich unsere Zeit fühlt, wie sehr sie es auch ablehnt irgendwelche Muster der Vergangenheit für sich als verbindlich zu empfinden, wie stolz sie auf die Errungenschaften der Gegenwart ist, auf Flugzeug, Radio, Automobil, überhaupt auf alle Dinge der Technik, so mächtig ist doch auf der andern Seite ihr Bedürfnis das Seiende als ein Gewordenes zu erkennen, also ihre echt historische Grundstellung. Sowohl die Persönlichkeit, den Staat, als auch eine Institution untersucht man nach rückwärts auf ihre Bedingungen, als Produkt vielerlei Umstände aus der Vergangenheit. Die ganze Literatur historischer Art, angefangen von oberflächlichen historischen Filmen, Dramen und Romanen über die Masse der Memoiren, der Autobiographien bis hinauf zu den tiefgründigen soziologischen Untersuchungen, stellt nichts anderes dar als das Begleitkonzert zu dem Grundton, der unsere ganze Zeit durchzieht, und der lautet: Wir wollen wissen, warum wir so sind, wie wir sind, wir wollen wissen, wie es ehemals gewesen, wir wünschen nicht uns als Produkte des Zufalls zu empfinden, wir haben die Sehnsucht die Formel zu erkennen, nach der wir geworden, nach der der Ablauf über uns hinaus weitergehen wird.

Nun wird es uns klar, daß die Museen bisher sehr wenig dazu beigetragen haben diesem tiefen Bedürfnis heutiger Menschheit entgegenzukommen. Noch immer basiert das Kunstmuseum zu seinem allergrößten Teil auf Ästhetischem. Was unter historischen Gesichtspunkten aufgestellt ist, darf ohne Übertreibung mehr oder minder als nur magaziniert bezeichnet werden. Das ästhetische

Moment aber ist als vorwaltend zweifellos aus unserm Leben ausgeschieden. In dem Augenblick, da die Technik sich so eindrucksvoll vor die Augen der Öffentlichkeit schob, erkannte man die Schönheit des absolut Zweckmäßigen. Die Architektur ging dann mit Macht von diesem Gedanken aus und führte mit gutem Erfolg einen Feldzug gegen alles nur Ornamentale, alles nur Ästhetisierende. Die Erziehung der Jugend mit Hilfe der Museen mit den Mitteln der Ästhetik ist nicht mehr möglich, weil wir keine normative Ästhetik mehr besitzen, und besäßen wir sie wirklich, so ist sie ja nicht mehr die Basis des Museumsaufbaus. Seit den Tagen Gottfried Herders und Wilhelm Heinrich Wackenroders haben wir uns in immer steigendem Maß gewöhnt die Kunst als Wesensausdruck zu betrachten. In unserer Brust findet das Ausdrucksringen der Italiener, der Deutschen, der Indianer, der Ägypter, der Primitiven seinen Widerhall. Wir kriechen in jede Haut hinein, wir versetzen uns in jede wie immer geartete Vorstellung. So sind wir naturgemäß dazu gekommen nicht mehr an das absolut Schöne zu glauben, nachdem wir gesehen hatten, daß selbst bei kulturell sehr hoch entwickelten Völkern verschiedener Rasse oder gar verschiedenen Erdteilen grundsätzlich verschiedene Schönheitsideale existierten. Ich brauche nur etwa Ostasien Europa gegenüberzustellen oder Afrika, das uns heute so nah gebracht geworden ist, wiederum unserm alten Kontinent. Ganz abgesehen davon aber ist es ein nicht zu rechtfertigendes Unternehmen einen jugendlichen Menschen demonstrativ an die Kunst der Vergangenheit heranzuführen, sie als vorbildlich hinzustellen. Man sieht heute in der Kunst den Ausdruck bestimmter Zeiten. Ist es da nicht das Nächstliegende den jugendlichen Menschen zu allererst mit der Kunst seiner eigenen Tage vertraut zu machen, die doch die notwendige Manifestation eben jenes Lebenswillens sein muß, der auch ihn beseelt? Hier aber wäre wiederum nicht bei den Museen der Anfang zu machen sondern da, wo Kunst und Leben noch verknüpft sind: bei den Schöpfungen der zeitgenössischen Architekten.

Der Schritt zur alten Kunst, wie sie hinter den Museumsmauern aufgestellt ist, darf niemals unvorbereitet sein. Man wird ihn auf einem Umweg machen müssen. Haben wir einmal erkannt, daß die Kunst der Ausdruck von Volk und Zeit ist, so wird zu ihrem Verständnis für den naiven Betrachter das Medium der Wissenschaft unerläßlich sein. Es wird niemand behaupten wollen, daß ein unvorgebildeter Mensch wirklich ehrlicherweise eine byzantinische Madonna, einen Crucifixus von Schongauer, eine santa conversazione der Hochrenaissance, eine Landschaft von Patinir, ein klassizistisches Bild von Poussin, ein Porträt des späten Rembrandt und eine Schäferszene des französischen Rokokos, sie alle Kunstwerke ganz hohen Ranges von undisputabler Schönheit, gleichermaßen tief empfindet. Kinder vor diese Dinge führen und glauben, daß sie zu ihnen spontan reden würden, oder sich bemühen ihnen den Reiz zu interpretieren heißt den Geist der Kinder ver-gewaltigen. Uns bleibt demnach nur übrig den jugendlichen Menschen die Kunst der Vergangenheit als Ausdrucksmittel der betreffenden Kultur nahe-zubringen. Aber ist das eigentlich wenig? Ich glaube: Nein. Nirgends objektiviert sich der Geist eines Volks, einer Epoche reiner als in der Kunst. Von manchen Völkern sind uns fast nur die Kunstschatze erhalten, und sie genügen vollständig, um uns über das Wesen ihrer einstigen Schöpfer, ihrer einstigen Besitzer aufzuklären. Hier bietet sich gerade für den Geschichts-unterricht eine, wie es scheint, noch nicht genügend genützte Möglichkeit.

Es ist bekannt, daß der historische Unterricht, so wie wir ihn genossen haben, reformbedürftig ist. Einer der ersten Revolutionserlasse des preußischen Kultusministeriums ordnete deshalb auch die Umwandlung des politischen Geschichtsunterrichts, der zumeist in einer Aneinanderreihung von Herrscherdaten, Erbverträgen, Kriegen und Friedensschlüssen bestand, in einen Kulturgeschichtsunterricht an. So gut gemeint der Erlaß war, so wenig hat er gefruchtet, weil die Mehrzahl der Lehrer weder durch die Art ihrer Universitätsvorbildung in der Lage war ihm nachzukommen noch die praktischen Mittel dazu hatte. Hier eröffnet sich dem Museum eine fruchtbare Aufgabe. Es hat dem kulturgeschichtlichen Unterricht eben jene Mittel zu liefern, ohne die er nicht auskommen kann. Der Kulturgeschichtsunterricht der Zukunft wird, ausgehend von der reinen Anschauung, in Längs- und Querschnitten aufsteigen, bis zur reinen Abstraktion. Während auf der Unterstufe die rein sinnliche Anschauung ausschließlich spricht, tritt diese gegen das Ideelle im Lauf der Jahre immer mehr zurück, bis der Bau in der reinen Abstraktion der Soziologie auf der Oberstufe seine Krönung findet. Grundsatz muß sein: Nichts in den Verstand, was nicht in der Anschauung war! Dies bezieht sich vorwiegend auf die Querschnitte, und hier hat, wie gesagt, das Museum die Hauptaufgabe zu leisten. Nicht in den Flaxmannschen Umrißzeichnungen oder in modernen Illustrationen soll der Quartaner die Griechen kennen lernen sondern in den schwarzbärtigen Helden der Vasenbilder, den Ausgrabungen von Knossos und Tiryns, den furchtbar-schönen Furtwänglerschen Rekonstruktionen des Äginatempels. Kann ich auf einem Cassone die Paläste und Plätze der Florentiner zeigen, in ihrer Weiträumigkeit und dem Ebenmaß ihrer Abmessung, gegenüber den voraufgegangenen schmalbrüstigen gotischen Häusern mit ihrer kleinen Tür und den regellos aus der Mauer hervorbrechenden Fenstern, kann ich das Kostüm der Menschen weisen, die darin wohnten, wie sie gingen und standen, ihr Möbel, das sie sich gemäß hielten, so ist es eher möglich das Neue eines Lorenzo il Magnifico, eines Cesare Borgia, eines Julius II durchempfinden zu lassen. Die ganze Macht der nachtridentinischen, sich in ungeahnter Großartigkeit entfaltenden Kirche kann in der rauschenden Pracht des Jesuitenbarocks exemplifiziert werden. Der bürgerliche Rationalismus eines Calvin liegt ebenso in den Schützen- und Gildenbildern und in der ganzen transportablen Wandschmuckmalerei der Holländer des 17. Jahrhunderts, wie die düstere Glaubensglut eines Philipp II in der Kunst eines Greco.

Kann die Architektur nicht benutzt werden, wo voluntaristisch die Risaliten des Palasts vorgezogen werden, die Kolonnaden, weite Plätze schaffend, unbekümmert und souverän die mittelalterlichen Häusermassen mit ihren Armen zurückschieben, so kann man doch in den Barocksälen der Museen das Maß und die Folie zeigen, deren die Allongeperücke und der talon rouge bedurften. Wenn unter der Régence an Stelle der großen Saalfolgen die petits appartements gebaut werden, die Möbel niedriger werden, wie die Absätze und die Perücken, wenn die Menschentypen auf den Bildern einfacher werden und zierlicher, so ist das nicht nur eine Angelegenheit der Kunstgeschichte sondern auch der Kulturgeschichte; denn ein stark bürgerlicher Einschlag kündigt sich an, die Zeit der fermiers généraux, der roture, die am Ende des Jahrhunderts stark genug geworden war sich in der Kunst einen eigenen Stil zu schaffen und in der Politik eine Revolution zu machen.

Der Gedanke ist immer: das große vorhandene Tatsachenmaterial, die Monumente, aus ihrer Isolierung herauszuheben und sie zu Mitteln der Darstellung zu machen, immer mit dem Endzweck auf der höchsten Stufe damit souverän schalten zu können, um das Grundsätzliche rein hervortreten zu lassen. Daß dabei kein Unterschied mehr zwischen den einzelnen Museen gemacht werden kann, versteht sich von selbst. Die prähistorischen, die historischen, die Kunstmuseen dienen unterschiedslos dem selben Zweck. Die Urgeschichte muß zum wesentlichen Bestandteil des Schulunterrichts werden. Eng damit ist aber die Benutzung der Völkerkundemuseen verbunden, um gewisse Phasen der Entwicklung als von uns durchlaufen oder als in der Urgeschichte verloren, aber bei irgendwelchen australischen oder afrikanischen Völkern als noch lebend, aufzuzeigen. An vorderster Stelle steht die deutliche Vorweisung der Techniken, wie Feuer angezündet wird, wie Töpfe geformt werden, gemahlen, geschmiedet, gekocht wird. Eine einer viel höhern Stufe vorbehaltene Frage wird die der Ornamentik sein, die so deutlich Auskunft über die Beziehungen der Völker unter einander zu geben in der Lage ist wie vielleicht nur noch die vergleichende Sprachforschung. Die Gesellschaftsklassen, ihre Abzeichen, ihre Gewohnheiten und Beziehungen müssen gezeigt werden können, das Staatsleben in Krieg und Frieden. Zu all diesem aber ist es nötig eine soziologisch-typologische Sammlung aus Urgeschichte, Völkerkunde und historischem Museum kombiniert anzulegen. In ihr sind einerseits die Typen und ihre Entwicklungen und andererseits die Schichtungen darzustellen. Hier interessiert das betreffende Volk als solches nicht mehr sondern ist nur Beispiel für den Typus, den es vertritt. Und damit kommen wir endlich zu der ganz neuen Frage: Ist denn überhaupt das Museum oder, besser gesagt, sind die Museumstypen, wie sie heute existieren, und deren Genesis wir im Anfang dieser Ausführungen kurz zu skizzieren uns bemühten, sind diese Museen, die mißbildungshaft aus verschiedenen heterogenen Grundelementen zusammengewachsen sind, überhaupt in der Lage solchen Bedürfnissen des Unterrichts zu entsprechen?

Diese Frage darf ruhig für den allergrößten Teil mit einem Nein beantwortet werden. Nur eigentliche Völkerkundemuseen und solche der Urgeschichte sind neben den rein historischen Sammlungen ohne weiteres verwendbar. Die Kunstmuseen setzen beim Lehrer ein ganz außerordentlich hohes Maß von kunstgeschichtlichen Kenntnissen voraus, um ihn überhaupt in die Lage zu bringen das Geeignete für seine speziellen Zwecke auswählen zu können, dabei auch fordern sie die größte Charakterstärke ihn bei seinen Führungen nicht unweigerlich dem kunstgeschichtlichen Betrieb verfallen zu lassen. Dies muß hier ausgesprochen werden: Kunstgeschichte auf der Schule zu lehren istbarer Unfug. Sie hat nur einen Sinn als rein wissenschaftliche Forschung entweder zur Feststellung ästhetischer Wandlungsgesetze oder als Materialfestlegung, als Inventarisierung, also als Museumsarbeit im weitesten Umfang, wobei hier die Kunstschätze in Schlössern, Privatsammlungen und im Kunsthandel mit einbegriffen sind. Und endlich kann sich die Kunstgeschichte nur noch als eine Sparte der Geschichte als solcher fühlen und versuchen mit ihren Mitteln neben Religionsgeschichte, Rechtsgeschichte, Kriegsgeschichte, Musikgeschichte, Literaturgeschichte zu *allgemeinen* Erkenntnissen zu gelangen. Diese Dinge jedoch sind so außerordentlich kompliziert, ja die Kunstgeschichte selbst ist im eigenen Lager noch so wenig mit sich einig, daß ihre Einführung in den Schulen nur Halbbildung erzeugen könnte.

ADOLF BEHNE . IST GRÜNEWALD NOCH MODERN?

BERLINS Museen besitzen keinen Grünewald und keinen Greco. Was Greco angeht, so hat Bode zu einer Zeit, als es noch leicht gewesen wäre beste Bilder von ihm billig zu erwerben, erklärt: er würde für das Kaiser-Friedrich-Museum einen Greco nicht einmal als Geschenk zulassen. Und auch Grünewald hat er bewußt zu erwerben abgelehnt. Die beiden Tauberbischofsheimer Tafeln, die dann nach Karlsruhe gingen, waren, Ende der siebziger Jahre, zunächst Wilhelm von Bode angeboten worden. Dieser hat aber nicht einmal in sein Reproduktionswerk Meisterwerke der Malerei einen Grünewald aufgenommen. In seinen kürzlich veröffentlichten Memoiren¹ geht Bode auf diese Ver-säumnisse freilich mit keiner Silbe ein. Er war damals durchaus mit Minos, Desiderios, Bronzinos und Michelozzos beschäftigt. Die höchsten Summen, die in jenen Jahren für Erwerbungen gezahlt wurden, galten dem vermeintlichen Michelangelo und dem trockensten aller frühen Rubens.

Es fällt vielleicht auf, daß hier das Ideal der Vollständigkeit wichtig genommen wird. Das ist keineswegs das Motiv. Wir können gern auf viele in den Berliner Sammlungen vertretene Meister verzichten. Aber die Ablehnung Grecos und Grünewalds ist ein Programm. Mehr als das: Sie ist eine wesentliche Entscheidung, die weit über das Museale hinauswirkt.

Der Mann, der die Messelschen Museumsbauten inaugurierte, konnte ehrlich nicht für Greco oder für Grünewald optieren. Denn beide, Greco wie Grünewald, sind Beispiele, besonders herrliche Beispiele einer nicht wuchtigen, nicht repräsentativen, nicht imponierenden Kunst sondern einer zarten, wahrhaftigen und ohne Stützen bei irgendeiner Macht großen Kunst. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß ihre vor geistiger Spannung zitternde, ihre vor der Größe der Welt stille Haltung von allen Ehrgeizigen und Herrschenden für Schwäche, für Ungesundheit, für Dekadenz genommen wurde, und daß im besondern eine so ausgesprochene Herrennatur wie Bode, den Wilhelm Waetzoldt kürzlich treffend den »Bismarck unserer Museen« nannte, sie als geradezu bedenklich empfinden mußte. Die Entscheidung Bodes mußte in der Tat für Dürer fallen, von dessen Werk er ja mit bewundernswerter Energie Beträchtliches für Berlin noch herholen konnte.

Die Frage Grünewald ist heute wie je von aktuellster Bedeutung. Nichts wäre lächerlicher als in einen Rangstreit Dürer-Grünewald eintreten zu wollen. Nichts wäre peinlicher als Dürer herabsetzen zu wollen, seinen hohen Rang anzutasten. Von alledem ist hier gar keine Rede. Es gilt uns nur gegen einen Zustand anzugehen, in dem hymnischer Ruhm auf Dürer als *den* deutschen Künstler vereint wird, und Grünewald im Dunkel bleibt. Gewiß, aus dem absoluten Nichtsein ist Grünewald einige Jahre vor dem Krieg hervorgetreten, und in den Jahren des Expressionismus war er fast Mode geworden. Die ist vorbei, und eigentlich steht er nun wieder außerhalb des Bewußtseins, die tapferen Bemühungen einiger Forscher wie Franz Bock, Oskar Hagen und Hans Heinrich Naumann in Ehren.

Grünewald ist das großartigste Sinnbild eines "andern Deutschlands" als es die letzten Generationen lang in Deutschland offiziell war. Deutschland hat ihn nach seinem Tod so gründlich vergessen, daß er 2 Jahrhunderte

1) Siehe von Bode Mein Leben I /Berlin 1930/.

lang überhaupt nicht mehr existierte. Schon Sandrart wußte nicht mehr seinen wahren Namen, der, wie uns heute bekannt ist, nicht Grünewald war sondern Mathis Nithart. Auch heute noch weiß man nichts Rechtes mit ihm anzufangen. Dürers Todesjahr vor 2 Jahren wurde vom offiziellen Deutschland gewaltig gefeiert: Ministerreden, Ausstellung des Werks in seiner Vaterstadt Nürnberg, Feier und Ausstellung der Akademie, Feiern in allen Schulen. Das selbe Jahr 1528 ist auch das Todesjahr Grünewalds, dem immerhin das Kaiser-Friedrich-Museum eine kleine Ausstellung seiner Zeichnungen machte. Es handelt sich hier nicht um eine kunsthistorische Meinungsverschiedenheit, nicht um Vergangenheit, sondern ganz um Gegenwart. Stellen wir uns einmal vor, aus dem italienischen Bewußtsein verschwände für lange Generationen Leonardo. Es wäre wohl kein Zweifel, daß das eine ungeheure Verarmung bedeutete, ja daß nur eine sich untreu werdende Nation sich so verstümmeln könnte. Die Bedeutung Grünewalds für uns ist nicht geringer als die Leonardos für Italien, und wenn die Generation Messel, Bode, Hoffmann mit ihren Bauten auf der Museumsinsel alles Begonnene rücksichtslos beiseite schiebt und gewalttätig nur ihrem Ehrgeiz baut, so sehen wir in ihrer Gesinnung schon eine der Folgen der geistigen Selbstverstümmelung der Nation. Die Kunst Dürers ist bürgerlich, fortschrittlich, expansiv und standesbewußt. Sie ist um Niveau und Reputation bemüht, im reinen Sinn akademisch. Daher, so turmhoch sie über allen Aspirationen aller Karrieremacher steht, ist sie verständlich und nutzbar für alle, die an die Kunst und ihre Pflege auch noch mit außerkünstlerischem Ehrzeig herangehen. Und so hat es Bode fertiggebracht das fast unmöglich Scheinende zu verwirklichen: 7 Gemälde Dürers noch für die Berliner Museen zu erobern, zu einer Zeit, in der bei solcher Energie auch für Grünewald gewiß noch manches zu gewinnen gewesen wäre, wenn eben Grünewald einer solchen Natur nicht außerhalb aller Neigung gewesen wäre.

Vergleichen wir doch einmal, nicht der Wertakzente wegen, einen Dürerkopf mit einem Grünewaldkopf. Dürers Greisenkopf des Holzschuher: kraftvoll, männlich bewußt, gesund und repräsentativ; berufen in schöner Weise offiziell zu sein. Er ist egozentrisch, würdig bestimmend, er weiß die Antwort. Grünewald: still lauschend, in sich gekehrt, geduldig weise und ohne jede Fassade, durchscheinend, leuchtend, grenzenlos einfach und für sich. Er ist fragend, im Austausch, eher exzentrisch als egozentrisch. Das Würdige geht bei Dürer dort, wo es monumental wird, bis zum Krampf der Apostelköpfe. Seine Gesichter haben Achsen und Ehrenhöfe. Bei Grünewald gehen Freiheit und Milde leicht in das im großen Sinn Humorhafte des Heiligen Mauritius. Es hat wirklich seine Logik, daß Grünewald im Riesenetablisement der Berliner Museumsinsel vergessen ist. Die große reine Geistes- und Empfindungswelt Grünewalds ist heute im deutschen Bewußtsein unwirksam.

Einem oft vertretenen Irrtum sei hier widersprochen: Keineswegs liegt es etwa so, daß Dürer das konstruktive Element, Grünewald das Empfindungs- und Ausdruckselement unserer Kunst ist, wie ihn der Expressionismus zwar begeistert, aber doch zu eng verstand. Grünewald, der oben nicht ohne Absicht mit Leonardo verglichen wurde, ist nicht einseitig Gefühl und Ausdruck. Ich behaupte, daß er der großartigste, weil lebendigste, geistvollste Konstrukteur in der deutschen Kunst ist. Es scheint mir dieser Punkt wichtig genug, um ihn kurz zu demonstrieren.

Durch die 4 Innentafeln des Isenheimer Altars geht eine Fülle von künstlerischen Beziehungen. Gemeint sind nicht die theologisch-spekulativ inhaltlichen Beziehungen, die natürlich auch vorhanden sind; gemeint sind jetzt nur die optisch-künstlerischen Beziehungen. Zunächst die 3 oberen Tafeln: Eine Diagonale aus der linken untern Ecke der Verkündigung in die obere rechte Ecke der Auferstehung trifft die vor der Maria aufgeschlagen liegende Schrift mit dem Text der Verkündigung; sie trifft im nächsten Feld der Fleischwerdung Christi im Schoß der Mutter die Aureole um Marias Haupt; sie trifft im nächsten Feld das neugeborene Kind und im letzten die Aureole des Auferstehenden. Unter der Maria, die mit zauberhaftem Ausdruck des Glücks das Kind hält, das wie von einer fremden Macht von außen in ihre Arme geschleudert zu sein scheint und hier in den Armen der Mutter nur in einer kurzen Zwischenstation schwebt², liegt Christus, der Leichnam. Unter der Holzwanne, die das Kind zum Bad aufnahm, steht der Steinsarg. Unter der Maria des Wunders der Fleischwerdung ist mit verhängtem Haupt die klagende Mutter. Allein die 4 Mariengesichter nach einander zu sehen; das dumpfe Gesicht der bäuerlichen Magd, das in Licht zerfließende der werdenden Mutter, das ganz verwandelte, offene, bewegte Gesicht der das Kind in ihren Armen Haltenden und dieses verhängte Gesicht der Klagenden; das erschüttert. Ebenso sollen wir den dreifachen Christus sehen: das lachende Kind, liegend lebendig von Mutterarmen getragen; versunken, schwer, erloschen der Leichnam, und schwebend, die Arme triumphierend in Freiheit breitend, der Auferstehende. Weiter: bürgerliche Architektur der Verkündigung, phantastisch-sakrale Architektur der Menschwerdung, Berg- und Wolkenwelt der Mutter und die Unendlichkeit der Auferstehung.

Das Netz der Beziehungen von konstruktiver Strenge, das wir durch unser Auge wahrnehmen, ohne eines theologischen Kommentars zu bedürfen, ist unerschöpflich reich. Und wenn wir die Karlsruher Kreuztragung, die Stuppacher Madonna aufmerksam betrachten, sehen wir eine Präzision und Strenge der Konstruktion, die auf einer ganz andern Ebene liegt als Dürers Kompositionsbemühungen³. Während Dürer mit seinen Konstruktionen leicht im Einzelnen und Formalen stecken bleibt, in jener für ihn so charakteristischen Haltung gemachte Fortschritte, erzielte Erkenntnisse anzuwenden, auszubauen, nutzbar zu machen, während seine Proportionen errechnet und dabei oft starr und handwerklich erscheinen, konstruiert Grünewald mit nicht geringerer Präzision Dramen, in denen er Erfinder, Dichter und Ingenieur zugleich ist, dabei alles Einzelne, hat es nur den richtigen Platz im Ganzen, der Fülle der Freiheit, dem Glück überlassend, in alledem nur Leonardo vergleichbar.

So beruht es auch auf einem Irrtum, wenn man allgemein Grünewald für den mittelalterlichen, Dürer für den modernen Künstler erklärt. Gewiß ist

2) Diese Beobachtungen habe ich in einem Band der Deutschen Buchgemeinschaft weiter ausgeführt: siehe *Behne Frühe Meister* /Berlin 1929/.

3) Siehe dazu auch *Naumann Das Grünewaldproblem und das neuentdeckte Selbstbildnis des 20jährigen Mathis Nithart aus dem Jahre 1475* /Jena 1930/. Der Verfasser, mit dessen konstruktiver Auffassung und Interpretation jener Bilder ich gern übereinstimme, geht in diesem Buch von einem kürzlich aufgefundenen Jünglingsporträt aus, das er als ein Selbstporträt des jugendlichen Grünewald erklärt. Das Bild ist auf jeden Fall von hohem künstlerischen Rang, und es wirft viele Fragen auf. Leider zeigt die Fachwissenschaft einstweilen wenig Neigung das heiße Eisen anzurühren. An der Schrift Naumanns erfreut die begeisterte Stellungnahme, das aufrichtige Gefühl für Grünewalds Größe unbedingt. Die von ihm behauptete Abstammung der Grünewaldschen Konstruktion kann ich mir gar nicht zu eigen machen. In der Bewunderung für die innerhalb der deutschen Kunst ganz unvergleichliche Größe der Grünewaldschen Bildkonstruktion aber stimmen wir überein.

»Was ist denn?«, fragt der Mann.

»Wenn du durchaus sterben willst, so werde ich mitsterben. Es stirbt sich leichter zu zweien. Verzeih mir, daß ich dich vorhin daran gehindert habe.«

»Ich will nicht belästigt werden.«

»Ich bin Heilgehilfe und muß überall, wo etwas schwer fällt, es erleichtern. Das will Gott so haben. Mir ist das Leben eigentlich nicht wichtiger als dir. Aber meinen Beruf nehme ich ernst.«

Der Mann steht auf. Im Weitergehen sagt er erstaunt: »Daß Gott auch so aussehen kann, hätte ich mir niemals träumen lassen.«

Der Heilgehilfe hütet sich seine Freude anzudeuten. Er geht dem andern zur Seite, läßt aber einen kleinen Zwischenraum, damit seine Gegenwart nicht zu deutlich werde, und das bewegte Meer ihrer Seelen ungestört sich besänftige.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Koenemann

Deutschland: Am 14. April wurden im Reichstag die Steuer- und Zollvorlagen der Regierung

Brüning mit zum Teil sehr knappen Mehrheiten angenommen. Damit war die drohende Auflösung des Reichstags und die als Präzedenzfall gefährliche Durchsetzung zweifelhafter Steuervorlagen durch Anwendung des Artikels 48 vorläufig vermieden worden. Die in den Fraktionsverhandlungen der Regierungsparteien bewirkte Umgestaltung der ursprünglichen Regierungsvorlagen zeigte eine krampfhaft-kompromißsuchende, in der man keine Wendung zu einer produktiven Finanzpolitik erblicken kann.

Die wesentlichen Bestimmungen der am 14. April verabschiedeten Steuergesetze sind folgende: 1. Erhöhung der Biersteuer um zirka 48 % (statt 75 % nach der ursprünglichen Regierungsvorlage) mit einem geschätzten Mehrertrag für 1930 von 150 Millionen Mark, wovon dem Reich allerdings nur 60 Millionen verbleiben. 2. Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von bisher 0,75 % auf 0,85 %; außerdem eine Umsatzsteuer von 0,5 % für Unternehmen, die im Einzelhandel einen höhern Gesamtumsatz als 1 Million jährlich haben (Ertrag 27 Millionen). Der Reichsanteil an dem Gesamtaufkommen der Umsatzsteuer (1543 Millionen) wird sich nach dem Voranschlag um 110 Millionen erhöhen auf 830,9 Millionen. 3. Wiedereinführung der Mineralwassersteuer, deren gesamt Nettoertrag von 33,6 Millionen jedoch den Gemeinden zufließt. 4. Änderung der Umlage zur Aufbringung der Industriebelastung für 1930, wodurch

sich eine einmalige Mehreinnahme von 50 Millionen ergibt. 5. Erhöhung der Mineralölzölle und Einführung einer Ausgleichssteuer für in Deutschland gewonnene Mineralöle (77 Millionen). 6. Erhöhung des Kaffee- und Teezolls (50 Millionen). 7. Verkürzung der Erhebungsfristen bei der Tabak- und Zuckersteuer (27 Millionen). Von diesen Mehreinnahmen sollen 359,6 Millionen dem Reich, 166,4 den Ländern zufließen.

Es konnte von vornherein als feststehend angenommen werden, daß auf diese Art das Etatsdefizit nicht gedeckt werden würde. Die Entwicklung der Reichsfinanzen gab solcher Befürchtung recht. Nach Mitteilungen des Finanzministers ist mit einem weitem Fehlbetrag von zirka 700 bis 800 Millionen Mark für das laufende Etatsjahr zu rechnen. Es muß jedoch betont werden, daß diese Zahl auf Schätzungen beruht und weder nach oben noch nach unten rechnerisch überprüfbar ist. Die stärksten Unsicherheitsfaktoren dieser Rechnung stellen Arbeitslosenzahl und wirtschaftliche Lage dar.

Innerhalb des Kabinetts ist man sich jetzt über die verschiedenen Maßnahmen zur Überwindung der finanziellen und wirtschaftlichen Krise schlüssig geworden. Eine Entlastung des Etats soll zunächst durch die Reform der Arbeitslosenversicherung erzielt werden. Die Vorlage des Arbeitsministers lehnt sich weitgehend an Vorschläge der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an (siehe die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 583). Außerdem ist eine Reform der Krankenversicherung vorgesehen. Zur Deckung des Haushaltsdefizits schlägt die Regierung vor: ein Gesetz über einmalige

Reichshilfe durch die Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, einschließlich eines Beitrags aus den Tantiemen der Aufsichtsräte und eine Sondersteuer der Ledigen in Höhe von 10% der Einkommensteuer; ferner Kürzung der Steuerfristen in der Zigarettenindustrie, verbunden mit einer Verlängerung der Kontingentierung bis zum 1. April 1932. Zusammen mit den Ersparnissen aus einer nochmaligen Durchprüfung des Etats glaubt man hierdurch eine volle Deckung des Etats für 1930 zu erreichen. Weniger momentane Bedeutung beansprucht das Ausgabensenkungsgesetz, das die folgenden Einzelprojekte umfaßt: Verwendung von Ersparnissen und Mehrerträgen zur Schuldentilgung, Aufhebung verschiedener Reichsbehörden, Beamtenabbau, Heraufsetzung der Altersgrenze auf 68 Jahre nebst Pensionskürzung für Doppelverdiener, Verminderung der Ausgaben im Versorgungswesen und schließlich ein Gesetz zur Erzielung von Ersparnissen bei Ländern, Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften. Außerdem legte der Arbeitsminister ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vor. Neben diesen von der Regierung zu ergreifenden Maßnahmen versucht man Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften anzubahnen, mit dem Ziel einer gemeinsamen Aktion zur Belebung der Wirtschaft. Innerhalb der Regierung ist über die genannten Vorlagen bereits eine grundsätzliche Einigung zustande gekommen. Der Reichstag wird sich noch vor den Sommerferien mit ihnen befassen. Bei der Beratung des Reichswehretats wurde ein deutschnationaler Antrag auf Einstellung der 1. Baurate für den Panzerkreuzer B in den Etat 1930 am 23. Mai mit 270 gegen 129 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, die Nationalsozialisten, die Christlich-nationale Fraktion und die Wirtschaftspartei. Die weitere Baurate für den Panzerkreuzer A wurde mit 208 gegen 184 Stimmen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei bei 7 Stimmenthaltungen bewilligt. Der Wehrminister erklärte im Einvernehmen mit dem Reichskanzler, daß mit dem Haushaltsplan 1931 die Regierung ein Bauprogramm für eine Reihe von Jahren vorlegen würde. Man wird verlangen müssen, daß das Wehrministerium damit eine gründliche Reform seines Etats verbindet, dessen Mangel an Durchsichtigkeit im Aufbau und an Wirtschaftlichkeit in den materiellen Anforderungen dauernd Anlaß zur Kritik bietet.

Preußen

Mit dem Wechsel der Regierungskoalition im Reich ist der vielzitierte und vielbeklagte Dualismus zwischen Reich und Preußen auch im Gebiet des Parteipolitischen wieder akut geworden. Der plötzlich aufgerissene Gegensatz zwischen Zentrum und Sozialdemokratie und die scharfen Pressefehden der bisherigen Koalitionsgenossen ließen es durchaus verständlich erscheinen, daß die Frage möglicher Rückwirkungen auf Preußen Gegenstand lebhafter Erörterungen wurde. Hinzu kam die nicht nur von den Deutschnationalen sondern diesmal auffallend stark von der Deutschen Volkspartei geforderte Homogenität der Regierungen im Reich und in Preußen. Aber man vergaß darüber den Mangel an Übereinstimmung der allgemeinpolitischen Voraussetzungen, die im Reich den schnellen Umschwung ermöglicht hatten. Für das Zentrum jedenfalls, das die Vorteile einer solchen Doppelstellung für den innern Zusammenhalt der Partei wohl zu schätzen weiß, liegt fürs erste kein Grund vor die langjährige Verbindung mit der Sozialdemokratie in Preußen zu lösen.

Der Ministerpräsident Otto Braun berührte in seiner Etatsrede am 8. Mai das Problem der Reichsreform. Seine Bemerkung, daß die Stellungnahme des preußischen Vertreters Arnold Brecht in der Länderkonferenz die Staatsregierung nicht binden könne, und diese sich mit den bisherigen Ergebnissen der Länderkonferenz noch nicht befaßt habe, kam einer Ablehnung der von der Länderkonferenz vorgeschlagenen differenzierten Endlösung gleich. Diese Vermutung wurde durch die Rede bestätigt, die Carl Severing am 26. Mai in München hielt, und in der er ebenfalls die bisher als Vorbereitung der Reichsreform bezeichneten Methoden ablehnte. Braun erklärte weiter, daß die Preußische Regierung auf die kleinen Länder keinerlei Druck ausübe sich Preußen anzuschließen. Im Interesse der Konsolidierung des Reichs begrüße er aber jede Vereinigung eines nicht voll existenzfähigen Landes mit Preußen. Der Weg der Subventionierung lebensunfähiger Länder über den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes sei nicht länger möglich. Darum habe Preußen die Abänderung dieser Bestimmung betrieben.

Ein von der Wirtschaftspartei eingebrachter Antrag auf Auflösung des Landtags wurde am 7. Mai mit 258 Stimmen gegen 98 abgelehnt. Die Deutschnationalen stimmten gegen den Antrag. Bei der Schlußabstimmung über den Etat und die

zur Deckung des Defizits von der Regierung geforderte Erhöhung der Grundvermögenssteuer übten die Oppositionsparteien geschlossen Obstruktion, indem sie der Abstimmung fernblieben und dadurch das Haus beschlußunfähig machten. Der Etat konnte daher nicht verabschiedet werden. Da aber die Regierungsparteien über die Mehrheit im Haus verfügen, wird diese Verabschiedung beim Wiederzusammentritt des Landtags am 16. Juni stattfinden. Die Steuergesetze sind durch Notverordnung vorläufig in Kraft gesetzt.

Sachsen Die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition in Sachsen sind gescheitert, der Landtag hat am 22. Mai seine Auflösung beschlossen. Die Vorgeschichte dieses Beschlusses bildet ein so instruktives Beispiel für die Misere des deutschen Länderparlamentarismus, daß man hoffen darf, sie werde die Kräfte zu seiner Überwindung stärken. Die Deutsche Volkspartei hatte zur Voraussetzung von Koalitionsverhandlungen mit der Sozialdemokratie die Einbeziehung der Wirtschaftspartei in die zu bildende Regierung gemacht. Diese Forderung ist von der sächsischen Sozialdemokratie entschieden abgelehnt worden, um so mehr, als zur Mehrheitsbildung die Stimmen der Wirtschaftspartei nicht erforderlich waren. Die Volkspartei verhartete auf ihrem Verlangen, einmal, um dem bürgerlichen Element in einer Koalitionsregierung mit Einschluß der Sozialdemokraten das unbedingte Übergewicht zu geben, zum andern aus parteipolitischer Konkurrenzfurcht. Die Demokraten, durch die drohende Auflösung am meisten gefährdet, versuchten zu vermitteln und schlugen die Bildung einer von den Sozialdemokraten zu tolerierenden bürgerlichen Minderheitsregierung vor. Als die Sozialdemokraten mit der Einbringung eines Auflösungsantrags antworteten, einigten sich die bürgerlichen Parteien und wählten unter der wohlwollenden Neutralität der Nationalsozialisten den Präsidenten des Staatsrechnungshofs Walther Schieck mit 46 gegen 44 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Nunmehr verlangten die Nationalsozialisten Anteil an der Macht und Überlassung des Arbeitsministeriums in dem zu bildenden "Beamtenkabinett", eine Forderung, die die anderen Parteien als mit dem Charakter eines Beamtenkabinetts unvereinbar ablehnten. Das Ergebnis dieser Entwicklung war die Annahme des Auflösungsantrags durch eine aus der Sozialdemo-

kratischen, der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei gebildete Mehrheit von 50 Stimmen, gegen 46 Stimmen aller übrigen Parteien. Die Neuwahlen sind für den 22. Juni anberaumt. Die Leistung des bisherigen Landtags, der erst am 12. Mai 1929 gewählt worden war, besteht in der Verabschiedung eines einzigen Gesetzes: über die Abschaffung des Novemberfeiertags. Die Etatsberatungen für das laufende Jahr 1930 blieben in den ersten Anfängen stecken.

Thüringen Der Reichsinnenminister Joseph Wirth hob nach einer Aussprache mit dem thüringischen Staatsminister Erwin Baum die von seinem Vorgänger Carl Severing verhängte Sperre der Zahlung von Reichszuschüssen für landespolizeiliche Zwecke an Thüringen wieder auf. Gleichzeitig wurde auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Regierungen des Reichs und Thüringens die Frage der Verfassungsmäßigkeit des thüringischen Ermächtigungsgesetzes dem Reichsgericht zur Prüfung unterbreitet. Der Konflikt zwischen Thüringen und dem Reich ist jedoch von neuem verschärft, da der nationalsozialistische Innenminister Wilhelm Frick verhetzende "Schulgebete" einführte und leitende Stellen innerhalb der Landespolizei mit Nationalsozialisten besetzte. Eine vom Reichsinnenminister einberufene Konferenz der Innenminister der Länder kam nur in der Frage der Staatsfeindlichkeit der Nationalsozialistischen Partei zu einheitlicher Auffassung, nicht dagegen in der Frage der Maßnahmen, die gegen die offensichtliche Verfassungsverletzung durch Frick zu ergreifen sind. Der Reichsinnenminister rief gegen den Erlaß jener Schulgebete den Staatsgerichtshof an und drohte für den Fall, daß die Ernennung von Nationalsozialisten zu leitenden Polizeibeamten in Thüringen nicht rückgängig gemacht wird, mit der erneuten Sperrung der Zuschüsse. Das thüringische Kabinett beschloß daraufhin am 2. Juni einstimmig die Forderung des Reichsinnenministers auf Zurückziehung der nationalsozialistischen Polizeibeamten abzulehnen und für den Fall der Sperrung der Zuschüsse den Staatsgerichtshof anzurufen. Der bisherige Verlauf des Konflikts hat ohne eine sachliche Notwendigkeit eine nicht zu unterschätzende Schmälerung der Reichsautorität zur Folge gehabt und die propagandistische Stellung der Nationalsozialisten gestärkt. Der Kampf gegen die Unterhöhlung der Staatsgrundlagen durch Aufnahme staats-

und verfassungsfeindlicher Elemente in den exekutiven Staatsapparat ist ein selbstverständlicher Akt der Staatsgewalt und steht jenseits jeder Diskussion über Sinn und Grenzen des demokratischen Regierungssystems. Darüber hinaus aber gibt auch das thüringische Beispiel ebenso wie das sächsische Anlaß zur eindringlichen Prüfung der innern Lebensberechtigung des deutschen Länderparlamentarismus. Man vergesse nicht, daß das oftmals groteske Schauspiel chronischer und akuter Regierungskrisen, die sinnlose Wiederholung pseudoparlamentarischer Kämpfe um Fragen der Reichspolitik in den Länderparlamenten eine Schädigung des Parlamentarismus überhaupt zur Folge hat.

Bayern Einem vorzeitigen Ende geht auch der Bayrische Landtag entgegen. Infolge einer Klage der Demokratischen Partei, der Wirtschaftspartei und des Christlichen Volksdienstes hat der Bayrische Staatsgerichtshof am 12. Februar einige Bestimmungen des Landeswahlgesetzes als mit der Reichsverfassung im Widerspruch stehend erklärt. Die 15 Mandate der sogenannten Landesabgeordneten sind also ungültig. Weitere staatsrechtliche Konsequenzen, zum Beispiel Rechtswidrigkeit der von diesem Landtag verabschiedeten Gesetze, hat der Staatsgerichtshof bisher noch nicht gezogen. Das kann jedoch bei irgendeinem Anlaß geschehen, und diese Möglichkeit hängt drohend über der Existenz des Landtags. Der Ältestenrat des Landtags beschloß ein neues Wahlgesetz zu erlassen, zu dessen Mitwirkung auch die 15 Landesabgeordneten berechtigt seien. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat bereits einen Antrag auf Änderung des Wahlgesetzes eingebracht und hofft ihn noch in der bis Juli laufenden Session des Landtags erledigt zu sehen. Neuwahlen sind zum Herbst wahrscheinlich. Auch die jetzige Regierungskoalition droht wegen Differenzen zwischen Bayrischer Volkspartei und Bayrischem Bauernbund über die Deckungsvorlagen der Regierung auseinanderzubrechen. Die Nationalsozialisten haben erklärt in diesem Landtag, der auf ungesetzliche Weise zustande gekommen sei, nicht mehr mitzuarbeiten. Das Defizit des Etats für 1930 beträgt 22 Millionen Mark, einschließlich der ungedeckten Fehlbeträge früherer Jahre fast 100 Millionen Mark. Die Sozialdemokratie übte scharfe Kritik an der Höhe der freiwilligen Leistungen Bayerns für kirchliche Zwecke, die von 13 Millionen im Jahr 1916 auf 38 Millionen im diesjährigen Etat gestiegen sind.

England Bei den Nachwahlen im Londoner Bezirk West Fulham am 6. Mai erlitt die Labour Party die erste Niederlage seit den allgemeinen Wahlen (siehe auch den Artikel Weingartz' Wirtschaft und Politik in England, in diesem Band Seite 553 und folgende). Während sie damals 16 190, die Konservativen 13 979, die Liberalen 5 920 Stimmen erhalten hatten, ergab die Nachwahl die Eroberung des Sitzes für den Kandidaten der United Empire Party Sir Cyril Cobb mit 16 223 Stimmen gegen 15 983 Labourstimmen. Die Schutzzollparole siegte über die Freihandelsdoktrin. Die Liberalen hatten auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet. Ebenso gelang es den Konservativen in Nottingham ihren Sitz zu behaupten und 500 Stimmen zu gewinnen. Im Mittelpunkt der Debatten im Unterhaus stand in den letzten Wochen das Arbeitslosenproblem. Am 20. Mai trat der Minister (ohne Portfeuille) Sir Oswald Mosley zurück. Er begründete diesen Schritt mit der Ablehnung eines von ihm ausgearbeiteten Arbeitsbeschaffungsprogramms durch einen Ausschuß des Kabinetts und mit dem scharfen sachlichen Gegensatz, der in den Fragen der Arbeitsbeschaffung zwischen ihm und dem Minister Thomas besteht. Ein Mißtrauensvotum der Konservativen gegen Thomas wurde mit 270 gegen 241 Stimmen abgelehnt, bei Stimmenthaltung der Liberalen und von 5 Mitgliedern der Independent Labour Party. Trotz diesem Abstimmungssieg ist aber die Stellung der Regierung nicht unerschüttert geblieben. Wenn auch der Eindruck vermieden werden soll, als bestände zwischen der wachsenden Kritik an der bisherigen Arbeitslosenpolitik sowie dem Vorstoß Mosleys und dem Rücktritt des Großsiegelbewahrers und Ministers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit John Harry Thomas am 2. Juni ein direkter Zusammenhang, so wird man doch mit Recht in dieser Tatsache und den weiteren Umgruppierungen im Kabinett ein Zugeständnis an die Kritiker des bisherigen Kurses innerhalb und außerhalb der Arbeiterpartei erblicken dürfen. Nachfolger Thomas' wurde der Vorsitzende der Südwäler Bergarbeitergewerkschaft, der Abgeordnete Vernon Hartshorn, bisher Mitglied der Simonkommission. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll in Zukunft in den Händen eines besondern Komitees unter dem Vorsitz MacDonalds liegen. An dem am 3. April vom Unterhaus mit einer Mehrheit von 43 Stimmen verab-

schiedeten Kohlengesetz nahm das Oberhaus am 29. Mai verschiedene Änderungen vor. Doch blieb es dabei nicht. Auf Verlangen MacDonalds wurden alle wesentlichen Abänderungen vom Unterhaus wieder beseitigt.

Innerhalb der Konservativen Partei wächst der Widerstand gegen die Politik Stanley Baldwins. Als ein Zeichen der steigenden Unzufriedenheit mit dem bisherigen Kurs der Partei ist auch der Rücktritt des Vorsitzenden des Organisationsausschusses der Partei John Davidson und des 2. Vorsitzenden Sir Charles Calvert Bowyer zu werten. Beide sind als persönliche Vertrauensleute Baldwins in ihre Stellungen gekommen, so daß die gegen sie gerichteten Vorwürfe indirekt auch den Führer der Partei treffen. Von dem am 1. Juli zusammentretenden Parteitag der Konservativen erwartet man eine Klärung der innerparteilichen Gegensätze. Entscheidend ist dabei die Stellungnahme gegen Lord Beaverbrook und seine neue Partei. Die Wirtschaftspolitik gibt überall den Ausschlag.

Informationsmittel Unter den politischen Informationschriften hat sich das vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

herausgegebene Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie /Berlin, I. H. W. Dietz Nachfolger/ schnell eine beachtliche Stellung erworben. Es erscheint jetzt zum 4. Mal und bietet auch für das vergangene Jahr eine zuverlässige und reichhaltige Übersicht der politischen Ereignisse im Reich und in den Ländern. Es sei an dieser Stelle besonders auf die von Johannes Stelling angestellte Untersuchung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1929 hingewiesen.

Unter dem Titel Verräter verfallen der Feme /Berlin, Malikverlag/ gibt Emil Julius Gumbel nochmals eine Übersicht all der politischen Verbrechen, die in den Jahren der inneren Unruhen von politischen Geheimorganisationen, engirnigen Fanatikern und der sogenannten Schwarzen Reichswehr verübt worden sind. Die Arbeit, in der in weitestem Umfang die Prozeß- und Untersuchungsakten verwendet worden sind, macht in ihrer trockenen, jedes Pathos vermeidenden Darstellung einen erschütternden Eindruck. Sie wird ein Dokument jener Zeit bleiben. (Einen Versuch die in dem Gumbelschen Buch geschilderten Vorgänge in andern Licht erscheinen zu lassen, machen Friedrich Felgen, Hans Albert von Birkhahn und Walter Weiß in der Schrift Die Femelüge /München, J.

F. Lehmann/. Die Art der Darstellung, die einer Verherrlichung der Schwarzen Reichswehr gleichkommt und Verbrechen entweder bagatellisiert oder zu Heldentaten zu stempeln sucht, stößt ab.)

Eine ansprechende kurze Darstellung der Entwicklung der Tschechoslowakischen Republik gibt J. Borovicka in seiner Arbeit 10 Jahre tschechoslowakischer Politik /Prag, Verlag Orbis/.

Totenliste Ende Februar starb in Rom der Kardinal *Raffaël Merry del Val*, in seinem 65. Lebensjahr. Er hat 10 Jahre lang, von 1903 bis 1914, während des Pontifikats Pius X als Kardinalstaatssekretär die Politik des Vatikans geleitet; nach seinem Rücktritt wurde diese grundlegend geändert. Am 6. März starb, im Alter von 76 Jahren, nach längerer Krankheit *Herbert John Lord Gladstone*, der Sohn des Gegners Disraelis. Er begann seine politische Laufbahn als Privatsekretär seines Vaters von 1880 bis 1881, wurde dann Finanzsekretär im Kriegsministerium, Unterstaatssekretär im Innenministerium und endlich Minister für öffentliche Bauten und Innenminister. Von 1880 bis 1910 war er Mitglied des Unterhauses. Er wurde endlich zum Generalgouverneur für Südafrika ernannt, ein Amt, das er bis 1914 innehatte.

Am 4. April starb in Rom die Königin *Victoria von Schweden*, im Alter von 68 Jahren. Sie war die Schwester des letzten Großherzogs von Baden, bei dessen Abdankung nach dem Zusammenbruch von 1918 sie gerade in Baden weilte. An den Folgen einer Operation starb Anfang Mai *Max Maurenbrecher* (siehe die Rundschau Religionswissenschaft, in diesem Band Seite 502). Er hat in seinem Leben starke Wandlungen der politischen Überzeugung durchgemacht. Anfangs stand er bei der Nationalsozialen Partei Friedrich Naumanns. 1903 trat er, wie vor ihm Paul Göhre, der Sozialdemokratie bei, wurde in religiöser Hinsicht radikaler Aufklärer und stand politisch innerhalb der Partei auf der "radikalen" Seite. Er sah indessen bald die Unfruchtbarkeit solchen Scheinradikalismus ein, wandte sich nunmehr dem aktivistischen Revisionismus zu, trat in den Gedankenkreis der Sozialistischen Monatshefte, deren Mitarbeiter er wurde. In den Jahren 1909 und 1910 bearbeitete er hier auch die politische Rundschau. Aber er hielt nicht allzu lange der schweren Wirklichkeit der Politik stand. Er gehörte bald zu den "Enttäuschten", wandte sich vom Sozialismus ab, ging 1913 zur Rech-

ten über; landete in der Nachkriegszeit bei den Deutschvölkischen und redigierte von 1921 bis 1925 die Deutsche Zeitung. In den letzten Jahren hatte er sich von der Politik zurückgezogen, lebte als Pfarrer in Thüringen. Die (kurze) Zeit seines Enthusiasmus für unsere Sache, an der er mit Überzeugung und Elan mitarbeitete, sei ihm nicht vergessen.

Der Senator *Jules Pams*, einer der engsten Mitarbeiter und Vertrauten *Clemenceaus*, starb am 12. Mai, im Alter von 78 Jahren. Er hat vor dem Krieg und während des Krieges in der französischen Innenpolitik eine sehr aktive Rolle gespielt. 1911 bis 1913 war er Landwirtschaftsminister in verschiedenen Kabinetten, 1913 unterlag er als Kandidat der Linken für die Präsidentschaft der Republik gegen *Poincaré*.

Am 13. Mai starb in Glasgow *John Wheatley* (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 588). 1924 gehörte er dem 1. Labourkabinet als Minister für öffentliches Gesundheitswesen an und wurde auch Mitglied des Privy Council. Das von ihm durchgesetzte Wohnstättengesetz war einer der Haupterfolge der Regierung. Seit 1925 stand er in wachsender scharfer Opposition zur Führung der Labour Party und der von ihr befolgten Politik, wie die Leser der Sozialistischen Monatshefte auch aus den hier in letzter Zeit veröffentlichten Artikeln *Weingartz'* über englische Innenpolitik wissen.

In Addis Abeba starb, 54 Jahre alt, die Kaiserin *Zaudithu von Abessinien*, die Tochter *Meneliks II*, möglicherweise durch Vergiftung. Sie übernahm 1916 den Thron ihres Vaters. Seit 1928 ließ sie jedoch die Regentschaft von ihrem Neffen, dem *Ras Tafari Makonnen*, führen, der auch ihr Nachfolger geworden ist.

Kurze Chronik Am 12. März wurde der Rücktritt *Ignaz Seipels* vom Vorsitz der Christlichsozialen Partei *Österreichs* bekanntgegeben. *Seipel* begründete seinen Schritt mit Arbeitsüberlastung; doch nimmt man an, daß er sich lediglich eine Reservestellung schaffen will, um bald wieder aktiv in die Gestaltung der österreichischen Innenpolitik einzugreifen. Sein Nachfolger als *Obmann* der Partei wurde der Heeresminister *Karl Vaugoin*. ◊ Die Lage in *Polen* zeigt immer stärkere innenpolitische Gegensätze. Die für den 23. Mai angesetzte außerordentliche Tagung des Sejm wurde durch Verordnung des Staatspräsidenten um 30 Tage verschoben. Der Ministerpräsident *Slavek* begründete diese

Maßnahme mit der Unfähigkeit des Parlaments in der gegenwärtigen Situation sachliche Arbeit leisten zu können. Der Finanzminister *Czechowicz* ist zurückgetreten. Es wird angenommen, daß *Czechowicz* in Verbindung mit dem früheren Arbeitsminister *Jurkiewicz* eine neue Partei bildet, die sich auf gewisse mit der bisherigen scharfen Regierungspolitik unzufriedene Gruppen des Regierungsblocks stützen würde. Durch ein Dekret des Staatspräsidenten wurde am 3. Juni der General *Slawoj Sladkowski*, ein entschiedener Anhänger der Oberstengruppe, an Stelle *Jozewskis* zum Innenminister ernannt. *Sladkowski* war bereits Innenminister im Kabinet *Switalski*. ◊ Am 26. Mai wurde der Gesetzentwurf über die Änderung der *Danziger* Verfassung mit 96 von insgesamt 104 abgegebenen Stimmen angenommen. Das Gesetz sieht eine Verringerung der Anzahl der Abgeordneten von 120 auf 72 vor und die Parlamentarisierung des Gesamtensats. Es bedarf der Bestätigung durch den Völkerbundsrat. ◊ Der Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik und Leiter ihres Geopolitischen Seminars *Adolf Grabowsky* erhielt einen Lehrauftrag für Wissenschaftliche Politik an der Technischen Hochschule Berlin.

Literatur

»Politik und Humanität« nennt *Ernst Feder* im Untertitel sein Lebensbild *Paul Nathans* /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte/. Die Schrift läßt uns noch einmal das reiche Leben dieses Mannes gegenwärtig werden, gibt darüber hinaus ein eindringliches Bild der alten demokratischen Garde um *Ludwig Bamberger* und *Theodor Barth*; es ruft manche, besonders der nachgeborenen Generation schon unbekanntes Zusammenhänge und Ereignisse aus der Vergessenheit zurück. ◊ Eine eingehende systematische Darstellung der Technik der politischen Wahlen gibt *Günther Hellmuth* in seiner gleichlautenden Arbeit /Berlin, Carl Heymann/. Der Autor beschränkt sich darauf vom wissenschaftlich-systematischen Standpunkt aus eine Teleologie, Technologie und Axiomatologie der Wahlverfahren aufzubauen. Jeder, der sich für die Technik des Wahlrechts interessiert, wird aus der Arbeit manche Anregungen gewinnen. Wertvoll sind auch die zahlreichen Literaturhinweise. Die Arbeit ist besonders willkommen im Hinblick auf die über kurz oder lang unumgängliche Umgestaltung des deutschen Wahlrechts.

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Krankenversicherung Das Reichsarbeitsministerium hat, noch unter der Leitung Rudolf Wissells, zur Reform der Krankenversicherung Vorschläge ausgearbeitet, die eine praktische Grundlage für die künftige Diskussion schaffen werden, insbesondere über eine Anzahl von Teilfragen, über die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern noch keine Einigung erzielt ist. Der Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums, der übrigens ursprünglich vertraulich behandelt werden sollte, sieht beim Personenkreis der Versicherung zunächst entsprechend der Minderung der Kaufkraft der Mark eine Erhöhung der Verdienstgrenze für die Pflichtversicherung vor. Eine Grenze ist nicht genannt, doch wird von seiten der Freien Gewerkschaften entsprechend der der Angestellten- und Arbeitslosenversicherung ein Betrag von 8400 Mark Jahreseinkommen verlangt, gegen den Arbeitgeber und Ärzte Bedenken haben. Höhere und leitende Angestellte sollen innerhalb der festzusetzenden erhöhten Einkommensspanne in die Krankenversicherung einbezogen werden. Bei der Frage der Weiterversicherung sieht der Referentenentwurf aus Gründen des Familienschutzes das Recht der freiwilligen Weiterversicherung für den hinterbliebenen Ehegatten vor, wie auch sonst die Bestimmungen über die freiwillige Weiterversicherung verbessert werden sollen, wengleich die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung nach oben durch Festsetzung einer Einkommensgrenze beschränkt werden soll. Von Arbeitnehmerseite wird hier wohl gefordert werden müssen, daß eine früher erworbene Mitgliedschaft in jedem Fall fortgesetzt werden kann, insbesondere, da auch bei Einkommen beispielsweise über 8400 Mark im Fall einer länger anhaltenden Krankheit in der Familie sehr wohl noch ein sozial zu rechtfertigendes Schutzbedürfnis bestehen kann. Was die Leistungen betrifft, so sieht der Referentenentwurf die Krankenhauspflege als Pflichtleistung vor, wenn das nach der Natur der Krankheit notwendig ist; das ist ein durchaus zu begrüßender Vorschlag. Zum Krankengeld ist einschränkend vorgesehen, daß es für die ersten 3 Tage der Arbeitsunfähigkeit nicht gewährt werden soll, wie überhaupt die Zahlung fortan auf Arbeitstage und nicht mehr, wie bisher, auf Kalendertage abgestellt werden soll. Im Hinblick auf die grundsätzliche Warte-

zeit im Fall der Arbeitslosigkeit wird man auch gegen eine, wenn auch geringe, Wartezeit im Fall der Arbeitsunfähigkeit grundsätzlich keine Bedenken haben dürfen. Dabei wird man jedoch selbstverständlich, wie das auch in der Arbeitslosenversicherung der Fall ist, für solche Tatbestände eine Verkürzung oder einen Fortfall der Wartezeit eintreten lassen müssen, bei denen die Wartezeit, wie etwa bei Erkrankung nach vorhergehender Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw., eine wirtschaftlich unerträgliche Härte und eine soziale Unmöglichkeit wäre. Der Fortfall der Wartezeit bei Betriebsunfällen, den sogar der Referentenentwurf vorsieht, kann als Ausnahme keineswegs ausreichen. Nicht klar zu übersehen ist es, ob der Referentenentwurf damit, daß er das Krankengeld auf 50% des Grundlohns festsetzen will, auch das Recht der freiwilligen Mehrleistungen ausschließen will. Es ist nicht anzunehmen, daß eine derartige Bestimmung die Zustimmung der Arbeitnehmer finden würde. Die Familienkrankenpflege soll künftig 13 Wochen betragen, die Möglichkeit der Verlängerung über diesen Zeitraum hinaus soll durch entsprechende Satzungsbestimmungen möglich sein. Für die Ausstellung des Krankenscheins soll künftig eine Gebühr entrichtet werden (bisher ist die Ausstellung frei), deren Höhe durch einen Hauptausschuß für Krankenversicherung festgesetzt werden soll. In den Beiträgen sollen die Höchstsätze herabgesetzt werden, auch für die Rücklagen soll künftig ein Betrag in Höhe des 4. Teils der Jahresausgaben genügen. Um die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für eine einheitliche Durchführung der Krankenversicherung zu sichern, schlägt der Referentenentwurf die Bildung eines Hauptausschusses für Krankenversicherung beim Reichsarbeitsministerium vor, dem neben den Vertretern der wirtschaftlichen Spitzenvereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (im Verhältnis 2 : 1) die Vertreter der Spitzenverbände der Krankenkassen, der Ärzteverbände und der Sozialmedizin, Vertreter des Reichsversicherungsamts, sowie als Vorsitzender der Reichsarbeitsminister (oder dessen Vertreter) angehören sollen. Gegen diese Zusammensetzung des geplanten Gemeinschaftsgremiums werden unter anderem von seiten der Krankenkassenverbände deswegen Bedenken geltend gemacht, weil in der starken Vertretung der Behörden in dem Hauptausschuß eine Ver-

letzung des Grundsatzes der Selbstverwaltung liege. Dieser, in seiner Zusammensetzung also noch keineswegs als endgültig anzusehende Hauptausschuß soll in den Angelegenheiten der Krankenversicherung Gutachten erstatten, Grundsätze für die Durchführung der Krankenversicherung aufstellen, in Fragen der Gesundheitsfürsorge, der Sozialhygiene, der Organisation usw. eingeschaltet werden. Weiterhin sollen die Spitzenverbände der Krankenkassen öffentlichrechtliche Eigenschaften erhalten, unter Aufsicht des Reichsarbeitsministers. In dem Hauptausschuß kann tatsächlich der Ausgangspunkt für einen weitgehenden Fortschritt liegen, der sich in einer Richtung besonders auswirken muß, über die der vorliegende Referentenentwurf noch nichts sagt; nämlich in der organisatorischen Neugestaltung der Krankenversicherung in Deutschland. Ihr künftiger Hauptausschuß wird mit ihrer Zersplitterung Schluß machen müssen; denn im Rahmen der großen Verwaltungsreform, die im Zusammenhang mit der deutschen Sozial-, Kapital- und Finanznot kommen muß, darf auch vor der rationellen Organisation der Sozialversicherung nicht haltgemacht werden, und hier ist es die Krankenversicherung, die von Grund auf neu- und durchorganisiert werden muß.

Im Zusammenhang mit den Deckungsvorschlägen, die die Regierung vor Pfingsten bekanntgab, ist auch eine Reform der Krankenversicherung angekündigt, über die Näheres noch nicht mitgeteilt wurde.

Reichsarbeitslosenfürsorge Die Freien Gewerkschaften haben schon vor 1½ Jahren auf die Notwendigkeit einer beruflich und zeitlich umfassenden Reichsarbeitslosenfürsorge hingewiesen, die an die Stelle der bisherigen Krisenfürsorge treten soll (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 789 und folgende). Nunmehr wird unter dem Druck der sich immer stärker zuspitzenden Arbeitsmarktlage die Forderung der die Arbeitslosenversicherung ergänzenden Reichsarbeitslosenfürsorge auch von den Städten aufgenommen; denn diese können die Lasten der Wohlfahrtsunterstützung für arbeitsfähige Arbeitslose, die entweder aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert sind und wegen der derzeit geltenden beruflichen Begrenzung nicht in die Krisenunterstützung kommen können oder bereits aus der Krisenunterstützung ausgesteuert sind, nicht mehr tragen. Neuerdings hat auch der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsver-

mittlung und Arbeitslosenversicherung sich im Hinblick auf die krisenhafte Arbeitsmarktlage für Ausdehnung der Krisenunterstützung ausgesprochen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Ersparnis von Verwaltungskosten wird neben der sozialpolitischen und kommunalfinanziellen Notwendigkeit die alte Forderung der Freien Gewerkschaften nunmehr von ihnen gemeinsam mit den Städten verfochten, mit dem Ziel, daß die jetzige doppelte, auf das gleiche Ziel und den gleichen Personenkreis abgestellte Verwaltungsarbeit in der Krisenunterstützung und in den Wohlfahrtsämtern einer nach einheitlichen Unterstützungs- und Aufbringungsgrundsätzen mit wesentlich verminderter Verwaltungsarbeit durchgeführten Reichsarbeitslosenfürsorge weichen muß. Zurzeit werden fast 330 000 Personen in der Krisenunterstützung und über 300 000 arbeitsfähige Arbeitslose von der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt.

Angestelltenversicherung Noch von der Regierung Müller stammt ein dem Reichstag vorgelegter Gesetzesentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung, bei dem es sich im wesentlichen einmal um eine Stärkung der Selbstverwaltung, zum andern um eine Verbesserung der Versicherungsleistungen handelt; daneben sind noch einige Änderungen anderer Art in dem Entwurf enthalten. Ähnlich der Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung will man auch die der Angestelltenversicherung künftig aufbauen. 4 ehrenamtliche Mitglieder des Direktoriums sollen neu ernannt werden, die beamteten Mitglieder des Direktoriums sollen vom Reichspräsidenten, die übrigen höheren Beamten der Angestelltenversicherung durch den Verwaltungsrat bestellt werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats selbst sind dem Entwurf nach von den Vertretern der Arbeitgeber und der versicherten Angestellten unmittelbar zu wählen. Wie bei der Arbeitslosenversicherung soll die Aufsicht über die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte weiter der Reichsarbeitsminister führen. Im Rahmen der Versicherungsleistungen werden die Rentenfragen im Scheidungsfall des Versicherten neu geregelt, ferner die Rentensteigerungsbeträge für Beiträge, die nach dem 1. Januar 1924 entrichtet sind, in feste Markbeträge unabhängig von der Höhe des Beitrags umgewandelt. Auch wird ein Rechtsanspruch der weiblichen Versicherten, die heiraten, auf Erstattung der halben Beiträge festgesetzt, eine

Praxis, die bisher bereits von der Reichsversicherungsanstalt geübt worden war. Da die leitenden Angestellten der Presse, die Redakteure usw., also die geistigen Arbeiter im festen Angestelltenverhältnis, durch die Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse versichert sind, sieht der Gesetzentwurf ihre rückwirkende Befreiung von der Angestelltenversicherung von 1928 ab vor. Bei der Beratung der Regierungsvorlage im Reichsrat lehnte dieser den oben kurz skizzierten Neuaufbau und die Verstärkung der Selbstverwaltung ab, weshalb die frühere Regierung, die an ihren Grundgedanken festhielt, dem Reichstag eine Doppelvorlage zuleitete.

Informationsmittel Von dem Sammelwerk über die Sozialversicherung, herausgegeben von Ludwig

Brucker /Berlin, Reimar Hobbing/, wird jetzt der 4. Band vorgelegt, der insbesondere die Beziehungen der Sozialversicherungsträger zu einander und die wichtigen Gebiete des Fürsorge- und Reichsversorgungswesens behandelt. Es ist nicht einzusehen, warum in einem besonders, über 150 Seiten starken Teil dieses Bandes das Bürgerliche Recht in einer derartigen Breite behandelt wird. Wenn auch natürlich zwischen dieser Rechtsdisziplin und der Sozialversicherung wichtige Zusammenhänge bestehen, so erheischen diese auch in einer systematischen Darstellung des Rechts der Sozialversicherung nicht solche Darstellung der einzelnen Abschnitte des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Zivilprozeßrechts. Von dem 5bändigen Sammelwerk steht nunmehr noch der 2. Band über die Krankenversicherung aus, der zweckmäßigerweise wohl erst dann vorgelegt werden wird, wenn über das Schicksal der gegenwärtigen Reformvorschläge zur Krankenversicherung eine Entscheidung gefallen ist, die eine vorläufig abschließende Behandlung der Materie nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung rechtfertigt.

Der Universitätsprofessor Hermann Dersch und der Senatspräsident Karl Lippmann kommentierten den 4. Band der *Reichsversicherungsordnung*, der die Invalidenversicherung enthält und jetzt in 2. Auflage erschien /Berlin, Julius Springer/. Dieser wichtige Zweig der Sozialversicherung wird in einer ausgezeichneten Weise in dem handlichen Buch erläutert. Geradezu vorbildlich ist das 45 Seiten starke Stichwortverzeichnis, obgleich der gesamte Buchumfang weniger als 300 Seiten beträgt.

Die jetzt vorliegende 2. Auflage des Handwörterbuchs der *Wohlfahrtspflege* /Berlin, Carl Heymann/ hat zu Herausgebern bekannte Namen der deutschen Fürsorgebewegung: Julia Dünner in Verbindung mit Michael Bauer, Fritz Elsas, Max Geiger, Albert Schott und Gottlieb Vöhringer. Neben diesen Persönlichkeiten haben 200 sachkundige Arbeiter aus allen Sparten des Fürsorgerechts und der Wohlfahrtspflege usw. an dem Handwörterbuch mitgearbeitet, von denen nur Kurt Kaphahn und Martin Zschucke auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung, Andreas Grieser und Johannes Krohn auf dem der Sozialversicherung, Otto Wölz auf dem des Wohnungswesens herausgehoben seien. In umfassender Weise werden alle Fragen behandelt, die im Zusammenhang mit dem weitausgedehnten Gebiet des Fürsorgewesens stehen. Dadurch, daß neben den führenden Vertretern der durchführenden Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen auch die Vertreter der Wissenschaft und der freien Wohlfahrtspflege ihre Arbeit in den Dienst dieses Spezialhandbuchs des sozialen Wissens gestellt haben, ist das Gesamtgebiet lückenlos und die wichtigsten Teile mit einer für ein Sammelwerk bemerkenswerten Tiefgründigkeit gemeistert worden. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß die neuesten rechtlichen Grundlagen ebenso wie die bis zur Gegenwart reichenden statistischen Ergebnisse in dem Nachschlagewerk verarbeitet wurden. Leider kann das sozialwissenschaftlich günstige Urteil über das Werk nicht auf das politische Gebiet ausgedehnt werden, da hier eine oft etwas einseitige Stellungnahme zu den einzelnen Fragen nicht zu verkennen ist. Der Sozialist wird an das Werk mit kritischer Aufmerksamkeit herangehen. Doch soll es zur Benutzung empfohlen werden.

Einer umfangreichen literarischen Arbeit hat sich das Internationale Arbeitsamt unterzogen, indem es eine, die Zeit von 1920 bis 1929 umfassende Bibliographie der *Arbeitslosigkeit* in 3 Sprachen, deutsch, französisch und englisch, zusammengestellt hat. Die gesamte Literatur über die Arbeitslosigkeit, die in irgendeinem Kulturland der Erde erschienen ist, ist in dem 200 Seiten starken Werk zusammengestellt. Eine ausgezeichnete internationale Betrachtung des Problems der Arbeitslosigkeit legte das Internationale Arbeitsamt der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 12. Tagung im Mai und Juni 1929 vor. Die nunmehr auch in deutscher Sprache

herausgegebene Schrift behandelt, nach Ländern getrennt, die Arbeitslosigkeit speziell im Kohlenbergbau und in der Textilindustrie und untersucht weiter die ursächlichen Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und den Schwankungen der Kaufkraft des Geldes einerseits und mit den internationalen Wanderungen andererseits. Für Deutschland hat das Buch bei der gegenwärtigen katastrophalen Lage des Arbeitsmarkts leider besonders aktuelle Bedeutung.

Durch die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 12. Oktober 1929 ist in entscheidenden Fragen des *Arbeitslosenversicherungsrechts* eine durchgreifende Wandlung eingetreten. In einem sozialpolitischen und rechtlichen Kommentar hat der Bearbeiter dieser Rundschau zusammen mit Hans Kühne die gesamte Materie eingehend erläutert /Berlin, Gustav Schenck Nachfolger/. Eine Sonderstellung in den vielen Kommentaren zur Arbeitslosenversicherung nimmt der von Heinz Jaeger, Otto Neuburger und Robert Adam herausgegebene ein /Stuttgart, J. Heß/. Die beiden letztgenannten Autoren sind die bewährten Direktoren des Arbeitsamts München und haben aus ihrer langen Praxis heraus wohl den ausführlichsten Kommentar zum Arbeitslosenversicherungsgesetz herausgebracht, der bisher erschienen ist. In dem 3., jüngst veröffentlichten Sonderband wird die Novelle vom 12. Oktober 1929 in der gleichen ausführlichen Weise wie die unveränderten Bestimmungen in den ersten beiden Bänden behandelt. Wer sich in einer Spezialfrage rasch orientieren will, wird den Kommentar stets mit Nutzen aufschlagen. Von dem Halbjahresbuch der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, herausgegeben von Fritz Berndt, Bernhard Lehfeldt und Oskar Weigert /Berlin, Reimar Hobbing/, liegt jetzt der 3. Band für die 1. Hälfte des Jahres 1929 vor, in dem wiederum in der bisherigen bewährten Weise in sämtlichen Paragraphen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Spruchentscheidungen und das Schrifttum, systematisch geordnet, dieses objektiv wiedergegeben, zusammengestellt sind. Das Halbjahresbuch ist trotz der Fülle der vorhandenen Kommentare bestimmt nicht überflüssig, da es, wie hier bereits gesagt, kein Kommentarersatz sondern nur eine Kommentarerergänzung ist; doch würde schnelleres Erscheinen zweifellos seinen praktischen Wert erhöhen. Das gilt für eine Zeit, in der sich die Arbeitslosenversicherung ständig fortentwickelt, ganz besonders.

Kurze Chronik Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befaßte sich in langwierigen Beratungen mit Reformvorschlägen zur *Arbeitslosenversicherung*, die einschneidende Abbaumaßnahmen vorsehen; die sozialistischen Arbeitervertreter stimmten gegen sie. Das am 5. Juni von der Reichsregierung beschlossene Finanzprogramm trat diesen Vorschlägen in der Hauptsache bei. Es sollen 115 Millionen Mark durch einen Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung gespart werden. Ferner wird bei der Reichsanstalt der Beitrag von 3½ auf 4¼% erhöht, was bis Ende März 1931 200 Millionen Mark ergeben soll. Da das Defizit der Reichsanstalt damit noch nicht gedeckt wäre, ist an ein Notopfer der Festbesoldeten gedacht, und zwar in der Form, daß in der Zeit vom 1. Juli 1930 bis zum 31. März 1931 ein Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 4% geleistet werden soll. ◊ Der politisch und konfessionell neutrale *Moonsche Blindenverein* in Berlin kann in diesem Jahr auf sein 70jähriges Bestehen zurückblicken. ◊ Am 5. Mai wurde eine Pionierin der Sozialpolitik, *Hedwig Heyl*, 80 Jahre alt. Ihre Arbeit in der Jugend- und in der Armenpflege und besonders für die hauswirtschaftliche Erziehung der Frau hat ihrem Namen in den weitesten Kreisen einen guten Klang verschafft. Vor 10 Jahren, an ihrem 70. Geburtstag, wurde Hedwig Heyl Ehren doktor der Berliner Universität.

Literatur Ein Berufener, *Fritz Schröder*, Vorstandsmitglied der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, behandelt im Rahmen einer neuen Sammlung von Fortbildungsschriften für das Personal der Arbeitsämter /Berlin, Verlag des Zentralverbandes der Angestellten/ Aufbau und Aufgaben der Reichsanstalt in einem übersichtlichen Heft, das zur raschen Orientierung über das Gesamtgebiet der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sehr geeignet ist. Die teilweise sorgenvollen Ausführungen Schröders über die Selbstverwaltung in der Reichsanstalt dürfen nicht ungehört verhallen. Der von Schröder geforderte Ausbau der Selbstverwaltung bedeutet nicht etwa eine Vermehrung der da mitwirkenden Personen sondern Ausbau der Rechte der Selbstverwaltung in lebenswichtigen Fragen. ◊ Das Buch *Jürgen und Marguerite Kuczynskis* Der Fabrikarbeiter in der ame-

rikanischen Wirtschaft /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ ist nicht allein um der behandelten Materie willen sondern schon aus methodologischen Gründen für die deutschen Sozialpolitiker der Gegenwart von nicht zu unterschätzendem Wert. Die Verfasser konnten mehrere Jahre ihre Studien an Ort und Stelle durchführen, da der eine als Statistiker der American Federation of Labor, die andere als Assistentin einer großen Wirtschaftsinstitution mehrere Jahre tätig war. Auf statistischer Basis geben sie viel Tatsachenmaterial, dazu interessante sozialökonomische Beweisführungen. Die auf einzelnen Gebieten bestehende Überlegenheit der amerikanischen industriellen Statistik kam ihnen bei ihrer Untersuchung besonders zugute. Sie untersuchen die Kaufkraft der amerikanischen Arbeiter und finden, daß sie nicht ebenso gestiegen ist wie der Umfang des Nationalfabrikprodukts. Abgesehen von dieser aufhellenden Durchleuchtung der Lohnfrage werden auch die Fragen der Arbeitszeit, der sozialen Unterstützungen, das Frauenproblem und schließlich die Kinderarbeit in der Fabrik behandelt. Eine ähnliche statistische Untersuchung insbesondere über den Anteil des deutschen Arbeiters am deutschen Nationalprodukt wäre zu wünschen. Die Freien Gewerkschaften fordern schon lange eine Produktionsstatistik, auf der sich die weitere, notwendige Forschungsarbeit erst richtig entwickeln kann. ◊ In den Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/ beginnt der 179. Band zu erscheinen, der Untersuchungen über das Schlichtungswesen bringt und von Moritz Julius Bonn in Verbindung mit Carl Landauer und Friedrich Lemmer herausgegeben wird. Im vorliegenden 1. Teil legt *Walter Weddigen* das Schlichtungsproblem dar; seine begriffliche Analyse verbindet er mit einer Kritik des Bestehenden und eigenen Reformvorschlägen. ◊ In einer ausführlichen Dissertation behandelt *Wolfram Hodermann* das Jugendwohlfahrtsgesetz (Das neue Jugendwohlfahrtsrecht /Berlin, Landgemeindeverlag/). Die sozialpolitisch so wichtige Materie wird, übrigens auch nach der historischen Seite hin, ausführlich dargestellt. ◊ Das Fürsorgeproblem steht immer noch zur öffentlichen Diskussion. Eine erziehungswissenschaftliche Abhandlung *Der Fürsorgezögling* /Halle, Carl Marhold/, die *Helmut Wiese* vorlegt, verdient wegen der von ihm untersuchten 20 ausgewählten Fürsorgefälle Beachtung.

Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

Troelstra † Nachdem am 20. April die holländische Arbeiterpartei unter lebhafter Anteilnahme der Internationale den 70. Geburtstag ihres Gründers und hervorragenden Führers Pieter Jelles Troelstra gefeiert hatte, mußte sie am 12. Mai seinen Tod betrauern. Troelstra hatte sich seit Jahren aus der politischen Tätigkeit zurückgezogen, gezwungen von einer langwierigen Krankheit, durch die er sich aber nicht davon abhalten ließ seine Memoiren zu schreiben. 3 Bände sind davon bereits erschienen und in großer Auflage verbreitet worden; den 4. hat Troelstra nicht mehr vollenden können. Dieser Führer des holländischen Industrieproletariats stammt aus einer friesischen Bauernfamilie. Nach seinem Universitätsstudium schloß er sich der sozialistischen Bewegung an, die Domela Nieuwenhuis ins Leben gerufen hatte, die sich aber zersplitterte, und von der Nieuwenhuis zu den Anarchisten überging. Mit Henri van Kol und anderen machte sich Troelstra daran die Bewegung neu aufzubauen; dies ist ihm gut gelungen. Er wurde anerkannter Führer der Partei. Auch in der Zweiten Internationale spielte er eine maßgebende Rolle. Wie van Kol, Vliegen und andere leitende Persönlichkeiten der holländischen Sozialdemokratie arbeitete auch Troelstra an den Sozialistischen Monatsheften mit, die nun den Tod ihres Gesinnungsgenossen zu beklagen haben.

Internationale Die Londoner Flottenabrüstungskonferenz veranlaßte die Sozialistische Arbeiterinternationale und den Internationalen Gewerkschaftsbund zu dem Problem der Seeabrüstung Stellung zu nehmen. Am 7. März hielten die Geschäftsleitungen der beiden Organisationen in Paris zu diesem Zweck eine gemeinsame Sitzung ab und veröffentlichten als Ergebnis ein Manifest an die Arbeiter aller Länder. Die Kundgebung besagt, daß die Mächte, die durch den Versailler Vertrag Deutschland die Abrüstung aufgezwungen haben, damit die feierliche Verpflichtung zu allgemeiner Abrüstung eingegangen seien. Sie sei nicht erfüllt worden. Die Initiative der Regierung MacDonald zur Einberufung der Fünfmächtekonferenz sei zu begrüßen. Aber die Konferenz selbst enttäusche. Die Abrüstungsvorschläge würden von den anderen Mächten nicht in dem Geist aufgenommen, in dem sie ge-

macht wurden. Die Arbeiter aller Länder sollen die britische Arbeiterregierung in ihrem Kampf für den Frieden und die Ächtung des Kriegs unterstützen. (Von einer tiefern Erfassung der politischen Zusammenhänge der sogenannten Abrüstungsorderungen ist also in der Arbeiterinternationale keine Spur vorhanden, eine Unterscheidung zwischen den Zielen des internationalen Sozialismus und den Interessen der beiden angelsächsischen Weltreiche wird nicht einmal versucht.)

Vom 5. bis zum 13. Mai tagte dann die Internationale in Berlin. Nachdem erst Sitzungen besonderer Kommissionen stattgefunden hatten, wie der Abrüstungskommission, der Ostkommission, beriet unter dem Vorsitz Emile Vanderveldes die Exekutive. Aus ihr war ihr langjähriges Mitglied Willem Hubert Vliegen ausgeschieden; seine Nichtwiederwahl bedeutete das Urteil des holländischen Parteitag, daß es der Internationale gar sehr an Aktivität mangle. Der Sekretärs- und Kassenbericht wurde vorgelegt und gebilligt. Man faßte eine Reihe von Resolutionen, so über die Abrüstung, zur Indischen Frage, und veröffentlichte ein Manifest an die russischen Arbeiter, das sie auffordert die Ergebnisse der Russischen Revolution durch eine Rückkehr zur Demokratie zu sichern. (Die Ängstlichkeit der Zweiten Internationale dem Bolschewismus gegenüber, die sich in solchen, angesichts der Realitäten absurden Beschlüssen ausdrückt, an die man doch selbst nicht glauben kann, ist eine der Hauptursachen ihrer Schwäche und der Kleinheit ihres Einflusses auf die Arbeiterklasse aller Länder.) Dem Wunsch der holländischen Partei (siehe weiter unten Seite 586 den Abschnitt Holland) entsprechend wurde eine Ständige Kommission für Kolonialfragen eingesetzt. Außerdem beauftragte man das Sekretariat Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Internationalen Genossenschaftsallianz über weltwirtschaftliche Probleme aufzunehmen. Der nächste Kongreß soll Ende Juli 1931 in Wien stattfinden.

England: Independent Labour Party Die Schwierigkeiten, denen sich die Labourregierung bei der Lösung ihrer komplizierten Aufgaben gegenübersteht, wachsen. Sie steht vor dem für das englische Empire wichtigsten Problem: der Regelung des Verhältnisses zu Indien, zu dem noch das durch die Sudanfrage komplizierte der Beziehungen mit Ägypten hin-

zukommt. Trotz ihrer Bedeutung finden diese Fragen aber in den Massen der Parteiangehörigen ein verhältnismäßig geringes Interesse. Den englischen Arbeitern liegen die innenpolitischen Aufgaben näher. Hier hat nun seit Monaten eine immer rücksichtslosere Kritik der Regierungsmaßnahmen aus den Kreisen der Partei selbst begonnen, die das Kabinett bereits einigemal dem Sturz nahebrachte. Den Kern der Opposition in den eigenen Reihen bildet die Independent Labour Party, die auf ihrem Parteitag, der jedes Jahr zu Ostern stattfindet und diesmal vom 19. bis zum 22. April in Birmingham abgehalten wurde, sich in so scharfer Weise gegen die Regierung wandte, daß man einen Bruch dieses Teilgebildes mit der Gesamtpartei befürchten könnte.

Die Independent Labour Party wurde 1893 gegründet, um eine von den bestehenden Parteien unabhängige Partei zu schaffen. Sie wurde von Tom Mann und James Keir Hardie geleitet und stellte sich die Aufgabe die englische Arbeiterbewegung mit sozialistischen Gedankengängen zu durchdringen. Man bedenke, daß Tom Mann noch im Jahr 1897 in seinem Artikel über den Sozialismus in den Sozialistischen Monatsheften (1897 Seite 193 und folgende) berichten mußte, daß bis dahin »noch kein Kandidat auf das sozialistische Programm allein hin gewählt worden« wäre. James Ramsay MacDonald trat der Independent Labour Party 1894 bei und war später lange Jahre ihr Führer. Fast alle in der politischen Arbeiterbewegung Englands Tätigen von einiger Bedeutung gehörten ihr an. Seit 1924 steht an ihrer Spitze James Maxton. Unter ihm wurde sie die Organisation des linken Flügels der Gesamtpartei. 1927 trat Philip Snowden aus ihr mit der Begründung aus, daß sie ihre Aufgabe in der Labour Party den sozialistischen Geist wachzurufen erfüllt hätte, und angesichts der Haltung ihrer Führung verließ sie auch MacDonald im Februar 1930.

Diese Partei ist organisatorisch nach deutschen Begriffen sehr schwach. Sie umfaßt insgesamt höchstens 30 000 Mitglieder in einer sehr großen Zahl von Ortsgruppen, die aber die aktivste Zelle der politischen Arbeiterbewegung bilden. Über $\frac{2}{3}$ der Unterhausmitglieder der Labour Party gehören ihr an, von denen jedoch nur 37 von ihr direkt aufgestellt sind. Von all diesen Abgeordneten erschienen auf dem Parteitag aber nur einige wenige, darunter P. J. Dollan, unter dessen Einfluß der vorher abge-

haltene Bezirksparteitag Schottlands die Haltung des Gesamtvorstands gegenüber der Regierung MacDonalld mißbilligt hatte. Ihm gelang es nicht die Delegierten, die von den Ortsgruppen gesandt worden waren, von ihren scharfen Beschlüssen abzuhalten, die der Regierung völliges Versagen vorwerfen, Snowdens Budget als eine Festigung des Kapitalismus betrachten, die Taten der Regierung in der Sozialversicherung und in der Arbeitslosenfrage als in jeder Hinsicht ungenügend bezeichnen. Außerdem verlangte man eine straffe Parteidisziplin. Man wählte Maxton wieder zum Vorsitzenden und bereitete ihm beim Schluß des Parteitags eine außerordentlich starke Ovation.

Mit diesem Kongreß hat also der Konflikt mit der Gesamtpartei die größte Schärfe angenommen. Deren Stärke liegt freilich in den korporativ angeschlossenen Gewerkschaften. Doch bei der so schmalen parlamentarischen Basis der Labourregierung bedeutet die Opposition der kleinen Maxtongruppe eine Steigerung der Schwierigkeiten für MacDonalld.

Holland

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands hielt am 11. und 12. Januar in Utrecht einen außerordentlichen Parteitag ab, der ausschließlich der Behandlung der Kolonialfrage gewidmet war. Für das kleine Land mit seinem ausgedehnten und sehr wertvollen Kolonialbesitz ist das Kolonialproblem von größter Bedeutung, und sein beträchtlicher Wohlstand ist zu einem nicht geringen Teil auf der Ausbeutung seiner nichtweißen Völker in Ostindien begründet. Im Bereich der holländischen Pflanzereien, die auf dem geradezu übervölkerten Java (über 400 Menschen auf den Quadratkilometer) der einheimischen Bevölkerung durch das Großplantagensystem den Boden beschränken, besteht immer noch die Einrichtung der poenale sanctie, die Durchführung des Arbeitskontrakts der Eingeborenen durch strafrechtlichen Zwang unter miserabler Bezahlung. Die holländische Sozialdemokratie kämpft seit langem gegen diese Art Sklaverei, und der sozialistische Abgeordnete Evert Kuypers nahm zuletzt im Februar in der Zweiten Kammer dagegen Stellung, nachdem er 1929 auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, auf der die Zwangsarbeit behandelt wurde, diese Frage erörtert hatte. Der Parteitag faßte seine Meinung zur Kolonialfrage in 12 Thesen zusammen. Diese besagen, daß die kolonialisatorische

Arbeit zwar dem Fortschritt der Menschheit zugute kommen könne, aber Kolonialherrschaft aufzuheben sei. Solange Fremdherrschaft bestehe, sei sie der Kontrolle des Völkerbunds zu unterstellen. Das Recht der einheimischen Bevölkerung auf nationale Selbständigkeit wurde von der Sozialdemokratie bedingungslos anerkannt. Die fremde Verwaltung müsse zum Ziel haben die einheimische Verwaltung zu ermöglichen. Der Parteitag lehnte einen Gegenantrag ab, der die sofortige Unabhängigkeit der kolonialen Bevölkerung verlangte, jede Art des Widerstands gegen die Kolonialherrschaft billigte und von der Sozialdemokratie forderte, sie solle, sobald sie in die Regierung eintrete, auf dem Boden voller Gleichberechtigung mit den Eingeborenen über die Aufhebung des Kolonialverhältnisses verhandeln. Die Annahme einer solchen Resolution hätte natürlich für lange Zeit jede Beteiligung an einer Regierung unmöglich gemacht. Der Parteitag protestierte gegen die Verfolgungen in Indonesien und stellte an die Sozialistische Arbeiterinternationale den Antrag eine Ständige Kommission für Kolonialfragen zu errichten.

Vom 19. bis zum 21. April wurde dann der ordentliche Parteitag in Groningen abgehalten, auf dem keine besonderen Probleme, weder theoretischer noch praktischer Art, zur Debatte standen. Der Bericht des Parteivorstands an den Kongreß enthielt einige interessante Angaben. Die Sektionen der Partei betragen Ende 1929 645 mit 61 162 Mitglieder, darunter 18 227 Frauen. Die Presse hat im letzten Jahr einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen.

Seit Beginn des neuen Jahres erscheint die wissenschaftliche Zeitschrift *De Socialistische Gids* in neuer Form. Die Leitung ist die gleiche geblieben. Der Inhalt soll auf der selben Höhe wie seither bleiben, aber doch etwas volkstümlicher werden; man will mit ihr stärker in die Masse der Parteimitglieder eindringen. Ihre Auflage ist bereits von 700 auf 2200 gestiegen. Der Bericht bringt auch einen Hinweis auf die neugegründete Sozialistische Gesellschaft zum Studium ökonomischer Probleme. Diese Gesellschaft will auch die Errichtung von Lehrstühlen an den Universitäten betreiben, was nach dem neuen Universitätsgesetz möglich ist.

Italienische Exilpartei

Die italienischen Sozialisten im Exil zerfallen in die beiden Parteien Partito Socialista Unitario dei Lavoratori

Italiani, unter Führung G. E. Modiglianis, Claudio Treves', Filippo Turatis, und Partito Socialista Italiano (Maximalisten) unter Führung Angelica Balabanows. Nach der lebhaften gegenseitigen Befehdung scheint sich jetzt eine Einigung anzubahnen. Am 16. und 17. März veranstalteten die Maximalisten einen Kongreß, der mit überwältigender Mehrheit beschloß die Einigung mit den Einheitssozialisten herbeizuführen. Dabei kam es unter den Maximalisten selber zu einer Spaltung. Schon vor dem Kongreß war die Mehrheit für eine Einigung. Daraufhin hatte der Parteivorstand unter dem Vorsitz Balabanows eine Reihe Kongreßmitglieder am Vorabend der Tagung ausgeschlossen. Nach diesem Gewaltstreich tagte die Mehrheit der Kongreßdelegierten in einem besondern Lokal und nahm nach einem Referat Pietro Nennis die Resolution an, die die Einigung verlangt. Die "kommunistische" Fraktion der Maximalisten schied aus, die Gruppe um Balabanow steht allein. Am 29. März erklärte sich der Vorstand der italienischen Einheitspartei einstimmig bereit die Einigung mit den Maximalisten herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission gebildet, die mit dem Parteivorstand der Maximalisten verhandeln soll. Der Avanti, das Zentralorgan der italienischen Sozialisten in Mailand, hatte sein Erscheinen in Italien unter der Verfolgung durch die Faschisten einstellen müssen. Die Maximalisten hielten den Namen aufrecht und gaben mit diesem Titel in Paris ein kleines Bulletin heraus. In Grenoble beschloß die Mehrheit, da Balabanow dieses Bulletin nicht hergibt, einen andern Avanti erscheinen zu lassen. Seit dem 22. März kommt das bereits seit 34 Jahren bestehende Wochenblatt der italienischen Sozialisten der Schweiz L'Avvenire del Lavoratore unter dem Namen Avanti als offizielles Organ des Partito Socialista Italiano in Zürich heraus.

Am 2. April kamen die Delegierten der beiden Parteien in Paris zu gemeinsamer Besprechung zusammen. Sie gaben einen gemeinsamen Aufruf heraus und legten den Einigungskongreß auf den 10. Juni, den Tag der Ermordung Matteottis, fest.

Totenliste

Am 26. Februar starb in Bordeaux *Raymond Lavigne*, dem die Anregung zur Feier des 1. Mai zu danken ist. Auf der Gründungstagung der Zweiten Internationale im Jahr 1889 wurde der Achtstundentag als Forderung des internationalen Proletariats aufgestellt. Zur Propaganda dafür

beantragte Lavigne die Veranstaltung eines internationalen Feiertags, eben des 1. Mai. Er sprach als Delegierter des damaligen Nationalverbands der Französischen Syndikatskammern, deren Sekretär er war. Neben der Gewerkschaftsbewegung war er auch in den Genossenschaftsbestrebungen tätig.

Am 9. April starb in Stockholm *Arvid Thorberg*, mitten in einer Sitzung des Senats von einem Hirnschlag getroffen (siehe auch die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band Seite 592). Dieser Gewerkschaftsführer betätigte sich selbstverständlich auch in der sozialistischen Bewegung. Er wurde in Södermanland geboren, von armen Eltern, besuchte die Volksschule, wurde Tischler. Nach überaus erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit wurde er 1920 in den Gemeinderat Stockholms gewählt; zuletzt war er dessen 2. Vorsitzender. 1921 kam er in die Erste Kammer des Reichstags.

Am 7. Mai starb, in seinem 62. Lebensjahr, in Lutomiersk *Stanislaw Posner*, Vizemarschall des Senats der Polnischen Republik, einer der hervorragendsten Sozialisten Polens. Posner studierte Rechtswissenschaften in Warschau, Petersburg, Berlin und Jena. Er war ein Rechtsgelehrter von hohem Rang und Verfasser einer Reihe beachtenswerter Werke. Unter anderm gab er eine interessante Darstellung des soziologischen Systems Ludwig Gumplowicz' heraus. Noch als junger Student trat Posner der Polnischen Sozialistischen Partei näher. Aktive politische Tätigkeit begann er im Revolutionsjahr 1905, und bald wurde er in das Zentralarbeitskomitee der Partei berufen. Natürlich kam er auch bald ins Gefängnis. Nach seiner Freilassung siedelte er nach Frankreich über, wo er eine rege publizistische Tätigkeit entfaltete. Nach dem Weltkrieg kehrte er nach Polen zurück. Er trat in die Redaktion des Robotnik, des zentralen Parteiorgans, ein, wurde als politischer Feuilletonist sehr schnell berühmt. Im Senat trat Posner sehr oft auf, und zwar war er immer ein auch von seinen Gegnern geschätzter Redner und Referent in Rechts- und außenpolitischen Fragen. Sein feiner Charakter schuf ihm in allen Lagern, auch wo er politisch heftig bekämpft wurde, persönliche Sympathien. Posner war auch, wie Hans Schwann in seinem schönen Nachruf auf den toten Freund in der Foersterschen Zeit feststellt, »eine der Hauptstützen der deutsch-polnischen Verständigungsarbeit«. Sein Tod bedeutet also gerade auch für die Internationale einen schweren Verlust.

Eine der eigenartigsten Figuren der englischen Arbeiterbewegung, *John Wheatley*, starb am 13. Mai in Glasgow, 61 Jahre alt. Er war die prominenteste Persönlichkeit der schottischen Rebellen und stellte eine sonderbare Mischung von kaltem politischen Radikalismus, glühendem Katholizismus und praktischem Geschäftssinn dar. Er stammte aus einer armen Bergarbeiterfamilie, in der er die bitterste Not kennen lernte; bereits als 12-jähriger Junge mußte er in der Kohlegrube arbeiten. Ursprünglich gehörte er zum gemäßigten Flügel der Independent Labour Party. 1922 wurde er zum erstenmal ins Parlament gewählt und 1924 im 1. Kabinett MacDonalld zum Gesundheitsminister bestellt. In dieser Stelle bewährte er sich außerordentlich. Später trat sein Radikalismus immer schroffer hervor, und er geriet in der Führung der Independent Labour Party, zuletzt auf dem Osterparteitag, in den schärfsten Gegensatz zur Politik der Labour Party. Am 22. Mai starb plötzlich an den Folgen einer Operation *Leopold de Swaef* in Brüssel. Er gehörte zum Redaktionsstab des Parteizentralorgans *Le Peuple*. Er wurde am 7. September 1890 in Gent geboren, wuchs in Lille auf. Nach Besuch der Volksschule wurde er Ziseleur und trat in die Gewerkschaft der Bronze gießer in Brüssel ein. 1913 kam er, der Flämisch und Französisch vollständig beherrschte, als Übersetzer ins Zentralbureau der Partei. Im Januar 1920 wurde er Redakteur am *Peuple*. Als 1924 in Brüssel die flämische Zeitung *Het Volksblad* geschaffen wurde, wurde er dort Chefredakteur, um nach dessen Verschmelzung mit der Antwerpener *Volks gazet* wieder zum *Peuple* zurückzukehren.

Kurze Chronik Am 2. März hielt die Arbeiterpartei *Belgiens* im Volkshaus in Brüssel einen Kongreß zur Behandlung der Agrarfragen ab. Die Auffassung der Partei wurde in einem Manifest an die Bauern formuliert. ◊ Im Freistaat *Irland* besteht seit dem 1. April eine eigene Arbeiterpartei, ähnlich wie im englischen Nordirland. Bisher bildeten Partei und Gewerkschaft zusammen eine Organisation. Der Kongreß, der am 28. Februar und 1. März in Dublin tagte, beschloß die Trennung; er erwartet davon eine Kräftigung der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung. Ähnlich wie in England werden die Gewerkschaften die Partei finanziell unterstützen. ◊ Am 17. März erschien in London die 1. Nummer des umgeformten *Daily Herald*, 20 Seiten stark, im

Format und sonstigen Aussehen der großen englischen Tagesblätter. Bis jetzt scheint der interessante Versuch einer sozialistischen Zeitung im Privatverlag und nach der Art der kapitalistischen Blätter mit Massenaufgabe zu glücken. Mit Hilfe der Propaganda durch die Gewerkschaften erreichte die Zeitung die Auflage von 1 Million. ◊ In *Argentinien* wird alle 2 Jahre die Hälfte des Kongresses neu gewählt. Eine solche Wahl fand im März statt, bei der die Radikale Partei des Präsidenten Irigoyen eine Niederlage erlitt, die allerdings die Herrschaft dieser Partei noch nicht brechen konnte. Die Sozialisten sind in 2 Gruppen gespalten, in Unabhängige und Altsozialisten. Auf Grund dieser Wahl besitzen jene 16, diese 1 Mandat von den 158 des Kongresses. In Buenos Aires stimmten 70% aller Wähler sozialistisch.

Literatur Das Buch *Theodor Brauers* *Der moderne deutsche Sozialismus* (Freiburg, Herder & Co.) ist ausgezeichnet, soweit es den Sozialismus in seinen verschiedenen Vertretern darzustellen versucht, sehr gut besonders in seinem Eingehen auf Marx' ökonomische Anschauungen und Kritik der kapitalistischen Gesellschaft. Und ganz verfehlt, soweit es sich mit dem Sozialismus in seinen verschiedenen Formen auseinandersetzt. Brauer glaubt als Katholik den Marxismus und den Sozialismus überhaupt abtun zu müssen. Er konstruiert sich einen absoluten Sozialismus und reitet dagegen an, weil der transzendente Gott der Christen ein anderes Absolutes nicht anerkennen kann. Es fragt sich bloß, wo in der Gegenwart ein solcher absoluter Sozialismus vertreten wird. Auch wenn die Gesellschaft verabsolutiert würde, umfaßt sie denn alles Seiende? Marxismus ist Gesellschaftswissenschaft und sagt nichts über das Naturgeschehen außer ihr. Zum Beweis seiner Auffassung zieht Brauer den marxistischen Arbeiter heran, von dem Gertrud Hermes in ihrem als Material für die Arbeiterpädagogik sehr verdienstlichen Buch *Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters und die Arbeiterbildungsfrage* (Tübingen, J. C. B. Mohr) spricht. Ist dies "der" marxistische Arbeiter? Ist er nicht vielmehr eine Erscheinungsform, erklärbar aus der bestimmten Lage des sächsischen Proletariats? Nach Brauer drängt der Klassenkampf alles Irrationale mit Gewalt zurück. Also muß er auch den Klassenkampf aus der Welt hinwegdeduzieren. Nun sind wir ja der Meinung,

und selbst Marx würde sie teilen, daß auch die Christlichen Gewerkschaften, denen Brauer nahesteht, keine schlechten Klassenkämpfer sind. Es ist eine Verkenning der Klassenkampfidee, wenn Brauer behauptet: »Klassenkampf steht in tödlichem Gegensatz zu allem Berufsgefühl.« Man denke nur an das Wirken des Buchdruckerverbands, um das Absurde solcher Behauptung zu erkennen. Sinn und Zweck des Brauerschen Buchs ist es Sozialismus als unvereinbar mit Christentum darzutun. Brauer schriekt nicht vor Behauptungen zurück wie grundsätzlicher Sozialismus sei mit Katholizismus unvereinbar, weil er den Rechten und der Freiheit des Individuums Gewalt antue. Das tut also der Sozialismus, und gerade der Katholizismus nicht? Brauer findet eine Bestätigung seiner Meinung darin: »Hermes ist in ihrer Praxis der letzten 5 Jahre kein marxistischer Arbeiter begegnet, der bewußter Christ gewesen wäre.« Gertrud Hermes spricht aus ihrer Berliner und Leipziger Erfahrung. Wenn es aber solche Marxisten doch gibt? Der Bearbeiter dieser Rundschau denkt an die um Carl Mennicke, auch an eigene Schüler aus der Frankfurter Gegend. Was man an dem Brauerschen Buch aussetzen muß, ist seine völlige Verkenning des in der praktischen Wirklichkeit lebenden Sozialismus, denn es lehnt ja jeden Sozialismus, auch den taktischen, ab. Brauer meint am Schluß: »Für uns ist der Beweis bisher nicht geliefert, daß irgendein Sozialismus die Soziale Frage zu lösen vermöchte.« Glücklicherweise gibt er zu, daß auch das Christentum nicht dazu fähig ist. Aber er weiß, daß mit ihm die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihre Schärfe verlieren. Wie ist es aber dann überhaupt trotz Christentum gekommen, daß die die heutige Gesellschaft charakterisierenden Gegensätze sich so stark entwickeln konnten? Bei dem resignierten Schluß des Buchs hat man den Eindruck, als fühle der Autor, daß das Salz der christlichen Gemeinschaftsidee in der Gegenwart etwas schal geworden sei. Darum der Blick in die Vergangenheit. »Jedenfalls ist dabei, wie das Beispiel früherer Zeiten zeigt, [mit der christlichen Gemeinschaftsidee] ein Höchstmaß an Kultur möglich.« Brauer denkt dabei wohl an die herrlichen Dome des Mittelalters und die rührende Frömmigkeit der sie bauenden und sich erbauenden Gemeinde. Aber wir dürfen dabei auch nicht den Blick vor der irdischen Gewalttätigkeit der Gläubigen verschließen.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Christliche Gewerkschaften Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften hielt in der Zeit vom 16. bis zum 18. September 1929 in Frankfurt seinen 12. Kongreß ab. Mit diesem Kongreß war eine Jubiläumskundgebung verbunden, auf der Johann Giesberts die Gedenkrede über das Thema 30 Jahre Christliche Gewerkschaftsbewegung hielt. Denn vor 30 Jahren, Pfingsten 1899, fand der 1. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Mainz statt, auf dem die Aufgaben und die Richtung der zu leistenden Arbeit festgelegt wurden. In den damals beschlossenen Richtlinien wurde einmal die religiöse, zum andern die politische Neutralität der neuen Gewerkschaftsbewegung proklamiert, das eine gegen den Willen der katholischen Geistlichkeit, die eine rein konfessionelle Bewegung erstrebte, das andere zum Mißfallen der Zentrums Politiker, die die Christlichen Gewerkschaften zum Prellbock gegen die Sozialdemokratie benutzen wollten. Wenn man heute rückschauend die Entwicklung übersieht, so muß man allerdings feststellen, daß doch schließlich beide zu ihrem Recht gekommen sind. Die Christlichen Gewerkschaften wurden zwar nicht vom Klerus geleitet, aber sie blieben doch durchaus eine Angelegenheit der katholischen Arbeiter. Und in ihrer Gegnerschaft gegen die Freien Gewerkschaften und die mit diesen in mannigfacher Weise verbundene Sozialdemokratie fanden sie ihre parlamentarische Vertretung zwar nicht ausschließlich, aber doch vorwiegend in der Zentrums Partei. Die Gegnerschaft zu den Freien Gewerkschaften war von Anfang an gegeben, ja aus ihr erwuchs den Christlichen erst die notwendige Lebenskraft. In den 30 Jahren, die seit dem Mainzer Kongreß verfließen sind, gelang es ihnen trotz allen Bemühungen nicht eine eigene Ideologie und damit eine für ihre Sonderexistenz wirklich hinreichende Begründung zu finden. Die Idee des praktischen Christentums ist viel zu allgemein, als daß man damit die großen Probleme der modernen Wirtschaft und Gesellschaft lösen könnte. Soweit man überhaupt von dieser Grundidee aus zu Entscheidungen kam, wichen diese in keiner Weise von denen der Freien Gewerkschaften ab. Deutlicher noch wurde dies nach dem Krieg. Die moderne Sozialgesetzgebung zwang auf allen Gebieten die beiden Gewerkschaftsrichtungen (übrigens ebenso die 3., die Hirsch-

Dunckerschen Gewerkschaften) fast immer zur gleichen Stellungnahme. Überall tauchten auch fast zur gleichen Zeit die Gedanken von Wirtschaftsdemokratie auf. Nur hütete man sich bei den Christlichen Gewerkschaften vor einem konsequenten Zuendedenken. Man hätte dann, auch von dem allgemeinen Ausgangspunkt praktischen Christentums aus, nicht zu anderen letzten Zielsetzungen kommen können als die Freien Gewerkschaften. Ab und zu wurden von diesem oder jenem Führer mehr oder weniger durchdachte Ideen über eine ständische Gliederung vertreten; sie wurden aber als unrealisierbar und utopisch bald fallen gelassen.

Immer schwerer wird es der christlichen Arbeiterschaft, die sich im Wirtschaftskampf einem immer mächtigeren, durch keine konfessionellen Gegensätze gespaltenen Unternehmertum gegenübersehen sieht, die Notwendigkeit einer besondern "christlichen" Gewerkschaftsbewegung klarzumachen. Denn auch der Vorwurf der Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften, der vor dem Krieg noch erhoben werden konnte, ist kaum noch ernsthaft zu vertreten und macht heute, wo es christliche, sowohl protestantische wie katholische, Sozialisten in der Sozialdemokratie in ständig wachsender Zahl gibt, auf den christlichen Arbeiter keinen großen Eindruck mehr. Und schließlich wagt auch niemand mehr ernsthaft zu behaupten, die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften seien staatsverneinend, die Christlichen aber staatsbejahend. Es ist charakteristisch, daß man neuerdings bereits zuweilen in der Christlichen Gewerkschaftspresse lesen kann, die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seien eigentlich schon zu staatsbejahend, sie erhofften zu viel von Eingriffen des Staats und kämen zu stark zu einer Verabsolutierung des Staats, die vom christlichen Standpunkt aus zu verwerfen sei; es sei die besondere Aufgabe der Christlichen Gewerkschaften sich im Gegensatz dazu auf die wahren gemeinschaftsbildenden Kräfte zu besinnen. Man erkennt das Bemühen sich abzugrenzen. In der letzten Zeit verzichten die Christlichen Gewerkschaften des öfters überhaupt auf eine ideologische Begründung ihrer Sonderexistenz, stellen nur noch reine Zweckgesichtspunkte in den Vordergrund; angeblich radikalere Stellung gegenüber dem Unternehmertum, höhere Unterstützungen als bei den Freien Gewerkschaften und anderes. Je erfolgreicher aber die Freien Gewerk-

schaften arbeiten, um so weniger werden diese Zweckgesichtspunkte auf die christlichen Arbeiter Eindruck machen und ihnen die Einsicht verschließen, daß die heutige Situation die eine große Gewerkschaftsbewegung erfordert.

Auch auf dem Frankfurter Kongreß bemühte man sich wieder um eine ideologische Rechtfertigung der Sonderexistenz Christlicher Gewerkschaften und fällt doch zugleich in fast allen wichtigen Fragen Entscheidungen, die von denen der Freien Gewerkschaften kaum abweichen, und die diese, abgesehen etwa von der Forderung den Religionsunterricht als obligatorisches Fach in den Lehrplan der Berufsschule einzubeziehen, meist unterschreiben können. Die große Front der gesamten Arbeiterklasse trat deutlich heraus, wenn zum Beispiel Gustav Hülser erklärte: »Wir werden jeder Politik als einer schlechten und nicht nationalen Politik den schärfsten Widerstand bieten, die auf Kosten der sozialen Lage der deutschen Arbeitnehmer und der Sozialpolitik die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen durchzuführen versuchen möchte.« Oder wenn Ernst Baltrusch sagte: »Die deutschen Arbeiter müßten sich schon jetzt wehren gegen Bestrebungen der Unternehmer und auch der übrigen bürgerlichen Welt die Lasten des Youngplans mit einer Verschlechterung der ohnehin sehr gedrückten Lebenslage der Arbeiter beziehungsweise der Sozialversicherung ausgleichen zu wollen.« (Man beachte übrigens in diesem Satz die scharfe Gegenüberstellung von Arbeiter und Unternehmer plus übriger bürgerlicher Welt.)

Auch das Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften 1929 /Berlin, Christlicher Gewerkschaftsverlag/ zeigt, wie die Christlichen Gewerkschaften zwangsläufig die gleichen Wege gehen müssen wie die Freien. Man möchte wünschen, daß mancher Christliche Gewerkschafter die Jahrbücher beider Gewerkschaftsrichtungen aufmerksam mit einander vergleiche. Es würde ihm bei dieser Lektüre die Sonderexistenz seiner Bewegung restlos problematisch werden.

Rein zahlenmäßig sind auch die Christlichen Gewerkschaften im Jahr 1928 gewachsen: von 720 059 auf 763 843 Mitglieder, das heißt um 6,1%. Die Freien Gewerkschaften vermochten ihre Mitgliederzahl in der selben Zeit um 10,2% zu steigern. Zu den rund 764 000 Mitgliedern sind auch 116 479 Mitglieder gezählt, die sich als Arbeitermitglieder in den früher zur christlichen Richtung

zählenden Beamtenverbänden (sie gehören jetzt zum Deutschen Beamtenbund) befinden und dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften korporativ angeschlossen sind. Weibliche Mitglieder zählt der Gesamtverband 124 129, das sind 16,3% aller Mitglieder; bei den Freien Gewerkschaften sind es 15,3%. Als die stärksten Verbände sind zu nennen: die Metallarbeiter mit 112 678, die Bergarbeiter mit 98 954, die Textilarbeiter mit 81 136 und die Landarbeiter mit 80 536 Mitgliedern. Von den 124 000 weiblichen Mitgliedern entfallen rund 43 000 auf den Textilarbeiterverband, rund 21 000 auf den Tabakarbeiter- und rund 17 000 auf den Landarbeiterverband. Die Tatsache, daß die Christlichen Gewerkschaften vorwiegend eine Angelegenheit der katholischen Arbeiter sind, kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich die Mehrzahl ihrer Mitglieder auf die katholischen Gebiete verteilt, 44,2% aller Mitglieder entfallen auf Rheinland-Westfalen, 9,3% auf Bayern, 7,8% auf Westdeutschland und 6,2% auf Schlesien.

England

Die englischen Gewerkschaften stehen seit 1927, also seit nahezu 2½ Jahren, in Verhandlungen mit einzelnen Unternehmergruppen über die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Überwindung der großen Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft. Auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Verhandlungen ist in einer ganzen Reihe von Artikeln der Sozialistischen Monatshefte, unter anderen noch von Max Schippel, hingewiesen worden. Nach den letzten Berichten aus England mußte man allerdings den Eindruck gewinnen, als käme man mit den Verhandlungen nicht recht weiter und könnte sich nicht zur Absteckung bestimmter konkreter Ziele entschließen. Endlich, am 19. Dezember 1929, wurde ein erster Schritt zur Überwindung der Stagnation gemacht. Auf einer gemeinsamen Konferenz des Gewerkschaftsbunds und der beiden maßgebenden englischen Industrieverbände, der National Confederation of Employers und der Federation of British Industries, wurde auf Antrag des einst so überaus radikalen, den "Kommunisten" nahestehenden Bergarbeiterführers Arthur James Cook beschlossen, daß künftig jede der 3 Organisationen berechtigt sei »Gegenstände aus ihrem eigenen Bereich, die von allgemeinem Interesse für die englische Wirtschaft sind, zur Diskussion zu stellen«. Dadurch sollen die besonderen

Aufgabenkreise der 3 konstituierenden Organisationen in keiner Weise gestört werden. Alle Beschlüsse, die in den jeweils zur Behandlung der einzelnen Fragen einzusetzenden Ausschüssen gefaßt werden, müssen von den einzelnen Organisationen ratifiziert werden. Zur gemeinsamen Diskussion sind bereits folgende Punkte in eine Liste aufgenommen, die durch einen besondern Ausschuß noch ergänzt werden soll: 1. Erwerbslosigkeit, 2. Industrie und Finanz, 3. Steuerfragen und Industrie, 4. Soziale Gesetzgebung, 5. Erziehung und Industrie, 6. Administration und Regierungsdepartements, 7. Imperialer Handel, 8. Internationaler Handel, 9. Handels-erleichterungen, 10. Versicherung und Ausfuhrkredite, 11. Allgemeine Arbeiterfragen, 12. Wirtschaftliche und kommerzielle Statistik. Wichtig ist auch, daß ein besonderer "Anweisungsausschuß" von den Unternehmerverbänden eingesetzt wird, der darüber entscheiden soll, welcher der beiden Unternehmerverbände jeweils für eine bestimmte Frage zuständig ist. Gerade das Nebeneinanderbestehen der beiden Verbände hat des öftern die Verhandlungen arg gestört.

Es fehlt in England nicht an Gegnern dieses ersten, mit äußerster Vorsicht unternommenen Versuchs. So hat vor allem G. D. H. Cole, der bekannte Theoretiker des Gildensozialismus, in einer vor Arbeiterstudenten in Oxford gehaltenen Rede die Befürchtung ausgesprochen, die neue Körperschaft werde, bei dem sehr konservativen Charakter der englischen Gewerkschaften wie der englischen Unternehmer, nicht allzu viel zur Inangriffnahme der für die britische Industrie wichtigsten Aufgabe, nämlich einer durchgreifenden Rationalisierung, tun. Cole fordert deshalb einen wirklichen Wirtschaftsrat mit gesetzlichen Vollmachten, in dem nicht nur die Produzenten, sondern auch die Verbraucher und die Regierung vertreten sind. Am 22. Januar teilte James Ramsay MacDonald dem Parlament mit, die Regierung hätte beschlossen ein wirtschaftliches Beratungskomitee unter dem Vorsitz des Premierministers einzusetzen. Über den Aufbau und über die Aufgaben dieser Wirtschaftskommission berichtet das in Form eines Weißblatts veröffentlichte Protokoll einer Kabinettsitzung vom 27. Januar 1930. Als Vorsitzender des Rats soll danach der Premierminister fungieren. Ihm sollen ferner angehören: der Finanzminister, der Geheime Lordsiegelbewahrer (in der Zeit, in der dieser das Amt eines

Arbeitsbeschaffungsministers bekleidet), der Handelsminister, der Minister für Landwirtschaft und Fischerei und andere, vom Premierminister von Zeit zu Zeit bestimmte Minister. Der Premierminister kann ferner Personen auf Grund ihrer Spezialkenntnisse industrieller und volkswirtschaftlicher Art zu Mitgliedern ernennen. Ein besoldeter Sekretär sowie Hilfssekretäre (darunter mindestens 2 Volkswirtschaftler) sollen angestellt werden. Als Aufgaben sind dieser Körperschaft zugewiesen: fortlaufende Studien über die Entwicklung der Industrie und über die Verwendung des Nationalreichtums, über den Einfluß der Gesetze und der Finanzpolitik auf das In- und Ausland anzustellen, alles einschlägige wirtschaftliche Material, vor allem Statistiken, zu sammeln und selber Statistiken aufzunehmen. Inzwischen hat der Premierminister auch schon den Sekretär den Vizesekretär des Kabinetts William Tudor Jones bestimmt, zu Mitgliedern unter anderen G. D. H. Cole, die Gewerkschaftsführer Walter Citrine und Ernest Bevin, die liberalen Volkswirtschaftler John Maynard Keynes und H. D. Henderson, als Finanzsachverständigen Sir Josuah Stamp.

Daß die englischen Gewerkschaften gut daran täten eine größere Aktivität zu entfalten und aus dem Zustand des bisherigen oft recht unklaren und ziellosen Herumtastens herauszukommen, zeigt ein Blick auf die Mitgliederbewegung. Seit 1921, wo 8½ Millionen Arbeiter organisiert waren, sind die Mitgliederzahlen ständig gesunken. 1924 wurden noch 5 535 000, 1925 5 497 000, 1926 5 209 000, 1927 4 918 000 und 1928 nur noch 4 799 000 Mitglieder in allen Verbänden gezählt. Der Verlust betrug 1926 5,2%, 1927 5,6%, 1928 2,4%. Die Anzahl der Verbände ist noch außerordentlich groß, wenn auch in den letzten Jahren Verschmelzungen in großer Zahl vorgenommen wurden. Noch immer werden 1 123 Einzelverbände gezählt, gegen 2 367 im Jahr 1920. Von den einzelnen Industriegruppen (die englische offizielle Statistik nennt 33) verzeichneten im letzten Jahr 28 Verluste und nur 5 Zunahmen an Mitgliedern. Es ist sicher nicht zufällig, daß die Verbände der Bergarbeiter mit 62 000 die größten Verluste aufweisen. Sie hatten einmal unter der wirtschaftlichen Notlage am stärksten zu leiden, dann aber waren sie gerade Objekt der "kommunistischen" Zersetzungstaktik und schwankten lange in ihrer Politik am stärksten hin und her. Sehr groß sind auch die Verluste der Ver-

bände der ungelerten Arbeiter und der Textilarbeiter. Am stärksten wuchsen die Verbände der Gemeindefarbeiter (um 11 000 oder 3%), die Verbände in Handel und Verkehr (um 10 000 oder 7%) und der Werftarbeiter (um 9000 oder 10%).

Eigenpublikationen Einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit und Entwicklung auf allen Zweigen des Transportgewerbes im Jahr 1928 legt der *Deutsche Verkehrsbund* in seinem Jahrbuch 1928 vor /Berlin, Verlagsanstalt Kurier/. Der Bund hat in diesem Jahr 38 925 neue Mitglieder gewonnen; seine Mitgliederzahl stieg damit auf 390 360 an. Über die soziale und wirtschaftliche Lage der Diamantarbeiter unterrichtet eine vom Weltverband der *Diamantarbeiter* in 3 Sprachen herausgegebene Schrift: 1925 bis 1928, Berichte, Anträge, Tafeln und Diagramme /Antwerpen, Plantin en Moretus Lei/. Sie enthält auch eine Menge Angaben über die Lage und den Standort der Diamantindustrie.

Totenliste Am 9. April verloren die schwedische Gewerkschaftsbewegung und die Gewerkschaftsinternationale einen ihrer bedeutendsten Führer, *Arvid Thorberg*, den Vorsitzenden der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften. Er war am 13. April 1877 geboren, erlernte das Tischlerhandwerk und schloß sich schon früh der Gewerkschaftsbewegung und der Partei an. Er war zuerst Sekretär im Holzarbeiterverband, wurde 1903 als Agitator und 1904 als Verbandsvorsitzender angestellt. 1908 wurde er zum Sekretär gewählt, 1920 als Nachfolger Herman Lindqvists zum Vorsitzenden der Landesorganisation. Im Internationalen Arbeitsamt in Genf gehörte er dem Verwaltungsrat an. An den Folgen einer Operation starb am 25. März der Präsident der Internationalen Artistenloge *Max Berol-Konorah* (siehe auch die Rundschauen Sozialpolitik und Bewegungskunst, in diesem Band Seite 477 und 510). Über ein Vierteljahrhundert hat Konorah unermüdlich darum gekämpft den Artisten menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu verschaffen. Vor allem hat er sich für die Einführung des Tarifvertrags eingesetzt. Auch an der Gründung und dem Ausbau des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes hat Konorah große Verdienste. So betrauern seinen Tod nicht die Artisten allein, sondern die gesamte organisierte Angestelltenschaft.

Kurze Chronik Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund machen sich neue *Zusammenschluß-tendenzen* geltend. Am 30. Januar kamen Vertreter des Schuhmacherverbands, des Lederarbeiterverbands und des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbands zusammen, um über die nächsten, zum Zusammenschluß der 3 Verbände geeigneten Schritte zu beraten. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die ein provisorisches Statut ausarbeiten und den einzelnen Verbänden zur Begutachtung vorlegen soll. \diamond Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wächst auch der *Allgemeine Freie Angestelltenbund* ständig. Zu Beginn des Jahres 1928 betrug die Mitgliederzahl der ihm angeschlossenen Verbände rund 400 000, im Dezember 1928 421 000, im Juli 1929 439 000. Bis Ende 1929 war wohl die Zahl 450 000 überschritten. \diamond Der Ausschuß des Gewerkschaftsbunds Schwedens wählte, als Nachfolger Arvid Thorbergs, den bisherigen Sekretär Edward Johanson zum Vorsitzenden und den bisherigen Vertrauensmann Per Bergman zum Nachfolger Johansons. \diamond Die Proletarisierung der Flugzeugführer in den *Vereinigten Staaten von Amerika* macht rasche Fortschritte und zwingt sie bereits zur gewerkschaftlichen Organisation. In Muscogee, einem Mittelpunkt des Verkehrsflugwesens, wurde bereits eine Gewerkschaft gegründet. Ihre Forderungen sind: Einführung geregelter Lohnsätze, kürzere und regelmäßiger Arbeitszeit, Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, Abschluß von Kollektivverträgen mit den Fluggesellschaften. Die American Federation of Labor feiert in diesem Jahr ihr Goldenes Jubiläum. Vor 50 Jahren wurde die amerikanische Landeszentrale in Pittsburgh gegründet. \diamond Am 4. Mai wurde in Bernau bei Berlin unter Teilnahme von Vertretern der Regierungen des Reichs und Preußens die *Bundesschule* des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds feierlich eröffnet. Auf die Bedeutung der Schule, zu deren Leiter Hermann Seelbach, bisher Direktor der Staatlichen Wirtschaftsschule in Düsseldorf, berufen wurde, neben dem Kurt Gusko als Lehrer für Arbeitsrecht und der Bearbeiter dieser Rundschau als Lehrer für Wirtschaftspolitik wirken, soll hier noch ausführlicher eingegangen werden. \diamond Der Fabrikarbeiterverband hat einen *Film* mit dem Titel *Aufstieg* gedreht, der in lebendiger Handlung Geschichte, Aufgaben und Wirken des Verbands und der großen Gewerkschaftsbewegung zeigt.

Literatur Für die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds in Berlin gab Salomon Schwarz ein *Handbuch der deutschen Gewerkschaftshongresse* heraus. Es enthält, nach Sachgebieten geordnet, alle Beschlüsse, die auf den 4 Kongressen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds nach dem Krieg gefaßt wurden. Ein verbindender Text unterrichtet über die den Beschlüssen vorausgehende oder folgende Entwicklung der wichtigsten Probleme. Das Handbuch bietet somit die beste Möglichkeit sich über alle Fragen, die die Freien Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren bewegt haben, schnell und eingehend zu orientieren. \diamond Die früher veröffentlichten Untersuchungen über die amerikanischen Gewerkschaften ergänzt jetzt in wirkungsvoller Weise das von Helene Leroi-Fürst übersetzte Buch *William English Wallings* Die amerikanische Arbeiterschaft und die amerikanische Demokratie (Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds/. Walling steht den amerikanischen Gewerkschaften so nahe, daß alle seine Ausführungen über deren Haltung zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen als offizielle Äußerungen betrachtet werden können. Im 1. Teil des Buchs tritt er der weitverbreiteten Ansicht entgegen, daß die amerikanischen Gewerkschaften unpolitisch seien. Wenn sie auch keine Partei gründen, so versuchen sie sich doch mit Hilfe der beiden großen Parteien durchzusetzen und im Senat mit Hilfe eines von Mitgliedern beider Parteien gebildeten fortschrittlichen Blocks die Gesetzgebung zu beeinflussen. Im 2. Teil wird die Stellung der Arbeiterklasse zur heutigen Wirtschaft und zur Beeinflussung der Wirtschaft durch die Regierung besprochen. Auch hier erweisen sich manche unserer Vorstellungen als korrekturbedürftig. Die Gewerkschaften sind nicht mehr so bedingungslos wie früher gegen Eingriffe des Staats in die Wirtschaft. Sie fordern heute schon eine staatliche Gesetzgebung, die den Gewerkschaften weitgehende Rechte gibt. Der Sozialismus wird scharf bekämpft, wobei allerdings unklar bleibt, was unter Sozialismus verstanden wird. Die Äußerungen über das Wesen des Kapitalismus zeigen, wie dem amerikanischen Arbeiter jede theoretische Einsicht in die kapitalistische Wirtschaft fehlt. Gerade die Tatsache, daß die theoretische Unkenntnis der amerikanischen Gewerkschaften deutlich wird, macht das Buch lesenswert.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Landwirtschaftliche Genossenschaften: Spar-einlagen

Über den Stand an Spar-einlagen ihrer Genossenschaften am Ende des Jahres 1929 berichten die früheren großen Zentralverbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Reichsverband und der Raiffeisenverband, noch getrennt. In beiden Verbänden ist eine verhältnismäßig bedeutende Zunahme der Spar-einlagen zu verzeichnen, wenn diese Zunahme auch die des Jahres 1928 weder prozentual noch absolut erreicht. Im Reichsverband vermehrten sich die Spar-einlagen von 814,4 Millionen Mark Ende 1928 auf 1074 Millionen Ende 1929. In der gleichen Zeit stiegen die Einlagen in laufender Rechnung von 264,5 Millionen Mark auf 305,3 Millionen. Die Gesamtsumme wuchs von 1078,9 Millionen Mark auf 1379,3 Millionen. Nicht mitgezählt sind die Einlagen der Zentralkassen in Höhe von 63,5 Millionen Mark. Diese eingerechnet, ergibt sich eine Gesamtsumme von 1443 Millionen Mark. Ende 1913 betrug der Einlagenbestand 1575 Millionen Mark, so daß die Reichsverbandsgenossenschaften 92% des Vorkriegsstands ihrer Einlagen erreicht haben. Nicht so günstig ist die Entwicklung der Raiffeisenvereine. Diese haben erst gut 50% ihres Vorkriegseinlagenbestands erreicht. Ende 1913 betrug der Einlagenbestand der Raiffeisenvereine 676,5 Millionen, Ende 1928 293,3 Millionen, Ende 1929 347,7 Millionen Mark. In dieser Summe, die zu einem Teil auf schätzenden Analogieschlüssen beruht, da von den 5628 Vereinen nur 4634 berichteten, befinden sich auch die Einlagen der Geldanstalten: 283,6 Millionen Mark Spareinlagen und 64,1 Einlagen in laufender Rechnung. Interessant ist eine Untersuchung des Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatts vom 30. März 1930 über die Herkunft der Spareinlagen bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen. Aus einer Statistik, der Erhebungen bei 408 Spar- und Darlehnskassen in Brandenburg, Thüringen und Kurhessen zugrunde liegen, geht hervor, daß die Anzahl der sparenden Nichtmitglieder erheblich größer ist als die der sparenden Mitglieder, und daß die gute Hälfte der Spareinlagen von Nichtmitgliedern stammt, also nicht von Landwirten.

zigs über die Textilwarenabteilungen der deutschen Konsumvereine. Danach vermitteln von den 991 Konsumvereinen des Zentralverbands 610 auch Textilwaren an ihre Mitglieder. Der Gesamttextilwarenumsatz dieser 610 Konsumgenossenschaften betrug im Jahr 1929 96 Millionen Mark, das sind 9% ihres Gesamtumsatzes (1090 Millionen Mark). Die Verhältniszahlen der einzelnen Revisionsverbände weisen große Verschiedenheiten auf. In Sachsen, dem konsumgenossenschaftlich am weitesten entwickelten Land, erreicht der Textilwarenumsatz 15% des Gesamtumsatzes, während er im Rheinland nur 3% des Gesamtumsatzes ausmacht. Der jährliche Durchschnittsumsatz in Textilwaren beträgt pro Mitglied im Reich 38 Mark, in Sachsen 82, im Rheinland 14. Diese Unterschiede zeigen, daß die Textilwarenversorgung der Konsumgenossenschaftsmitglieder noch sehr ausbaufähig ist. Noch deutlicher zeigt das eine Statistik der Textilwarenumsätze der 27 Konsumgenossenschaften, die über 500 000 Mark Textilwarenumsatz erzielten. Zuerst fällt auf, daß ganz große Konsumvereine wie Barmen und Breslau und eine Reihe großer Konsumvereine, vor allem in Rheinland-Westfalen, ganz fehlen. Dagegen haben nicht wenige kleine Vereine relativ große Textilwarenumsätze erzielt. So Meuselwitz mit einem jährlichen Textilwarenumsatz pro Mitglied von 181 Mark, Altenburg mit 141, Wurzen mit 120. Mengenmäßig an der Spitze steht Dresden mit einem Textilwarenumsatz von 11,35 Millionen Mark, pro Mitglied 137 Mark, Berlin folgt mit 9,16 Millionen Mark, pro Mitglied 47 Mark. Daß sich der konsumgenossenschaftliche Textilwarenumsatz trotz der ungünstigen Lage gerade der Textilindustrie und des Textilhandels besser entwickelt als der Lebensmittelumsatz (Vermehrung des Textilwarenumsatzes von 84,15 auf 96 Millionen Mark oder um 14%, des Gesamtumsatzes um 10,5%), beweist ebenfalls die Ausbaumöglichkeiten auf diesem Gebiet. Einzelne Vereine, die ihre Warenhäuser erweitert oder neue gebaut haben, können ganz erhebliche Umsätze der Textilwarenabteilung buchen (Nürnberg 128%, München 57%, Lübeck 38% Steigerung). Was in diesen Genossenschaften möglich war, ist es auch in vielen anderen.

**Textilwaren-
vertrieb**

In der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau erschien am 26. April ein aufschlußreicher Artikel Vollrath Klep-

Schweiz

Der Verband Schweizerischer Konsumvereine, der Zentralverband und Groß-einkaufsgesellschaft zugleich ist, berich-

tet über seine Entwicklung im Jahr 1929. Er hat gute Fortschritte gemacht, der Umsatz stieg von 149 450 000 auf 157 581 000 Franken, das Verbandskapital wuchs von 11 539 000 auf 12 259 000 Franken an. Auch die Zweckgenossenschaften und sonstigen Unternehmungen, an denen der Verband Schweizerischer Konsumvereine beteiligt ist, können im allgemeinen über eine befriedigende Entwicklung berichten. In folgenden rechtlich selbständigen Unternehmungen besitzt der Verband Schweizerischer Konsumvereine entweder das ganze Anteilkapital oder einen ausschlaggebenden Teil des Kapitals: Genossenschaft für Möbelvermittlung Basel, Filiale in Zürich und Biel, Milcheinkaufsgenossenschaft Schweizerischer Konsumvereine Basel, Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau Kerzers, Minotérie Coopérative du Léman Rivaz, Mühlen-genossenschaft Schweizerischer Konsumvereine Zürich, Schuhkooperative Basel, Bellaktiengesellschaft (Fleischwaren) Basel, Schweizerische Aktiengesellschaft für Fleischwarenimport Pratteln, Genossenschaftliche Zentralbank Basel, Schweizerische Volksfürsorge (Volksversicherung), Versicherungsanstalt Schweizerischer Konsumvereine (Pensions- und Sterbekasse für die Angestellten und Arbeiter der Konsumvereine).

Der Verband Schweizerischer Konsumvereine betreibt selbst so gut wie keine Eigenproduktion, auch die 6 landwirtschaftlichen Güter, die er besitzt, sind bis auf eines verpachtet. Der Jahresbericht stellt fest, daß die Rendite der Landwirtschaftsbetriebe sich gegenüber den früheren Jahren etwas gebessert habe, auch der Rechnungsabschluß des selbstbewirtschafteten Guts, mit dem eine Mosterei verbunden ist, befriedigt. Die Zusammenarbeit des Verbands Schweizerischer Konsumvereine mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften war, wie in den Vorjahren, sehr gut. Der Verband Schweizerischer Konsumvereine bezieht große Mengen landwirtschaftlicher Produkte von den landwirtschaftlichen Genossenschaften und liefert diesen landwirtschaftliche Bedarfsartikel, insbesondere Futtermittel und Saatgut. Darüber hinaus hat er sich an 4 landwirtschaftlichen regionalen Verwertungsgenossenschaften für Eier und Geflügel beteiligt, die sich kürzlich zu einem zentralen Verband zusammenschlossen, in dessen Vorstand der Verband Schweizerischer Konsumvereine vertreten ist. Wichtig ist, daß der Verband Schweizerischer Konsumvereine einen Antrag des

Lebensmittelvereins Zürich abgelehnt hat eine Abwehraktion gegen die Zollpolitik des Bundesrats einzuleiten, da es ihm nicht möglich sei in Zollfragen etwas zu unternehmen. »Auf alle Fälle wird es nicht angehen«, sagt der Rechenschaftsbericht, »Stellung zu nehmen gegen die Interessenpolitik der bauerlichen Bevölkerung, sondern es wird hüben wie drüben erforderlich sein sich in die wirklichen Verhältnisse der unselbständig erwerbenden Konsumentenschaft wie auch der landwirtschaftlichen Produzentenschaft hineinzusetzen und, von aufrichtigem Verständigungswillen beseelt, Mittel und Wege zu suchen, die eine auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Zusammenarbeit ermöglichen können.« Diese Stellungnahme des Verbands Schweizerischer Konsumvereine ist allerdings nicht nur auf das gute Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften zurückzuführen sondern auch auf die Tatsache, daß die Bauern einen großen Prozentsatz der Konsumvereinsmitglieder ausmachen. Daß dem in der Tat so ist, geht schon daraus hervor, daß sehr viele schweizerische Konsumvereine ihre Heimat auf dem Dorf haben.

Die Presse des Verbands Schweizerischer Konsumvereine hat ihre Auflage im Jahr 1929 um über 7000 auf 270 000 Exemplare erhöht. Die Verbreitung des Volksblatts in den einzelnen Sprachgebieten dürfte ein Spiegelbild der nationalen Gliederung der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung geben: die Auflage der deutschen Ausgabe (Genossenschaftliches Volksblatt) betrug 209 000, die der französischen (La Coopération) 51 000, die der italienischen (La Cooperazione) 10 000 Exemplare für die letzte Nummer des Jahres 1929.

Totenliste

Am 17. März starb in Berlin *Gertrud Lodahl*, 52 Jahre alt. Vor mehr als 30 Jahren kam sie zur Arbeiterbewegung. Sie arbeitete damals in Buchdruckereien, gehörte dem Verein der Arbeiterinnen an Buchdruckschnellpressen an, der zu jener Zeit nur als lokale Frauenorganisation bestehen durfte. Später widmete sie sich vornehmlich der Genossenschaftsbewegung. Sie wurde in den Aufsichtsrat der Berliner Organisation gewählt, vertrat diese auch auf internationalen Genossenschaftstagungen. Auch publizistisch hat sie sich für die Genossenschaftsidee eingesetzt; sie machte namentlich den Leserinnen der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung die Bedeutung der Konsumvereinsache klar.

Am 25. März starb der ehemalige Verbandsdirektor des Danziger Verbands der Deutschen Raiffeisengenossenschaften *Karl Kette*, in seinem 66. Lebensjahr. Seit 1900 wirkte er im Osten Deutschlands, zuerst als Regierungsrat der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen, später als Direktor der Deutschen Bauernbank in Danzig. Für die Raiffeisenorganisationen hat er sich besonders eingesetzt; er war Mitbegründer der Landwirtschaftlichen Großhandelsgesellschaft in Danzig und Mitglied des Aufsichtsrats der Westpreußischen Provinzialgenossenschaftsbank (jetzt Danziger Raiffeisenbank). 10 Jahre, von 1920 bis 1929, leitete er den Danziger Verband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften.

Ende März starb plötzlich in Greifswald das Vorstandsmitglied der Konsum- und Spargenossenschaft für Köslin und Umgegend *Emil Baumann*. Er hat der Genossenschaft 28 Jahre lang mit Fleiß und Pflichttreue gedient.

Ende April starb in Schwäbisch Gmünd der frühere Geschäftsführer des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe *Friedrich Maucher*, in seinem 76. Lebensjahr. Er stand seit dem Jahr 1891 in der Konsumvereinsbewegung. Von 1894 ab war er 20 Jahre hindurch Leiter der Konsumgenossenschaft in Karlsruhe. Als tüchtiger Geschäftsmann erwarb er sich große Verdienste um die Genossenschaftsbewegung in Süddeutschland.

Kurze Chronik Vorstand, Ausschuß und Generalrat des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine protestierten in einer am 25. April in Bochum einstimmig angenommenen Resolution aufs schärfste gegen die Finanzpolitik der Regierung Brüning, insbesondere gegen die *Besteuerung der Konsumvereine*: »Durch diese wird das Streben der unbemittelten Familien nach sparsamer Haushaltsführung unter Strafe gestellt, von ihren Einkaufersparnissen wird ihnen ein großer Teil geraubt.« Zur Abwehr des gegen die Konsumvereine gerichteten Schlags wird »dem konsumvereinsfeindlichen Mittelstand auf allen Gebieten schärfster Kampf« angesagt: »Deckung des Bedarfs im eigenen Geschäft unter strengster Meidung des rücksichtslosen Feindes und Sammlung aller unbemittelten Verbraucher in den Konsumvereinen muß die bald und gründlich zu lösende Aufgabe aller genossenschaftlich organisierten Verbraucher sein.« ◊ Im vorigen Jahr wurde in Solingen-Wald eine Spar-, Bau- und

Wirtschaftsgenossenschaft *kinderreicher Familien* gegründet, deren Geschäftsbereich sich über ganz Deutschland erstrecken sollte. Interessant an dieser neuen Genossenschaft war einmal, daß sie Mitglieder zweierlei Rechts kannte (Familien mit 4 und mehr Kindern zahlten ein Eintrittsgeld von 3 Mark und einen Geschäftsanteil von 30 Mark, die übrigen, sogenannte Fördermitglieder, zahlten 10 Mark Eintrittsgeld und 50 Mark Geschäftsanteil), dann aber, daß sie die Mitglieder verpflichtete ihren gesamten Lebensbedarf in der Genossenschaft respektive bei den von der Genossenschaft bestimmten Lieferanten einzukaufen. Die Genossenschaft ist nach kurzer Zeit zusammengebrochen, wie alle Gründungen, die versucht haben einen Kaufzwang einzuführen. (In England gab es vor dem eigentlichen Aufschwung der Genossenschaftsbewegung mehrere Genossenschaften mit dem Grundsatz des Kaufzwangs; keine hat sich gehalten.) ◊ Auf Grund des Reichsmaisgesetzes vom 26. März 1930 ist eine *Reichsmaisstelle* errichtet worden (Maismonopol), deren Verwaltungsrat sich aus 7 Vertretern der Landwirtschaft, 3 Vertretern des Handels und 5 Vertretern der Reichsregierung zusammensetzt. Zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben ist eine Geschäftsabteilung gebildet worden, und zwar in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Ihr Kapital beträgt 100 000 Mark, davon übernimmt der Handel 65 000 Mark, der Rest von 35 000 Mark entfällt auf die landwirtschaftlichen Warenzentralen in Stettin, Hannover, Münster, Darmstadt, München, Regensburg und die Bezugsvereinigung Deutscher Landwirte. ◊ Nach den Zweimonatsbilanzen der *Kreditgenossenschaften* des Deutschen Genossenschaftsverbands verwalteten 1106 berichtende Kreditgenossenschaften am 31. Dezember 1929 965 090 000 Mark Spareinlagen und 318 114 000 Mark Scheck- und Kontokorrenteinlagen. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder erreichten eine Summe von 189 211 000 Mark, die Reserven 69 730 000 Mark. Die Bilanzen ergaben eine Abschlußsumme von 1 702 425 000 Mark, 20 Millionen Mark weniger als am 31. Oktober 1929. ◊ Die *Großeinkaufsgesellschaft Österreichs* berichtet über eine Umsatzsteigerung von 9,4% im Jahr 1929. Im Jahr 1928 betrug der Gesamtumsatz 87 109 000, im Jahr 1929 95 302 000 Schilling. ◊ Die *Großeinkaufsgesellschaft Nordeuropas* (Nordisk Andelsförbund), der die schwedische, norwegische, dänische und die

beiden finnländischen Großeinkaufsgesellschaften angeschlossen sind, erhöhte im Jahr 1929 ihren Umsatz von 23,6 auf 30,8 Millionen Kronen. Der Hauptteil ihres Mehrumsatzes entfällt auf Finnland. \diamond In England stieg der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft im Jahr 1929 um 1 994 000 Pfund Sterling (2,25%) auf 89 288 000 Pfund Sterling; die Steigerung des Eigenproduktionsumsatzes betrug jedoch nur 0,5%, der Gesamtwert der umgesetzten Eigenzeugnisse erreichte einen Wert von 27 773 000 Pfund Sterling. Die britische Regierung ernannte Sir Thomas Allen, den Direktor der Co-operative Wholesale Society, und den Unterhausabgeordneten der Genossenschaftspartei George Barnes zu Mitgliedern des Oberhauses. \diamond Vom Institut für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Frankfurt wurde ein *Institut für Genossenschaftswesen* gegründet, das im Februar seinen 1. Kursus abhielt.

Literatur

Als 8. Band der Veröffentlichungen des Seminars für Genossenschaftswesen und Handelskunde der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin erschien eine Schrift *Wolfgang Clauß* 'Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Zentralen. Sie schildert Entstehung, Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion /1928/. Clauß versucht auch die Entwicklungslinien für die Zukunft festzulegen, kommt dabei freilich, und das kann nicht anders sein, nur zu sehr allgemeinen Ergebnissen, so zur Feststellung, daß die konsumgenossenschaftliche Produktion vom unentbehrlichen starren Bedarf ausgeht und allmählich immer mehr zur Herstellung solcher Güter übergeht, die entbehrlicher sind, oder daß die Entwicklung der Produktion in die Breite (horizontal) und in die Tiefe (vertikal) geht, das heißt sich mit dem Umsatz der Erzeugnisse der Eigenproduktion ausdehnt und die Richtung auf die Urproduktion nimmt. Als wichtigste Hemmungsfaktoren werden von Clauß herausgestellt: die wechselnde Kaufkraft der Mitglieder (Arbeitslosigkeit usw.), die Begrenztheit der Konsumvereine auf bestimmte Bevölkerungskreise und die privatkapitalistische Konkurrenz. Wenn er feststellt, »daß die "Produktion für den Bedarf" auf der Absatzseite genau so problematisch ist wie die Produktion der privaten Wirtschaft für den Markt«, so ist das in dieser Generalisierung nicht richtig. Die organisierte Konsumentenschaft, deren Kern aus Überzeugungs-

genossenschafftern besteht, bildet eine Grundlage für die konsumgenossenschaftliche Produktion, wie sie ähnlich wohl nur in Ausnahmefällen bei Privatbetrieben vorhanden ist. \diamond Ebenfalls mit Problemen der genossenschaftlichen Eigenproduktion befaßt sich das 10. Heft der Sammlung *Soziale Organisation der Gegenwart* /Halberstadt, H. Meyer/; Ergebnisse britischer Genossenschaften in der Bekleidungsindustrie, von *Herbert Fischer*. Anlaß zu der Arbeit, sagt der Verfasser, sei die Behauptung Ludwig Pohles gewesen, die Konsumgenossenschaften könnten mit ihrer Eigenproduktion solche Gebiete nicht betreten, die einem dauernden Modewechsel unterworfen sind. Fischer weist an dem englischen Beispiel nach, daß diese Behauptung nicht stimmt. Man könne ganz allgemein sagen, daß es für die genossenschaftliche Eigenproduktion keine anderen Grenzen gäbe als für privatkapitalistische Organisationsformen. In England beständen zwar gewisse Mängel, vor allem in der Bekleidungsindustrie der Großeinkaufsgesellschaften; diese seien aber nicht wesensmäßig mit der genossenschaftlichen Form der Bekleidungsproduktion verbunden. Fischer meint, daß die Produktivgenossenschaften ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben besser gerecht werden als die Konsumgenossenschaften und Großeinkaufsgesellschaften. Er scheint allerdings die Gefahren der produktivgenossenschaftlichen Produktion zu unterschätzen. Diese Gefahren (spekulative Produktion, Abkapslung und Isolierung der Genossen, kapitalistisches Gewinnstreben usw.) sind so groß, daß der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion vom Standpunkt planwirtschaftlicher Gemeinwirtschaft unbedingt der Vorzug gebührt. \diamond Heinrich Porges' 1903 herausgebrachtes Werk *Die Kontrolle bei der Manipulation und Buchführung in Banken, Kreditinstituten, Sparkassen, Genossenschaften und allen öffentlichen Unternehmungen* erschien in 2. Auflage, unter dem Titel *Die Kontrolle im Geschäftsbetrieb der Banken, Sparkassen und Genossenschaften* /Berlin, Leopold Weiß/. Das Werk, das auf betriebstechnischer Erfahrung aufbaut, ist von *Max Schönwandt* gänzlich umgearbeitet, das heißt den veränderten Zeitverhältnissen und dem gegenwärtigen Stand der betriebswirtschaftlichen Forschung angepaßt worden, so daß es als eine brauchbare praktische Anleitung zu Kontrolle und betriebswissenschaftlicher Rationalisierung angesprochen werden kann.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Volkelt † Am 10. Mai starb in Leipzig der älteste der deutschen Philosophen unserer Tage: Johannes Volkelt. Er wurde 1848 in Lipaik in Galizien geboren, war seit 1894 ordentlicher Professor in Leipzig, seit 1921 emeritiert. Er war einer der letzten Vertreter des deutschen klassischen Idealismus, der sich hier noch einmal in seiner die menschliche Persönlichkeit bildenden Kraft zeigte. In den Schriften Kants Erkenntnistheorie /1879/ und Erfahrung und Denken /1886/ gab Volkelt der kritischen Philosophie eine Wendung zu einer realistischen Metaphysik durch eine sehr eingehende Untersuchung des Gewißheitsbegriffs. Neben der Gewißheit der »reinen Erfahrung«, der unmittelbaren Bewußtseins Tatsachen, unterschied Volkelt damals die Gewißheit, die aus dem »Bewußtsein der Denknotwendigkeit« stamme. Diese sei aber nur durch transsubjektive Momente möglich, die notwendig angenommen werden müssen, und damit ist der Weg zur Metaphysik gebahnt. In seinem Werk Gewißheit und Wahrheit /1918/ führte Volkelt diese Gedanken schärfer durch, vor allem im Kampf gegen den Neukantianismus. Bemerkenswerterweise finden wir hier auch einen Versuch die Abbildtheorie neu zu begründen. Man kann verstehen, daß Volkelt in der Zeit der Hochblüte des Neukantianismus durch die vorstehend gezeichnete Position etwas abseits von der Straße des philosophischen Denkens in den letzten Jahrzehnten stand; man kann aber auch vermuten, daß die nächste Zukunft das Schaffen Volkelts stärker beachten wird. Bedeutend ist das System der Ästhetik, dessen 3 Bände 1905, 1910, 1914 erschienen, und das, unter Verwertung eines umfassenden kunstwissenschaftlichen Materials, eine Neubegründung der spekulativen Ästhetik zu liefern sucht. Die Übereinstimmung der Natur mit den Bedingungen des ästhetischen Genießens wird durch Aufweis der im Absoluten begründeten Harmonie alles Seienden erklärt. Das Problem einer metaphysischen Ästhetik ist hierdurch wieder von neuem aufgerollt und zur Diskussion gestellt. In diesen Zusammenhang gehört auch die feinsinnige Studie über die Ästhetik des Tragischen /1897/, die das Erlebnis des Tragischen zum Ausgangspunkt einer metaphysischen Betrachtung über die inneren Gegensätze im Sein und ihre Versöhnung macht.

Religionsphilosophie Nicht nur die Religionswissenschaft, auch die Religionsphilosophie hat an den lebhaft geführten Auseinandersetzungen um die Absolutheit des Christentums das größte Interesse. Denn in dieser Formel sind noch weit mehr Probleme enthalten als nur das, ob dem Christentum überzeitliche und übergeschichtliche Bedeutung zukomme. Es ist nämlich nichts weniger als die Frage nach dem Wesen der Religion, die hier gestellt wird; denn die Stellung, die zur Absolutheit des Christentums eingenommen wird, hängt von der Stellungnahme zur Wesensfrage ab. Es wäre interessant einmal eine Geschichte des Problems der Absolutheit des Christentums zu schreiben. Es würde sich dann zeigen, wie unter dem Ansturm der Aufklärung seit dem 17. Jahrhundert die Verteidiger der Absolutheit eine Position nach der andern räumen mußten und sich schließlich auf einen Standort zurückzogen, der anscheinend unangreifbar war, indem sie im Christentum und in der Religion überhaupt ein lediglich praktisches Verhalten zu Gott sahen. Die Religion habe es nicht mit Erkenntnis im theoretischen Sinn und nicht mit Welterklärung zu tun sondern mit dem Verhältnis des Menschen zu Gott. Damit waren zunächst alle Angriffe, die von der wissenschaftlichen Welterkenntnis seit dem 17. Jahrhundert in immer steigendem Maß ausgingen, abgeschlagen. Seit Schleiermacher erkannte man in der Religion eine eigene Domäne des Geistes, die mit Recht den Anspruch erheben kann aus sich heraus mit ihren eigenen Maßstäben verstanden zu werden. So waren Religion und Christentum gegenüber dem Theoretischen gesichert. Aber gegenüber der Religionsgeschichte, die das Christentum in den kontinuierlichen Strom der religiösen Entwicklung einbezog, gab es nur eine Sicherung durch die Erfahrung des christlich-religiösen Bewußtseins, daß in der Person des Stifters eine Wertfülle von unvergleichlichem Ausmaß in die Welt getreten sei, und daß die Religionsgeschichte, auch wenn es ihr gelungen sei jede kultische oder dogmatische Einzelheit am Christentum in seiner historischen Bedingtheit zu erkennen, doch den Ursprung des Christentums als ein übergeschichtliches Faktum bestehen lassen müsse. Es ist bekannt, daß die Religionsgeschichte auch hier nicht haltgemacht hat. Ernst Troeltsch, der darum rang der Geschichte einen überhistorischen normativen Standpunkt abzugewinnen (es war ein Ringen

von ergreifendem Ernst), bekannte sich immer mehr zu der Auffassung, daß der Anspruch des Christentums auf Absolutheit in keinem Sinn zu halten sei. Dies war die ehrlichste Antwort, die die Theologie als Resultat einer über ein Jahrhundert dauernden Arbeit an sich um Befreiung aus der Tradition gab.

Es ist bezeichnend für die Richtung, in der sich heute das Denken bewegt, daß die Frage nach der Absolutheit des Christentums wieder von neuem aufgenommen wird, und daß ein Problem, das erledigt schien, mit neuen Mitteln angepackt wird und ein neues Gesicht zeigt. Das Buch *Walther Schellers Die Absolutheit des Christentums* /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ kann als ein charakteristisches Beispiel dafür genommen werden, von welchen Tendenzen heute das Denken bewegt wird; es ist geeignet zu zeigen, welche Strömungen heute an die Oberfläche drängen.

Scheller versteht unter Absolutheit in diesem Problemzusammenhang nicht Beziehungslosigkeit oder ein Transzendieren der Erfahrung sondern die Einheit von Sein und Wert. Eine Gestalt des Seins ist dann absolut, wenn sie den Wert, dessen Sphäre sie angehört, vollkommen darstellt. Das Christentum ist eine Gestalt der religiösen Wertsphäre. In Schellers Sinn ist dann eine Religion eine absolute, wenn sie den religiösen Wert bis in seine letzte Tiefe zur Entfaltung bringt. Absolutheit besteht also immer nur in der Bezogenheit auf den eigenen Wert. Wenn früher von der Absolutheit des Christentums gesprochen wurde, so meinte man, daß es eine unüberbietbare Wahrheit im erkenntnismäßigen Sinn sei, oder daß sich an ihm übernatürliche Kräfte und Mächte erweisen. Die sich in derartigen Argumentationen offenbarende Blickrichtung ist nach dem Verfasser grundsätzlich abzulehnen. Eine Religion ist einzig und allein vom Standpunkt der Religion zu betrachten, also religiös; dies ist der Grundgedanke des Buchs, von dem aus die Untersuchung angestellt wird. Wenn nun das Christentum an dem Wesen der Religion gemessen werden soll, so fragt es sich zunächst, wo und wie wir seiner habhaft werden. Die Antwort verweist uns auf das religiöse Bewußtsein, auf die Erfahrung der religiösen Seele, die sie über sich selbst macht. Das auf diesem Weg gefundene spezifisch Religiöse tritt als ein Normatives dem Menschen gegenüber. Nach Scheller läßt sich Normatives auf keine Weise aus dem Seienden ableiten; es ist allem Sein gegenüber ein

Transzendentes. In Jesus und dem Urchristentum tritt nun das spezifisch Christlich-Religiöse am reinsten in die Erscheinung, um dann im weitem Verlauf der Geschichte beträchtlich abgeschwächt zu werden. Die religiöse Haltung erfährt die Verdunklung durch 2 religionsfremde Denkweisen: durch den Rationalismus und den Empirismus. Unter dem Rationalismus versteht Scheller das Bestreben das Frömmigkeitserlebnis rational zu begründen; durch Zurückführung auf Beweise vom Dasein Gottes und von der Unsterblichkeit der Seele usw., durch Ausbiterung einer Dogmatik. Unter dem Empirismus versteht Scheller in diesem Zusammenhang die Begründung des Religiösen auf Fakta, seien es Wunder, Weissagungen oder andere als übernatürlich zu deutende Ereignisse. Weder Theoretisches noch irgendwelche Ereignisse können Frömmigkeit ihrem Wesen nach begründen Sie ist, in ihrer Reinheit gefaßt, ein normatives Verhalten zur gesamten Wirklichkeit, das eben nicht aus dieser abgeleitet werden kann. Insofern ist das Christentum absolut, als es ein solches Normerleben ist. Aber den Anspruch, daß es die einzige absolute Religion ist, muß es aufgeben.

Das Besondere an dem Gedankengang Schellers ist die Loslösung des religiösen Verhaltens von allen anderen geistigen Einstellungen. Es ist die zuerst von Schleiermacher eingenommene Position. Aber das über diesen und alle seine Nachfolger Hinausgehende ist der Nachweis, daß das Reich transzendenter sittlich-religiöser Normen, dem das Christentum zugehört, nicht im Umkreis der Vernunft liegt. Es ist bezeichnend, daß Scheller sogar Rudolf Ottos Lehre, die gewiß das Religiöse in seinem zentralsten Wesen erfaßt, noch als Rationalisierung der Religion ablehnt. Nach Scheller hätten wir neben dem Reich der Vernunftwerte, der theoretischen, ethischen, ästhetischen usw., noch eine Zone vernunfttranszendenter Werte, wodurch der Wertbegriff dann eine ganz andere Gestalt annimmt. Versuche zu dieser Erweiterung des Wertbegriffs finden wir heute in der Philosophie überall. Schellers Buch ist einer der prägnantesten.

Totenliste In Mailand starb, wie hier bereits in der Rundschau Sozialwissenschaften erwähnt,

Eugenio Rignano, der Herausgeber der *Scientia*, 60 Jahre alt. Er war ein Denker von außerordentlicher Vielseitigkeit. Er hat den Sozialismus mit dem Liberalismus zu versöhnen versucht. Seine zahl-

reichen biologischen Arbeiten zeigen ihn in enger Verbindung besonders mit der Vererbungswissenschaft. Er schrieb eine Kritik der Comteschen Soziologie, Beiträge zum Problem des sogenannten historischen Materialismus und in den Nachkriegsjahren eine Anzahl größerer Werke wie *Psychologie des Denkens*, *Das biologische Gedächtnis*, *Das Problem des Lebens und endlich sein Hauptwerk Das Ziel des Menschen*. Er war Mitglied der Französischen Akademie, zählte zu den auch im Ausland angesehensten italienischen Denkern.

In Groningen starb am 18. Februar, im Alter von 73 Jahren, der Ordinarius der Philosophie *Georg Heymans*. Er war nicht nur ein bedeutender Psychologe, er pflegte auch alle Disziplinen der systematischen Philosophie und trat mit Energie für die Berechtigung der Metaphysik ein, die er im Sinn eines idealistischen Monismus ausführte.

Mitte April starb in Rostock der Ordinarius der Philosophie *Franz Erhardt*, 66 Jahre alt. Er hatte sich 1891 mit einer Arbeit über den Satz vom Grunde als Prinzip des Schließens in Jena habilitiert und wurde 1898 Professor in Rostock. Er hat zahlreiche philosophische Werke verfaßt; so Erkenntnistheorie /1894/, Die Wechselwirkung zwischen Leib und Seele /1897/, Tatsachen, Gesetze, Ursachen /1912/.

Kurze Chronik Die Stadt Königsberg überwiegt zum Gedächtnis Kants bei der Feier der 100. Wiederkehr seines Todestags der Albertus-universität ein Kapital, aus dessen Zinsen alljährlich am 12. Februar, am Todestag Kants, die besten philosophischen Arbeiten von Studierenden *prämiiert* werden sollen. Die philosophischen Thematika können frei gewählt werden. Die Arbeiten sind bis zum 15. Dezember einzureichen. ◊ Die Deutsche Philosophische Gesellschaft will auf ihrer Tagung in Breslau vom 1. bis zum 4. Oktober das Gesamthema *Ganzheit und Form* behandeln. ◊ Mitte April sprach in Berlin der als Gast an die Universität Bonn berufene französische Philosoph Henri Jourdan über *deutschen und französischen Individualismus*. Der Begriff des Individualismus sei bei den Deutschen und den Franzosen ganz verschieden. Der deutsche Individualismus sei ein Individualismus der Person, während sich der französische innerhalb einer Gesellschaft auswirken wolle. Es sei gut solche Begriffe genau zu präzisieren, um sie der Gefahr zu entreißen zu Quellen na-

tionalen Mißverständnisses zu werden. ◊ Vom 23. bis zum 30. April fand im Haag ein Hegelkongreß statt, an dem die hervorragendsten Vertreter der Hegelschen Philosophie aller Länder teilnahmen. Es wurde ein *Internationaler Hegelbund* gegründet. ◊ Der außerordentliche Professor der Philosophie in Breslau *Siegfried Marck* wurde an Stelle des nach München berufenen Richard Högnswald dort Ordinarius. Marck ist als Sozialist bekannt. Er habilitierte sich mit einer Schrift Kant und Hegel, eine Gegenüberstellung ihrer Grundbegriffe, wandte dann sein Interesse immer mehr soziologischen Fragen zu, vor allem dem Marxismus. ◊ Der bisherige Professor der Mathematik in Kiel, *Adolf Fränkel*, bekannt auch als Misrachist, lehrt nun an der Universität Jerusalem; er begann dort mit einer Vorlesung über Mathematik und Philosophie. ◊ Der Ordinarius der Mathematik in Zürich *Hermann Weyl* folgt einem Ruf nach Göttingen, als Nachfolger David Hilberts. ◊ Als Nachfolger Ludwig Schlesingers wurde der Professor an der Technischen Hochschule in Stuttgart *Gustav Doetsch* als Professor der Mathematik an die Universität Gießen berufen. Doetsch' Arbeiten handeln von Funktionentheorie, Integralgleichungen und anderm. ◊ An der Universität Berlin *habilitierte* sich Helmut Kuhn für Philosophie und Ästhetik.

Literatur Christoph Schrempf, der vor einigen Wochen seinen 70. Geburtstag feierte, hat an philosophischen Problemen um ihrer selbst willen kein Interesse, sondern alles ordnet sich ihm in die große Frage nach der Wahrhaftigkeit des innern Lebens ein. Schrempf ist, seitdem er der Kirche den Rücken gekehrt hat, ein Kämpfer und Ringer gewesen, dessen Verdienste um die Vertiefung unseres geistigen Lebens dankbar anerkannt werden müssen. Sein letztes Werk behandelt *Sokrates*, seine Persönlichkeit und seinen Glauben /Stuttgart, Fr. Frommann/. In dieser Schrift, die keine philosophiegeschichtliche Untersuchung sein will sondern bewußt eine Inanspruchnahme des großen athenischen Forderers für die eigenen Ideen, wird Sokrates im wesentlichen nach seiner ethischen Bedeutung gewürdigt. ◊ Den Ausgang der idealistischen Philosophie in Deutschland hielt man früher für reines Epigonentum. In den letzten Jahren mehren sich die Untersuchungen über diese Periode der Philosophiegeschichte, und wir sehen mit Erstaunen, welch ein

originales, kräftiges Denken in jenen Männern wie dem jüngern Fichte, Weiße und anderen lebte. Über *Christian Hermann Weiße* ist eine außerordentlich sorgfältig gearbeitete Untersuchung Kurt Leesers erschienen Philosophie und Theologie im Spätidealismus /Berlin, Junker & Dünnhaupt/. Die Umsicht und Genauigkeit, mit der allen Gedankenmotiven bei Weiße nachgegangen wird, läßt ihn als einen höchst beachtenswerten Denker erscheinen. ◊ Eine gedankenreiche Untersuchung ist das Buch *Oskar Fechners* Das Verhältnis der Kategorienlehre zur formalen Logik /Rostock, C. Hinstorff/. Das nicht sehr umfangreiche Werk kämpft gegen die Logistik oder mathematisierende Logik und vor allem gegen die transzendental idealistische Lehre Kants. Im Anschluß an Alexander Pfänder, aber im einzelnen durchaus selbständig, vertritt der Verfasser eine ontologische Auffassung. Die Kategorien weisen real, ideal oder phänomenal ontologische Züge auf. Zu den real ontologischen gehören Ding an sich, körperliche Undurchdringlichkeit, Kausalität, ideal ontologisch sind Ähnlichkeit, Typus, phänomenal ontologisch zum Beispiel der euklidische Raum. Die Schrift wird in der Diskussion des Kategorienproblems in der nächsten Zeit noch eine Rolle spielen. ◊ Der Marburger Professor *Theodor Siegfried*, den Lesern der Sozialistischen Monatshefte als Bearbeiter der Rundschau Religionswissenschaft bekannt, veröffentlichte eine Arbeit über Luther und Kant /Gießen, Alfred Töpelmann/. Der Vergleich geschieht im Anschluß an den Gewissensbegriff. Es ergibt sich auch an diesem Sonderbeispiel, wie ungewöhnlich vielfältig die Verbindungen sind, die Kant mit Luther verbinden, und wie doch in der Lehre von der Gewissensautonomie etwas dem Lutherschen Standpunkt ganz Fremdes enthalten ist. Die Schrift, die methodisch durch die Feinheit der historisch-systematischen Analyse lehrreich ist, hat einen über die Bedeutung einer Spezialuntersuchung hinausgehenden Wert durch die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge, die sie teilweise ganz neuartig faßt. ◊ Von *Carl August Emge*, der in Jena zugleich Professor der Philosophie und der Rechtswissenschaft ist, liegt eine Untersuchung Der philosophische Gehalt der religiösen Dogmatik vor /München, Ernst Reinhardt/. Die Bedeutung dieser Schrift liegt darin, daß sie den Gedanken Hegels von einem spekulativen Gehalt der religiösen Dogmatik neu begründen will.

Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Nansen † Besondern Anlaß zur Trauer bietet der Weltgemeinschaft der Sozialisten das Hinscheiden des Friedens- und Menschenfreunds Fridtjof Nansen, der am 13. Mai starb. Nansen wurde am 10. Oktober 1861 unweit Oslos geboren. Er studierte Zoologie, befaßte sich hier insbesondere mit der Anatomie der Robbenarten. Aus diesem Anlaß unternahm er auch seine erste Fahrt ins Eismeer mit einem Robbenfängerboot. Er wurde sodann Konservator des Zoologischen Museums in Bergen, vertauschte aber die Studierstube bald mit der Forschung im Feld und durchquerte als erster auf Skiern Südgrönland. Als man auf dem Treibeis auf der südlichen Westküste Grönlands eine Reihe von Gegenständen fand, die von einem, 3 Jahre vorher bei den Neusibirischen Inseln gesunkenen Schiff herrührten, folgerte Nansen, daß eine Strömung vorhanden sei, die an den Pol heranzühre, und deren man sich zur Erreichung des Nordpols bedienen müsse. Diesen Gedanken führte er 1893 mit der *Fram* durch: Er fuhr von Vardö nach dem Sibirischen Eismeer (hierbei entdeckte er noch die Lenamündung), ließ dort sein Schiff einfrieren und durch die Strömung nach Nordwesten treiben. Er verließ jedoch das schließlich festgefahrene Schiff und erreichte auf Schlitten die geographische Breite von $86^{\circ} 4'$, die bis dahin höchste erreichte Polhöhe. (Auch bis heute ist auf der Erdoberfläche niemand näher an den Pol gekommen.) 1896 kehrte Nansen zurück, wurde 1897 Professor in Kristiania (heute Oslo). Den Forscher fesselten nun nicht mehr zoologische, sondern ozeanographische Probleme. Er nahm 1910 an der Tiefseeexpedition zwischen Norwegen und Grönland teil, wurde 1901 Leiter des Internationalen Laboratoriums für Meeresforschung, 1906 bis 1908 norwegischer Gesandter in London. Seitdem lebte er wieder in Oslo. Bei Ausbruch des Weltkriegs schrieb er: »Welch ungeheurer Verlust für Europas Kultur! Was alles hätte sich schaffen lassen, wenn diese Summe von Kraft und organisatorischer Tüchtigkeit, diese Begeisterung und selbstlose Aufopferung, die sich jetzt so großartig entfaltet, auf das eine Ziel gerichtet worden wäre sich die Erde dienstbar zu machen!« Nach dem Weltkrieg leitete er 1921 und 1922 die Internationale Aktion zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und die Hilfsexpedition in die russischen Hungergebiete. Er wurde 1922 mit dem Nobelfriedenspreis ausgezeichnet

und war seitdem Vertreter Norwegens im Völkerbund. Er bemühte sich noch um die armenischen Flüchtlinge und um die zahlreichen, infolge der Kriegs- und Nachkriegswirren staatenlos in Europa umherirrenden Emigranten. Seinem Einfluß ist es zu verdanken, daß für diese Unglücklichen ein rechtsgültiger internationaler Ausweis geschaffen wurde, der unter dem Namen Nansenpaß bekannt geworden ist. Nansen hat auch eine rege schriftstellerische Tätigkeit entfaltet. Er veröffentlichte unter anderm Auf Schneeschuhen durch Grönland /1890-1891/, Eskimoliv /1891/, In Nacht und Eis /1898/, Scientific Results /1900/, Nebelheim /1911/; die deutschen Ausgaben erschienen bei F. A. Brockhaus in Leipzig.

Nansen war ein Mann von wahrhaft umfassendem Geist. Seine persönliche Art war es die Geheimnisse des Lebens und der Erde nicht nur mit den Mitteln des Denkens sondern auch unter Einsatz körperlicher Kraft zu enträtseln. Daneben aber nahm er regsten Anteil am politischen Geschehen seiner Epoche. Daß er dem kontinentaleuropäischen Programm der Sozialistischen Monatshefte sehr nahe stand, daß ihm insbesondere der Gedanke der kulturellen Einheit Europas geläufig war, zeigt die oben zitierte Äußerung.

Ostasien

Die in dieser Rundschau (1930 I Seite 82 und folgende) gewürdigte Publikation Georg Wegeners über China ist die wissenschaftliche Arbeit eines bürgerlichen Gelehrten. Wenn sie als solche auch erheblich systematischer ist, wird der Sozialist doch dem Buch *Kuo Schien Jens* und *Karl Hinkels* 4600 Jahre China, seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse /Göttingen, Verlag Öffentliches Leben /in vieler Beziehung den Vorzug geben müssen. Man kann sagen, daß dies das Buch des Sozialisten über China ist, das bisher fehlte. Die Verfasser stellen den Klassencharakter der frühern und gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft in den Vordergrund; sie zeigen, wie sich durch die Einführung des Privateigentums am Boden und die dadurch hervorgerufene Beseitigung des kollektivistischen Agrarsystems durch die Fürsten 2 Klassen herausbildeten; Personen, die es verstanden große Flächen Bodens an sich zu bringen, wurden damit die Häupter der Sippen, der mächtigen Träger und Beherrscher der chinesischen Gesellschaft; das demokratische Prinzip innerhalb der Sippen (jeder Verheiratete hatte Stimmrecht) wurde aufgegeben, wodurch diese zu Hintersassen der Latifundienbesitzenden Sippenhäupter herabsanken und sich ihrerseits zu besonderen Organisationen der Besitzlosen zusammenschlossen, die es nunmehr in China schon seit 200 vor Christus gibt. (Die in europäischen Tageszeitungen oft genannten "Räuber" sind weiter nichts als derartige besitzlos gewordene Bauernschaften.) Die Frage, die sich hier erhebt, nämlich die nach der Wurzel der Sippenmacht, beantworten die Verfasser dahin, daß sie auf dem Ahnenkult beruhe. Das ist richtig, doch es müßte hierüber wohl mehr gesagt werden. Es geht nicht an eine wichtige Feststellung in Parenthese abzutun, weil sie zufällig ins Metaphysische führt, zumal gerade dieser Ahnenkult mit seinen chinesischen Besonderheiten die Hauptursache für die außerordentliche Fruchtbarkeit des Volks und damit für die strichweise enorme Übervölkerung darstellt, also gewaltige soziale Auswirkungen im Gefolge hat. Abgesehen von diesem Manko und einem weitem, von dem gleich die Rede sein wird, muß das Buch aber als ein ausgezeichnetes Informationsmittel über die Dinge in China bezeichnet werden. Die Darstellung umfaßt die Zeit von 2700 vor Christus bis Mitte April 1929, und es ist zu wünschen, daß sie fortgesetzt wird. Der Verlauf der Dinge bis zum 16. Jahrhundert ist allerdings etwas summarisch skizziert, doch ist alles entwicklungs-mäßig Wesentliche richtig herausgearbeitet; insbesondere lassen die Verfasser die chinesischen Geschichtschreiber und Philosophen, so unter anderen Kungfutse und Mong Dsi, oft selbst sprechen. Der Abschnitt über den Zusammenprall chinesischen und westeuropäischen Wesens ist von besonderer Klarheit, auch in der räumlichen Anordnung des Stoffs. Paralleldarstellungen des innen- und außenpolitischen sowie militärischen Geschehens vermitteln ein genaues Bild vom Ablauf der Ereignisse; ein Anhang enthält eine Fülle dokumentarischen und statistischen Materials (zum Beispiel das politische Testament Sun Jat Sens, das Programm der Nankingregierung, Einwirkungen des Bolschewismus und der abendländischen Missionsgesellschaften auf das chinesische Geistesleben, Ergebnisse von Erhebungen über die noch immer erschütternde Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere Frauen- und Kinderarbeit, und anderes mehr). Die Vorbemerkungen über die chinesische Sprache und Schrift erreichen ihr Ziel dem Europäer die chinesischen Personen- und Ortsnamen verständlich zu machen. Die Aussichten für die Verwirklichung des Sozialismus in

fundienbesitzenden Sippenhäupter herabsanken und sich ihrerseits zu besonderen Organisationen der Besitzlosen zusammenschlossen, die es nunmehr in China schon seit 200 vor Christus gibt. (Die in europäischen Tageszeitungen oft genannten "Räuber" sind weiter nichts als derartige besitzlos gewordene Bauernschaften.) Die Frage, die sich hier erhebt, nämlich die nach der Wurzel der Sippenmacht, beantworten die Verfasser dahin, daß sie auf dem Ahnenkult beruhe. Das ist richtig, doch es müßte hierüber wohl mehr gesagt werden. Es geht nicht an eine wichtige Feststellung in Parenthese abzutun, weil sie zufällig ins Metaphysische führt, zumal gerade dieser Ahnenkult mit seinen chinesischen Besonderheiten die Hauptursache für die außerordentliche Fruchtbarkeit des Volks und damit für die strichweise enorme Übervölkerung darstellt, also gewaltige soziale Auswirkungen im Gefolge hat. Abgesehen von diesem Manko und einem weitem, von dem gleich die Rede sein wird, muß das Buch aber als ein ausgezeichnetes Informationsmittel über die Dinge in China bezeichnet werden. Die Darstellung umfaßt die Zeit von 2700 vor Christus bis Mitte April 1929, und es ist zu wünschen, daß sie fortgesetzt wird. Der Verlauf der Dinge bis zum 16. Jahrhundert ist allerdings etwas summarisch skizziert, doch ist alles entwicklungs-mäßig Wesentliche richtig herausgearbeitet; insbesondere lassen die Verfasser die chinesischen Geschichtschreiber und Philosophen, so unter anderen Kungfutse und Mong Dsi, oft selbst sprechen. Der Abschnitt über den Zusammenprall chinesischen und westeuropäischen Wesens ist von besonderer Klarheit, auch in der räumlichen Anordnung des Stoffs. Paralleldarstellungen des innen- und außenpolitischen sowie militärischen Geschehens vermitteln ein genaues Bild vom Ablauf der Ereignisse; ein Anhang enthält eine Fülle dokumentarischen und statistischen Materials (zum Beispiel das politische Testament Sun Jat Sens, das Programm der Nankingregierung, Einwirkungen des Bolschewismus und der abendländischen Missionsgesellschaften auf das chinesische Geistesleben, Ergebnisse von Erhebungen über die noch immer erschütternde Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere Frauen- und Kinderarbeit, und anderes mehr). Die Vorbemerkungen über die chinesische Sprache und Schrift erreichen ihr Ziel dem Europäer die chinesischen Personen- und Ortsnamen verständlich zu machen. Die Aussichten für die Verwirklichung des Sozialismus in

China sind nach der Meinung der Verfasser an die Voraussetzung geknüpft, daß sich innerhalb und außerhalb Chinas eine genügende Anzahl von Sozialisten findet, die in klarer Erkenntnis der Klassenscheidung im chinesischen Volk eine politische Organisation schafft, die den Rechtsstaat des Kungfutse durch den Klassenkampf herstellt. Wie es um die Verwirklichung dieser Voraussetzung innerhalb Chinas bestellt ist, wird nicht klar ausgeführt, doch wird sie als »nicht hoffnungslos« bezeichnet.

Auch diesem Buch haftet ein Mangel an, der die meisten dieser Ländermonographien charakterisiert: Ihre Verfasser erkennen nicht, daß das beschriebene Gebiet nur ein Teilproblem innerhalb eines Problemkomplexes darstellt, nämlich des Problems der Herausbildung eines durch räumliche, weltpolitische und weltwirtschaftliche Momente bedingten Wirtschaftsimperiums. China scheint berufen zu sein den Kern des sich anbahnenden Wirtschaftsimperiums Ostasien abzugeben. So muß China gesehen, so dargestellt werden; zum Beispiel hätten auch die Interessenüberschneidungen Chinas und Japans im mandschurischen Raum ausführlicher behandelt werden sollen. Hätten die Autoren sich zu diesem Standpunkt emporgeworfen, so hätte auch die Frage nach der Möglichkeit den Sozialismus in China zu verwirklichen erheblich positiver beantwortet werden können.

Etwas besser gerecht wird der Forderung wirtschaftsimperialer Betrachtungsweise eine Reihe von Studien zur Wirtschaft Koreas, in dem von K. Funada herausgegebenen *Journal of the Keijo Imperial University Social Sciences Association* /Tokjo, Toko Shoin/, insofern als hier der Konnex dieser japanischen Kolonie, die erst kürzlich durch Befreiungsbestrebungen der Eingeborenen von sich reden machte, mit den Nachbarländern, namentlich natürlich mit Japan, einigermaßen herausgearbeitet ist. Von den zahlreichen Neuerungen, die die Kolonisatoren ins Land trugen, haben die Koreaner nur wenig Notiz genommen. Sie halten, wie H. Schikata ausführt, trotz allen Bemühungen sie mit den Möglichkeiten der modernen Wirtschaft bekannt zu machen noch zäh an ihren Märkten und Messen aus der vorjapanischen Zeit fest. So kommt es, daß Altes und Neues in Korea noch gänzlich unberührt neben einander bestehen. In anderer Beziehung ist jedoch die Verquickung koreanischer und japanischer Interessen stark fortgeschritten. So sind 80 % des koreanischen Außenhandels Handel mit und von Ja-

pan, und nicht nur Güter sondern auch Menschen, das heißt Arbeitskräfte, gibt Korea in hoher Zahl alljährlich nach Japan ab, wo diese Zuwanderung die bereits ungünstige Lage des Arbeitsmarkts noch schwieriger gestaltet. F. Jamada, der hierüber referiert, empfiehlt nicht Drosslung, aber Kontrolle der koreanischen Einwanderung nach Japan, vor allem aber Öffnung der Mandschurerei für die auswanderungsbereiten Massen Koreas. Man erkennt hier deutlich, daß innerhalb Asiens ganz ähnliche wirtschafts- und sozialpolitische Unausgeglichenheiten (Übervölkerung und Arbeitsmangel einerseits, Untervölkerung und Arbeitermangel andererseits) vorhanden sind wie innerhalb Europas, und daß der menschliche Geist zur Behebung dieser Spannungen ganz ähnliche Methoden ersinnt wie die in den Sozialistischen Monatsheften für Kontinentaleuropa ständig gewiesenen. Die Abhandlungen K. Tsumagari und T. Suzukis zeigen, daß die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere auch im vorjapanischen Korea schon bekannt war. Allerdings sind durch die Kolonisation ebenfalls viele Expropriationen Einheimischer bewirkt worden, was sich mit der damals mangelhaften kolonialisatorischen Erfahrung der Japaner erklären, wenn auch nicht entschuldigen läßt. Immerhin hat Japan das Verdienst die koreanischen Staatsfinanzen geordnet und in Korea mit den Wohltaten der Zivilisation nicht geizig zu haben (Schulen, Krankenhäuser usw.). K. Moritani setzt sich in seinen Bemerkungen zur Nationalitätentheorie der Sozialdemokratie mit Karl Kautsky und Otto Bauer auseinander. Man möchte wünschen, daß diese in japanischer Sprache und Schrift veröffentlichten Essays in eine westeuropäische Sprache übersetzt würden, damit sie auch hier einem weitem Kreis europäischer Leser zugänglich wären.

Sprachenpflege Die Konferenz der Freunde der Kunstsprachen (siehe weiter unten Seite 605 den Abschnitt Tagungen) ließ erkennen, daß die Bestrebungen zur Schaffung einer künstlichen, überall zu verstehenden Sprache zwar an Boden gewinnen, aber von ihrem Ziel doch noch recht weit entfernt sind. Solange sich dies nicht erheblich ändert, wird die Aneignung, Vertreibung und Vertiefung von Sprachkenntnissen gefordert werden müssen. Einmal als eins der wichtigsten Mittel zur psychischen Vorbereitung Kontinentaleuropas; denn nur wer mit einem Menschen oder einer Gruppe von solchen in deren eige-

ner Sprache zu reden versteht, vermag sich in die Seele dieser Menschen wahrhaft hineinzusetzen. Zum andern aber kann es den Vormarsch der kontinentaleuropäischen Idee nur beschleunigen, wenn möglichst viele Europäer auch in die außerhalb des europäischen Kontinents heimischen Sprachen möglichst tief eindringen; denn die aus der Kenntnis der Sprachen sich ergebende Kenntnis der Seelenhaltungen ist geeignet den noch Zweifelnden die Notwendigkeit des Vereinigten Europäischen Kontinents zum Teil drastisch zu illustrieren.

Unter diesem Gesichtspunkt wird man den Stoff straff zusammenfassende und gut ordnende Informationsmittel wie S. A. Nocks und H. Mutschmanns *Spoken American* /Leipzig, B. G. Teubner/ sowie das *America of to-day* /Berlin, Langenscheidt/ nur begrüßen können. Beide Hefte haben das Ziel die Eigenarten des *Englisch der Vereinigten Staaten von Amerika* und die des Lebens und Denkens des "Drüben" herauszuarbeiten fast durchweg erreicht. Das heutige Alltagsleben des amerikanischen citizen wird in lebendig flüssiger Form widergespiegelt, der Leser in idiomatischer Sprache in die Institutionen des Landes und die Denkweise seiner Menschen eingeführt; daß diese ganz überwiegend angelsächsisch ist, daß Utilitarismus und materielle Kultur noch immer Richtung und Ziel sind, erkennt man aus beiden Darstellungen deutlich, und es ist den Verfassern hoch anzurechnen, daß sie darauf verzichteten uns die Angelsachsen als Gipfel menschlicher Vollkommenheit "erleben" zu lassen; was in manchen derartigen Darbietungen zu geschehen pflegt und aus der Liebe des Arbeitenden zu seinem Objekt erklärlich, wenn auch nicht verzeihlich ist.

Worin bestehen nun eigentlich die Besonderheiten des American English im Gegensatz zum British English? Im Leben der Sprachen, sagt Otto Jespersen, der berühmte Kopenhagener Linguist (siehe sein Buch *Mankind, Nation and Individual from a Linguistic Point of View* sowie die ausführliche Besprechung des Bearbeiters dieser Rundschau im 1. Heft 1928 der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie /Leipzig, C. L. Hirschfeld/), beobachten wir 2 einander entgegenwirkende Tendenzen: die zur Zersplitterung und die zur Vereinheitlichung. Ergebnis der Vereinheitlichung sind die Common oder Standard Languages, Ergebnis der Zersplitterung die Dialekte. Ursachen der Tendenz zur Dialektbildung ist »want of communica-

tion for whatever reason«. Daß diese Formel auf das Amerikaenglisch nur wenig zutrifft und die Ursachen der Dialektbildung nicht erschöpft, erhellt ohne weiteres; denn ein Verkehr zwischen Mutterland und Kolonie hat stets bestanden, der Ozean hat eher verbindend als trennend gewirkt, zumal mit fortschreitender Technik. Was hingegen in den Vereinigten Staaten von Amerika viel stärker dialektbildend gewirkt hat, ist die Eigenart der von den besonderen geographischen Verhältnissen, auch dem Koloniallandcharakter, diktierten Lebensformen. Lautwandel innerhalb eines Terminus, der das erheblich konservativere Schriftbild noch nicht zu ändern braucht, ferner Bedeutungswandel eines Terminus, endlich Termini, die offensichtlich aus anderen Sprachen als dem Englischen, insbesondere dem Spanischen und Indianischen, stammen, gehören zu diesen, Amerikanismen genannten Eigenheiten des transatlantischen Englisch. Die beiden letztgenannten Eigenheiten beschränken ihr Vorkommen allerdings vornehmlich auf die Südweststaaten der Union, insbesondere Texas, die überwiegend Landwirtschaftsgebiete sind. Sie finden sich daher nicht in den beiden Arbeiten, die sich allem Anschein nach auf den Slang der Großstädte des Ostens und des Zentrums beschränken.

Auf mehr Indianisches stößt man hingegen noch in demjenigen Bändchen der erwähnten Langenscheidtschen Publikationsreihe, das sich mit dem *amerikanischen Spanisch* befaßt: *La América española de hoy*. Die klangreichen indianischen Worte fügen sich dem nicht weniger klangreichen südwestromanischen Idiom gut ein, und es läßt sich überhaupt erkennen, daß die romanische Kolonisation von den vorcolumbischen amerikanischen Lebensformen erheblich mehr bestehen ließ als die angelsächsische. Allerdings stieß die erste unter andern auch auf die indianischen Hochkulturen, die den Kolonisationswellen einen härtern Widerstand entgegenzusetzen vermochten als die Stämme im Nordteil des Kontinents. Auch war der Erschließungswille dieser Kolonisatoren anscheinend infolge geringerer wirtschaftlicher Veranlagung nicht so ausgeprägt wie der der Angelsachsen. Aber daneben geht eins doch aus der Lektüre auch dieses Bandes deutlich hervor: Yankeegeist und Yankeegeiz bemächtigen sich in ständig zunehmendem Maß systematisch trotz aller kulturellen Aversion auch der lateinamerikanischen Volkswirtschaften. Europa wird sich beeilen müssen, wenn es

einigermaßen Schritt halten will mit dem Wirtschafts-imperialismus der Neuen Welt, wo man weniger über die Dinge spricht, dafür um so tatkräftiger vorgeht.

Es ist jedenfalls erfreulich zu sehen, wie viel politische und menschheits- und landeskundliche Einsicht mit so geringen Hilfsmitteln wie den 3 aufgeführten Arbeiten verbreitet werden kann; doch wäre zu wünschen, daß namentlich die erste noch schärfer herausgearbeitet würde.

Vorgeschichte Von der Form und der Verbreitung des Lebens des vorgeschichtlichen Menschen im südlichen Mitteleuropa, vornehmlich in den Alpen, haben wir heute ein ziemlich umfassendes und klares Bild. Hierüber orientiert uns *Leonhard Franz* in seiner Arbeit *Vorgeschichtliches Leben in den Alpen* /Wien, Anton Schroll & Co./ Das Verhalten auch des vorgeschichtlichen Individuums, insbesondere seine Versuche zur Raumüberwindung und Raumnutzung, waren schon ausschließlich von wirtschaftlichen Motiven diktiert. Die ersten Menschen, die zwischen den Eiszeiten in die Alpen eindrangen, waren Bärenjäger. Ihnen folgten andere, die man durchaus Bergleute nennen kann; sie gruben nach Kupfer, Gold, Eisen und Blei. Die Pfahlbauten in den oberösterreichischen Seen waren Zentren eines weitverzweigten Handels mit Gegenständen aus diesen Metallen, namentlich aus Eisen. Besonders aber lockte der noch heute vorhandene Salzreichtum der Hallstätter und Halleiner Berge zu tieferm Eindringen in die Erdkruste. In geschichtlicher Zeit hat die Römer ihre Abneigung gegen das Gebirge nicht abgehalten militärisch und wirtschaftlich in das Gebiet einzudringen. Bei Dellach, im Gebiet der Ambliker, die bereits Ptolemäus bekannt waren, wurde eine römische Siedlung, Festung und Kultstätte entdeckt. Wie wir es bei der Besiedlung nahezu aller Gebirgsgebiete beobachten können, hält sich diese auch hier zunächst an die Täler. Was aber nicht gegen die Erkenntnis spricht, daß die vorgeschichtliche Besiedlung der Alpen eine unmittelbare Folge der zahlreichen Mineralvorkommen ist. Das ästhetische Interesse am Gebirge ist ein Merkmal einer erst viel spätern Zeit. Wir finden es in der frühmittelalterlichen Literatur bei Petrarca und Franz von Assisi; auch in der mittelhochdeutschen Lyrik und Epik. In der Malerei tauchen Alpenmotive besonders seit Dürer auf. Das hygienische Interesse ist ein Kind der Neuzeit.

Tagungen Am 25. und 26. Februar tagte in der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin die *Internationale Kartenkommission*. Die Verhandlungen erstreckten sich über die Vorbereitungen zur Herstellung einer geologischen Weltkarte und einer Neuauflage der geologischen Karte des Deutschen Reichs.

In der Osterzeit veranstaltete die Staatliche Stelle für *Naturdenkmalpflege* eine Studienfahrt nach Kassel und ins Lahnthal unter Führung des Kunsthistorikers Elfried Bock von der Technischen Hochschule Berlin. Besichtigt wurden die Umgebungen von Altkassel, Marburg, Weidenhausen, Wetzlar, Weilburg, Limburg, Münzenberg, Büdingen, Gelnhausen.

In Rom fand im April die 1. Sitzung der *Internationalen Volkskunstkommission* statt, die ihren Verwaltungssitz beim Internationalen Institut für Geistige Zusammenarbeit in Paris hat, und deren Präsident der Direktor des Altonaer Museums Otto Lehmann ist. Man will zunächst in Bern eine Internationale Volkskunstausstellung veranstalten. In Rom war das Thema gestellt: Volksmusik und Volkstanz in ihren Beziehungen zum Volksleben. Als erstes Dokument der Zusammenarbeit soll eine Arbeit über die alte Volkssitte des Fahenschwenkens veröffentlicht werden, und man ist dabei bestrebt die noch bestehenden Gebräuche dieser Art möglichst in Film festzuhalten. Über Hochzeitsgebräuche in Polen referierte der polnische Ethnologe Adam Fischer, über Jugendmusikbewegung in Deutschland Hans Mersmann.

In Genf fand im Mai eine Konferenz von Vertretern aller bedeutenderen Systeme von internationalen *Kunstsprachen* in Gemeinschaft mit Linguisten statt, unter dem Vorsitz Otto Jespersens. Anwesend waren die Erfinder oder Vertreter von Esperanto, Ido, Occidental, Novial und Latino sine flexione. Die Konferenz nahm Kenntnis von den Arbeiten Arthur Collinsons /Liverpool/ und Edward Sapirs /Chicago/ über das den Sprachen der Menschen Gemeinsame. Unter der führenden Mitwirkung namentlich Albert Debrunners /Jena/, dem Herausgeber des Indogermanischen Jahrbuchs, und Eduard Hermanns /Göttingen/ hofft die Konferenz eine ständige Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Weltsprachprojekte und den wissenschaftlichen Linguisten sichern zu können. Auch soll das Weltsprachproblem auf die Tagesordnung des nächsten Sprachforscherkongresses gesetzt werden, der im August in Genf stattfinden wird.

Kurze Chronik Auf Einladung des Germanistischen Seminars der Pariser Universität sprach Sigmund Feist aus Berlin in französischer Sprache vor einer großen Zuhörerschaft über den *Ursprung der Runenschrift*. Feist verwirft die bisherige These, nach der die Zeichen dem lateinischen und griechischen Alphabet entnommen seien, und bringt sie mit kürzlich an der illyrischen Küste und in Steiermark gefundenen Inschriften in Verbindung. ◊ Im Schloßflügel des frühern Marstallgebäudes zu Berlin wird ein *Iberoamerikanisches Institut* eingerichtet. Hierzu stiftete der argentinische Professor Ernesto Quesada eine Bibliothek von 80 000 Bänden. Auch der Staat Mexico schenkte erhebliche Bücherbestände. Diesem Institut wird auch das bisher von Otto Quelle in Bonn geleitete Iberoamerikanische Forschungsinstitut angegliedert. ◊ In der Berliner Universität wurden von der Geographischen Arbeitsgemeinschaft 3 Filme gezeigt: über die Ausgrabungen in Ephesus, über den Ausbruch des Ätna 1928 und über die Grönlandexpedition Alfred Wegeners. ◊ Am 30. November 1929 wurde in Berlin ein *Volksmuseum für Frauenkunde* eröffnet, das unter der Leitung Wilhelm Liepmanns steht und dem Deutschen Institut für Frauenkunde angeschlossen ist. Es veranschaulicht die Anatomie und Physiologie der Frau sowie die Geschichte der Frauenkunde und soll Kenntnisse verbreiten, die für die Gesunderhaltung der Frauen und der kommenden Generation notwendig sind. ◊ Eine auf dem Linguistenkongreß von 1928 eingesetzte Kommission beschloß einen allgemeinen *Atlas der Sprachforschung* zu schaffen. Dabei sollen besonders die schriftlosen Naturvölker berücksichtigt werden. ◊ Der Heidelberger Theologe Arthur Waser wurde Leiter des Deutschen Palästinainstituts in Jerusalem. ◊ Der frühere preußische Unterrichtsminister Carl Heinrich Becker übernahm den Lehrstuhl für Islamkunde an der Universität Berlin. ◊ Der Inhaber des Lehrstuhls für Afrikanische Sprachwissenschaft in Berlin Diedrich Westermann wurde Ehrenmitglied der Französischen Gesellschaft für Anthropologie. ◊ Der Berliner Religionsforscher, Ethnologe und Amerikanist Karl Theodor Preuß wurde Ehrenmitglied der Société des Américanistes in Paris. ◊ Die Mitteilungen der Pariser Société de Géographie bringen anläßlich der 20jährigen Wiederkehr des Geburtstags Antoine de Bougainvilles eine längere Würdigung der Verdienste dieses Forschungsreisenden.

Literatur Wenn der Verlag F. A. Brockhaus in Leipzig ein Buch wie das *Hans Stadens* Ein deutscher Landsknecht in der Neuen Welt, das in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts erschien und in viele Sprachen übersetzt wurde, von einem guten Kenner der abgelegenen Materie, R. Lehmann-Nitsche, durcharbeiten und in das Schriftdeutsch des 20. Jahrhunderts übersetzen läßt, und dies, ohne der alten Diktion Gewalt anzutun, und wenn er dabei Karten und Holzschnitte nicht spart, so ist ein solches Vorhaben nur zu begrüßen. Denn Hans Staden bildet mit Nikolaus Federmann und Ulrich Schmidel das Triumvirat des deutschen Anteils an der ersten Erschließung Südamerikas. (In Lateinamerika ist diese Trias so bekannt wie sie bei uns unbekannt ist.) Er segelte als Teilnehmer einer der ersten spanischen Expeditionen nach Brasilien, geriet in die Gefangenschaft der Tupi, wäre beinahe dem Kannibalismus zum Opfer gefallen. Was er erlebte, zeichnete er getreulich auf. Sein Buch ist eine wichtige Quelle zur Ethnographie Südamerikas. Durch die Brockhaus'sche Ausgabe ist es nunmehr auch einem breitem Kreis von Interessierten zugänglich geworden. ◊ Dem Geographen ist das Werk *Rudolph Reinhardts Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde* /Breslau, Ferdinand Hirt/ bereits seit langem bekannt. Der 1. Teil bietet einen guten Überblick über die Güter der Erde. Der 2. Teil, die Staatenkunde, sucht das Werden und den jetzigen Zustand der Staaten von innen heraus zu entwickeln; er ist ein Merkmal neuer Methodik. Etwas mehr Produktionsstatistik wäre erwünscht.

Psychologie / Hugo Ehlers

Politische Meinung und Resentiment Man hat die Suggestion definiert als Übernahme von Überzeugungen durch den Mitmenschen, der nicht selbst Stellung genommen, aber das Bewußtsein eigener Stellungnahme hat, auf "echtem" Weg dazu gekommen zu sein glaubt, also ohne deutliche Kenntnis des psychischen Zusammenhangs ist. Es ist bekannt, welche Rolle die summarische Suggestion bei der Bildung von politischen Ansichten und Gedankengängen spielt. So entsteht der Glaube an bestimmte Staatsformen oder Rassetheorien bei gleichzeitiger Überzeugung diese theoretisch rechtfertigen zu können. Überlegung zeigt, daß aus dem irrationalen Affekt nachträglich die rationale Theorie erwächst, um nun auf diesen zurückzuwirken.

Eine Ahnung dessen erhält der von einer Parteimeinung Überzeugte in jener leeren Zeit, da eine bestimmte theoretische Begründung seines Standpunkts, mindestens für ihn selbst, ihre Überzeugungskraft verloren hat, eine neue aber noch nicht gebildet wird. In dieser Zwischenzeit, wenn er sich selbst über den Grund seiner Überzeugung Rechenschaft gibt, entdeckt er, daß sie sich nur auf den Glauben stützt. Es zeigt sich, daß die intellektuelle und die emotionale Sphäre durchaus ein getrenntes Dasein führen können. Welche Rolle das emotional-volitiv Denken im Gegensatz zum kognitiven spielt, hat Heinrich Maier 1908 in seiner grundlegenden Psychologie des emotionalen Denkens /Tübingen, J. C. B. Mohr/ dargelegt. Er zeigte auch, daß eine wesentliche Gruppe von Denkfunktionen, die Rechtssätze, immer noch irrtümlich der kognitiven Sphäre zugewiesen werden.

Einen besonders, tiefer individuell bedingten Fall der politischen Meinungsbildung bewirkt die Überwertigkeit. Eine Idee wird überwertig, das heißt, sie rückt für den Menschen, der sie hat, aus der Reihe seiner übrigen Ideen heraus in eine Zone der Unangreifbarkeit. Wenn ein Gespräch, eine Diskussion seine übrigen Ideen berichtigt, reinigt, verändert, so ist die Diskussion über eine für ihn überwertige Idee nur das Mittel diese in seinen Augen noch höher zu stellen. Die Ursache der Überwertigkeit ist häufig die Fixierung, ein Begriff, der von Freud her bekannt (allerdings hier auf sexuelle Erlebnisse eingeschränkt), von *Gaston Roffenstein* (Zur Psychologie der politischen Meinung, in der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie /Leipzig, C. L. Hirschfeld/) folgendermaßen erklärt wird: »Ein Ereignis, das zum erstenmale einen bestimmten Affekt erleben läßt, kreierte gleichsam die betreffende Affektqualität für das Leben... Eine einmal erlebte Machtsituation wirkt häufig in der Richtung der Parteinahme für die Herrschenden, mit denen man sich im geheimen identifiziert, eine einmal erlebte schwere Kränkung, zum Beispiel im militärischen Subordinationsverhältnis, schafft eine starke antimilitaristische Affektlage.« Daneben und anscheinend mehr an der Oberfläche spielen die sachlichen und rationalen Begründungen ihre Rolle. Überhaupt braucht der Hinweis auf die Irrationalität der Meinungsbildung den Glauben an eine gewisse Objektivität nicht einfach zu erschüttern. *Gaston Roffenstein* hat hier gegen *Max Scheler* recht, wenn er es

ablehnt »jede naive oder sonstige Abweichung von üblichen Wertungen als Ressentiment anzusprechen«, weil er keine »objektive Werttafel« im Scheler'schen Sinn anerkennt, von der sich jede Abweichung als Ressentiment ablesen läßt. Auch darin muß man ihm zustimmen, daß er die moralische Bewertung des Ressentiments ablehnt. »Dem Ressentiment verdanken wir in der Geschichte Blüte und Verfall, Wohlfahrt und Zerstörung wohl zu gleichen Teilen.«

Die interessante Untersuchung des Münchener Kriminalisten *Hans von Hentig* Robespierre, Studien zur Psychopathologie des Machttriebes /Stuttgart, Julius Hoffmann/ ist dagegen geneigt der gewöhnlichen, gewissermaßen primären Ablehnung und Abwendung von der positiven Bedeutung des Ressentiments nachzugeben. Für Hentig löst sich das Rätsel Robespierre als »aggressive Moral, Weltverbesserung aus empörtem Neid, Leistungsantrieb aus Insuffizienz«. Er sieht in Robespierre ressentive Aktivität, deren Grund im Versagen liege, und er erklärt dementsprechend seine Größe für exogen. Derartige Begriffe sind Widersprüche in sich selbst. Von welchem Standpunkt aus wird hier »Größe« beurteilt?

Hier ist wohl eher *Ernst Kretschmer* (Geniale Menschen /Berlin, Julius Springer/) zuzustimmen: »Man kann das Ich und seine Eigenschaften nicht vollständig in für den Lebenskampf gebaute Scheinpositionen, in fiktive Kulissen auflösen. Irgendwo hinter der Szene muß immer der archimedische Punkt gefunden werden. Hier erst ist das primäre Ich, das heißt die Summe der durch die Erbanlage gegebenen Dispositionen und Reaktionsmöglichkeiten, die individuell sehr verschieden sind... Man kann nicht ungefähr alle Persönlichkeitsprobleme nach der Einheitsschablone der überkompensierten Minderwertigkeit auflösen wollen, ohne diese am rechten Platze ausgezeichnete und treffende Theorie zu banalisieren und zu entwerten.« Abgesehen davon, daß oft Nervöse in einer asthenischen, depressiven Haltung dem Leben gegenüber verharren, ohne den Versuch der Überkompensation zu unternehmen, gibt es Tausende von gelungsbedürftigen Nervösen, die ihre Schwächen so überkompensieren, daß soziologisch Wertvolles nicht herauskommt. Die übertriebene Entlarvungspsychologie, wo schließlich vor lauter Schein und künstlichem Arrangement nichts als negative Gründe zu sehen sind, muß umkehren, soll sie nicht zu vollständiger Sterilität führen.

Reklame

Der Deutsche Reklameverband veranstaltete vom 14. bis zum 16. April in Berlin eine Werbeunterrichtliche Woche, in der, neben Referaten des Vorsitzenden der Reichsfachgruppe, des Werbelehrers Karl Strübing über den gegenwärtigen Stand des Werbeunterrichts in Deutschland sowie anderer Redner über die Beziehungen der Betriebswirtschaftslehre zur Werbelehre, Methodik und Didaktik des Werbeunterrichts usw., auch die Werbe-psychologie behandelt wurde. Der Referent H. F. J. Kropf, Leiter der Wissenschaftlichen Abteilung des Verbands, beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Erörterung der Gesetze der Aufmerksamkeit. Die Wissenschaft von der Reklame setzt die Kenntnis gewohnheitsmäßiger, vom Durchschnittsmenschen wenig reflektierter Seelenregungen voraus. Vor allem kommt es bei der Reklame, die sich ja nicht an einzelne sondern an breite Schichten der Bevölkerung wendet, auf Allgemeinverständlichkeit an, sie muß also so betrieben werden, daß auch die sogenannten unteren Intelligenzgrade ihre Ideen noch erfassen können. Ein wichtiges Mittel zur Erweckung der Aufmerksamkeit ist die Wiederholung der Reklametexte. Solche, die beim ersten Eindruck absurd anmuten, gewinnen bei häufiger Betrachtung an Schlagkraft. Die bloße Tatsache des nochmaligen Erscheinens kommt dem Bedürfnis nach Wiedererleben einmal erlebter Eindrücke entgegen, würde aber an sich nicht genügen, wenn nicht durch den ersten Eindruck in der Seele des Betrachters ein Phantasieprozeß eingeleitet worden wäre, der bewirkt, daß jetzt der Reklametext schon besser verstanden wird. Eine Abart ist die partielle Wiederholung, bei der ein bekannter Faktor wiedererscheint, aber mit einem neuen, unbekanntem verbunden. Als Formen der psychologischen Werbung seien genannt: das Anderssein, der Schwarz-Weiß-Kontrast, die Isolierung, die spontane Aufmerksamkeits-erregung. Wenn alle Inserenten einer Zeitung kleine Inserate wählen, so greift man zu großen und umgekehrt. Auch die Gegenstände, für die Reklame gemacht werden soll, werden mitunter anders dargestellt als der Beschauer sie zu sehen gewohnt ist. Hierhin gehört die Verwendung des sexuellen Moments, das in milden Dosen schon seit jeher zu den Requisiten der Reklame gezählt hat. Gegenstände, zum Beispiel Schreibmaschinen, die an sich nichts mit Erotik zu tun haben, werden nach dem Prinzip

des Andersseins (als die gewöhnliche Erfahrung) leicht erotisch gefärbt, wobei unaufdringliche Formen die wirksamsten sind. Gefühle beeinflussen nicht nur die Aufmerksamkeit sondern auch das Gedächtnis. Unangenehme Eindrücke und Reklamebilder werden schnell vergessen. Jede Art der Schrift, der Schrifttypus, die Größe, der Zeilenabstand, die Farben und Farbkombinationen, die Sprache: alles hat einen bestimmten Gefühlswert. Im allgemeinen wird eine gewisse "Dalbrigkeit" des Reklametextes bei dem Leser auf Sympathie rechnen können. Schwierige und schlecht aussprechbare Wörter und Namen für Reklameobjekte, die dem Gedächtnis zu viel zumuten, erzeugen unangenehme Gefühle, werden abgelehnt und vergessen. Dagegen ist eine Verwendung von Zitaten und Varianten dem Leser erwünscht, zum Teil wieder nach dem Gesetz der Gewohnheit, dann auch wegen der Freude am Rhythmus. Hier mag auch der Appell an die Bildung mitwirken. Wir neigen alle dazu das zu glauben, was unsere Wünsche und andere Gemütsbewegungen hervorrufen. Das Selbstbewußtsein des Lesers muß anerkannt oder gehoben, seine Erfahrung bestätigt werden; dementsprechend sind Behauptungen, die seiner Erfahrung widersprechen, zu vermeiden.

Totenliste

Wie bereits in der Rundschau Philosophie erwähnt, starb in Groningen der bedeutende holländische Psychologe *Georg Heymans*. Einige seiner Bücher wurden auch ins Deutsche übersetzt. Darunter seine Studien über die Psychologie der Frauen /Heidelberg, Carl Winter/, ein Buch, das seinerzeit großes Aufsehen erregte, viel diskutiert und auch in dieser Rundschau (1911 I Seite 343 und folgende) ausführlich besprochen wurde. »Die positiven Vorzüge des Buchs«, wurde damals hier gesagt, »sind so groß, daß man zunächst alle negative Kritik beiseite lassen und nur dem Buch recht viele aufmerksame und vorurteilsfreie Leser wünschen muß.« Es wurde dann noch hinzugefügt, Heymans selbst wisse »ganz genau, daß sein Werk durchaus den Charakter des Vorläufigen trägt«, und er hoffe, »daß es recht bald als durchweg veraltet erscheinen möge«. Die 2 Jahrzehnte, die mittlerweile verflossen sind, haben der Frauenpsychologie neue Antriebe und Erkenntnisse gegeben. Gleichwohl und gerade darum ist es nützlich jetzt wieder nach jenem Heymanschen Buch zu greifen.

Kurze Chronik Nach ihrem Ausscheiden aus dem von Magnus Hirschfeld geleiteten Institut für Sexualwissenschaft gründeten Max Hodann, Richard Linsert, Bernd Goetz, Ludwig Kenneth und Kurt Besser in Berlin ein *Archiv für Sexualwissenschaft*, das persönlicher Beratung wie wissenschaftlicher Forschung dienen soll. \diamond Die *Deutsche Graphologische Studiengesellschaft* hielt Anfang Januar in Berlin eine Sitzung ab. Hans Jacoby sprach über die Möglichkeiten pathologische Störungen in der Handschrift zu erkennen. Er kam zu dem Schluß: Nur Krankheiten, die sich überhaupt in Bewegungsstörungen zeigen können, sind systematisch und objektiv feststellbar. Die Diskussion brachte unter anderem die These, daß sich Krankheitsstörungen nur durch das Medium seelischer Störungen in der Schrift auswirken. \diamond Die *Beratungsstelle der Jugend*, die seit einem Jahr im Bureau des Rechtsanwalts Kurt Beck in Berlin besteht, wurde im Jahr 1929 von 667 Jugendlichen, und zwar von 419 Jungen und 248 Mädchen, aufgesucht. Darunter waren 86 Schüler, 144 Lehrlinge, 51 Studenten und Angehörige der Freien Berufe, 112 kaufmännische Angestellte, 18 Hausangestellte und 59, die Namen und Beruf nicht angaben. Die Berater hatten sich hauptsächlich mit folgenden Fällen zu beschäftigen: mit Jugendlichen, die Anschluß und Gemeinschaft suchten, mit vielen, die Konflikte mit Eltern, Pflägern, Arbeitgebern, Schule oder Lehrern hatten, mit Fürsorgeerziehungssachen, Straftaten, Unterbringung von Schwangeren, Alimenter, Sexualaufklärung und vor allem mit Berufsberatung und Stellungsuche. Im ganzen fanden 1400 bis 1500 Beratungen statt. Zu Beginn dieses Jahres konnte eine 2. Beratungsstelle, beim Nervenarzt Hanns Bachrach, eröffnet werden. \diamond Zum Professor der Psychologie und Pädagogik an der neugegründeten Staatlichen Pädagogischen Akademie in Stettin wurde *Richard Müller-Freienfels* berufen.

Literatur Der neuen, sich immer mehr zu einer Wissenschaft entwickelnden Persönlichkeitsforschung dient das jetzt im 6. Jahrgang vorliegende *Jahrbuch der Charakterologie* /Berlin, Panverlag Kurt Metzner/, das wie auch in den vorhergehenden Jahren unter der Leitung des Hallenser Philosophen Emil Utitz herausgegeben wird, und das bei aller Verschiedenheit des Inhalts doch den Willen zur Synthese zeigt.

Geschichte / Stegmann Neumann

Ideengeschichte In einer gedankenreichen Studie *Der soziale Gedanke im alten Handwerk* /Berlin, Reimar Hobbing/ legt *Rudolf Wissell* neuere Forschungsergebnisse vor, die sein früheres Werk, über das hier seinerzeit berichtet wurde, weiterführen und vertiefen. Er kommt in seinen Untersuchungen zur Aufstellung der These, daß unsere gegenwärtige Sozialpolitik (an deren Aufbau er selbst als sozialistischer Reichsarbeitsministerbestimmendsten Anteil hatte) bereits im alten Handwerksrecht entscheidende Vorbilder findet: kollektives Arbeitsrecht, Lohnschutz, Schlichtungswesen, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung und anderes mehr. Er läßt hierbei reichlich die alten Quellen sprechen, deren lebendige Bedeutung auch für den gegenwärtigen Tageskampf uns nahegebracht wird. Der kürzlich auf den Leipziger Lehrstuhl für Westeuropäische und Angelsächsische Geschichte berufene *Otto Vossler* tritt in einer interessanten Untersuchung *Die amerikanischen Revolutionsideale in ihrem Verhältnis zu den europäischen* /München, R. Oldenbourg/ der herrschenden Meinung entgegen, daß die Erhebung Nordamerikas und die Französische Revolution »Ausdruck und Zeugen des nämlichen Geistes« seien. Er zeigt demgegenüber, daß der amerikanischen Erhebung, aus englischer Tradition geboren, ursprünglich die vorrevolutionären europäischen Strömungen fremd gewesen sind. Erst Jefferson brachte nach seinem Europaaufenthalt und der damit vollzogenen Wandlung seines politischen Denkens den Geist des revolutionären Europas nach Amerika. Seinem Einfluß und dem Wiederhall des europäischen Umsturzes ist der Übergang der Neuen Welt von der englisch-amerikanischen zur französischen Revolutionsideologie zu danken. Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1789 bis 1914 entwickelt *Waldemar Gurian* in einem materialreichen Buch /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Er sucht darzutun, daß, trotz glücklichen Ansätzen, der französische Katholizismus schließlich ein verhängnisvolles Bündnis mit beschränktem Nationalismus und politischer Reaktion eingegangen sei und die übernationale und soziale Aufgabe der Kirche nicht erfüllt habe. Seine Deutung der Gegenwartssituation unterschätzt die für die Zukunftsentwicklung nicht unwesentliche Renaissance in Wis-

senschaft und Literatur. Dem komplizierten Wesen gerade des französischen Katholizismus, dessen Lebendigkeit immer wieder in Erstaunen versetzt (siehe dazu auch hier die Artikel Vielhabers Die jungkatholische Bewegung, Neue katholische Jugend und Katholische Dichter im neuen Frankreich, 1929 I Seite 216, 1929 II Seite 708, 1930 I Seite 339 und folgende), wird der Verfasser nicht gerecht. Vor allem aber leidet seine Darstellung an einer zu geringen Betonung der wirtschaftlich-sozialen Momente, ohne die die Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Laizismus schlechtweg unverständlich bleibt.

Deutschland Zum erstenmal seit Treitschke wagt *Franz Schnabel*, der bekannte Karlsruher Schulmann und Hochschullehrer, den Versuch eine Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert zu schreiben /Freiburg im Breisgau, Herder & Co./ Der 1. Band des auf 3 Bände berechneten Werks gibt die Grundlagen. Hierbei wird von vornherein Deutschland in den Zusammenhang der europäischen Geschichte eingefügt, und darauf aufbauend in voller Breite sein geistig-politischer Werdegang bis zum Ende der Napoléonischen Epoche fortgeführt. Eine klare, gut gegliederte, von jeder Zunftterminologie freie Darstellung bietet eine Fülle von Material, das doch nicht erdrückt. Die katholische Position Schnabels zeigt sich, neben seltenen Überbetonungen, höchstens in dem Zurücktreten der wirtschaftlich-sozialen gegenüber der geistig-politischen Entwicklung. Die weiteren Bände werden zu beweisen haben, ob mit diesem Versuch die so dringend erwünschte historische Zusammenschau gegeben wird, die den Blick für die Aufgabe unserer Zeit öffnet.

Nach langjährigen Vorarbeiten beginnt nunmehr das Kaiser-Wilhelm-Institut für Deutsche Geschichte mit der Herausgabe einer historisch-statistischen Darstellung der *deutschen Bistümer*. Der vorliegende 1. Band, bearbeitet von Gustav Abb und Gottfried Wentz /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, behandelt das Bistum Brandenburg. Das gewaltige Gesamtunternehmen, vergleichbar den Monumenta Germaniae Historica und in engem Zusammenhang mit der Germania Pontificia, verspricht nicht allein eine kritische Sammlung der Aufzeichnungen der kirchlichen Institute zu bringen sondern damit zugleich einen lebendigen Beitrag zur deutschen Geistes- und Wirtschaftsgeschichte überhaupt.

England Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands nannte *Hermann Kantorowicz* ein umfangreiches Buch /Berlin, Ernst Rowohlt/, das in Kreisen des linken Intellektuellentums als "kühne Tat" deklariert worden ist. Dieser Versuch eine umfassende »Enzyklopädie des Britentums« zu geben und das »Märchen von der Einkreisung Deutschlands« zu zerstören muß, soweit es auf die Sache selbst ankommt, als völlig verfehlt angesehen werden. Er ist aber wiederum auch gelungen, weil er so sehr der Psyche des deutschen anglophilen Bürgertums entgegenkommt und daher des allgemeinen Beifalls sicher ist. Es soll hier nicht gesagt werden, daß die einzelnen Tatsachen, die das Buch wiedergibt, falsch sind. Die Fakta und Dokumente sind, wie sich das bei Kantorowicz von selbst versteht, mit größter Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit wiedergegeben. Aber es bedeutet eine (vielleicht bewußte, aus einem Wunschgedanken zu erklärende) Naivetät anzunehmen, daß ihre Aneinanderreihung den historischen Vorgang darstellt. Quod non est in actis, non est in mundo: diesen Grundsatz hätte am allerwenigsten Gnaeus Flavius, der verdienstvolle Vorkämpfer der Freirechtslehre, auf die Politik anwenden dürfen und ganz bestimmt nicht auf die Politik einer Nation, bei der nicht einmal das Recht nach festgelegter Satzung gesprochen sondern aus dem Leben selbst geschöpft, und bei der Politik erst recht nie durch Aktenvermerke und Manifestationen gemacht wurde sondern von Menschen, die schweigen und im gegebenen Augenblick selbständig entscheiden konnten. Die typische Bewertung der britischen Politik, wie sie von der überwiegenden Masse der deutschen Anglomanen seit je gepflegt, und wie sie auch von der kleinen Schar der Anglophoben nicht weniger irrtümlich betrieben wird: mit Attributen wie "Ritterlichkeit" oder "Heuchelei" zu operieren, trifft so gar nicht den Grundcharakter britischer politischer Maxime und wird der Größe der britischen Geschichte nicht im entferntesten gerecht. So muß also das Kantorowicz'sche Buch, trotz der Fülle seiner Dokumente, als Geschichtsdokument abgelehnt werden. Daß dem Verfasser der Sinn für die konstruktive Idee der imperialen Gestaltung der Welt und ihrer Konsequenz, des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses, fehlt, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß er eben in die-

ser Idee einen Angriff auf das Britentum erblickt; eine Fehlmeinung, die er mit allen Pazifisten und einem großen Teil der Sozialisten teilt. Wenn Kantorowicz sich die Aufgabe gestellt hat mit diesem Buch zur »moralischen Wiedergutmachung«, zum Abbau der Kriegspsychose und damit wirklich zur Verständigung der Völker beizutragen, so ist nicht recht einzusehen, wie eine solche Absicht dadurch erfüllt wird, daß man landläufige Vorurteile und Vorlieben bestätigt und damit die noch viel gefährlichere Nachkriegspsychose bestärkt. Hätte Kantorowicz ein Buch solcher Tendenz nicht über England sondern über Frankreich geschrieben, hätte er die tausendfältigen Märchen und Entstellungen zu beseitigen versucht, die sich in 12 schweren Nachkriegsjahren zwischen Deutschland und Frankreich aufgehäuft haben, so wäre das wirklich ein Akt der Wiedergutmachung gewesen, der einem moralischen Neuaufbau des Kontinents vorarbeiten könnte. In dem Buch wäre dann vielleicht weniger von Ritterlichkeit gesprochen, dafür aber solche geübt worden. Denn das Wesen der Ritterlichkeit bestand von je immer noch darin, daß man dem Verfolgten beisprang, nicht daß man dem Mächtigen huldigte. Es war also wirklich nicht nötig England in Schutz zu nehmen, vor dem man in Deutschland ohnehin auf den Knien liegt. Man dient dadurch weder dem Frieden noch der Wahrheit, und man verabsäumt es vor allem die schöpferischen Kräfte der eigenen Nation wachzurufen.

Daß man bei aller Bewunderung und Sympathie für England doch auch sachlich Aufschlußreiches geben kann, wenn auch mehr im Kleinen, sozusagen Psychologischen, zeigen die Bücher des bekannten Englandkorrespondenten *Rudolf Kircher*. Seinen ausgezeichneten Studien Engländer und Fair Play reiht er nunmehr einen neuen Band an: *Wie's die Engländer machen* (Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei), der über Politik, Gesellschaft und Literatur im demokratischen England berichtet. Wenn diese letzte Arbeit Kirchers nicht ganz so befriedigt wie seine früheren, so liegt es an dem sich mitunter vordrängenden bewußt Lehrhaften. Die englische Demokratie soll als Vorbild für eine Überwindung des Gegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus gelten: ein Bemühen, das auch den sonst so instinktsichern Journalisten nicht immer vor einer schiefen Interpretation bewahrt. In weniger umstrittene, aber dafür auch

weniger bekannte Zeiten führt Georg Brandes' *Benjamin Disraeli*, eine bereits vor einem halben Jahrhundert geschriebene und viel zu wenig beachtete Meisterbiographie, die nunmehr von neuem aufgelegt wird (Dresden, Carl Reißner). Der große Literaturhistoriker versucht hier, in Verfolgung dieses seltenen Falls hervorragender Vereinigung von literarischem und politischem Talent, durch den Dichter und Redner Disraeli den Staatsmann Lord Beaconsfield zu studieren und zeigt über eine auch heute noch maßgebende Analyse der literarischen Werke Disraelis hinaus deren tiefe Verbundenheit mit dem politischen Werdegang ihres Verfassers. Trotz vielen wertvollen Hinweisen kann jedoch auch dieses Werk nicht als eine wirklich politische Biographie Disraelis angesehen werden. Und als Bild der Persönlichkeit, wie sie sich nach außen spiegelte, ist es durch André Maurois' *Disraeli*-buch (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 256 und folgende) überholt worden. Den Gegenspieler Disraelis, *William Ewart Gladstone*, untersucht Rudolf Craemer in einer schönen Arbeit Gladstone als christlicher Staatsmann (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt). Er stellt die religiösen Fragen in den Mittelpunkt und gibt damit eine notwendige Ergänzung zu John Morleys Standardwerk, das diese Probleme wie die gesamten Grundlagen der Weltanschauung Gladstones fast unberücksichtigt läßt. Der Autor will ein Unrecht an dem "Propheten von Midlothian" gutmachen, indem er seine christliche Gesinnung, oft als "klerikale Heuchelei" angesehen, in ihrer Entwicklung und als Grundlage seiner theoretischen und praktischen Entscheidungen aufzeigt.

Bismarck Unsere Zeit beginnt allmählich nach genügender historischer Distanzierung und mit der Öffnung bisher verborgener Quellen ein eindeutiges Bild von der Eigenart und damit der innern Problematik des Bismarckschen Reichs zu gewinnen. Arthur Rosenbergs klare und umfassende Darstellung dieser Epoche ist hier bereits (in dieser Rundschau, 1929 I Seite 538 und folgende) angezeigt worden. Diese Gesamtskizze gilt es nun durch genauere Einzeluntersuchungen zu überprüfen und zu unterbauen. Ein gewiß interessanter und aufschlußreicher Versuch müßte es hierbei sein vom marxistischen Standpunkt aus das Leben des großen Gegners zu zeichnen, den Mythos vom Eisernen Kanzler zu unter-

suchen. (Den Beinamen des Eisernen Kanzlers hat Bismarck immerhin erst nach 3 gewonnenen Kriegen und der Aufrichtung eines Reichs erhalten. Heute geht so etwas viel einfacher: Die deutsche Presse verleiht diesen Namen respektvoll Philip Snowden, nur weil er, wie sie glaubt, die Franzosen auf einer Konferenz geärgert hat.)

Die Aufgabe den Bismarckmythos zu zerstören setzt sich *Kurt Kersten* mit seinem Buch *Bismarck und seine Zeit* /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Der nachlässig feuilletonistische und groß vereinfachende Stil läßt die oft richtigen Erkenntnisse von der eigentlichen soziologischen Stellung des Bismarckschen Regiments verschwinden, das dem kapitalistischen Bürgertum in Deutschland den Weg ebnete.

Ein äußerst anfechtbares Buch vor allem über Bismarcks Sturz legt auch der bekannte Publizist *Karl Friedrich Nowak* vor: *Das 3. Deutsche Kaiserreich* /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/. Den 1. Band, der bisher erschien, überschreibt er *Die übersprungene Generation*. Aber es ist in ihm von der »übersprungenen Generation« des Kaisers Friedrich III merkwürdig wenig die Rede. Desto mehr von seinem Sohn Wilhelm II, zu dessen Rechtfertigung das ganze Buch geschrieben zu sein scheint, gewissermaßen eine späte Antwort auf Bismarcks schwere Anklagen im 3. Band seiner Gedanken und Erinnerungen. Die Richtigkeit der hierbei vertretenen Anschauung, die oft, besonders über Bismarcks Sturz, im Gegensatz zur herrschenden Auffassung steht, läßt sich kaum nachprüfen, da auf genaue Quellenangabe verzichtet ist. Nur aus dem Anhang ersieht man, daß sich die Darstellung großenteils auf persönliche Mitteilungen und unveröffentlichte Aufzeichnungen Beteiligter stützt.

Deutsche Republik

Unter den zahllosen Schriften zur Revolutionsgeschichte gibt es wenige Bücher,

die mehr als enge parteipolitische Tendenzliteratur bieten. Um so mehr ist hier auf *Gerhard Schultze-Pfäelzers* Versuch hinzuweisen, der in einem Buch *Von Spa nach Weimar* /Leipzig, Grethlein & Co./ eine »Geschichte der deutschen Zeitenwende« geben will. Ohne Verleugnung eigener Stellungnahme, die in einem »deutenden Ausblick« zusammengefaßt wird, räumt der Autor in objektivem Bemühen den realwirksamen Kräften den ihnen gemäßen Platz im Geschehen ein. Besonders hebt er hierbei die hervorragende Leistung Eberts her-

vor. Ihm und Hindenburg sei der Aufbau des neuen Staats entscheidend zu danken, erst durch ihre Zusammenarbeit im November 1918, dann in ihrer Tätigkeit als Reichspräsidenten. Schultze-Pfäelzer sieht hierin eine Synthese zwischen Kaiserreich und Republik, die dem neuen Staat gelungen sei, und die der eigenen Position dieses ursprünglich antirepublikanischen Verfassers selbst entspricht. Mit solcher Haltung kann er auch die »revolutionäre Wende bereits historisch, das heißt ohne polemische Wilddieberei am Gewesenen, als Nationalbesitz« umfassen. Äußerst bedenklich ist es jedoch, daß er in seinem Bemühen um »deutsche Versöhnlichkeit« vor allem für die Vorgeschichte der Revolution allzu viel den zwangsläufigen Verhältnissen und kaum etwas den Akteuren zuschiebt. Im ganzen bietet er ein buntes und fesselndes Lesebuch vom Werden der Republik, mit nicht zu überhäufte Dokumentensammlung und desto mehr Bildbeigaben, allerdings weniger Geschichte als gute Reportage, reich an treffenden Urteilen und gedanklichen Anregungen, für den zukünftigen Historiker eine Materialfundgrube.

Dem republikanischen Deutschen Reich eine wirksame, wenn auch nur rein geistige Tradition aufzuzeigen setzt sich *Hans Renk* in seinem flüssig geschriebenen *Abriß Der republikanische Gedanken in der deutschen Geschichte* /Jena, Karl Zwing/ zur Aufgabe. Er gibt für die Frühzeit eine oft anregende Beleuchtung, für die neueste Zeit jedoch eine sehr anfechtbare Darstellung.

2 Vorträge *Hermann Onckens* vereinigt die Schrift *Nach 10 Jahren* /Berlin, Zentralverlag/. In seiner Rede über die Weimarer Verfassung deutet Oncken sie als eine Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart, die sich in den Persönlichkeiten der beiden ersten Reichspräsidenten symbolisiere. Onckens Betonung der »tatsächlichen Machtverhältnisse« gegenüber dem Wortlaut der Verfassungsparagraphen zeigt seine enge Verbundenheit mit Rankeschen Vorstellungen. Diese wird noch deutlicher in seiner Rede über den Versailler Vertrag.

Tagungen

Vom 22. bis zum 26. April fand in Halle der 17. *Deutsche Historikertag* statt.

Von den zahlreichen Vorträgen sind besonders zu nennen: Richard Laqueur /Gießen/ *Das Kaisertum und die Gesellschaft des Römischen Reichs*, Herbert Koch /Leipzig/ *Spätantike Kunst*, Wilhelm Weber /Halle/ *Die Vereinheit-*

lichung der religiösen Welt, Hermann Oncken /Berlin/ Der geschichtliche Charakter der Reichsgründung. Im Mittelpunkt des Interesses stand ein Vortrag Ernst Kantorowicz', des durch sein Buch über den Staufenkaiser Friedrich II bekannten jungen Historikers des Georgekreises. In seinem Vortrag über Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung verfocht Kantorowicz die These, daß reine historische Forschung und historische Belletristik Wechselbegriffe seien, die beide kosmopolitisch und bloß materialsammelnd mit gleicher analytischer Methode in eine Ebene und der echten Geschichtsschreibung entgegen zu stellen wären; diese sei ihrem Wesen nach national verantwortungsbewußt und als Kunst von Glauben erfüllt. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß sich an diesen Vortrag keine ernsthafte Auseinandersetzung anschloß, die allein einem Deutschen Historikertag Sinn und Gewicht hätte geben können. Gleichzeitig fand in Halle eine Tagung des *Verbands Deutscher Geschichtslehrer* statt, auf der man über geschichtliche Ausbildung auf der Universität und den Pädagogischen Akademien, ferner über Quellenbenutzung in der Schule sowie über Kriegsschuldfrage, Anschlußgedanken und Behandlung des Parteiwesens im Unterricht diskutierte.

Totenliste In Waltendorf bei Graz starb am 14. März der Grazer Universitätshistoriker *Raimund Kaindl*, in seinem 64. Lebensjahr. Sein hervorragendes Buch ist die Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern /1906 bis 1911/. Viel Aufsehen und scharfe Kritik selbst bei seinen Landsleuten erregte seine großdeutsche Arbeit Österreich, Preußen, Deutschland /Wien, Wilhelm Braumüller/, die mit ihrem Angriff gegen die kleindeutsche, Preußen verhimmelnde Geschichtsschreibung in den nämlichen Fehler, nur eben nach der österreichischen Seite hin, verfiel.

Am 29. März starb der Direktor des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin *Melle Klinkenborg*, 58 Jahre alt. Er hat für die Entwicklung des preußischen Archivwesens, für das er über 30 Jahre tätig war, Bedeutendes geleistet. Er hat eine Reihe wichtiger Aktenpublikationen herausgegeben, fernerhin die Zeitschrift *Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte*. Er war Vorsitzender des Märkischen Geschichtsvereins und Mitglied der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg.

In Basel verschied der außerordentliche Professor für Geschichte an der Universität Heidelberg und Oberarchivrat am Generallandesarchiv in Karlsruhe *Otto Cartellieri*, in seinem 59. Lebensjahr. Seine Arbeiten beschäftigten sich besonders mit der Geschichte der romanischen Völker, insbesondere des Burgunderreichs, und der Kulturgeschichte des Mittelalters und der Renaissance. Der Kieler Ordinarius für Neuere und Wirtschaftsgeschichte *Friedrich Wolters* starb Mitte April, im Alter von 53 Jahren. Dichter und Kulturhistoriker zugleich, dem Georgekreis eng verbunden, bemühte er sich um eine Erneuerung der Geschichtsauffassung. Neben seinen Studien über den Absolutismus /1908/ und die Entstehung des Marxismus /1923/ sind hierfür besonders charakteristisch seine 4 Reden über das Vaterland, sein Georgebuch Herrschaft und Dienst und schließlich die kürzlich veröffentlichte *Deutsche Geistesgeschichte seit 1880*.

Im Alter von nahezu 70 Jahren starb in Berlin am 21. April *Albert August von Le Coq*, der berühmte Archäologe und Erforscher Mittelasiens. Seine großen Turfanexpeditionen /1902 bis 1914/, die er gemeinsam mit Albert Grünwedel unternahm, brachten wertvollste Fresken und Plastiken in den Besitz des Berliner Völkerkundemuseums, dessen Direktor er bis 1925 war, zeigten auch enge Verknüpfungen zwischen Osten und Westen, zwischen den Kulturen Persiens, Indiens, Chinas. Allerdings, seine These von den Wirkungen hellenistischer Kunst auf die asiatische Kultur ist nur auf seine "westliche Orientierung" zurückzuführen; sie verkennt völlig das Urschöpfertum der asiatischen Völker. Doch bleiben seine Forschungen, auch wenn man andere Schlüsse aus ihnen zieht, von Bedeutung. Ihre Ergebnisse hat er in seinen 4 Bänden über die buddhistische Spätantike in Mittelasien /1922 bis 1925/ zusammengefaßt.

Am 26. April verschied der Staatsarchivdirektor und Honorarprofessor an der Universität Münster *Friedrich Philipp*, im Alter von 77 Jahren. Seine zahlreichen Publikationen betreffen vor allem die westfälische Geschichte.

Kurze Chronik Auf Einladung der italienischen Nationalen Kommission für die intellektuelle Zusammenarbeit hielt kürzlich in Rom der ehemalige preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker einen vielbeachteten Vortrag über *nationale Geschichtsschreibung und internationale*

Verständigung. Der praktische Verständigungswille habe mit der Realität des allgemein herrschenden Nationalstaatsgedankens zu rechnen. Deshalb müsse sich Verständigung auch nie um Bekehrung sondern allein um Verständnis und Würdigung des Andersartigen bemühen. Nur Erkenntnis und Aussprechen der Gegensätze schaffe die Möglichkeit diese zu entkräften. ◊ Der Ordinarius für Mittlere und Neue Geschichte an der Universität Halle **Robert Holtzmann** folgt dem Ruf an die Universität Berlin als Nachfolger Albert Brackmanns. Seine fast 30jährige Lehrtätigkeit führte den jetzt 57jährigen Gelehrten von Straßburg nach Gießen, Breslau und Halle. Eines seiner Hauptarbeitsgebiete ist die französische Geschichte des Mittelalters; insbesondere beschäftigte er sich mit der Verfassungsgeschichte. ◊ Der Professor der Geschichte des Mittelalters und der Historischen Hilfswissenschaften an der Prager Deutschen Universität **Theodor Mayer**, dessen Deutsche Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters gerade vor kurzem in dieser Rundschau (1930 I Seite 397) angezeigt wurde, übernimmt das entsprechende Ordinariat an der Universität Gießen. ◊ Als Nachfolger Friedrich Oertels geht **Wilhelm Enßlin** aus Marburg als Ordinarius für Alte Geschichte an die Universität Graz. ◊ An der Universität Berlin **habilitierte** sich **Elias Bickermann** für Alte Geschichte; er hat unter anderm Untersuchungen über Fälschungen in der hellenistischen Publizistik angestellt und veröffentlicht.

Literatur In der geradezu prunkvoll ausgestatteten Reihe Museum der Weltgeschichte /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/ veröffentlicht **Paul Herre** eine Weltgeschichte am Mittelmeer, die das Mittelmeergebiet als geographische Einheit ansieht und von hier aus die Geschichte seiner Völker vom Altertum bis zur Gegenwart zu erfassen sucht. Durch reiche Bildbeigaben gewinnt die Darstellung an Lebendigkeit. ◊ Thronfolger nennt der Wiener Universitätsprofessor **Victor Bibl** eine ansprechende Sammlung /München, Musarionverlag/, in der er das eigenartige und doch in vielem ähnliche Schicksal 12 berühmter Infanten verfolgt. Umrahmt werden diese Skizzen von dem nicht uninteressanten Versuch eine Art von allgemeingültigem Thronfolgertypus und Thronfolgerproblem (Tragik des untätigen Wartenmüssens, Wandlung der Generationen) herauszuschälen.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Bolschewistisches Strafsystem Über Strafe und Strafvollzug in der sogenannten Sowjetunion berichtet der Professor an der Universität Kijew **N. Pasche-Oserski** in einem Heft, das von Albert Baumeister in Berlin verlegt wurde. Der Verfasser verbreitet sich über den bolschewistischen Begriff der Strafe als Maßnahme des »sozialen Schutzes« sowie als arbeitbessernde Einwirkung auf »sozial gefährliche« Personen und erörtert anschließend das System der Maßnahmen des sozialen Schutzes. Die Todesstrafe, die als höchste soziale Schutzmaßnahme bezeichnet wird, ohne formell in das System dieser Maßnahmen aufgenommen zu sein, wird als Maßnahme zum Schutz des Staats bis zur Aufhebung durch das Zentral-exekutivkomitee bezeichnet. Sie wird mit der Notwendigkeit begründet, daß man gegen Verbrechen, die die Grundlagen der bolschewistischen Macht bedrohen, ein wirksames Abwehrmittel haben müsse. Sie ist bei den »gegenrevolutionären« Verbrechen vorgesehen, bei besonders gefährlichen Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung und schließlich bei den Militärverbrechen. Außer bei Militärverbrechen ist sie alternativ neben Freiheitsentziehung angeordnet. Dieser primitive Versuch die bolschewistischen Morde als Strafe gegen den Anschlag auf die »Sowjetordnung« zu rechtfertigen, während gleichzeitig die Todesstrafe der »kapitalistischen« Länder, zum Beispiel wegen »individuellen« Mordes, als verwerflich bezeichnet wird, muß natürlich sachlich mißlingen. Er findet gleichwohl die Zustimmung der probolschewistischen Intellektuellen namentlich Deutschlands, die in ihrer Stellung zur Todesstrafe nicht nur doppelte Moral sondern auch doppelte Intelligenz bekunden, da sie einer Maßnahme, die sie in der Welt als wirkungslos kennzeichnen, sofort eine Wirkung zuerkennen, wenn sie von der bolschewistischen Regierung angeordnet wird. Zu den sozialen Schutzmaßnahmen gehört in Rußland auch die Erklärung zum »Feind der Werktätigen«. (Daß das parasitäre bolschewistische System sich als Vertretung der Werktätigen bezeichnet, braucht nicht wunderzunehmen, nachdem dieses in Wahrheit konterrevolutionäre Regime es verstanden hat sich revolutionär und kommunistisch nennen zu lassen.) Die genannte Maßnahme ist zwingend mit der Entziehung des Bürgerrechts und mit der Aus-

weisung aus dem Staatsgebiet verbunden. Sie ist neben der Freiheitsentziehung alternativ mit Erschießung angedroht, an deren Stelle sie tritt, wenn besondere Umstände vorliegen. Eine weitere Besonderheit bilden die Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung. Nach dem bolschewistischen Strafrecht soll die Idee der "sozialen Gefahr" die leitende Grundidee sein. Bei Androhung der sozialen Schutzmaßnahmen ist daher die Gefahr der Tat über die Gefährlichkeit des Täters gestellt, das heißt Tat und Täter werden vom Standpunkt der gegebenen politischen Verhältnisse betrachtet. Stellt hiernach eine Tat in einem bestimmten Moment eine besondere Gefahr für die bolschewistische Ordnung dar, so ist die Anwendung strengerer Maßnahmen möglich, obwohl etwa die Person des Täters nicht besonders gefährlich erscheint. Das Strafrecht soll sich bei Bemessung der sozialen Schutzmaßnahmen vom Klassenrechtsbewußtsein leiten lassen, ohne jedoch die Grundlage der Artikel des Allgemeinen und Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs zu verlassen. Diese Auffassung vom Strafrecht führt folgerichtig zum Prinzip der Zweckmäßigkeit als weiterer Grundlage der bolschewistischen Strafpolitik. Die Zweckmäßigkeit wird unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der angeblich proletarischen Diktatur, das heißt der Herrschaft der bolschewistischen Funktionäre, betrachtet. Die ins einzelne gehenden Vorschriften des Strafvollzugs, deren oberster Grundsatz die »Arbeitsbesserung« sein soll, sind theoretisch nicht uninteressant. Leider sieht die Praxis in Rußland sowohl im gerichtlichen Verfahren und in den Strafen wie auch im Strafvollzug wesentlich anders aus als das Strafgesetzbuch und die Strafvollzugsordnung. Der Bolschewismus hat, zu Zwecken der Propaganda, die Methode seine Praxis mit Maximen zu umkleiden, die ihr Gegenteil proklamieren, die aber ihren Eindruck auf die Intellektuellenschaft des Auslands nicht verfehlen. Charakteristisch für die in jedem Betracht tendenziöse Absicht des genannten Buchs ist die Darstellung der schulmäßigen kulturellen Aufklärungsarbeit in den Arbeitsbesserungsanstalten. Dort ist gesagt, daß in den heutigen "kapitalistischen" Gefängnissen die Teilnahme an den Schularbeiten in der Regel nicht obligatorisch sei. So sei in den deutschen Gefängnissen der Schulunterricht nur für die nichtvolljährigen Internierten obligatorisch, während die volljährigen bis

zum Alter von 30 Jahren erst nach 3monatigem Aufenthalt im Gefängnis zum Schulbesuch zugelassen würden, und die Internierten über 30 Jahre nur mit besonderer Genehmigung des Gefängnisvorstands teilnehmen dürften. Dagegen sei in den Arbeitsbesserungsanstalten der "Sowjetunion" die Schularbeit auf dem Prinzip aufgebaut, daß sie für alle Internierten, die Analphabeten oder Halbanalphabeten seien und das 50. Lebensjahr noch nicht erreicht hätten, obligatorisch sei. Durch diese Gegenüberstellung soll der Eindruck erweckt werden, als sei zum Beispiel im Gegensatz zu Deutschland der Schulunterricht in den russischen Gefängnissen bis zum 50. Jahr obligatorisch, während die entscheidende Voraussetzung ist, daß es sich eben um Analphabeten oder Halbanalphabeten handelt. Es wird also verschwiegen, daß in Deutschland eine solche Maßnahme überflüssig ist, weil wir im Gegensatz zum bolschewistischen Rußland Analphabeten oder Halbanalphabeten kaum aufzuweisen haben. Immerhin gibt das Buch bei aller Tendenz auch für den deutschen Strafrethoriker eine wertvolle Anregung sich über Prinzipien der Strafe und des Strafvollzugs klarzuwerden. Man wird immer wieder daran denken müssen, daß es sich da, soweit Rußland in Betracht kommt, lediglich um ein theoretisches System handelt, dessen Gesicht in der Praxis nicht wiederzuerkennen ist. Diese hat mehr Ähnlichkeit mit der Zeit der Bojarenzaren als mit dem 20. Jahrhundert.

Diktatur

Das sehr aktuelle Problem "Rechtsstaat oder Diktatur?" behandelt *Hermann Heller* in einer Broschüre der Serie *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart* /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Er geht davon aus, daß bis zum Beginn des Weltkriegs der Rechtsstaat in Europa eine Selbstverständlichkeit gewesen sei. Auch die Marxsche »Diktatur des Proletariats« sei von den großen sozialistischen Parteien bis zum bolschewistischen Regime mehr oder weniger im demokratisch-rechtsstaatlichen Sinn aufgefaßt worden. Lediglich kleine einflusslose Gruppen der französischen und italienischen Syndikalisten seien damals Gegner dieses Rechtsstaats gewesen. Seit Ende des Kriegs hätte die Frage aber ein anderes Gesicht bekommen. In der Untersuchung über die Ursachen dieser Wandlung der Anschauung vom Rechtsstaat zum Fascismus als der in Westeuropa herrschenden Form der Diktatur

(wobei die bolschewistische Diktatur beiseite gelassen wird) setzt sich Heller zunächst mit den sozialen, politischen und geistigen Grundlagen des Rechtsstaats auseinander, indem er davon ausgeht, daß alle die europäischen Diktaturen nur in der Negation des Rechtsstaats einig seien. Die Wurzeln des Rechtsstaats reichen in die Zeit des Ausgangs des 18. Jahrhunderts und finden ihren bekanntesten Ausdruck in der Lehre Montesquieus von der Teilung und dem Gleichgewicht der Gewalten. Die Freiheit des Bürgers beruht demnach darauf, daß verschiedene von einander unabhängige Instanzen die gesetzgebende, die richterliche und die vollziehende Gewalt ausüben. Diese »Gewißheit der gesetzmäßigen Freiheit«, wie sie Wilhelm von Humboldt genannt hat, war damals die Forderung des Bürgertums. Diese Forderung wurde mit dem Erstarken des Proletariats nach der Richtung einer sozialen Demokratie erweitert. In diesem Eintritt des Proletariats in die Rechtsstaatentwicklung sieht Heller den Beginn des Strebens nach einer bürgerlichen Diktatur. Denn mittels der Gesetzgebung suche nun der wirtschaftlich Schwache den wirtschaftlich Starken zu fesseln, ihn zu sozialen Maßnahmen zu zwingen oder schließlich gar aus dem Eigentum zu bringen. In dieser Tatsache sehe das Bürgertum eine Gefährdung, die es auf rechtsstaatlichem Weg allein nicht mehr beseitigen könne. Schon seit dem Zusammenbruch der Revolution von 1848 sei die Verleugnung und Entleerung des Rechtsstaatgedankens durch das Bürgertum merkbar. An Stelle der materiellen Rechtsstaatsidee, nach der die Staatsbürger Anspruch auf Gleichheit vor dem Gesetz, das heißt auf Berücksichtigung der Lebenszwecke aller ohne Unterschied haben, trat die formaltechnische Rechtsstaatsidee, die lediglich die Gleichheit bei der Anwendung des Gesetzes proklamierte. Aber mit dieser Verwässerung des Rechtsstaatsideals kann auf die Dauer die Gefahr des sozialen Rechtsstaats vom Bürgertum nicht gebannt werden. Daher bildet sich, nachdem durch den Anteil der Massen an der Gesetzgebung immer mehr soziales Recht entsteht, nach und nach beim Bürgertum ein Gesetzeshaß heraus. Heller nennt diese Geistesverfassung Neofeudalismus. In seiner Verzweiflung über die dem Bürgertum gefährlich werdende Ausbreitung des Ideals des sozialen Rechtsstaats wendet es sich innerlich zur Gewalt und damit zur Idee der Diktatur. Um die große Masse der

schwachmütigen Herdenmenschen für die Gewaltreligion der Diktatur einzufangen, werde diese Diktatur mit einer besonderen Mythologie umgeben. Obenan stehe hier der Nationalismus nach dem Wort Mussolinis: »Wir haben unsern Mythos geschaffen. Der Mythos ist ein Glaube, eine Leidenschaft. Es ist nicht notwendig, daß er eine Wirklichkeit sei . . . Unser Mythos ist die Nation.« Als weitere Mythen führt Heller die Kirchenreligion und die Parole der Beseitigung der angeblich demokratisch-parlamentarischen Korruption an. Aber selbst im Mythengewand könne die Diktatur nicht auftreten, ohne gleichzeitig ihr demokratisches Gesicht zu wahren; deshalb lasse man in allen Diktaturen die formale Demokratie mehr oder weniger unangetastet. Eine der hauptsächlich demokratischen Verhüllungen, die an sich an echte politische Bedürfnisse der Gegenwart anknüpfen, sei die Ideologie vom korporativen oder berufsständischen Staat. Diktatur bedeutet nach Heller immer, da auf demokratischem Weg aus ökonomischen Interessenverbänden niemals ein politisch einheitlicher Spitzenwille entstehen könnte, nur zentralistische unabhängige Gewaltenvereinigung in der Hand des Diktators. Lediglich um die Arbeitnehmer vom Diktator ökonomisch abhängig und damit politisch willfährig zu machen, sei die Korporationsidee aufgenommen, beispielsweise in Italien ein Monopol der fascistischen Gewerkschaften ohne die geringste Selbstverwaltung geschaffen worden. Zusammenfassend stellt Heller fest, daß die Diktatur dem Rechtsstaat, der sich die Wirtschaft unterwerfen will, nichts anderes entgegenzusetzen hat als die ideologisch schlecht verhüllte Gewalt. Das Bürgertum, das diese Gewalt anbete, leiste sich aber selbst den schlechtesten Dienst, denn ohne die Gewißheit der gesetzmäßigen Freiheit der Meinungsäußerung, der Freiheit des Religionsbekenntnisses, der Wissenschaft, Kunst und Presse, ohne die rechtsstaatlichen Sicherungen gegen willkürliche Verhaftungen und gegen willkürliche Verurteilungen durch diktatorisch abhängige Richter, ohne das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung könne das Bürgertum weder geistig noch ökonomisch leben. Auch das Hineinwachsen in die Weltwirtschaft müsse dem Bürgertum Diktaturneigung verbieten. Man könne heute nicht staatsvergottender Nationalist sein und zugleich erkennen, daß die Nordamerikaner allmählich die europäischen Nationalstaaten in ihre Kolo-

nien verwandeln, weil die europäischen Nationalwirtschaften sich gegenseitig den Markt verengerten und totkonkurrierten. Das Bürgertum, soweit es mit dem Gedanken der Diktatur spiele, müsse einsehen, daß die rechtsstaatliche Vergesetzlichung der Wirtschaft nichts anderes sei als die Unterordnung der Lebensmittel unter die Lebenszwecke und damit die Voraussetzung für eine Erneuerung der Kultur, während die Anarchie der kapitalistischen Produktion und ihre politische Erscheinungsform, die Diktatur, Europa zugrunde richten werde.

Die soziologisch-juristischen Untersuchungen Hellers bringen keine erschöpfende Erklärung der Diktatur. Schließlich ist die Diktatur vom Standpunkt der Rechtslehre aus auch nur eine Regierungsform, zu deren endgültiger Beurteilung es wohl entscheidend auf den Inhalt der Diktatur ankommen würde. Mag auch der demokratisch-parlamentarische Rechtsstaat (nicht immer gerade in mancher seiner gegenwärtigen Erscheinungsformen) zurzeit dem Stand der Entwicklung der gesellschaftlichen und kulturellen Kräfte angepaßt erscheinen, so wird doch der Sozialist nicht verkennen dürfen, daß beispielsweise gerade die Ideologie vom korporativen Staat des Nachdenkens wert ist. Auch Heller gibt das zu. Aber er ist weit davon entfernt ihren Sinn und die in ihr steckenden realen Tendenzen zu erkennen. Seine Beweise gegen den Korporationsgedanken des Fascismus operieren mit mehr oder weniger autoritativen Äußerungen einzelner Politiker. Wie man auch zum fascistischen System stehen mag (wobei die italienische Praxis durchaus nicht als Muster dienen soll); die Überbrückung des gegenwärtigen Gegensatzes zwischen Wirtschaft und Politik ist jedenfalls unabsehbare Notwendigkeit. Wir werden alle Kräfte anspannen müssen die Überbrückung im Weg demokratisch-evolutionären Fortschritts anzubahnen.

Informationsmittel

Das Institut für Internationales Recht in Kiel veröffentlichte die Entscheidungen des *Ständigen Internationalen Gerichtshofs* in deutscher Übersetzung, durchgesehen von dem Generalsekretär des Gerichtshofs und dem Institutsdirektor Walter Schücking /Leiden, N. V. A. W. Sijthoffs Uitgeversmaatschappij/. Der vorliegende 1. Band umfaßt die Gutachten und ein Urteil des Gerichtshofs in den beiden ersten Jahren seiner Tätigkeit 1922 und 1923. Das Erscheinen der folgenden Bände, von denen jeder

für jedes Jahr getrennt die Entscheidungen des Gerichtshofs enthalten soll, ist vorbereitet. Das laufende Werk wird ein wertvoller und unentbehrlicher Ratgeber für alle sein, die praktisch oder theoretisch mit den einschlägigen Fragen des internationalen Rechts zu tun haben. Die Publikationen selbst werden auch dazu beitragen den Sinn für die Notwendigkeit des Aufbaus und Ausbaus des internationalen Rechts zu stärken. Die wichtigsten Bestimmungen des Reichs und Preußens über die *soziale Gerichtshilfe* für Erwachsene sind unter diesem Titel vom Landeswohlfahrts- und Jugendamt Berlin in übersichtlicher Weise zusammengestellt worden.

Entscheidungen Im Februar dieses Jahres hatte der Herausgeber des Tagebuchs, Leopold Schwarzschild, im Berliner Tageblatt einen Aufsatz veröffentlicht, der die an der Fällung des Todesurteils gegen Jakobowski beteiligten Richter stark kritisierte. Der Reichsgerichtsrat außer Diensten Bewer hatte wegen dieses Aufsatzes in der vom Senatspräsidenten am Reichsgericht Reichert geleiteten Deutschen Richterzeitung polemisiert und dabei Schwarzschild den Vorwurf gemacht, er habe falsche Behauptungen aufgestellt und sei ein »rechtsbeugender Literat«. Schwarzschild verklagte die beiden Richter nun wegen Beleidigung. Seine Klage wurde in 1. Instanz abgewiesen, indem den beiden Reichsrichtern der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt wurde. In der Berufungsinstanz jedoch wurden die beiden Reichsgerichtsräte zu je 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil gegen die Reichsrichter ist insofern von grundsätzlicher Bedeutung, als dadurch festgestellt wurde, daß die Interessen des Richterstands nicht in Anspruch genommen werden können, wenn von Richtern eine berechtigte Kritik der Öffentlichkeit an einem Gerichtsverfahren mit Beleidigung des Kritikers beantwortet wird. Das Neustrelitzer Schwurgericht verurteilte August Nogens wegen Mordes zum Tod. In der Urteilsbegründung wird die Meinung vertreten, daß der seinerzeit verurteilte und hingerichtete Jakobowski der Anstifter der Tat gewesen sei; doch wird offen gelassen, ob er die Tat selbst ausgeführt hat, oder ob sie von August Nogens ausgeführt worden ist. Die Strafkammer in Gleiwitz hatte einen Angeklagten freigesprochen, der in einer Straßenbahn die Republik einen Saustall genannt und Mitglieder der Regierung

beschimpft hatte. Der Staatsanwalt legte gegen den Freispruch Revision ein. Ein sächsischer Hilfsarbeiter des Oberreichsanwalts erklärte die Revision nicht vertreten zu können, da dies gegen seine innere Überzeugung verstieße. Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts aber ließ seine Ausführungen unbeachtet und hob das Urteil der Gleiwitzer Strafkammer auf. Im Anschluß an den Vorfall wurde durch ein gerichtsarztliches Gutachten bei dem inzwischen seiner Stellung beim Reichsgericht enthobenen Staatsanwalt nervöse Verwirrung festgestellt und, damit zusammenhängend, die Notwendigkeit ihn aus dem Justizdienst für mehrere Monate zu beurlauben.

Ein Altenburger Arzt, der angeklagt worden war sich in 35 Fällen gegen den § 218 des Reichsstrafgesetzbuchs vergangen zu haben, wurde vom Gericht freigesprochen. Als der Freispruch verkündet wurde, bereitete das Publikum dem Gericht und dem Arzt stürmische Ovationen, während es den Antrag des Staatsanwalts auf eine 6monatige Gefängnisstrafe mit dem Ausdruck der Empörung begleitete hatte. In der Verhandlung kam unter anderm der Fall eines 20jährigen idiotischen, durch wiederholte Schlaganfälle gelähmten, arbeitsunfähigen und armen Mädchens zur Sprache, das durch seinen Bruder, einen schwachsinnigen Fürsorgezögling, geschwängert worden war. Das Landeskrankenhaus hatte erklären müssen, daß ein Eingriff auf Grund des § 218 nicht zulässig sei. Die Natur ließ das Kind einige Tage nach der Geburt sterben. Dagegen ist in Graz kürzlich ein Professor zu einer Strafe von 15 000 Schilling verurteilt worden, weil er innerhalb der letzten Jahre 600 Männer unfruchtbar gemacht hat. Ein § 259, auf den sich der Spruch des Gerichts gründet, spricht von »strafbaren Eingriffen, die nicht durch ärztliche Indikationen gegeben sind und gegen die guten Sitten verstoßen«. Und eine amtliche Interpretation meint: »Die Beraubung eines Mannes um seine Zeugungsfähigkeit, wobei man ihm die Möglichkeit läßt den sinnlichen Trieben trotzdem nachzugehen, gilt vom ethisch-moralischen Standpunkt bei der Mehrzahl der Bevölkerung als verwerflich.«

Tagungen Die *Internationale Akademie für Vergleichende Rechtswissenschaft* hielt am 4. Januar in Oxford ihre 1. diesjährige Vorstandssitzung ab. Es wurde beschlossen im Jahr 1931 einen Internationalen Kongreß zu veranstalten.

In der Pfingstwoche, vom 12. bis zum 15. Juni, wird in Königsberg die diesjährige Jahresversammlung der *Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* tagen. Eine Reihe interessanter Vorträge ist vorgesehen, unter anderen werden Herbert Kraus /Göttingen/ über Kant und das Völkerrecht, Theodor Niemeyer /Kiel/ und Alfred Verdroß /Wien/ über die Quellen des Völkerrechts und Walther Schücking /Kiel/ über die Einarbeitung des Kelloggspakts in den Völkerbundpakt und die Genfer Generalakte sprechen.

Der *2. Internationale Kongreß für Sexualforschung* findet im August in London statt. Verhandlungsgegenstand ist das Gesamtgebiet der Sexualforschung in medizinischer, aber auch in soziologischer und juristischer Beziehung.

Vom 25. bis zum 30. August wird in Prag der *10. Internationale Strafrechts- und Gefängniskongreß* tagen. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe aktueller Fragen über Strafe und Strafvollzug.

Totenliste Anfang Dezember 1929 starb in Breslau *Otto Fischer*, einer der bedeutendsten Forscher und Lehrer auf dem Gebiet des kanonischen und des römischen und deutschen Privatrechts, in seinem 77. Lebensjahr. Seit 1890 wirkte er an der Breslauer Universität. Er schuf, zusammen mit Rudolf Henle, einen Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch und wirkte an der Kodifizierung des neuen katholischen Kirchenrechts mit.

In Wien starb Ende Dezember, im Alter von 63 Jahren, der Strafrechtslehrer *Alexander Löffler*, der Mitbegründer der Österreichischen Zeitschrift für das Strafrecht. Löffler hat sich in Gemeinschaft mit Franz Klein um die Entwicklung des Strafrechts sehr verdient gemacht.

Anfang Januar 1930 starb, im Alter von 67 Jahren, der Ordinarius für Kirchenrecht an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Passau *Martin Leitner*, der als einer der vorzüglichsten Kenner des Kirchenrechts galt und in seinem Handbuch des katholischen Kirchenrechts ein sehr geschätztes und viel benutztes Lehrbuch geschaffen hat.

Am 22. Januar starb, 73 Jahre alt, *Max Fuchs* in Berlin, der Rechtsanwalt am Kammergericht und der Führer der Kammergerichtsanwälte war. Wie er aus Leidenschaft seinen Beruf ergriffen hatte, so füllte er ihn mit immer gleicher Freude aus. Er wird vor allem auch von den jüngeren Berufsgenossen betrauert, deren Interessen er sich stets mit nie versagendem Eifer gewidmet hat.

Kurze Chronik Vor einem Kreis von Parlamentariern und Pressevertretern erläuterten in Berlin im Januar Victor Bruns, der Schöpfer des Instituts für Ausländisches und Völkerrecht, sowie der Leiter des Instituts für Ausländisches und Internationales Privatrecht Hans Rabl, die Ziele und Aufgaben dieser Einrichtungen. Beide Institute, die im Alten Schloß in Berlin untergebracht sind, verfügen zusammen über eine Bibliothek von 60 000 Bänden, die auch ausländischen Gelehrten offensteht. Vor allem die *völker- und staatsrechtlichen Probleme*, die durch den Weltkrieg geschaffen wurden, sollen durch die Arbeiten der Institute geklärt werden. \diamond In *Frankreich* mangelt es an Richtern, um die 516 Vakanzstellen in der Besetzung von Amtsrichterstellen in der Provinz aufzufüllen. Sie zu finden ist schwer, da ein französischer Amtsrichter ein Monatsgehalt von nur 250 Mark nach deutschem Geld bezieht. \diamond Als Nachfolger Andreas Bertalan Schwarz' wurde der bisherige ordentliche Professor für Bürgerliches und Arbeitsrecht an der Handelshochschule Mannheim *Julius Lautner* an die Universität Zürich berufen. \diamond An der Universität Frankfurt *habilitierten* sich Engelhard Niemann für Finanz- und Steuerrecht, Arnold Schantz für Bürgerliches Recht und Zivilprozeß, Ernst Cohn für Bürgerliches und Handelsrecht, Hans Julius Wolff für Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht.

Literatur Das Buch *Wilhelm Glungers* Rechtsschöpfung und Rechtsgestaltung /München, Otto Maidl/ ist ein interessanter Versuch eines Theoretikers zur Lösung der uralten Frage nach dem richtigen Recht. Rechtsphilosophisch neu ist besonders die Verwertung naturwissenschaftlicher Gedankengänge für die Betrachtungsweise. Auch dies Buch kann keine Endlösung bieten, wohl aber mit seiner großen Gedankenfülle zum Denken über das immer aktuelle Problem wertvolle Anregungen geben. \diamond Ein besonders begrüßenswertes Werk ist *Albert Hellwigs* Psychologie und Vernehmungstechnik bei Tatbestandsermittlungen /Berlin, P. Langenscheidt/. Bei der mit Recht bemängelten ungenügenden kriminalistischen Schulung der Juristen wird das Buch gerade für Richter und Staatsanwälte eine große Lücke auszufüllen geeignet sein. Aber auch die Polizei wird noch vieles aus ihm lernen können. Es wird hoffentlich die große Verbreitung finden, die es im Interesse der Rechtspflege verdient.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Fleischer † Am 3. April starb der Maler und Wissenschaftler Max Fleischer in Menton-Garavan an der französischen Riviera an einer Lungenentzündung, im Alter von 69 Jahren. Sein Schaffen als Maler wie auch als Kunstgewerbler ist ebenso anerkannt, wie seine Leistungen als Botaniker die Aufmerksamkeit der Fachwissenschaft aller Kulturländer erregt haben; auf dem Spezialgebiet der Moosforschung galt er als die Autorität. Fleischer wurde am 4. Juli 1861 bei Lipine in Oberschlesien geboren. Er besuchte eine Höhere Schule in Breslau, trat dann in die Breslauer Kunstschule ein. Damals befreundete er sich auch mit Gerhart Hauptmann, der zu jener Zeit im Haus der Mutter Fleischers lebte. 1881 bezog er die Berliner Kunstakademie, wo er es aber nur 2 Semester aushielt. Er ging nun erst nach München, dann 1887 nach Paris, wohin es ihn schon immer gezogen hatte, um das Pleinair und den Impressionismus an der Quelle zu erfassen. Von dort aus unternahm er eine Künstlerfahrt nach der Bretagne, wo er 2 Jahre blieb; dort entstand sein Werk *Badende Knaben*, das im Pariser Salon eine mention honorable erhielt. Es folgten Reisen nach der Schweiz und nach Italien, die seinen wissenschaftlichen Arbeiten zugute kamen. Ein Auftrag der holländischen Regierung die Moose für die Flora von Java zu bearbeiten und mehrere Gemälde aus dem berühmten Botanischen Garten von Buitenzorg auf Java für die Pariser Weltausstellung 1900 zu schaffen ermöglichte es Fleischer der Sehnsucht seines Lebens nach dem Orient zu folgen. Über England und Indien kam er 1898 nach Java. In Batavia verheiratete er sich mit der holländischen Pianistin Marie Wiemans, kehrte 1902 nach einer Weltreise, die ihn auf den Himalaja, nach Australien, Neuseeland, die Südsee und Amerika führte, nach Deutschland zurück. Hier war er im Verein mit seiner Frau bemüht die auf Java von Eingeborenen erlernte Batiktechnik mit Pflanzenfärberei einzuführen, und ihnen vornehmlich ist es zu danken, daß sich das Verständnis dafür in Deutschland entwickelte. Im November 1925 veranstalteten sie gemeinsam mit Richard Oertmann in Berlin eine Ausstellung javanischer Kunst in Verbindung mit javanischen Schattenspielen und Tanzvorführungen des javanischen

Tänzers Raden Mas Jodjana (siehe über ihn die Rundschau Bewegungskunst, in diesem Band Seite 507 und folgende) und der javanischen Tänzerin Siti Sundari, die von dem Gamelanorchester (siehe darüber die Rundschau Musik, 1930 I Seite 412) begleitet wurden. Im Jahr 1926 heiratete er zum zweitenmal, und wieder war ihm die Frau eine wahrhaftige Arbeitsgenossin, auf seinen Reisen wie bei der Sichtung des Materials. 1908 wurde Fleischer zum Mitglied des Pariser Salon Unioniste gewählt. Er hat dann noch eine Reihe von Reisen unternommen: wieder nach Indien, nach Ostasien, dann auch nach Mazedonien, nach den Canarischen Inseln und wieder nach Frankreich und nach Italien. Seine Malweise, ursprünglich impressionistisches Pleinair, wandelte sich durch die Berührung mit der asiatischen Kunst; das zeigen namentlich die vielen Aquarelle, die er später schuf. Seine wissenschaftlichen Leistungen sind in anderen Rundschau zu würdigen. Hier ist noch hervorzuheben, daß er in den Jahren nach dem Krieg sich mit großer Energie für Maßnahmen einsetzte, die die Not der bildenden Künstler mildern sollten. Fleischer war ein Mensch von wahrhaft menschlicher Gesinnung, gütig und bescheiden, von einer Großzügigkeit des Charakters, die sich auch in seinem Schaffen ausdrückt. Die ihm nahestanden, haben viel von ihm erhalten.

Baluschek Am 9. Mai wurde Hans Baluschek 60 Jahre alt. In den Ausstellungsräumen des Vereins Berliner Künstler wurde aus diesem Anlaß sein gesammeltes Werk gezeigt, das die charakteristische Note seiner Gemälde, Zeichnungen und Graphiken vor Augen führt. Man kann einwenden, daß manche seiner Darstellungen durch psychologische Bedingtheit und allzu zeitliche genrehafte Züge an künstlerischer Aktualität eingebüßt haben. An seiner historischen Bedeutung; als erster in Deutschland die Sorgen und Freuden des Vierten Standes ehrlich anteilnehmend dargestellt zu haben, an seiner persönlichen Sonderstellung ist nicht zu zweifeln. Baluschek stammte aus Breslau, kam in jungen Jahren nach Berlin. In der schnell zur Weltstadt heranwachsenden Großstadt lernt er bald die Arbeiterquartiere des Ostens und Nordens kennen. 1882 sieht er als erstes künstlerisches Erlebnis eine Ausstellung des russischen Malers Wassilij Werestschagin in Berlin, damit zuerst auch realistisch ungeschminkte Dar-

stellungen, keine verlogenen Heldenbilder, keine süßliche Poesie, wie zumeist die anerkannte Kunst jener Zeit. Dadurch angeregt beginnt er zu zeichnen. Er kommt auf Umwegen einige Jahre später als Schüler in die Hochschule für Bildende Kunst, deren Lehrziele damals durch den Namen Anton von Werner gekennzeichnet sind. Bald schon trennt er sich, geht eigene Wege. Vor 1900 weiß er, angeregt durch französische Zeichner, Szenen aus dem Leben der großstädtischen Kleinbürger, des Lumpenproletariats unmißverständlich darzustellen. Gleichzeitig und anschließend schafft er als Maler halb symbolische, halb anklägerische Themen aus der Lebenszone des Berliner Proletariats, als Gegengewicht gegen den damals beliebten Highlifeidealismus. 1902 kennzeichnet Friedrich Naumann in der Zeit seine Art: »Um die Armut zu malen, muß man sie erlebt und über sie philosophiert haben. Das tat Meunier, als er Arbeit und Mangel zu urkundlicher Größe hob und ein Heer dulddender Helden malte, zeichnete und modellierte. Nicht so monumental, aber ebenso ernsthaft malt Hans Baluschek die kleinen Leute. Er malt sie nicht, wie irgendein junger Mann eine Kuh am Bach oder ein Mädchen auf der Wiese verewigt, sondern sie werden eben in ihrer Kleinheit, Kleinlichkeit und ihrer proletarischen Gutherzigkeit und Boshaftigkeit von ihm erfaßt. Sie sind eine Philosophie der Unterschicht. Wie andere die Heide entdeckt haben oder das Schneegebirge, so entdeckte er Schöneberg und das Tempelhofer Feld, die Mietskasernen, die Fabrikmädchen, die Arbeiterweiber, die Leute an der Eisenbahn und ihre Kinder. Schön ist das alles nicht und doch sehr malerisch, sobald man glaubt, daß zur Malerei Geist und Erkenntnis sichtbarer Dinge gehört.« Daneben kultiviert Baluschek die Darstellung der Großstadt auf seine Art in Verbindung mit der Eisenbahn. Es sind gelegentlich Bemühungen eine gewisse symbolische Poesie zu erreichen, mehr mit einem idyllischen Unterton als mit formal scharfer Orientierung auf die Sache. Immerhin hat Baluschek mit seinem 1907 geschaffenen Bahnhof, einem Aufblick auf ein typisches Bahnhofsgelände mit Schienen, fahrenden Zügen, rangierenden Lokomotiven, Weichenstellergebäude und umliegenden Baulichkeiten, ein künstlerisch wie dokumentarisch bedeutendes Zeitgemälde geschaffen. Es spricht für die Gradheit Hans Baluscheks, daß er seine Auffassungsweise

trotz neuen Darstellungszielen nicht änderte, daß er in seiner Art blieb, nicht "mitmachte". Wie sich aber die Daseinsforderungen und das Lebensempfinden des Proletariats in den letzten beiden Jahrzehnten grundsätzlich gewandelt haben, so sieht die heutige Generation sein Werk, das Friedrich Wendel in einer Monographie über Balushek /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ mit gesellschaftskritischen Aspekten behandelt hat, als abgerückte, aber historisch bedeutende Kunstwelt an. Seine neueren Arbeiten können deshalb wohl als Ausläufer des Empfindens einer nahen Vergangenheit angesprochen werden.

Rheinland In diesem Jahr, in dem die Besetzung der Rheinlande aufhört, konnte man in Berlin 2 Ausstellungen zeitgenössischer rheinischer Kunst sehen, zugleich als Zeugnis dafür, daß dieser deutsche Landstrich, regional gesehen, an schöpferischem Vermögen heute mehr aufweist als ein anderer; obendrein in einer solchen Mannigfaltigkeit von Spielarten, wie sie selten zu finden ist. Wenn man allerdings die 1. Ausstellung in der Deutschen Kunstgemeinschaft im ehemaligen Schloß sah, so konnte man föhlich an einer solchen Besonderheit zweifeln. Es gehörte tatsächlich ein merkwürdiger Spürsinn dazu, um aus dem Rheinland, wo zurzeit die frischesten Impulse im bildkünstlerischen Schaffen Deutschlands zu finden sind, so viel Verstaubtes und Unzeitgemäßes zusammenzutragen. Einzelne Städte schienen danach wahre Kunstrumpelkammern; alte Bravourstücke nach einstigem Münchener Muster zeigte man noch einmal. Nur schwer fand man in jener Ausstellung Kräfte der Zeit heraus. Man war deshalb fast ganz auf die Ausstellung der Rheinischen Sezession im Gebäude der Berliner Sezession angewiesen, um die wirklichen Repräsentanten herauszufinden. Den Städten nach dominieren Köln und Düsseldorf, doch auch weniger mit künstlerischen Bestrebungen verknüpfte Städte bringen beachtliche Gaben. Das Rheinland ist kein Nährboden für geschlossen einheitliche Gestaltungen und Bestrebungen. Es ist ein offenes Land, das alle künstlerischen Anregungen aufnimmt, das Bestehende zu verarbeiten und uneigennützig neue Gesichtspunkte weiterzugeben sich bemüht. Die rheinischen Künstler konnten so Arbeiten vorweisen, die auch eine undogmatische Weiterführung des Heute in das Morgen möglich erscheinen lassen.

Polen

In Berlin sollte im Mai dieses Jahres eine Ausstellung polnischer Kunst stattfinden, die im letzten Augenblick, da der deutsche Außenminister Julius Curtius das Protektorat über sie nach dem Regierungswechsel plötzlich aufgab, von den Polen auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Sie war als Gegengabe gegen die vorjährige deutsche Kunstausstellung in Warschau gedacht und hätte zweifellos einen interessanten Einblick in die wenig bekannte polnische Kunst der Gegenwart geboten. So ist man nur auf eine Schrift Alfred Kuhns Die polnische Kunst von 1800 bis zur Gegenwart /Berlin, Klinkhardt & Biermann/ angewiesen, zu der der Verfasser das Material während eines Aufenthalts in Warschau zusammengetragen hat. Es ist bekannt, daß die polnische Kunst der Vergangenheit in der Oberschicht keine selbständigen Begabungen aufwies, wenn man von dem Streit um die Landsmannschaft Veit Stoß', den Kuhn ohne Stellungnahme erwähnt, absieht. Vor der mehrfachen Aufteilung Polens zogen die herrschenden Kreise nur ausländische Künstler heran. Das eigentlich Schöpferische lag dagegen im Volk, bei der Bauernschaft, wo eine bescheidene, aber unbedingt beachtenswerte Kleinkunst gepflegt wurde. Im 19. Jahrhundert erscheint dann die in Europa allgemein übliche Historienmalerei, nur daß die polnischen Künstler um einige Grade stärker als sonst die einstige nationale Selbständigkeit betonen. Daneben noch Darstellungen von Volkstypen, Landeseigentümlichkeiten und -sitten. Eine wirklich fundamentale Kraft erscheint erst in Stanislaw Wyspianski /1867 bis 1907/, der zugleich als Dichter das Hin- und Herpendeln des polnischen Volkscharakters in Dramen gespiegelt hat. Er gehörte zur Gruppe der Skuta, einer Reihe von Künstlern, die im europäischen Westen die neuen Anregungen suchte und fand, aber nur er allein vermochte mehr zu geben als nur artistisch schöne Ablagerungen größerer Vorbilder. Richtig gesehen stellen besonders seine Bildniszeichnungen die einzigen Bildwerke dar, in denen die alte Kunstübung untergründig rumort, ohne an Gegenwartigkeit einzubüßen. Mehr jedenfalls als die vielen heutigen Versuche, die bewußt an die künstlerische Vergangenheit der Unterschicht anknüpfen, was als Absicht doch verstimmt. Bei einigen Graphikern kommen schon natürlichere und der heutigen Zeit entsprechende Tendenzen zum Vorschein. Am stärksten wir-

ken noch die modernen Anknüpfungen auf dem Gebiet der Wirkerei von Teppichen. Hier reguliert eine genau festgelegte Technik sehr klar die Phantasiekräfte; die von einigen Kooperativen hergestellten modernen Kelime können in ihrer Geometrik wirkliche Bedeutung beanspruchen und sind heute die besten polnischen Kunsterzeugnisse.

Kunstkritik In der letzten Zeit mehren sich die Stimmen, die der Kunstkritik, wie sie bei uns in der Tagespresse geübt wird, keine Berechtigung mehr zusprechen. Paul Westheim schrieb deshalb in seinem Kunstblatt einen Preis für die beste Kunstkritik aus. Alfred Kuhn forderte in der Frankfurter Zeitung ein Aufgeben des Kunstkritisierens. Darauf ging Adolf Behne in den Sozialistischen Monatsheften (1930 I Seite 148 und folgende) mit positiven Vorschlägen ein. Mittlerweile war das Preisausschreiben entschieden; im Reckendorfhaus zu Berlin wurden die preisgekrönten Arbeiten bei einem Vortragsabend, betitelt Vertrauenskrise der Kunstkritik, am 7. April zu Gehör gebracht. Mit Recht konnten Behne und andere in der anschließenden Diskussion einwenden, daß die schwer gefeilten literarischen Analysen keine kunstkritischen Äußerungen darstellten. Im Interesse der Künstler ließ Westheim einen neuen Diskussionsabend am 28. April folgen, bei dem nur »Künstler über Kunstkritik« sprechen sollten. Es stellte sich heraus, daß von dieser Seite meistens vollkommen unsinnige Wünsche und Ansichten gehegt werden. Abgesehen von einem ethisch wie persönlich ernsthaft der Sache dienenden Vortrag Ludwig Mies van der Rohes und einem geistreichen Traumerlebnis Gert Wollheims konfrontierten einige Künstler verschiedene kunstkritische Urteile; andere forderten den Kunstkritiker als Mentor, weitere verlangten das Recht der Gegenäußerung. Wichtig ist nur das Mentorproblem, wie Behne es schon fixiert hat. Der Kunstkritiker setzt sich nicht für den Künstler ein, er gibt auch nicht von vornherein dem Interessenten Fingerzeige, sondern er handelt im Interesse des schauenden und lesenden Publikums. Seine Aufgabe ist eine wertende Kritik schlechthin. Man wird seine Meinung nicht als Dogma zu übernehmen brauchen sondern als Anregung zur Weiterverarbeitung auffassen müssen. Alle möglichen Abweichungen von dieser Regel können das Prinzipielle kunstkritischer Aufgabe nur verdunkeln.

Totenliste Anfang Februar starb in Paris der Maler und Karikaturist *Maurice Neumont*, im Alter von 64 Jahren. Er war einer der letzten Vertreter der einst berühmten Karikaturistenschule von Montmartre und wirkte zuletzt als Präsident des Salons der Humoristen.

Ende Februar starb in Haarlem *Jacobus van Looy*, im Alter von 75 Jahren. Er war mehr als Erzähler und Shakespeare-nachdichter bekannt, hat aber auch eine Reihe von Gemälden geschaffen, die sich durch eine physiognomische Genauigkeit der Darstellung auszeichnen.

Mitte März starb in Frankfurt *Pauline Kowarzik*, im Alter von 78 Jahren. Sie war Schülerin Curt Herrmanns und später Heinrich Campendonks gewesen. Bekannt wurde sie durch die sogenannte Kowarzikstiftung, die Werke lebender Künstler an west- und süddeutsche Galerien stiftete. Außerdem besaß sie wertvolle moderne Bilder, die sich heute im Besitz der Staedelschen Kunstsammlung in Frankfurt befinden.

Anfang April starb in Wien *Edmund Hofmann von Aspernbruch*, im Alter von 83 Jahren. Neben vom Üblichen abweichenden Fürstenporträts hat er vornehmlich große, thematisch dem antiken Sagenkreis entlehnte Marmorgruppen geschaffen, klassizistische Überlieferung mit realistischen Tendenzen verbindend.

Anfang Mai starb in Berlin *Peter Breuer*, im Alter von 73 Jahren. Er war ein Schüler Fritz Schapers, wirkte seit 1892 als Lehrer an der Berliner Kunstakademie und schuf in der Vorkriegszeit eine Reihe üblicher Denkmäler. Auch in der Berliner Siegesallee ist er vertreten.

Kurze Chronik Ende Februar wurden in Berlin wiederum einige Arbeiten *George Grosz'* wegen Erregung eines Ärgernisses durch öffentliche Gotteslästerung und Beschimpfung bestimmter Kirchen und deren Einrichtungen beschlagnahmt. Namhafte Künstlerorganisationen und sonst berufene Körperschaften erhoben gegen ein derartiges Verfahren Einspruch, weil an der Reinheit der Darstellungen und an dem künstlerischen Charakter nicht zu zweifeln ist. Von dritter Seite wurde hierzu hervorgehoben, daß es sich in diesem Fall weniger um eine Stellungnahme gegen den Künstler *George Grosz* als vielmehr gegen eine absichtsbewußte Ausnutzung seiner Darstellung durch Dritte handeln kann. Besonders der Christus mit der Gasmaske, als Kunstwerk unangreifbar, wurde dazu benutzt,

um innerhalb einer „Arbeiterkulturausstellung“ mehrfach vergrößert und in Form eines Kirchenfensters einem verhöhnenden Zweck zu dienen, der noch durch entsprechende Unterschriften gekennzeichnet wurde. ◊ Für 1931 plant die Berliner Akademie der Künste eine Ausstellung *neuerer japanischer Kunst*. Man will ungefähr 100 bis 150 Bilder in Langrollen, Breitrollen und auf Setzschirmen zeigen, dabei nur Werke von Künstlern, die noch leben oder jüngst gestorben sind, und die an die alten Schulen des Landes anknüpfen, ohne von der europäischen Kunst beeinflusst zu sein. ◊ In Berlin hat sich ein *Reichsverband Deutscher Kunstsammler* gebildet, der die ideellen und wirtschaftlichen Sammelinteressen schützen will. Zu den Bestrebungen dieses Verbands gehören die Ausstellung des Sammelbesitzes der Mitglieder, der Nachweis von Gutachtern, die Fühlungnahme mit Behörden und Händlerorganisationen und die Feststellung, Sammlung und Veröffentlichung aller das Sammelwesen betreffenden Handelsgebräuche.

Literatur

Unter dem Titel *Mein Leben* /Berlin, Hermann Reckendorf/ erschien der 1. Band der Lebenserinnerungen *Wilhelm von Bodes*, dem in Kürze ein 2. Band folgen soll, während ein 3. Band, der die Ereignisse der letzten Zeit behandelt, nach einer Verfügung Bodes erst später erscheinen darf. Der in der Form nüchtern-sachlich geschriebene 1. Band ist von besonderer dokumentarischer Bedeutung, obwohl er etwa mit dem Jahr 1890 abschließt, wo Bode selbst noch in keiner unmittelbar leitenden Stellung war. Es wird deutlich, welche Absichten und Ziele der Abkömmling aus braunschweigischem Bürgergeschlecht und spätere Generaldirektor der Berliner Museen von vornherein verfolgte. Ähnlich wie zu jener Zeit in Europa ein Wettrüsten begann, setzte sich Bode dafür ein aus Berlin eine der großen Museumsstädte der Welt zu machen. In seiner Frühzeit gehörte er zu den wenigen Museumsleuten, die einen klaren Blick für künstlerische Qualität und Bedeutung besaßen, ohne veraltete oder falsche Bildungsideale. Das darf uns aber nicht hindern zu erkennen, daß er, einer bestimmt gewählten Orientierung folgend, Entscheidendes beiseite ließ oder schob, was sich namentlich in seinem Verhältnis zu Grünewald zeigte (siehe dazu den Artikel Behnes Ist Grünewald noch

modern?, in diesem Band Seite 570 und folgende). Er verfügte über die nötige Energie, um, nicht immer wählerisch in den Mitteln, Erwerbungen zu machen, deren spätere Bedeutung er voraussahnte, im Gegensatz zu seinen Zeitgenossen. Wenn er mit den Jahren immer mehr Kräfte und Kreise für seine musealen Interessen einzusetzen weiß, so kann man sich bald nicht des Gefühls einer Monomanie der Erwerbsucht erwehren, oft wohl auf Kosten einer notwendigen Zielsetzung. Symptomatisch hierfür die Abbildungen von Kunstwerken, deren Ankauf aus gleichviel welchen Gründen unterblieb, und deren Verlust er des öfters beklagt. Auch die teilweise scharfen Angriffe gegen einstige Vorgesetzte und Kollegen werden mitunter nur hieraus verständlich, ebenso die nur relativ richtigen Rechenexempel. Es spricht aber für den auf seine Art genialen Charakter dieses Mannes, daß er unter Zurückstellung jeder persönlichen Eitelkeit und unter Ausschaltung aller Schöngelüchtigkeit in seinen Memoiren nur das ihm wichtig Erscheinende aufgezeichnet hat, ein Merkmal, das den zeitlich gebundenen Tatbestand mit unbedingter Klarheit hervortreten läßt. ◊ Von *Wilhelm Hausenstein* erschienen gesammelte Aufsätze in 2 Bänden: *Meister und Werke und Drinnen und Draußen* /München, Knorr & Hirth/, die von der lebendigen, exakt-empfindlichen und nie schematisierenden Darstellungsweise des Verfassers immer anregend Zeugnis ablegen. Nicht nur Künstler aus Vergangenheit und Gegenwart werden behandelt sondern auch literarische Erscheinungen, Landschaften, Städte, Menschen und Tiere. In den Aufsätzen zur Geschichte und Schönheit bildender Kunst zeigt sich die Gabe von der Umwelt, vom Nebenher aus die Eigentümlichkeit deutlich werden zu lassen, dabei immer unter Miteinbeziehung der neuesten Forschungsergebnisse. ◊ Eine in der Sammlung *Morgenland* /Leipzig, J. C. Hinrichs/ veröffentlichte Schrift *Albert Ippels Indische Kunst und Triumphalbild* stellt eine quellengeschichtliche Untersuchung zur Frage der Zusammenhänge zwischen griechischer und römischer, also der abendländischen, und indischer Kunst dar. An Beispielen wird nachgewiesen, wie sich asiatische Reliefmotive durch Aufnahme ägyptischer, assyrischer, griechischer und römischer Formbildungen abwandeln. Besonders der Einfluß des römischen Triumphalbilds wird durch Bildbeispiele erläutert.

Musik / Max Butting

Milhaud Darius Milhaud ist in Deutschland nur mit einem kleinen Teil seiner Werke bekannt geworden. Zuerst hörte man nur von ihm als einem Vertreter der Gruppe der Sechs, der Avantgarde der neuen Musik in Frankreich: Georges Auric, Louis Durey, Arthur Honegger, Darius Milhaud, Francis Poulenc, Germaine Tailleferre (siehe über sie hier den Artikel Stuckenschmidts *Die Musik des neuen Frankreichs*, 1927 II Seite 984). Als vor wenigen Jahren Kammermusik von ihm in Deutschland bekannt wurde, hatte er vor allen Dingen Erfolg mit jenen 6 Symphonien, die für Kammerorchester in äußerst präzisen kurzen Formen geschrieben sind. Sein Name gewann um so leichter an Klang, als die Gruppe der Sechs durch ihre kulturellen Ambitionen und ihr praktisches Vorgehen in Deutschland zwar berühmt, aber außer den Milhaudschen Werken nur mit wenigen anderen bekannt war. Die Kammermusik Milhauds, die auf diese Symphonien folgte, setzte sich hier wenig durch; bei aller Kultur und allem Geist konnte sie es mit einer ganzen Anzahl deutscher Werke nicht aufnehmen. Vielleicht war auch der Rahmen, in dem sie aufgeführt wurde, für ihren äußern Erfolg in Deutschland insofern ungünstig, als sich für Milhaud die an der neuen Musik interessierten Kreise einsetzten. Nun ist Milhauds Musik in der Intention schon durchaus auf das gerichtet, worauf auch die deutschen jungen Autoren hinielen. Im Kompositionstechnischen, im Schreibstil ist sie jedoch viel mehr gemäßigt, ausgeglichen; ihre Gesten übersteigen da nie das Maß des Geschmackvollen. So ist leicht einzusehen, daß Milhaud im Kreis der jüngsten deutschen Komponisten in der äußern Wirkung mit seiner Kammermusik mehr zurück- als hervortrat. Einen erheblich größern Erfolg hatte Milhaud mit der entzückenden Musik zum Film *La petite Lillie*. Alle Vorzüge seines glänzenden Könnens, seines feinen Geschmacks und seines Geistes kamen hier voll zur Geltung. Das Bratschenkonzert des letzten Winters wirkte etwa in dem Sinn wie früher seine Kammermusik. Dann aber kamen in Berlin einige Bühnenwerke. Die Ballette *La création du monde* und *Salade* führte man in der Staatsoper Unter den Linden, die balladeske, 3 Bilder in einem kurzen Akt vereinigende Oper *Le pauvre matelot* in der Staatsoper am Platz der Republik auf. Die Strenge der Schöpfung, die groteske Grazie des

Salats wurde durch die unzulängliche Darstellung verdeckt. Dagegen wurde die Seemannsklage des Armen Matrosen in vortrefflichster Besetzung eindrucksvoll wiedergegeben, so daß die Musik den Hörer bannte und mit sich führte. Die vorstehende Schilderung macht keinen Anspruch auf eine Charakteristik des Komponisten Milhaud. Sie will nur ein annäherndes Bild von der Stellung Milhauds in Deutschland geben, der mit seinem neuesten Werk *Christoph Columbus*, dessen Uraufführung am 5. Mai in der Berliner Staatsoper Unter den Linden stattfand, ein Anrecht auf ganz besondere Würdigung erworben hat. Das Buch Paul Claudels ist nicht eine Oper in herkömmlichem Sinn. Es ist ein katholisches Mysterium, in szenische Formen gebracht. Und Milhaud hat es in einer Art vertont, die stilistisch in der Mitte zwischen Oper und Oratorium steht. Er hat die bisher einzige selbständige Parallele zum *Ödipus* Igor Strawinskijs geschaffen. In beiden Werken wird angestrebt das schauspielerische Detail fallen zu lassen respektive der Abwicklung der Handlung eine neue Form zu geben, um die Situation als solche für die darstellende Musik frei zu bekommen. Opernmusik hat nur die beiden formalen Möglichkeiten der durchkomponierten fließenden Musik, wie wir sie aus dem romantischen Musikdrama kennen, oder der in einzelne Nummern aufgeteilten klassischen Form. Seit Jahren wenden sich die Autoren gegen den musikdramatischen Stil. Sie versuchen auf irgendeine Weise zu der klassischen Form zurückzukommen, die ihnen mehr adäquate Ausdrucksmöglichkeiten verschafft, da sie nicht Entwicklungen sondern Situationen zur Vertonung hinstellt. Der *Ödipus* und der *Columbus* dürften die beiden einzigen Werke sein, in denen der Versuch in einer äußerst persönlichen, überaus geistigen und dabei sehr wirkungsvollen Weise unternommen worden ist. Important ist im *Columbus* vor allen Dingen die einheitliche Beherrschung einer gewaltigen Apparatur, die in jeder Einzelheit berechtigt und notwendig ist. Wir weisen heute immer wieder darauf hin, daß in jedem Kunstwerk nur Wesentliches gesagt, und das Wesentliche nur mit sachlich notwendigen Mitteln ausgedrückt werden darf. Das hat zu dem Trugschluß geführt, große Darstellungskörper, große Orchester, Chöre usw. seien verpönt. In Wahrheit wird sich niemand gegen einen großen Apparat sträuben, wenn ihm nur die große Idee und das geistige Ausmaß zugrunde liegen.

Wie man zum Columbus in Einzelheiten stehen mag, ist gleichgültig. Aber das muß unbedingt zugegeben werden, daß ein ganz großer Wurf geplant und mit überlegener Beherrschung der Mittel durchgeführt wurde. Es ist auch nicht entscheidend, ob sich alle Teile des Werks auf absolut gleichem Niveau halten. Selbst wenn das Verdienst einen Weg gewiesen zu haben größer wäre als der unmittelbare Wert des Werks, bliebe die Tat Milhau's bewundernswürdig. Bei der Beurteilung ist aber auch nicht zu übersehen, daß die spezifisch französische katholische Mystik eine besondere Bereitschaft des Hörers verlangt. Wer sich gegen diesen Charakter des Werks sträubt, wird ihm nicht gerecht. Das Werk ist erst zu erkennen, wenn man sich auf einen Boden mit den Autoren stellt. Ist man dazu bereit, dann kann es nicht ohne tieferen Eindruck auf den Hörer bleiben. Vor dem hohen Ethos, der artistischen Überlegenheit, der Kühnheit des Wurfs und der Echtheit des künstlerischen Wollens, die dem Werk unbedingt zuzuerkennen sind, müssen alle anderen Bedenken weichen, solange nicht erwiesen ist, daß diese Bedenken nicht aus geringer Bereitschaft des Aufnehmenden entstanden sind; denn ungeheure Bereitschaft verlangt das Werk.

Radio

In den letzten Monaten hat wieder eine Anzahl von Ur-aufführungen im Rundfunk stattgefunden, die auf Anregungen der Sendegesellschaften respektive der Reichsrundfunkgesellschaft, des einzigen großzügigen Mäzens für die schaffenden Musiker in Deutschland, zurückzuführen sind. Allgemein ist zu sagen, daß keines dieser Werke aus engerer Beziehung zum Rundfunk entstand, und daß auch keines dem Wesen des Rundfunks Rechnung trägt, weder nach der klanglichen noch nach der geistigen Seite hin. Das ist zweifellos zu bedauern, und die maßgebenden Stellen sollten ernsthaft erwägen, in welcher Form sie bei der Vergabung von Aufträgen den Komponisten ein eingehendes Studium der Anforderungen des Rundfunks nahelegen könnten. Im einzelnen sind aber doch durch diese Aufträge wertvolle Werke entstanden, und so mag ihre Rundfunkeignung bei der weitem Besprechung außer acht gelassen werden, nachdem grundsätzlich auf die Nichterfüllung dieser Momente hingewiesen wurde, deren Beachtung für die Zukunft unbedingt nötig ist. Das wichtigste und wertvollste dieser neuen Werke ist zweifellos eine Arbeit

Wladimir Vogels 3 Chorvokalisieren für 3 Saxophone. Es ist dem unendlich rein musikalischen Stil Vogels völlig angemessen, wenn er Chorvokalisieren schreibt, keine Texte unterlegt, sondern als sprachlichen Laut den Sängern die italienischen Bezeichnungen der Töne do, re, mi, fa usw. zu singen gibt. Damit ist auf jede literarische Note bewußt verzichtet, der Komponist kann im strengsten Sinn des Worts mit dem Chor musizieren. Die Klanganpassung der Saxophone an die menschliche Stimme respektive den Chorklang ist so stark, daß die Instrumente sowohl als eigenes Ensemble wie als praktisch kaum je in die Erscheinung tretende Stütze für die Sänger verwendet werden können. Die formale Struktur überrascht insofern etwas, als die ersten 2 Vokalisieren sich in der Lautsprecherdarbietung, zumal infolge der Verbindung durch einen für die 5 Saxophone allein geschriebenen Teil, so eng zusammenschließen, daß man im ganzen den Eindruck einer unausgeglichenen Zweierheit aus dem 1. plus 2, und dem 3. Teil hat. Es ist durchaus möglich, daß die Wirkung der Form im Konzertsaal anders ist, für die Lautsprecheraufführung fehlt die Verbindung zwischen dem 2. und dem 3. Teil, und das um so mehr, als das Klangbild durch die nur aus Saxophonen bestehende Instrumentalbegleitung klanglich fast farblos, das heißt lediglich im Hell-Dunkel-Kontrast, empfunden wird. Es ist auch unwahrscheinlich, daß der Stimmungsgehalt der beiden ersten Teile sich im Konzertsaal so angleicht wie im Lautsprecher. Ein abschließendes Wort läßt sich also über Form und Formwirkung wohl nur nach einer Konzertaufführung äußern. Dagegen ist der Geist dieser Musik, wie alles, was Vogel schreibt, so edel und im tiefsten Sinn musikalisch, daß die Stücke allein durch die Sprache und ihr Detail großen Eindruck hinterlassen. Dabei ist die stilistische Strenge wieder ebenso bemerkenswert wie der Mut kompromißlos das durchzuführen, was von Anfang an gemeint ist.

Im größten Gegensatz zu diesem Werk stehen die anderen 4 Aufträge der Berliner Funkstunde schon dadurch, daß sie einen betont unterhaltenden Charakter aufzeigen. Gute Unterhaltungsmusik ist für den Rundfunk sehr wichtig. Aber es muß wohl den Hörern wie den Musikern noch ein wenig mehr zu Bewußtsein kommen, daß auch Unterhaltung etwas sehr Geistvolles sein kann. Die vorliegenden 4 Werke sind Unterhaltung in erster Linie, also etwas oberflächliche Unterhaltung. Vielleicht mit Absicht,

und dann bestimmt nicht ohne Berechtigung; warum soll es nicht *auch* oberflächliche, angenehme Unterhaltung geben? Dagegen anzuführen ist nur die Tatsache, daß die 4 Autoren nach ihren sonstigen Werken die Möglichkeit gehabt hätten ebenso unterhaltend und doch etwas gewichtiger zu schreiben.

Die *Charlestoncaprice Mischa Spolian-shijs* ist liebenswürdig nett, aber so zündend und charmant wie anderes vom gleichen Autor ist sie nicht. Ein amüsanter Versuch ohne Grund Jazzrhythmen in irgendwelche Musik zu bringen. Es ist eigenartig, wie seriös und akademisch die besten Komponisten der heitern Musik werden, wenn sie etwas besonders Gutes schreiben wollen; dann unterschätzen sie sich selbst.

Artistisch sehr überlegen, elegant und gewandt ist *Erwin Schulhoffs* Sonate für Saxophon und Klavier. Bei dieser Komposition wird jederzeit die glänzende Technik der Faktur Eindruck machen. Aber trotz der Kürze des Stücks ist eine gewisse Klangmonotonie da. Das Saxophon ist ein wunderschönes Instrument, muß aber sparsam verwendet werden.

Ein famos Stück bester Operettenmusik ist *Eduard Könnecks* Tanzsuite für großes Orchester. Könnecke hat oft den Beweis gegeben, daß er auch in der Lage ist feine, fast kammermusikalische Wirkungen zu erzielen. Schade, daß er gerade für den Rundfunk großes Orchester nahm. Auf diese Weise ist etwas Durchschnittliches entstanden, etwas, das ein Sommergartenpublikum begeistert, das von dem fein liebenswürdigen Komponisten eigene Züge nicht trägt. Temperament und frohe Laune sind ihm indessen, wie allen Stücken Eduard Könnecks, selbstverständlich eigen.

Das anspruchsvollste dieser 4 Unterhaltungsstücke ist *Paul Höffers* Festliches Vorspiel. Es ist zu befürchten, daß sich der Komponist in einem grundlegenden Irrtum befindet, indem er die innere Haltung dieses Stücks für den Rundfunk als besonders geeignet ansieht. Man könnte im Gegenteil annehmen, daß sein Werk bewußt nicht für Rundfunk geschrieben wurde. Im einzelnen wie im ganzen ist alles ungeeignet, alles unmöglich im Sinn einer gut übertragbaren oder eigenen Rundfunkmusik. Das Festliche Vorspiel ist ein Stück Gebrauchsmusik, wenn man darunter eine Art Gelegenheitsmusik versteht, die, ohne weitere Ambitionen zu erheben, zu bestimmtem Zweck gut verwendbar ist, also etwas, an das der Autor selbst keine sehr hohen Forderungen stellte. Und das muß zumal bei

einem so begabten Komponisten wie es Höffer ist zum Vorwurf gemacht werden. Unter allen Umständen muß ein Autor die höchsten Anforderungen an sich stellen, nur die Ziele sind verschieden. Ein festliches Vorspiel braucht nicht eine leere Kulisse zu sein, sei sie noch so glänzend gearbeitet. Höffers Stück ist äußerst wirksam, gut gemacht, aber es wendet sich an das Publikum von 1913. Die Festlichkeit, die wir heute empfinden würden, hat es nicht.

Vernastaltungen Aus Anlaß des 100. Geburtstags Carl Goldmarks hält Ungarn eine große *Goldmarkfeier* ab, die mehrere Wochen umfassen soll. Es soll auch ein Goldmarkmuseum geschaffen werden.

Eine *Reznicekfeier* zu Ehren des 70. Geburtstags Emil Nikolaus von Rezniceks veranstaltete die Akademie der Künste in Berlin am 15. Mai durch die Aufführung einiger seiner Kammermusikstücke. Das 6. Kleiberkonzert der Berliner Staatsoper brachte seine vor 3½ Jahrzehnten geschriebene Lustspielouvertüre.

Vom 22. bis zum 25. Juli hält das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht seine *Funkmusiktagung* ab, und zwar in München, im Rahmen der übrigen Musikveranstaltungen, die dort geplant sind.

Diese *Münchener Festaufführungen* finden während des ganzen Sommers statt. Die Wiener und Berliner Philharmoniker unter Wilhelm Furtwängler, die New Yorker unter Arturo Toscanini machten im Mai den Anfang. Es folgen eine Bayerische Tonkünstlerwoche, die Wagner-Mozart-Festspiele, eine Richard-Strauß- und eine Hans-Pfitzner-Woche.

Ein *Festjahr Augsburg 1930*, das im Juli, August und September veranstaltet wird, bringt zahlreiche große Aufführungen von Musikwerken. Unter dem Titel von Bach bis Beethoven umfaßt es in seinem Programm Kammermusik, Orchesterwerke und Oratorien. Unter anderm plant man auch eine Bläserserenade, von 600 Bläsern des Bayrischen Posaunenchorverbands ausgeführt, und eine Freilichtaufführung des *Fidelio*.

Totenliste

Am 13. Februar starb in Berlin nach längerem Leiden *Conrad Anso*ge, im Alter von 68 Jahren. Er war einer der bedeutendsten Pianisten unserer Zeit, viel weniger ein Virtuose im Technischen als ein geistiger Musiker, der in seinem Spiel religiösen Lebensinhalt zu verkörpern suchte. Er ist auch als Komponist hervorgetreten, namentlich mit Liedern.

In der 1. Hälfte des März starb im Krankenhaus in Schönlinde in Böhmen, 69 Jahre alt, der Komponist und Musikpädagoge *August Stradal*, ein Schüler Liszts. Stradal hat in seinen Studien zur Musikgeschichte die Werke seines Meisters eingehend interpretiert.

Kurze Chronik Einen Preis von 10 000 Mark setzt der Verlag Bote & Bock in Berlin für eine abendfüllende Oper aus, die »das Zeitlos-Charakteristische der deutschen Volksseele neu zu gestalten sucht, ohne die Umwertung aller Werte in den letzten 2 Jahrzehnten außer acht zu lassen.« \diamond Die Kinder der amerikanischen Eheleute Jakob und Rosa Stern, als Musikfreunde bekannt, stifteten zum Andenken ihrer Eltern 100 000 Dollars, deren Zinsen zunächst 10 Jahre lang dem Komponisten Ernest Bloch (der aus Frankreich stammt, seit einigen Jahren in Amerika lebt und liturgische Werke geschaffen hat, so einen 22. Psalm und eine hebräische Rhapsodie Schelomo) zukommen sollen; danach werden aus der Stiftung ein Lehrstuhl für Musik und ein Stipendium für einen Musikstudierenden an der Universität Berkeley begründet. \diamond Der Kölner Pianist *Karl Hermann Pillney*, der 1929 für sein *Divertimento* für Klavier und Kammerorchester den Sonderpreis des Sozialistischen Kulturbunds in Berlin erhielt, wurde beim *Concours de Composition Musicale du Kursaal d'Ostende* für sein neuestes Werk Skizze für großes Orchester mit dem Preis von 10 000 Francs ausgezeichnet. \diamond Die Urne mit der Asche *Max Regers* wurde von Weimar an den Wohnort seiner Witwe, nach München, überführt und dort auf dem Waldfriedhof in einem Ehrengrab beigesetzt. \diamond Anfang April wurde in Bologna zur Feier des 64. Geburtstags *Ferruccios Busonis* im *Liceo Musicale* eine Busonibüste, von Gemignani modelliert, enthüllt. Auch in Busonis Geburtsort Empoli fand eine Gedächtnisfeier statt. \diamond Wegen seiner Oper *Ariadne auf Naxos* wurde *Richard Strauß* Ehrenbürger der Insel Naxos. \diamond Ein neues Prüfungsfach wurde an der Technischen Hochschule Berlin eingeführt, das zur Erwerbung des Titels eines *Diplomingenieurs für Orgelbau* führt. \diamond In der böhmischen Stadt Kralup bildete sich eine Gesellschaft zur Begründung eines *Dvorakmuseums*, dem ein Archiv angegliedert werden soll, das eine möglichst vollständige Sammlung der Werke Anton Dvoraks, der Literatur über ihn, der Programme und Plakate

umfassen soll; auch will die Gesellschaft für die Erhaltung seines Geburtshauses in dem bei Kralup gelegenen Dorf Mühlhausen sorgen. \diamond An der Universität Königsberg *habilitierte* sich Leo Schrade für Musikwissenschaft mit einer Schrift Die handschriftliche Überlieferung der ältesten Instrumentalmusik.

Literatur

Am 1. Februar bestand die Zeitschrift *Melos* 10 Jahre lang. Ihr Begründer und erster Herausgeber war Hermann Scherchen, der 1920 in der Neuen Musikgesellschaft den ersten Vorstoß für neue Musik versucht hatte und in seinem Geleitwort aussprach, daß diese Blätter das Gesetz im Werden der Musik aufzeigen wollten. Auf der 1., dem Geleitwort folgenden Seite stehen nur wenige Worte mit der Überschrift An Ferruccio Busoni. Dann schreibt Scherchen über Arnold Schönberg. Es folgen Aufsätze von Oskar Bie und Heinz Tiessen. In den folgenden Jahren kämpft die Zeitschrift, wie die junge Musik kämpfen mußte. Auch wirtschaftliche Krisen werden ihr nicht erspart. Eine kurze Zeit mußte sie, als Fritz Windisch Herausgeber geworden war, auch ihr Erscheinen einstellen. Im Frühjahr 1924 wurde die Melosgemeinschaft unter Leitung Philipp Jarnachs und Heinz Tiessens zum Zentrum der Kreise, die sich um neue Musik scharten. Hans Mersmann leitet nun die Zeitschrift, die im Melosverlag B. Schotts Söhne in Mainz erscheint. Enge Verbindungen zur Internationalen Gesellschaft für Neue Musik wurden geschaffen. Vom Wiederscheinen des *Melos* an wird der internationale Charakter der Zeitschrift im weitesten Maß betont. Mersmann versteht es organisatorisch und methodisch überlegen die Fragenkomplexe zu ordnen, die Aufsätze jedes einzelnen Hefts zu gruppieren und auf diese Weise aus jedem Heft ein im polemischen wie im musikwissenschaftlichen Sinn wertvolles Buch zu machen. Zu Mitarbeitern zieht er die Schaffenden heran (Bartok, Busoni, Butting, Casella, Hindemith, Jarnach, Kaminski, Milhaud, Schönberg, Weill), die Interpreten und Musikschriftsteller (Bekker, Scherchen, Strobel, Weißmann) und die Wissenschaftler (Hornbostel, Sachs). Er schafft die Meloskritik, die von mehreren ausgeübt wird, eine wertvolle Abteilung Rundfunk-Film-Schallplatte und die Zeitschau. Bei überaus hohem geistigen Niveau ist jedes Melosheft aktuell und lebendig. Man kann der Zeitschrift nichts Besseres wünschen, als daß sie bleibt, wie sie ist.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Osthilfe Im Osten Deutschlands ballt sich die Agrarkrise durch die Überschuldung mehrerer Tausende von Betrieben immer weiter zusammen. Die Zwangsversteigerungen in der ostelbischen Großlandwirtschaft haben einen sehr hohen Stand erreicht. So wurden 1928 von 10 000 Großbetrieben 67,6 versteigert, von 10 000 Mittelbetrieben nur 5. Die ostelbische Großbetriebskrise ist für die ostdeutsche Wirtschaft ein sehr ernstes Problem. Die Krisenherde können sich, wie in dieser Rundschau (1929 I Seite 85 und folgende) ausgeführt wurde, wenn die kranken nicht von den gesunden Betrieben isoliert und gesondert behandelt werden, leicht ausdehnen und damit auch Handel und Gewerbe bedrohen. Zur Sanierung der ostpreußischen Landwirtschaft sind daher bereits in den Jahren 1928 und 1929 Hilfsaktionen eingeleitet worden. Diese bestanden in der Hauptsache in einer Gewährung öffentlicher Zuschüsse und Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Umschuldung kranker Betriebe. Infolge groben Mißbrauchs dieser Mittel haben diese Aktionen in der Hauptsache nur den Erfolg gehabt, daß das Kreditrisiko kranker Betriebe von privaten Gläubigern auf den Staat abgewälzt wurde, und daß bei Betriebszusammenbrüchen nicht private, sondern öffentliche Gelder verloren wurden. Insgesamt ist mit einem Verlust von zirka 30 bis 40 Millionen solcher staatlichen Umschuldungskredite zu rechnen. Zur Heilung der Agrarkrise ist durch diese Aktion kaum beigetragen worden. Bereits unter dem Kabinett Hermann Müller wurde daher ein neues Ostprogramm vorbereitet, das dann von der Regierung Brüning-Schiele ausgebaut wurde und jetzt den Reichstag beschäftigen soll. Gegenüber den ersten Gesetzentwürfen der neuen Regierung, nach denen diese Osthilfe wiederum eine reine Subvention unter Gewährung langfristiger Moratorien darstellen sollte, wodurch die Lösung des Ostproblems nur auf Kosten der Reichskasse um 1 bis 2 Jahre hinausgezögert worden wäre, enthält der endgültige Gesetzentwurf der Regierung, an dessen Formulierung auch die preußische Regierung stark beteiligt ist, Verbesserungen. Er stellt die Siedlung als eines der Mittel zur Linderung der ostpreußischen Krise mehr in den Vordergrund und verlangt eine Ablösung der in den letzten Jahren vergebenen 250 Millionen

Siedlungszwischenkredite durch eine langfristige Anleihe unter Reichsbürgerschaft. Dadurch werden die jetzt festgelegten Zwischenkredite für neue Siedlungstätigkeit frei. Das ursprünglich auf 5 Jahre geplante Moratorium ist auf einen auf das Jahr 1930 beschränkten Vollstreckungsschutz reduziert worden. Gefahren unwirtschaftlicher und unproduktiver Subventionen liegen freilich immer noch in einer neuen großen Umschuldungs- und Besitzerhaltungsaktion. Eine einseitige Durchführung dieser Aktion müßte zur Verschleuderung öffentlicher Mittel ohne einen Sanierungserfolg führen, besonders, wenn sie örtlichen Stellen überlassen würde. Durch Einschaltung der preußischen Regierung und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in die Durchführung der Aktion ist allerdings eine gewisse Gewähr für sachliche Anwendung der Osthilfe gegeben.

Industrielles Agrarprogramm Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat sich durch die 4 Professoren Karl Brandt, Constantin von Dietze, Emil Lang und Hans Zörner ein Gutachten über wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der deutschen Landwirtschaft erstatten lassen und dieses mit einer allgemeinen Stellungnahme des Reichsverbands der Öffentlichkeit übergeben. Anlaß zu diesem Schritt des Reichsverbands war die im letzten Jahr von Paul Silverberg an die Industrie gerichtete Aufforderung für die Agrarsanierung aus dem Industriefonds Mittel zur Verfügung zu stellen, ferner ein Aufruf des Reichspräsidenten, der sich darauf bezog. Das Programm der 4 Professoren soll in der Hauptsache diejenigen Maßnahmen aufzeigen, die durch Verbesserung von Produktion und Absatz zur Hebung der deutschen Landwirtschaft durchgeführt werden können. In gedrängter Form werden für die einzelnen Produkte, beginnend mit Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, und dann übergehend auf der pflanzlichen und tierischen Edelerzeugnisse, die Verbesserungsmöglichkeiten dargelegt und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Im großen und ganzen können sie als gelungen bezeichnet werden. Auch die Landwirtschaft hat, wie aus Besprechungen der Industrie mit agrarischen Vertretern und aus der Presse zu ersehen ist, gegen das Programm nur wenig einzuwenden. Der Ernährungsminister Martin Schiele hat sogar geäußert, daß dieses Programm absolut seinen Forderungen

entsprüche, die er bereits seit 1925 vertrete. Die Bereitwilligkeit zu durchgreifenden Betriebsverbesserungen, wobei der Ausbau des Bildungs- und Beratungswesens eine der wichtigsten Forderungen darstellt, ist zu begrüßen. Allerdings, wenn der jetzige Ernährungsminister schon vor 5 Jahren die in dem Industrieprogramm vertretenen Gedankengänge als richtig erkannt hat, so versteht man nicht, weshalb trotz richtiger Erkenntnis bisher keine ernstlichen Versuche gemacht wurden, um diese Rationalisierung durchzuführen, 5 wertvolle Jahre sind versäumt worden.

Propaganda Heinrich Sohnreys Wegweiser für *ländliche Wohlfahrtsarbeit* erschien, nachdem über 20 Jahre seit der letzten Auflage vergangen sind, in 4. erweiterter und vermehrter Auflage (Berlin, Deutsche Landbuchhandlung). Sohnrey verfolgt mit diesem Buch das Ziel durch Verbesserung der sozialen Verhältnisse auf dem Land die Landflucht einzudämmen und einen Teil der Bevölkerungszuwachses auf dem Land zu erhalten. Alle Möglichkeiten sozialer Fürsorge, verbesserter Bildung und Unterhaltung, die Notwendigkeit eines intensiven Gemeindelebens und der Pflege des Heimatgedankens werden in dem 500 Seiten starken Werk eingehend behandelt. Die Schrift ist mit großer sozialer Wärme geschrieben, steht freilich dem Gedanken der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung außerordentlich fern. Aus ihr spricht christliche Nächstenliebe, auch der Gedanke der Werks-gemeinschaft. Zwischen Sohnrey und der sozialistischen Auffassung besteht aber eine tiefe Kluft. Trotzdem müssen viele seiner Forderungen auch von sozialistischer Seite unterschrieben werden.

Totenliste Am 7. März starb in Hannover *Emil Preißler*, im Alter von 74 Jahren. Seit 50 Jahren war er in der deutschen Zuckerindustrie führend tätig. Den Vorsitz im Direktorium des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie, den er 1925 übernommen hatte, legte er erst vor wenigen Monaten nieder.
Am 12. April starb in Münster, im Alter von 87 Jahren, der ehemalige Universitätsprofessor und Direktor der Landwirtschaftlichen Versuchsstation *Joseph König*. Er hat sich durch seine agrikulturchemischen Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiet der Untersuchung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, große Verdienste erworben.

Kurze Chronik Seit dem 1. April werden die jährlich 100 Millionen Mark betragenden Grundschuldzinsen der *Deutschen Rentenbank* nicht mehr erhoben. Diese Grundschuldzinsen wurden teils zur Tilgung der Rentenmarkscheine, teils zur Erhöhung des Kapitals der Rentenbankkreditanstalt verwendet. Da die Rentenbankkreditanstalt ihren Gläubigern gegenüber verpflichtet ist ihr Kapital in kurzer Zeit bis auf 500 Millionen Mark (gegenwärtiges eigenes Vermögen rund 440 bis 450 Millionen Mark) zu erhöhen, soll das vorhandene Vermögen der Rentenbank auf die Rentenbankkreditanstalt übertragen, und die Gewinne der Rentenbankkreditanstalt sollen zur Kapitalauffüllung verwendet werden. Das Reich übernimmt ferner eine Garantie für die Kapitalerhöhung in Höhe von 40 Millionen Mark. Die Tilgung der Rentenbankscheine wird künftighin allein aus den Reichsbankgewinnen, deren Verteilungsschlüssel geändert wird, vorgenommen. Die Tilgungsfrist muß daher bis zum Jahr 1940 verlängert werden. ◊ Der preußische Landwirtschaftsminister gab, um den Roggenverbrauch zu heben, eine *Roggenbibel* heraus, die an den preußischen Schulen in 600 000 Exemplaren verteilt werden soll. ◊ Der Präsident der *Landwirtschaftskammer* Wiesbaden Mertens legte seinen Vorsitz nieder; sein Nachfolger wurde der Reichslandbundpräsident Karl Hepp. An die Stelle Saeuberlichs als Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für Anhalt trat der Gutsbesitzer Max Poetzsch. ◊ Der Züchter des Weizens Crieuener 104, *Bernd von Arnim-Crieuener*, der den Weizenbau auch auf leichterm Boden ermöglicht hat, wurde am 20. Mai 80 Jahre alt. Neben der Weizenzüchtung sind besonders seine Gerstenzüchtungen bekannt.

Literatur Anlässlich der Reichsgründungsfeier an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin am 18. Januar hielt *Friedrich Aereboe* die Festrede über Wirtschaft und Kultur in den Vereinigten Staaten von Amerika, die dann im Buchhandel bei Paul Parey in Berlin herauskam. Aereboe, der im letzten Jahr eine halbjährige Amerikareise gemacht hatte, berichtet über seine Erfahrungen in teilweise vielleicht zu optimistischer Weise und in zu großer Begeisterung. Zahlreiche Vergleiche zwischen der deutschen und der amerikanischen Landwirtschaft werden gezogen. Erweiterter Austausch der Erfahrungen der deutschen

und der amerikanischen Landwirtschaft wird für notwendig gehalten. Besonders erwähnenswert an dieser Stelle ist, daß Aereboe sich sehr energisch für eine Europäische Zollunion einsetzt und von deren Schaffung eine starke Befruchtung der gesamten europäischen Wirtschaft erwartet. ◊ Von der Gesellschaft für Landwirtschaftliches Bildungswesen in Warschau werden seit Beginn dieses Jahres *Vierteljahrshefte der Polnischen Landwirtschaft* auch in deutscher Sprache herausgegeben. Damit wird dem deutschen Leser die Möglichkeit gegeben besser in das polnische Agrarproblem einzudringen als bisher. Im 2. Heft interessieren besonders die Beiträge Gnoinskis über die Landarbeiterfrage in Polen, Rosciszewskis über Richtlinien der polnischen Getreidepolitik und Sakowicz' über Zuckerindustrie und Zuckerpolitik in Polen. Die Vierteljahrshefte haben bereits jetzt in Deutschland großes Interesse gefunden.

EINZELNES

Zuschritten

Berlin und Landesplanung Sehr geehrte Schrittleitung, Sie hatten die Freundlichkeit mir die in Ihrem Heft vom 12. Mai abgedruckte Mitteilung von Herrn Architekten Ludwig Hilberseimer Berlins Einkreisung einzusenden, in welcher über den Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte, sein Verhältnis zur Stadt Berlin und meine Mitarbeit an diesem Verbands berichtet wurde. Da der Bericht die Frage offen läßt, ob ich mich dem Verbands zur Verfügung gestellt habe, und ob diese Tätigkeit nicht in Widerspruch zu meinen bisherigen Arbeiten und Überzeugungen steht, so nehme ich an, daß Ihnen an einer unmittelbaren Äußerung von mir gelegen ist. Ich möchte daher mitteilen, daß die erwähnte Pressenachricht über meine Mitarbeit beim Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte den Tatsachen entspricht, nur daß nicht ich, sondern Herr Regierungsrat Doktor Müller-Haccius der Geschäftsführer ist, während ich das Amt des Technischen Beraters übernommen habe. Ich freue mich hierzu mitteilen zu können, daß meine neue Tätigkeit von mir als eine geradlinige Fortsetzung meiner bisherigen Arbeiten und Überzeugungen aufgefaßt wird und auch im Landesplanungsverbände als solche gedacht ist, denn sonst hätte man mich nicht gerufen. Der Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte stellt sich, wie dies auch die

ausgesprochene Absicht seines Leiters, des Reichsministers außer Diensten Doktor Krohne ist, in den Zusammenhang des gesamten Wirtschafts- und Staatsorganismus ohne Spitze gegen Berlin. Nach meiner Auffassung liegt die Aufgabe des Landesplanungsverbandes unter anderem darin bei aller Betonung der von dem Eigenleben der betreffenden Landkreise gegebenen Interessen eine große Zahl berechtigter Wünsche der Allgemeinheit, auch der Stadt Berlin, an der Ausgestaltung der weitem Umgebung in Zusammenarbeit mit den umliegenden Verwaltungsbezirken erfüllen zu helfen und dazu beizutragen, daß neben vielen anderen wichtigen Fragen, Verkehrsfragen usw., nicht nur der Wirtschaftskörper Berlins den nötigen Lebensraum, sondern auch die Großberliner Bevölkerung in der weitem Umgebung das vorfindet, was sie zu ihrer Erholung braucht. Auf der andern Seite aber dürfte der Landesplanungsverband die Aufgabe haben die Entwicklung der weitem Umgebung ländlich zu erhalten und in ihrer ländlichen Eigenart zu stärken, was auch im Interesse der naturliebenden Stadtbevölkerung liegt. Hierbei müssen natürlich alle wirtschaftlichen sowie kulturellen Gesichtspunkte in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, auch mit der Stadt Berlin, sorgsam berücksichtigt und nach Möglichkeit in Einklang gebracht werden. Es ist also einerseits nicht "Kampfstellung" sondern "Hilfsstellung", die meines Erachtens der Landesplanungsverband der Stadt Berlin gegenüber einnimmt, andererseits aber auch, um im Bilde zu bleiben, eine feste "Grundstellung", die das Land heute der Großstadt gegenüber einzunehmen hat, wenn es seine Aufgaben im Volk und Staat erfüllen will. Daß in allen Fragen ein Entgegenkommen auf Gegenseitigkeit beruhen muß, betrachte ich als selbstverständliche Voraussetzung einer gedeihlichen Zusammenarbeit.

Da ich persönlich in meinem Amt als Leiter des Deutschen Archivs für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen bleibe, so brauche ich wohl nicht zu betonen, daß ich von dieser Stellung aus mit sämtlichen deutschen Großstädten seit Jahren in Verbindung stehe und gerade das Großstadtproblem in durchaus bejahendem Sinn als eine Grundfrage deutscher Entwicklung betrachte. Ich werde in diesem Sinne auch die innere Entwicklung Berlins stets mit größtem Interesse verfolgen. Mit vorzüglichster Hochachtung

Gustav Langen